Kursbuch 36

Geld

Drei Ansichten vom Geld
Leitfaden zur politischen Ökonomie des Geldes
Die »Zerstörung« des Geldes
Permanente Inflation
Das inflatorische Zusammenwirken von Kapitalkonzentration, Weltmarkt und Staatsintervention
Zur Funktion und Macht der Banken
Die Linke und das Geld
Exkurse: Man trägt wieder alte Hüte / Neue amerikanische Mystik / Ein Traum von Mozambique
Kursbogen: Fahnenkorrektur

Kursbuch/Rotbuch Verlag 7 Mark

908
Kurs
t-
36

Kursbuch

Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser

Kursbuch 36 Juni 1974

Geld

Drei Ansichten vom Geld (Moses Heß, Tuiavii, André Amar) 1
Klaus Busch / Frank Seelow, Leitfaden zur politischen Ökonomie des Geldes 13
Paul Mattick, Die »Zerstörung« des Geldes 41
Jochen Reiche, Permanente Inflation 65
Aike Blechschmidt / Gerhard Hoffmann / Reinhard von der Marwitz, Das inflatorische Zusammenwirken von Kapitalkonzentration, Weltmarkt und Staatsintervention 101
Ulrich Jürgens / Gudrun Lindner, Zur Funktion und Macht der Banken 121
Die Linke und das Geld. Ein Mosaik 162
Extrablatt: Man trägt wieder alte Hüte / Neue amerikanische Mystik: Eine Massenflucht aus der Politik? / Ein Traum von Mozambique 182

28675

Goethe-Institut e.V. Bibliothek

ausgeschieden am: .....

05 Kur

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 7. Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9, Telefon 8 54 16 06. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser. Redaktion: Ingrid Karsunke. ©1974 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Firmen Hanser, Informationszentrum Buch und Rotbuch bei.

Drei Ansichten vom Geld

1. Moses Hess (1845): Über das Geldwesen

Was der Gott fürs theoretische Leben, das ist das Geld fürs praktische Leben der verkehrten Welt: das *entäußerte Vermögen* der Menschen, ihre *verschacherte Lebensthätigkeit*. Das Geld ist der in *Zahlen* ausgedrückte *menschliche Werth* – es ist der *Stempel unsrer Sklaverei*, das unauslöschliche Brandmal unsrer Knechtschaft – Menschen, die sich kaufen und verkaufen können, sind eben *Sklaven*. Das Geld ist der geronnene Blutschweiß der Elenden, die ihr unveräußerliches Eigenthum, ihr eigenstes Vermögen, ihre Lebensthätigkeit selbst zu Markte tragen, um dafür das *caput mortuum* derselben, ein sogenanntes *Capital* einzutauschen und *kannibalisch* von ihrem *eignen Fette* zu zehren. – Und diese Elenden sind wir Alle! Wir mögen uns *theoretisch* noch so sehr von dem *verkehrten Weltbewußtsein* emancipiren, so lange wir nicht auch *praktisch* aus der *verkehrten Welt* heraus sind, müssen wir, wie es im Sprichtwort heißt, mit den Wölfen heulen. Ja, wir *müssen* unser Wesen, unser Leben, unsere eigene, freie Lebensthätigkeit fortwährend *veräußern*, um unsere *elende Existenz* fristen zu können. Wir *erkaufen* uns fortwährend unsere *individuelle Existenz* mit dem *Verluste unserer Freiheit*. – Und wohlverstanden, nicht etwa nur wir *Proletarier*, auch *wir Capitalisten* sind diese Elenden, die sich das Blut aussaugen, *sich selber aufzehren*. Wir Alle können unser Leben nicht frei bethätigen, können nicht *schaffen* oder *für einander* wirken – wir Alle können unser Leben nur *verzehren*, können uns nur *gegenseitig auffressen*, wenn wir anders nicht *verhungern* wollen. Denn das *Geld*, das wir *verzehren* und um dessen *Erwerb* wir arbeiten, ist unser *eigenes Fleisch und Blut*, welches in seiner *Entäußerung* von uns erworben, erbeutet und verzehrt sein muß. Wir *Alle* sind – das dürfen wir uns nicht verhehlen – *Kannibalen, Raubthiere, Blutsauger*. – Wir sind es so lange, als wir nicht *Alle für einander* thätig sind, sondern *Jeder für sich* erwerben muß.

Das *Geld* soll, nach den Principien der politischen Ökonomie, das *allgemeine Tauschmittel*, also das *Lebensmedium*, das *menschliche Vermögen*, die *wirkliche Productionskraft*, der *wirkliche Schatz* der Menschheit sein. – Wenn dieser entäußerte Schatz wirklich dem inneren entspräche, so wä-

re jeder Mensch gerade so viel werth, als er baar Geld hat oder Geldeswerth besitzt – und wie die *consequente Theologie* den Menschen nur nach dem *Maaße seiner Orthodoxie*, so dürfte die *consequente Ökonomie* ihn nur nach der *Schwere seines Geldsackes* schätzen. – In der That aber *kümmert* sich die Ökonomie, wie die Theologie, gar nicht um den Menschen. Die Nationalökonomie ist die Wissenschaft des irdischen, wie die Theologie die Wissenschaft des himmlischen *Gütererwerbs*. Die Menschen aber sind ja keine *Güter*! Die Menschen haben für den rein »wissenschaftlichen« Ökonomen und Theologen *gar keinen* Werth. – Wo dagegen diese beiden heiligen Wissenschaften *angewendet* werden, also in der *Praxis unsrer modernen Krämerwelt*, wird der Mensch *wirklich* nur nach seinem *Geldsacke* geschätzt – wie in der *Praxis des christlichen Mittelalters*, die theilweise noch florirt, nach seinem *Glaubensbekenntniß*.

Das *Geld* ist das Product der *gegenseitig entfremdeten Menschen, der entäußerte Mensch*. Geld ist nicht das »edle Metall« – wir haben jetzt mehr Papiergeld, Staats- und Bankpapier, als Metallgeld – Geld ist, was da *geltet* für *menschliche Productionskraft*, für wirkliche Lebensthätigkeit des menschlichen Wesens. Capital ist daher nach der nationalökonomischen Definition: aufgehäufte, vorräthige Arbeit – und sofern die Production aus dem *Austausche* der Producte hervorgeht, ist das Geld der *Tauschwerth*. Was nicht *vertauscht*, was nicht *verkauft* werden kann, hat auch keinen Werth. Sofern die Menschen nicht mehr *verkauft werden können*, sind sie auch *keinen Pfennig* mehr werth – wohl aber, sofern sie *sich selbst verkaufen* oder »verdingen«. Die Ökonomen behaupten sogar, der Werth des Menschen steige in dem Maaße, als er nicht mehr verkauft werden könne und daher, um zu leben, sich selbst zu verkaufen genöthigt sei, und sie ziehen hieraus den Schluß, daß der »freie« Mensch mehr »werth« sei, als der Sklave. Ganz richtig. Der Hunger ist ein mächtigerer Trieb zur Arbeit, als die Peitsche des Sklavenbesitzers, und die Geldgier ein stärkerer Reiz für den Privateigenthümer, alle seine Kräfte aufzubieten, als das gnädige Lächeln des zufriedenen Herrn. – Die Nationalökonomen vergessen nur, daß der »Werth« der »Freiheit« in dem Maaße wieder abnehmen muß, je *allgemeiner* sie wird. Je mehr »freie« Menschen sich zur Sklavenarbeit drängen, d. h. je *feiler*, desto *wohlfeiler* werden oder sind sie. Die leidige Concurrenz *verdirbt den Preis* der »freien« Menschen – und es gibt in der That, auf der Basis des egoistischen Privaterwerbes, kein anderes Mittel, den »Werth« des Menschen wieder zu heben, als die *Wiederherstellung der Sklaverei*.

Mit der Aufhebung der factischen Sklaverei wurde nicht der *Raubmord*, sondern der *unmittelbare* Raubmord aufgehoben. Es war nichts als die

Anwendung des *logischen Egoismus*, wodurch die antike und mittelalterliche Sklaverei jetzt aufgehoben wurde. Erst jetzt konnte das Princip der Sklaverei – die *Entäußerung* des menschlichen *Wesens* durch die *Isolirung* der *Individuen* und die Herabwürdigung jenes Wesens zum *Existenzmittel* dieser Individuen – allgemein in's Leben treten. Der principiell durchgeführte Egoismus der modernen Krämerwelt hebt diesseits wie jenseits, theoretisch und praktisch, allen unmittelbaren Verkehr, alles unmittelbare Leben auf und gestattet dasselbe nur noch als *Mittel zur Privatexistenz*. – Wo aber aller menschliche Verkehr, jede menschliche Thätigkeit unmittelbar aufgehoben ist und nur noch als Mittel zur egoistischen Existenz ausgeübt werden kann; wo von der natürlichsten Liebe, vom Verkehr der Geschlechter an, bis hinauf zum Gedankenaustausch der ganzen gebildeten Welt, *nichts ohne Geld* ausführbar ist; wo es keine andere *praktische*, als *versilberte*, verschacherte Menschen gibt; wo jede *Herzensregung* erst versilbert werden muß, um in's Leben treten zu können: da wandeln die himmlischen Geister auf Erden – da ist der entmenschte Mensch auch diesseits – die jenseitige »Seligkeit« zum diesseitigen »Glück«, der *theoretische* Egoismus *praktisch* geworden – das bloße *Factum* der wirklichen Sklaverei zum *Princip* erhoben und *consequent durchgeführt*.

Die Scheidung von *Privatmensch* und *Gemeinwesen*, des *häuslichen* Lebens vom *öffentlichen* Leben, war factisch immer vorhanden; denn sie ist nichts Anderes als die Scheidung von *Person* und *Eigenthum*. Die von allen ihren Existenzmitteln getrennte, abgezogene *»Persönlichkeit«*, dieses Gespenst ohne Leib und Leben, jagte vom Anfange der Geschichte an nach seinem verlornen Körper und suchte ihn bald im *himmlischen* Jenseits, im *Gotte*, dem Verleiher der ewig fernen, nimmer erreichbaren *Seligkeit*, bald im *irdischen* Jenseits, im *Gelde*, dem Verleiher des ewig fernen, jenseitigen, nimmererreichbaren *Glückes*. Diese Scheidung von Person und Eigenthum, welche *factisch* bestand, solange die Religion und Politik bestand, brauchte nur *principiell* anerkannt und sanctionirt zu werden, so war damit eben dieses ausgesprochen, daß das *Geld* allein das *Gemeinwesen* oder Staatswesen sei, der *Mensch* aber sein bloßer Lohnträger, recht eigentlich nur ein lumpiger *Geldsackträger*. – Im modernen Staatswesen ist daher auch nicht der *Mensch*, sondern der *Geldsack* Gesetzgeber – und vertritt der *Privatmensch* die heilige »Persönlichkeit«, so vertritt der *Staatsmensch* dagegen das heilige »Eigenthum«. So wie früher die Gesetzgeber ihre Machtvollkommenheit von Gott, so erhielten sie dieselbe nunmehr vom Eigenthume, vom Gelde.

Es fiel den weisen christlichen Gesetzgebern gar nicht ein, daß der Mensch nicht von der Atmosphäre, in der er athmet, getrennt werden kann, ohne

in seiner Abgeschiedenheit elendiglich zu ersticken; daß zu seinem natürlichen oder physischen Leben nicht nur dasjenige, was innerhalb der von ihnen gezogenen *Gränzlinien des Leibes*, sondern die *ganze Natur* gehört; daß zu seiner geistigen oder socialen Lebensthätigkeit nicht nur die in seinem *Innern* bleibenden Producte, Gedanken und Gefühle, sondern *alle Producte des socialen Lebens* gehören. Sie dachten nicht daran, daß der von seiner Umgebung abgeschnittene Mensch ein *abgezogenes*, ein *geschundenes* Wesen ist, welches ebenso wenig noch *lebendig*, wie das *rohe Thierfleisch*, von dem die *Haut* abgethan, wie ein athmendes Geschöpf, dem die *Luft* entzogen worden ist. Sie haben dem Menschen alle sociale Lebensluft entzogen und es ihm frei gestellt, sich dafür mit dem *Gelde*, diesem *materialisirten christlichen Geiste oder Gotte, zu umdunsten* und möglichst zu *conserviren*. Und diesen in *Spiritus* gesetzten *heiligen Leichnam* haben sie zum *freien Menschen*, zur unantastbaren, heiligen, unendlichen *Persönlichkeit* proclamirt! – Was thun diese heiligen Leichname, um sich zu conserviren? – Sie suchen sich den *Spiritus*, ihr abgezogenes Wesen, ohne welches sie *verfaulen*, gegenseitig zu *entziehen;* sie *berauben* sich, um nicht ohne *Eigenthum* zu sein – sie *morden* sich, um *leben*, d. h. um *erbärmlich existiren* zu können! – Man glaubte also *menschliche* Freiheit und Gleichheit geschaffen zu haben, indem man eine auf die *Gleichheit des Todes* begründete *Freiheit des Raubthiers* consequent durchführte. Diese Freiheit nannte man die *natürliche* Freiheit des Menschen! Die freisinnigen Gesetzgeber! Sie haben zu den armen Menschen etwa folgendermaßen gesprochen: »Von *Natur* seid Ihr frei, und Eure *natürliche* Freiheit, Eure *nackte Persönlichkeit*, soll Euer unantastbares, unveräußerliches Eigenthum bleiben. Aber was zu Eurem *gesellschaftlichen* Leben gehört (und dazu gehört freilich Alles, Ihr könnt auch Euer *natürliches* Leben nicht fristen, wenn Ihr die von der Gesellschaft erzeugten Lebensmittel nicht erwerbt), also was zu Eurem Leben gehört, müßt Ihr Euch einzeln einander abringen. Ihr müßt Eure natürliche Freiheit eben dazu *benutzen*, Euch die *Mittel* zum Leben zu *erwerben*. Ihr erwerbt sie, indem Ihr Eure natürliche Freiheit *veräußert;* aber *freiwillig* veräußert! Keiner ist *gezwungen*, seine natürliche Freiheit zu veräußern, sich zu *verkaufen*, zu *vermiethen*, zu *verdingen* – wenn er es vorzieht, zu *verhungern*. – Aber hütet Euch, Andere, die es besser verstehen, ihre natürliche Freiheit *umzusetzen*, zu *versilbern*, hütet Euch, diese *ehrlichen* Leute in ihrem Erwerbe zu stören! Wollt Ihr *erwerben*, so müßt Ihr Euch Eurer natürlichen Freiheit freiwillig begeben, sie *feil* bieten, wie die andern ehrlichen Leute auch. – Dafür könnt Ihr aber, wenn Ihr Euch etwas *erworben* habt, wiederum die natürliche Freiheit Anderer *kaufen* und *benutzen*.«

Der *Menschenhandel*, der Handel mit der menschlichen Freiheit, mit dem

menschlichen Leben, ist heutiges Tages zu *universell*, als daß er beim ersten Blick in die Augen fallen könnte. Man sieht recht eigentlich den Wald vor lauter Bäumen nicht. Es sind keineswegs etwa die Besitzlosen allein, die ihre Freiheit gegen Existenzmittel verschachern. Je mehr Einer bereits »erworben« hat, desto mehr will er ferner noch »erwerben« – er möchte am Ende die ganze Welt zu seinen Privatzwecken aussaugen. Ja, man wird den Handel mit seiner eignen Freiheit und der Freiheit Andrer so gewohnt, man wird endlich so *eingeknechtet*, daß von freier Thätigkeit, vom wahren Leben, auch keine *Ahnung*, keine *Gedankenspur* mehr übrig bleibt. Wenn die Sklaverei bei den Besitzlosen *sichtbarer*, so ist sie bei den Besitzern desto mehr *Gemüthszustand*.

Die Krämerwelt ist die *praktische* Schein- und Lügenwelt. – Unter dem Scheine absoluter Unabhängigkeit die absolute Bedürftigkeit; unter dem Scheine des lebendigsten Verkehrs die tödtlichste Absperrung jedes Menschen von allen seinen Mitmenschen; unter dem Scheine eines, allen Individuen gesicherten, unantastbaren Eigenthums ihnen wirklich all ihr Vermögen entzogen; unter dem Scheine der allgemeinsten Freiheit die allgemeinste Knechtschaft. – Kein Wunder, daß in dieser *realisirten* Lügenwelt der Betrug die Norm, und die Ehrlichkeit ein Verstoß ist; daß die Niederträchtigkeit zu allen Ehren gelangt, und der Mann von Ehre dem Elend und der Schande anheim fällt; daß die Gleißnerei ihren Triumph feiert, und die Wahrheit für unanständig gilt; daß die Halbheit halb und halb in der Majorität, die Entschiedenheit aber entschieden in der Minorität; daß endlich die freieste Einsicht das *destructivste*, der bornirteste Knechtssinn dagegen das *conservativste* Element ist!

Keine *Jahrhunderte*, wie die gedankenlosen Liberalen meinen, keine *Jahrzehnte* werden mehr vergehen, und die hundertfältig gesteigerten Productionskräfte werden die großen Mehrzahl Derer, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, in's tiefste Elend gestürzt haben, weil ihre Hände *werthlos* geworden sind; während einige Wenige, die sich mit der *Anhäufung der Capitalien* beschäftigen, im Überflusse schwelgen und in ekler Genußsucht untergehen werden, wenn sie nicht vorher schon der Stimme der Liebe und Vernunft Gehör gegeben, oder der Gewalt nachgegeben haben.
Die Entstehungsgeschichte der Gesellschaft ist beschlossen; der socialen Thierwelt wird bald die letzte Stunde schlagen. Abgelaufen ist die Uhr der Geldmaschine, und vergebens versuchen unsere Staatskünstler des Fort- und Rückschrittes, sie noch im Gange zu halten . . .

2. Tuiavii (1905): Vom runden Metall und schweren Papier

Vernunftvolle Brüder, horcht gläubig auf und seid glücklich, daß ihr das Arge nicht kennt und die Schrecken des Weißen. – Ihr alle könnt mir bezeugen, daß der Missionar sagt: Gott sei die Liebe. Ein rechter Christ täte gut, sich immer das Bild der Liebe vor Augen zu halten. Dem großen Gott allein gälte darum auch die Anbetung des Weißen. Er hat uns belogen, betrogen, der Papalangi hat ihn bestochen, daß er uns täusche mit den Worten des großen Geistes. Denn das runde Metall und das schwere Papier, das sie Geld nennen, das ist die wahre Gottheit der Weißen.

Sprich einem Europäer vom Gott der Liebe – er verzieht sein Gesicht und lächelt. Lächelt über die Einfalt deines Denkens. Reich ihm aber ein blankes, rundes Stück Metall oder ein großes, schweres Papier – allsogleich leuchten seine Augen, und viel Speichel tritt auf seine Lippen. Geld ist seine Liebe, Geld ist seine Gottheit. Sie alle die Weißen denken daran, auch wenn sie schlafen. Es gibt viele, deren Hände sind krumm geworden und gleichen in ihrer Haltung den Beinen der großen Waldameise, vom vielen Greifen nach dem Metall und Papier. Es gibt viele, deren Augen sind blind geworden vom Zählen ihres Geldes. Es gibt viele, die haben ihre Freude hingegeben um Geld, ihr Lachen, ihre Ehre, ihr Gewissen, ihr Glück, ja Weib und Kind. Fast alle geben ihre Gesundheit dafür hin. Um das runde Metall und das schwere Papier. Sie schleppen es in ihren Lendentüchern zwischen zusammengefalteten harten Häuten. Sie legen es nachts unter ihre Schlafrolle, damit es ihnen niemand nehme. Sie denken täglich, stündlich, sie denken in allen Augenblicken daran. Alle, alle! Auch die Kinder! Sie müssen, sollen daran denken. Es wird sie von der Mutter so gelehrt, und sie sehen es vom Vater. Alle Europäer! Wenn du in den Steinspalten Deutschlands gehst, so hörst du jeden Augenblick einen Ruf: Mark! Und wieder der Ruf: Mark! Du hörst ihn überall. Es ist der Name für das blanke Metall und schwere Papier. In Frankreich – Franken, in England – Schilling, in Italien – Lire. Mark, Franken, Schilling, Lire – dies ist alles dasselbe. Alles dies heißt Geld, Geld, Geld. Das Geld allein ist der wahre Gott des Papalangi, so dies Gott ist, was wir am höchsten verehren.

Es ist aber auch dir in den Ländern des Weißen nicht möglich, auch nur einmal von Sonnenaufgang bis Untergang ohne Geld zu sein. Ganz ohne Geld. Du würdest deinen Hunger und Durst nicht stillen können, du würdest keine Matte finden zur Nacht. Man würde dich ins Gefängnis stecken und dich in den vielen [Zeitungs-]Papieren ausrufen, weil du kein Geld hast. Du mußt zahlen, das heißt Geld hingeben, für den Boden, auf dem du wandelst, für den Platz, auf dem deine Hütte steht, für deine Matte zur Nacht, für das Licht, das deine Hütte erhellt. Dafür daß du

eine Taube schießen darfst oder deinen Leib im Flusse baden. Willst du dort hingehen, wo die Menschen Freude haben, wo sie singen oder tanzen, oder willst du deinen Bruder um einen Rat fragen – du mußt viel rundes Metall und schweres Papier hingeben. Du mußt zahlen für alles. Überall steht dein Bruder und hält die Hand auf, und er verachtet dich oder zornt dich an, wenn du nichts hineintust. Und dein demütiges Lächeln und freundlichster Blick hilft dir nichts, sein Herz weich zu machen. Er wird seinen Rachen weit aufsperren und dich anschreien: »Elender! Vagabund! Tagedieb!« Das alles bedeutet das Gleiche und ist die größte Schmach, die einem widerfahren kann. Ja selbst für deine Geburt mußt du zahlen, und wenn du stirbst, muß deine Aiga für dich zahlen, daß du gestorben bist, auch dafür, daß man deinen Leib in die Erde gibt, wie für den großen Stein, den man zu deinem Gedenken auf dein Grab rollt.

Ich habe nur eines gefunden, für das in Europa noch kein Geld erhoben wird, das jeder betätigen kann, soviel er will: das Luftnehmen. Doch ich möchte glauben, daß dies nur vergessen ist, und ich stehe nicht an zu behaupten, daß, wenn man diese meine Worte in Europa hören könnte, augenblicklich auch dafür das runde Metall und schwere Papier erhoben würde. Denn alle Europäer suchen immer nach neuen Gründen, Geld zu verlangen.

Ohne Geld bist du in Europa ein Mann ohne Kopf, ein Mann ohne Glieder. Ein Nichts. Du mußt Geld haben. Du brauchst das Geld wie das Essen, Trinken und Schlafen. Je mehr Geld du hast, desto besser ist dein Leben. Wenn du Geld hast, kannst du Tabak dafür haben, Ringe oder schöne Lendentücher. Du kannst soviel Tabak, Ringe oder Lendentücher haben, als du Geld hast. Hast du viel Geld, kannst du viel haben. Jeder möchte viel haben. Darum will auch jeder viel Geld haben. Und jeder mehr als der andere. Darum die Gierde danach und das Wachsein der Augen auf Geld zu jeder Stunde. Werfe ein rundes Metall in den Sand, die Kinder stürzen darüber, kämpfen darum, und wer es greift und hat, ist der Sieger, ist glücklich. – Man wirft aber selten Geld in den Sand.

Woher kommt das Geld? Wie kannst du viel Geld bekommen? O auf vielerlei, auf leichte und schwere Weise. Wenn du deinem Bruder das Haar abschlägst, wenn du ihm den Unrat vor seiner Hütte fortträgst, wenn du ein Canoe über das Wasser lenkst, wenn du einen starken Gedanken hast. – Ja, es muß der Gerechtigkeit wegen gesagt sein: wenn auch alles viel schweres Papier und rundes Metall erfordert, leicht kannst du auch für alles solches bekommen. Du brauchst nur ein Tun zu machen, was sie in Europa »arbeiten« nennen. »Arbeite, dann hast du Geld« heißt eine Sittenregel in Europa.

Dabei herrscht nur eine große Ungerechtigkeit, über die der Papalangi nicht nachdenkt, nicht nachdenken will, weil er seine Ungerechtigkeit

dann einsehen müßte. Nicht alle, welche viel Geld haben, arbeiten auch viel. (Ja, alle möchten viel Geld haben, ohne zu arbeiten.) Und das kommt so: wenn ein Weißer soviel Geld verdient, daß er sein Essen hat, seine Hütte und Matte und darüber hinaus noch etwas mehr, läßt er sofort für das Geld, was er mehr hat, seinen Bruder arbeiten. Für sich. Er gibt ihm zunächst die Arbeit, welche seine eigenen Hände schmutzig und hart gemacht hat. Er läßt ihn den Kot forttragen, den er selber verursacht hat. Ist er ein Weib, so nimmt es sich ein Mädchen als seine Arbeiterin. Es muß ihm die schmutzige Matte reinigen, die Kochgeschirre und Fußhäute, es muß die zerrissenen Lendentücher wieder heilen und darf nichts tun, was ihm nicht dient. Nun hat er oder sie Zeit für größere, stärkere und fröhlichere Arbeit, bei der die Hände sauberer bleiben und die Muskeln froher, und – für die mehr Geld bezahlt wird. Ist er ein Bootsbauer, so muß ihm der andere helfen, Boote zu bauen. Von dem Gelde, das dieser durch das Helfen macht, und daher eigentlich ganz haben sollte, nimmt er ihm einen Teil ab, den größten, und sobald er nur kann, läßt er zwei Brüder für sich arbeiten, dann drei, immer mehr müssen für ihn Boote bauen, schließlich hundert und noch mehr. Bis er gar nichts mehr tut, als auf der Matte liegen, europäische Kava trinken und Rauchrollen verbrennen, die fertigen Boote abgeben und sich das Metall und Papier bringen lassen, das andere für ihn erarbeiteten. – Dann sagen die Menschen: er ist reich. Sie beneiden ihn und geben ihm viele Schmeicheleien und klingende Wohlreden. Denn das Gewicht eines Mannes in der weißen Welt ist nicht sein Adel oder sein Mut oder der Glanz seiner Sinne, sondern die Menge seines Geldes, wieviel er davon an jedem Tage machen kann, wieviel er in seiner dicken eisernen Truhe, die kein Erdbeben zerstören kann, verschlossen hält.

Es gibt viele Weiße, die häufen das Geld auf, welches andere für sie gemacht haben, bringen es an einen Ort, der gut behütet ist, bringen immer mehr dahin, bis sie eines Tages auch keine Arbeiter mehr für sich brauchen, denn nun arbeitet das Geld selbst für sie. Wie dies möglich ist, ohne eine wilde Zauberei, habe ich nie ganz erfahren; aber es ist in Wahrheit so, daß das Geld immer mehr wird wie Blätter an einem Baum und daß der Mann reicher wird, selbst wenn er schläft.

3. André Amar (1956): Psychoanalytischer Versuch über das Geld

Sehen wir uns das Geld einmal an, *wie es ist*: woraus besteht es? Aus Metallstücken? Aber deren Quantität ist winzig verglichen mit der Masse der Zahlungen. Aus Bankdepots, Banknoten? Aber diese sind nichts weiter als Symbole für Schulden und Forderungen. Wir müssen also feststellen: das

Geld existiert nicht in dem Sinne, wie dieses Buch hier existiert. Das Geld ist kein Ding, sondern ein Symbol für Schulden und Forderungen. Das Geld ist mit dem Zeichen der Schuld behaftet. Dort, wo es sich befindet, trägt es das Minuszeichen. Die Negation, die es ausdrückt. Dies beweist zur Genüge die doppelte Buchführung. Das materiell erhaltene Geld wird auf die *Soll*seite des Kassenkontos geschrieben; das Kapital, die Rücklagen, die Gewinne, d. h. das Vermögen eines Unternehmens wird auf die *Passiv*seite der Bilanz geschrieben, in die Spalte der Schulden. »Wer erhält, der schuldet«, so lautet die Grundregel, die im 14. Jahrhundert peinlich genau erarbeitet wurde und die noch heute die Buchhaltungslehrlinge verwirrt.

Diese Regel kann in der Tat nur dann als gültig anerkannt werden, wenn man sich eines Tricks bedient: nämlich daß – auch wenn es sich um ein einziges Individuum handelt – zwischen der Funktion des Empfangs und der Eigenschaft des Eigentümers unterschieden wird. Jede Geldsumme, selbst wenn sie von dem empfangen wird, dessen Eigentum sie ist, muß auf sein Sollkonto gehen, weil er sie jemandem schuldet, sei es auch sich selbst. Mit einem Wort, das System der Notierung des Geldes versieht jeden Besitz wie jeden Reichtum mit dem Negationszeichen.

Man könnte nun sagen, daß es hier nur um eine Übereinkunft hinsichtlich der Buchung geht, einen bequemen Kunstgriff, um mit der Arithmetik ins Reine zu kommen. Dennoch bleibt die Tatsache, daß schon seit Jahrhunderten, genau seit dem Entstehen der modernen Ökonomie, *dieses* System und kein anderes gewählt worden ist. Eine solche Beharrlichkeit, eine solche Treue sind unerklärlich außerhalb der tiefen Gründe, die in unserem Wirtschaftsdenken so fest verwurzelt sind, daß wir sie schließlich aus den Augen verloren haben.

Und wer wüßte nicht, daß Kapitalismus und Verschuldung zusammengehören? In allen Stadien seiner Entwicklung war der Kapitalismus von einer Expansion des Kredits begleitet, d. h. von einer verallgemeinerten Verschuldung, die allmählich gigantische Proportionen angenommen hat. Alle Krisen des Kapitalismus, welche Umstände sie auch auslösen, äußern sich stets in Störungen, in Stößen, in Unterbrechungen der Kette der Verschuldungen. Es ist nicht diese oder jene physische oder moralische Person, die ihren Kredit zurückzieht: es handelt sich um einen allgemeinen Prozeß, der sich nur durch das unpersönlichste Subjekt ausdrücken läßt: man. »Man« hat kein Vertrauen mehr; »man« weigert sich, sich übervorteilen zu lassen; »man« fordert Rechenschaft; »man« will diskutieren und entscheiden; Entscheidung ist im übrigen die etymologische Bedeutung des Wortes Krise. Und schon ist der ganze Mechanismus blockiert.

Diese auf der überhandnehmenden Verschuldung beruhende Zivilisation hat einen bisher unbekannten Menschentypus erzeugt, den Geschäfts-

mann. Zwar hat es zu allen Zeiten Handelsleute gegeben, doch vertraten diese nur zusätzliche Produkte, die für eine von Kriegern, Priestern und Sklaven gestützte Gesellschaftsstruktur unwesentlich waren. Der Geschäftsmann ist bis heute der Schlußstein unserer Welt gewesen. [...] Noch vor wenigen Generationen konnte Herr Périchon im Alter von fünfzig Jahren seinen Laden schließen und mit seinem erworbenen Reichtum sein Leben genießen. Der Geschäftsmann von heute ist nie damit fertig, zu Reichtum zu gelangen. Er stirbt während dieser Arbeit. Je mehr er sein Vermögen steigert, desto größer werden seine Schulden. Ohne Unterlaß, ohne Rast, ohne Maß, so als läge ein teuflischer Fluch auf dem Akt des Geldes, arbeitet der Geschäftsmann wie ein auf ewig Verschuldeter auf der Jagd nach einer unmöglichen Erlösung.

Ewige Schulden, unmögliche Erlösung: diese Worte wecken in uns ein seltsames Echo. Sie erinnern an ein anderes Drama, das der Erbsünde, an die Strafe, mit der die Menschheit geschlagen ist – die Arbeit des Mannes und das Leiden der Frau. Man wagt kaum, es sich einzugestehen: die kapitalistische Geschichte folgt dem Muster des theologischen Mythos.

In der Tat konnte der Kapitalismus nur Gestalt annehmen infolge der intellektuellen Revolution, die der Rationalismus hervorgerufen hat. [...] Die erste Tat des Rationalismus bestand darin, den Menschen zu emanzipieren, ihn im juristischen Sinn des Wortes mündig zu machen, indem er ihn aus der Vormundschaft der Theologie löste. Nicht als ob Gott verneint worden wäre; ihm widerfuhr ein ganz anderes Mißgeschick: er wurde bewiesen. Gott hat für den Menschen nur dann Sein, wenn er durch ein logisches Räsonnement deduziert worden ist. »Ich mache Gott, weil ich will«, sagte Alain, Descartes kommentierend. Doch dieser intellektuelle Gott, dieser von der Erde verjagte und in einen metaphysischen Himmel verwiesene Gott war schlicht und einfach tot, denn er war dem lebenden Menschen nicht mehr nahe, und gleichzeitig erreichte das menschliche Bewußtsein seine Mündigkeit, in aller Herrschaft wie in aller Verantwortung. Die Erbsünde hatte nun keinerlei Sinn mehr: jeder Mensch wurde frei geboren, beladen mit seiner Unvollkommenheit, aber auch mit seiner Macht, und als Herr seines Schicksals.

Daher hatte es das europäische *Denken*, von der Todsünde befreit, nicht mehr nötig, auf dem Mythos des Heils aufzubauen. Doch die europäische *Psyche* war deshalb noch nicht von dem Schuldgefühl befreit, das konstitutiv für sie ist. Dieses Schuldgefühl fand nur keine Verwendung mehr. Es stand also bereit, einen anderen Mythos zu besetzen, der an die Stelle des alten träte. [...]

Dieses tiefe und beharrliche Bedürfnis, die Last der Schulden abzuschütteln, nach einer endgültigen Erlösung zu streben, erklärt sowohl den Aufschwung wie den Zerfall der kapitalistischen Welt. Unsere Zivilisation

hat ihren Ursprung in einer wahren Energieübertragung: alle psychische Spannung, die auf die Religion gerichtet war, wurde auf die Ökonomie gelenkt, und die Geschichte des Geldes in unserer Gesellschaft enthüllt die verschiedenen Momente dieser Ablenkung. Harpagon vermag sich nur am Ausgeben zu hindern. Vater Grandet erfindet, vergrößert, beutet aus, erobert. César Birotteau gibt seinen Beruf auf, um sich in Grundstückspekulationen zu stürzen. Doch bei Balzac bewahrt der Kampf um das Geld noch immer die Form eines Duells, eines Streits von Mann zu Mann. Zolas Bankier Saccard manipuliert dagegen bereits die undifferenzierten Massen der Börsenkapitalien und errichtet anfällige Finanzkonstruktionen. Mehr und mehr ist das Geld in die Abstraktion entglitten; es stellt nicht so sehr einen bestimmten und greifbaren Reichtum dar, als vielmehr arithmetische Differenzen, so wie sie uns in buchungstechnischen Situationen vor Augen kommen. Das liegt daran, daß in einem kapitalistischen Regime das Scheitern oder der Erfolg der ökonomischen Tätigkeit die Funktion einer bestimmten Berechnungsweise sind. An ihrer Bilanz, d. h. an den Ergebnissen eines bestimmten Rechnungssystems ist abzulesen, ob die Individuen arm oder reich sind, ob sie kreditwürdig sind oder Konkurs machen. Der abstrakte allgemeine Wert hat die konkrete Nützlichkeit ersetzt. Am Tage des Wall-Street-Krachs im Oktober 1929 hat der Kurssturz die brutale Verarmung einer ganzen Nation verursacht, und dennoch waren am nächsten Tag auf den Feldern, in den Bergwerken, in den Lagerhallen und auf den Baustellen die realen Reichtümer der Welt genau dieselben. Wo befand sich dann die Verarmung? Es war eine Verarmung, die nicht durch Zerstörung der Sache, sondern durch Wertminderung eintrat, d. h. eine rechnerische Verarmung. Die kapitalistische Wirtschaft hatte sich also auf den rein abstrakten Begriff der Wertdifferenz gestützt und ihre Entwicklung bis zum Ende verfolgt.

Und tatsächlich, in dem Maße, wie der Kapitalismus sich entwickelt, sieht man eine immer größer werdende Zahl von Aktivitäten entstehen und sich ausweiten, deren Ziel es ist, mit den Wertdifferenzen zu jonglieren, unter Abstrahierung der substantiellen Realität der ausgetauschten Produkte. Dies ist das Gewerbe der Wechselkurse und Maklergeschäfte, die keine effektiven Neuschöpfungen beinhalten. Die Besucher des Finanzmarktes kennen den Ausdruck »Differenzen machen«, der für sich schon die ganze Entwicklung resümiert. Doch aufgrund eines natürlichen Antriebs tendiert die Differenz auf den momentanen Wert dazu, sich zu einer Differenz auf den diskontierten Wert zu verlängern. Das Eigentümliche der Spekulation besteht darin, mit zwei verschiedenen Zeiten zu kalkulieren, mit der Gegenwart und der Zukunft, mit dem Sicheren und dem Wahrscheinlichen. Jeder Spekulant spielt gegen alle anderen und baut seine Berechnung auf die durchschnittliche Meinung, die dieses oder jenes Er-

eignis auslösen muß. Die Sache selbst wird ausgeklammert und dient nurmehr als Vorwand.
Es hat im übrigen nicht ausgereicht, den Wert zu diskontieren: er wurde durch das Zurückhalten oder Zerstören der Sache erreicht. Bemerkenswerterweise läßt sich feststellen, daß die Geschäftsleute und die kapitalistischen Theoretiker, als sie angesichts der Wirtschaftskrisen nach Abhilfe suchten, nichts anderes zu tun wußten, als die Produktion einzuschränken, die Saatflächen zu reduzieren, die Rebstöcke auszureißen, den Weizen zu denaturieren, die Vorräte zu zerstören. Am Ende seiner Entwicklung ist das kapitalistische System unfähig, das Wachstum der Produktion mit der Aufrechterhaltung einer gewinnbringenden Differenz in Einklang zu bringen. Wenn die Differenz um jeden Preis aufrechterhalten werden soll, muß künstlich ein Mangel, eine Leere geschaffen werden. Das auf den Begriff der Differenz gegründete System führt zum Selbstmord, zur Selbstzerstörung. [. . .]
Die ökonomische Krise ist der Alptraum der bürgerlichen Gesellschaften. Selbst der Krieg erscheint in weniger verhängnisvollem Gewand: der Krieg oder noch besser die Vorbereitung auf den Krieg wirkt wie ein Stimulans der Energien, ein Faktor der Vollbeschäftigung, eine Festigung des sozialen Bandes. Die Wirtschaftskrise dagegen erscheint als ein verallgemeinerter Krebs, eine Fäulnis, die das gesamte Gemeinwesen ergreift. Alles Lebendige wird leblos: leblos die Vorratslager, leblos die Kapitalien, leblos der Austausch, leblos die Menschen. Eine Gesellschaft hält sich nur durch eine verbindende Energie, welche die Krise schwächt. Von allen sinkenden Werten ist die menschliche Arbeit derjenige, der der Null am nächsten kommt. Arbeitslosigkeit ist schlimmer als der Tod, denn der Tod, mit seinem legislativen und zeremoniellen Apparat, ist immer noch ein Akt des sozialen Lebens, während die Arbeitslosigkeit seine Auflösung bedeutet. [. . .]
Wenn die bürgerlichen Gesellschaften leben wollen, müssen sie, koste es was es wolle, den Prozeß des Geldes aufrechterhalten, Bedürfnisse wecken, Finanzierungen erfinden. Sie befinden sich mitten in der permanenten Inflation. Nur zu diesem Preis können sie überleben.

Klaus Busch / Frank Seelow
Leitfaden zur politischen Ökonomie des Geldes

I Geld und Kredit. Allgemeine Funktionen und Formen

Im Rahmen dieses Leitfadens läßt sich die Genesis des Geldes nicht in allen Aspekten darstellen. Dennoch ist es notwendig, hervorzuheben, daß das Geld in allen seinen Formen kein »pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel« ist, das lediglich aus den technischen Schwierigkeiten der Warenzirkulation entspringt, sondern daß es Ausdruck bestimmter Produktionsverhältnisse ist. Die warenproduzierende Gesellschaft, deren Bestimmungsmomente Privatproduktion, Arbeitsteilung und Austausch sind, ist durch den Widerspruch gekennzeichnet, daß die Arbeit als *unmittelbar* private verausgabt wird, sich aber gleichzeitig als gesellschaftliche zu bewähren hat. Daraus folgt der Widerspruch der Ware: sie ist die unmittelbare Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert. Mit der Entwicklung der Warenzirkulation vom einfachen Warentausch bis zur kapitalistischen Warenproduktion muß sich der innere Gegensatz der Ware veräußerlichen: »Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld. In demselben Maße daher, worin sich die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren, vollzieht sich die Verwandlung von Ware in Geld.« (Karl Marx: *Das Kapital*, Band 1, MEW 23, Berlin 1969, S. 102)
In der Entwicklung der Warenzirkulation schließen alle Waren durch eine gesellschaftliche Aktion eine einzige Ware aus, in der sie ihre Werte darstellen, die also das allgemeine Äquivalent für alle Waren bildet. Historisch wechselte die Naturalform des allgemeinen Äquivalentes mehrmals, bis schließlich aufgrund ihrer spezifischen Qualitäten sich Gold und Silber als Naturalform des allgemeinen Äquivalents durchsetzten. Die Besonderheit der Geldware besteht darin, daß es ihr Gebrauchswert ist, die Funktionen des Geldes auszuüben, nämlich Maß der Werte, Zirkulationsmittel, Wertaufbewahrungsmittel, Zahlungsmittel und Weltgeld zu sein. Der Tauschwert der Geldware bestimmt sich wie bei jeder anderen Ware durch die zu ihrer Produktion notwendige Arbeitszeit.

Funktionen des Geldes

Geld als Maß der Werte und Maßstab der Preise (Rechengeld)
Im Austausch hatten alle Waren eine besondere Ware ausgeschlossen. Diese Geldware dient als allgemeines *Maß der Werte,* sie ermöglicht es allen anderen Waren, sich im Austausch als qualitativ gleiche, quantitativ vergleichbare, eben als Warenwerte darzustellen.
Jeder Ware entspricht nun ein bestimmtes Quantum der Geldware, dies ist die Geldform oder der Preis der Ware. Als Preise sind die Warenwerte in verschieden große Geldwarenquanta verwandelt. Indem die verschiedenen Größen auf einen Maßstab bezogen werden, verwandelt sich die Geldware aus dem Maß der Werte in den *Maßstab der Preise.* Die Maßeinheit für die Edelmetalle ist ihr Gewicht, so daß bei Metallgeldzirkulationen (z. B. Goldumlaufswährung) die Münznamen ursprünglich Gewichtsmaßstäben entsprachen.
Sowohl in seiner Funktion als Maß der Werte wie auch als Maßstab der Preise braucht die Geldware nicht tatsächlich vorhanden zu sein. Das Geld verwandelt als Maß der Werte die Warenwerte in Preise, d. h. in zunächst vorgestellte Geldwarenquanta und als Maßstab der Preise mißt es diese Quanta. Im Austausch (also auf dem Markt) verwandelt sich allerdings das nur ideell vorhandene Geld (Rechengeld) in wirkliches Geld, der Verkäufer einer Ware will klingende Münze für sein Arbeitsprodukt haben.

Geld als Zirkulationsmittel (Kaufmittel)
In der warenproduzierenden Gesellschaft erscheint der gesellschaftliche Stoffwechsel als ein Austausch jeweils zweier Waren: einer Ware und der Geldware. Jeder Produzent muß seine Arbeit in gesellschaftlich nützlicher Form verausgaben, d. h. seine Ware muß einen Käufer finden, muß Geld anziehen.
Die Ware tritt in die Zirkulation ein, indem sie gegen Geld verkauft wird, und fällt aus der Zirkulation in die Konsumtion, indem sie für Geld gekauft wird (W-G-W). Das Geld vermittelt diesen Warenaustausch, es dient als Tausch- oder Zirkulationsmittel. Allein das Geld verbleibt ständig in der Zirkulation. So scheint es, als bewege das Geld die Waren, obgleich die Geldbewegung nur Ausdruck der Warenzirkulation ist.
Wenn die Ware nun gegen Geld getauscht wird, um dieses Geld wieder gegen eine andere Ware zu tauschen, hat das Geld nur die Funktion des Zirkulationsmittels. In dieser Bewegung ist die Darstellung des Tauschwerts der Ware in der Geldware nur flüchtiges Moment, die Wertgestalt der Ware wird sofort durch eine andere Ware ersetzt. Die Geldware selbst kann in dieser Funktion durch Zeichen ersetzt werden. Historisch vollzog sich dieser Prozeß als Münzverschlechterung, der auf den Münzen

ausgeprägte Nominalgehalt z. B. an Gold entsprach nicht länger dem tatsächlichen Metallgehalt der Münzen. Im System des Goldstandards zirkulieren in der nationalen Zirkulation nicht mehr Goldmünzen, sondern Papiergeld, das mit staatlichem Zwangskurs versehen die Stelle des Edelmetalls einnimmt.
Die Menge des als Zirkulationsmittel benötigten Geldes hängt ab von der Preisbewegung, der Warenmasse und der Umlaufsgeschwindigkeit der einzelnen Geldstücke. Daher schwankt die Menge des in der Zirkulation benötigten Geldes – wenn auch in bestimmten Grenzen – ständig.
Wenn die Wert enthaltende Geldware (z. B. Gold) durch an sich keinen (bzw. nur einen minimalen) Wert enthaltende Papierzettel ersetzt werden soll, dann bedarf dieses Papiergeld eines staatlichen Zwangskurses (zur Geldware), um von den Warenbesitzern als Zirkulationsmittel anerkannt zu werden. Anders als bei der Metallgeldzirkulation, bei der die Zirkulationsmittel entsprechend den Bedürfnissen der Zirkulation zu- oder abfließen, bleiben die ausgegebenen Papierzeichen in der Zirkulationssphäre. Diese Geldzeichen dienen nur als Zirkulationsmittel, nur als Repräsentant der Geldware (an deren Stelle sie zirkulieren) verkörpern sie Wert.
Als Wertmaß ist das Geld nur ideell vorhanden, als Zirkulationsmittel ist es durch Zeichen ersetzbar, in seinen Bestimmungen als Schatz, Zahlungsmittel und Weltgeld muß das Geld dagegen leibhaftig vorhanden sein.

Geld als Schatz
Bereits in den Anfängen der Warenzirkulation wird versucht, den Warenwert festzuhalten. Die Ware wird nicht länger verkauft, um eine andere dafür zu kaufen, sondern der Verkauf dient der Schatzbildung. Der Warenwert wird in seiner Geldform aufgehäuft. Das Geld als allgemeiner Repräsentant des stofflichen Reichtums ist unmittelbar in jede Ware umsetzbar, der Geldbesitzer wird damit als Privatperson zur gesellschaftlichen Macht.
Im System der Metallgeldzirkulation bildet der Edelmetallschatz das Reservoir für die Zu- und Abflüsse des zirkulierenden Metallgeldes, da die umlaufende Geldmenge beständig schwankt. Um den Bedürfnissen der Zirkulation gerecht zu werden (z. B. Vergrößerung der Warenmasse bedingt bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes mehr Zirkulationsmittel), muß die Gesamtmenge der edlen Metalle größer sein als die Menge, die gerade als Münzen ausgeprägt ist. Sollte der gesamte Edelmetallvorrat tatsächlich geringer sein als die benötigte Geldmenge, kommt es zu einer wirklichen Geldkrise. Mit der Entwicklung des Kreditwesens wird diese metallne Schranke der kapitalistischen Produktionsweise durchbrochen.

In der kapitalistischen Produktionsweise verschwindet die Schatzbildung als Bereicherungsform. Der aufgeschatzte Wert kann keinen Mehrwert hecken. Seine Bedeutung erhält der Schatz als Reservefonds für den Ausgleich von Zahlungen, die sich nicht ausgleichen.

Geld als Zahlungsmittel

Mit der Weiterentwicklung der Warenproduktion können Kauf und Bezahlung der Ware zeitlich getrennt werden. Mit dieser Veränderung der Warenmetamorphose erhält auch das Geld eine andere Bestimmung, es wird Zahlungsmittel. Aber erst zum Zeitpunkt der Zahlung fungiert das Geld tatsächlich als Zahlungs-, vorher ist es nur ideelles Kaufmittel (als Geldversprechen des Käufers), bewirkt aber als solches erst den Verkauf der Ware. Solange sich die verschiedenen Forderungen der Produzenten gegeneinander ausgleichen, braucht das Geld auch als Zahlungsmittel nicht tatsächlich vorhanden zu sein, denn es funktioniert nur ideell als Rechengeld oder Maß der Werte.

Das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner ist die Basis des Kreditgeldes. Anstelle des Geldes als Zahlungs- und Kaufmittel tritt das Schuldzertifikat (z. B. der Wechsel), das seinerseits wieder als Zahlungsmittel dient. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise gewinnt das Kreditgeld immer größere Bedeutung, es wird zu einem wesentlichen Hebel zur Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Insbesondere vermittelt der Kredit die Bewegung zur Ausgleichung der Profitraten, verringert die Zirkulationskosten und beschleunigt die Bildung von Aktiengesellschaften und damit die Zentralisation und Konzentration des Kapitals.

Weltgeld

Mit der Ausweitung des internationalen Handels erwächst die Notwendigkeit, die Landesmünzen der verschiedenen Länder in die jeweiligen Lokalmünzen, bzw. gegen ungemünztes Edelmetall einzuwechseln. Dieses Wechselgeschäft ist die spontan hervorgewachsene Grundlage des modernen Geldgeschäftes. Die verschiedenen Münzen werden von den Wechselbanken auf ihren jeweiligen Gold- und Silbergehalt reduziert und so als universeller Wert, als Weltgeld gegeneinander getauscht.

Das (Metall-)Weltgeld fungiert vornehmlich als:

- allgemeines Zahlungsmittel zum Ausgleich der internationalen Bilanzen,
- als allgemeines Kaufmittel (Zirkulationsmittel) sowie
- als gesellschaftliche Form des Reichtums zur Übertragung von Reichtum, der nicht in der Form von Waren erfolgen kann. In all diesen Funktionen muß das Geld in der Metallgeldzirkulation leibhaftig vorhanden sein.

Im gegenwärtigen Weltwährungssystem dient auch nationales Geld (der US-Dollar) als Weltgeld.

Zusammenfassung

Die Entwicklung des einfachen Produktenaustausches zur Warenproduktion brachte das Geld als notwendiges Resultat hervor. Das Geld seinerseits wurde zum Hebel der Durchsetzung der Warenproduktion in anderen Gemeinwesen und bereitete in Form des Wucherkapitals (zinstragendes Kapital) den Boden für die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Entwicklung des Kreditsystems und seinem Funktionieren bei stetiger Kapitalakkumulation wächst der Schein, als habe das Geld keinen Wert, als sei es in all seinen Funktionen durch bloße Papierzettel (Zentralbankgeld, Wechsel) ersetzbar. Der Kredit wirkt als ein mächtiger Hebel der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, da er die Akkumulationsfähigkeiten des Kapitals steigert, sie über die Schranke des (Metall-)Gelds zu heben scheint. Erst in der Krise, wenn der Kredit zusammenbricht und nur das wirkliche Geld – als Verkörperung des gesellschaftlichen Reichtums – zählt, wird die Grenze der Akkumulationsfähigkeit des Kapitals deutlich.

Formen des Geldes

Funktionen und Formen des Geldes (Warengeld, Metallgeld, Papiergeld, Kreditgeld) entsprechen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Der *unentfalteten Warenproduktion* entsprach als Geld eine Ware (z. B. Vieh, Reis, Muscheln), die die Geldfunktionen wegen ihrer Mängel nur unvollkommen erfüllen konnte. Vieh ist z. B. nicht teilbar, Reis verdirbt.
In der *entfalteten Warenproduktion* geht die Geldfunktion auf die Edelmetalle über. Sie sind beliebig teilbar, als Gebrauchswert beständig, wegen ihres großen Werts wird nur jeweils eine kleine Menge Metall benötigt, um den Wert der anderen Waren auszudrücken, sie besitzen gleichförmige Qualität, die ohne größere Schwierigkeiten überprüfbar ist.
Mit der Entfaltung der *kapitalistischen Produktionsweise* verschwindet das Metallgeld aus der Zirkulation, das Gold hat als Geldware nur noch begrenzte Bedeutung: als Währungsreserve und in einigen Ländern als Münze. Ständige Münzverschlechterungen durch die Besitzer des Münzprägerechts sowie die leichtere Handhabung des Papiergeldes in der Zirkulation degradierten die Münze immer mehr zum reinen Wertzeichen und verdrängten sie aus der Zirkulation. Neben das Papiergeld mit

staatlichem Zwangskurs tritt das Kreditgeld, das z. B. in der BRD gegenüber dem Zentralbankgeld eine immer größere Bedeutung erlangt.

Bargeld

Das in der BRD zirkulierende *Bargeld* teilt sich in die im Auftrag des Bundesfinanzministeriums geprägten Münzen und die von der Bundesbank emittierten Banknoten. Bei den Kapitalisten, den Banken und beim Staat erscheinen sie in den Bilanzen als Bargeld oder Kasse. Das *Zentralbankgeld* umfaßt neben dem Bargeld auch die laufenden Guthaben von Banken und Nichtbanken bei der Zentralbank.

Münzgeld. Bis zum Jahre 1950 war die Ausgabe des Münzgeldes durch den Bund auf 30 DM pro Einwohner der BRD begrenzt. Seit Januar 1963 können Münzen in unbegrenzter Menge in die Zirkulation geworfen werden. Der Münzgewinn, der dem Bund zufließt, ist allerdings gering. Die Münzen sind nur begrenzt gesetzliches Zahlungsmittel, da DM-Münzen nur bis zum Betrag von 20 DM von jedermann angenommen werden müssen. Allein die Landes- und Bundeskassen sowie die Bundespost müssen Münzbeträge in unbegrenzter Höhe annehmen. Obwohl die Gestehungskosten für die Herstellung der Pfennig-Münzen höher sind als ihr Nominalwert, sind die Münzen in der BRD lediglich Geldzeichen, deren Gültigkeit durch die staatliche Annahmepflicht garantiert wird.

Papiergeld. Die Durchsetzung des Papiergeldes begann im 17. Jahrhundert. In England gaben die Kaufleute ihre Goldvorräte und -münzen bei Goldschmieden zur Aufbewahrung und erhielten dafür Empfangsbescheinigungen. Später gaben die Banken nicht mehr Schuldscheine über einen bestimmten Betrag aus. Die Schuldtitel trugen runde Beträge und wurden nicht mehr in Metallgeld zurückverwandelt, sondern dienten als Zirkulationsmittel. Solange die ausgegebenen Scheine nur den tatsächlichen Goldvorrat der Banken repräsentierten, zirkulierten sie nur an Stelle des Goldes, sie waren jederzeit in Gold umtauschbar.
Erfahrungsgemäß werden nicht alle Schuldtitel bei einer Bank gleichzeitig zur Einlösung (d. h. Umwandlung in Gold) vorgelegt. Die Banken konnten also mehr Schuldtitel ausgeben, als sie Goldvorräte besaßen. Solange die Umtauschbarkeit in Gold gegeben war, war die Banknote nichts weiter als ein Wechsel auf den Bankier, ein zirkulierendes Kreditzeichen, das als Bankierskredit den kommerziellen Kredit ersetzte. Die Notenausgabe durch die Banken gehorchte daher auch den Bedürfnissen der Warenzirkulation. Die nicht benötigten konvertiblen Banknoten fielen aus der Zirkulation heraus und kehrten zum ausgebenden Bankier zurück.
Sobald allerdings die privat ausgegebenen Banknoten inkonvertibel wer-

den, können sie sich nur dann als Zirkulationsmittel behaupten, wenn ihre Gültigkeit durch den Staat garantiert wird, d. h. wenn sie in staatliches Papiergeld umwechselbar sind.
Die vom Staat versuchte Einführung von Papiergeld im 18. Jahrhundert in Frankreich und in den nordamerikanischen Kolonien schlug fehl. Das Papiergeld konnte das Metallgeld nicht aus der Zirkulation verdrängen. Erst die Aufhebung der Goldeinlösepflicht der Notenbanken im Ersten Weltkrieg schuf den Übergang zum (inkonvertiblen) Papiergeld.
Wie in den meisten Staaten steht in der BRD allein der staatlichen Zentralbank das Recht der Notenausgabe (Staatspapiergeld) zu. Die ursprüngliche Höchstgrenze für die Notenausgabe von 10 Mrd. DM wurde mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank von 1957 aufgehoben. Die Noten der Bundesbank sind uneingeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel in der BRD. Die Banknoten stellen Forderungen an die Bundesbank dar, diese verbucht die ausgegebenen Noten in ihrer Bilanz daher als Passiva. In einigen Ländern verpflichtet sich die Zentralbank formell zur Einlösung der Noten in Gold.

Buch-(Giral-)Geld
Das Buch-, Bank- oder Giralgeld besteht aus Sichteinlagen von Privatpersonen und Unternehmen bei den Kreditbanken. Das Giralgeld entsteht entweder durch Einzahlung von Bargeld oder durch Kreditgewährung der Banken. Es existiert bei den Banken jedoch nicht als Bargeld (das trifft auch auf eingezahltes Bargeld zu), sondern lediglich als Gutschrift auf dem jeweiligen Konto. Der Kontoinhaber verfügt darüber mit Scheck oder Überweisungsaufträgen; er kann auch das Sichtguthaben in Bargeld umwandeln, d. h. sich Bargeld auszahlen lassen. Die Banken verbuchen die Sichteinlagen (oder täglich fällige Einlagen) in ihrer Bilanz auf der Passivseite, denn es sind Schuldforderungen gegen die Bank. Wenn sie Guthaben auszahlen, verringert sich ihr Bargeldvorrat, ihr Aktivposten »Kasse« wird kleiner.
Die Anfänge des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gehen auf den Beginn des 17. Jahrhunderts zurück. So führte die Hamburger Bank bereits 1619 eine »Verrechnungswährung« (Mark Banko) ein, die zum Ausgleich von Zahlungen zwischen den Bankkunden benutzt wurde. In Deutschland nahm der Giroverkehr (bargeldloser Zahlungs- und Überweisungsverkehr zwischen den Banken) erst nach Gründung der Deutschen Reichsbank (1875) einen größeren Aufschwung. Heute wächst die Giralgeldmenge weit rascher als das Bargeldvolumen.

Quasi-Geld (Geldsurrogate)
Neben dem Bar- und Giralgeld werden manchmal auch die geldnahen

(liquiden) Anlagen zum Geld gerechnet. Diese Quasi-Geldbestände stellen zwar nicht direkt Geld dar, können also nicht für Zahlungen verwendet werden, sind in der Regel jedoch jederzeit in Buch- oder Bargeld umwandelbar (monetisierbar). Zu den Geldsurrogaten werden gerechnet: Spar- und Termineinlagen (mit Befristung unter vier Jahren).
Spareinlagen können innerhalb eines Monats bis zur Höhe von 2000 DM ohne weiteres in Bar- oder Giralgeld umgewandelt werden. Bei den *Termineinlagen* existieren zwei Formen. Die Festgelder werden an einem vereinbarten Termin fällig. Die Kündigungsgelder können bei Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist zurückgefordert werden. Vorzeitige Rückzahlung von Spar- und Termineinlagen ist in der Regel nur bei Zahlung von Strafzinsen möglich.

Geldmenge (und Geldwertänderungen)

Die Bundesbank definiert seit Juli 1971 eine Geldmenge (-volumen) im engeren und im weiteren Sinne.
Zur *Geldmenge im engeren Sinn (M 1)* gehören:
- DM-Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)
- Sichteinlagen von Nichtbanken (ohne Einlagen bei der Zentralbank).

Zum *Geldvolumen im weiteren Sinn (M 2)* (»Geldvolumen und Quasigeldbestände«) rechnen:
- M 1
- Termingelder bis unter 4 Jahren von inländischen Nichtbanken. Nach dieser Definition gehören also die Kassenbestände der Banken sowie die Sichteinlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank nicht zum Geldvolumen.

In der bürgerlichen Geldtheorie ist die Frage noch immer kontrovers, was zur Geldmenge gerechnet werden muß. Der Streit darüber entbrannte bereits im 19. Jahrhundert, als sich Banking- und Currency-Theoretiker darüber stritten, ob die Banknoten zum Gelde zu rechnen wären oder nicht. Die genaue Bestimmung der Geldmenge schien notwendig, weil ihre Veränderungen mit der Preisbewegung in Zusammenhang gebracht werden.
Von den Geldtheoretikern wurden folgende Positionen zum Zusammenhang von Preisbewegung und Geldmenge/Geldwertänderung entwickelt.
1. Geldmenge und Preisniveau bedingen sich gegenseitig; dies entspricht der Quantitätstheorie Ricardos.
2. Die Geldmenge bestimmt das Preisniveau und damit den Produktionsprozeß; dies ist die Auffassung der Monetaristen, sie leiten daraus die geldpolitische Steuerung der Wirtschaft ab.

3. Die Geldmenge wird durch die Bedürfnisse des Akkumulationsprozesses gesteuert; dies ist – mit Einschränkungen – der Standpunkt der Marxisten.

Für die *Metallgeldzirkulation* (z. B. Goldumlaufswährung) läßt sich die Geldmenge und deren Auswirkungen auf die Warenpreise folgendermaßen bestimmen. Soweit ein genügend großer Geldschatz vorhanden ist, paßt sich die Geldmenge durch Vergrößerung oder Verringerung des Schatzes an die Bedürfnisse der Warenzirkulation und des Umfanges der Zahlungen an. Bei gegebener Umlaufsgeschwindigkeit der Geldstücke führt z. B. eine vergrößerte Warenmenge zum Anwachsen der Geldmenge. Preissteigerungen sind das Ergebnis von Wertveränderungen der Geldware und/oder der Waren, bzw. beruhen auf besonderen Marktsituationen.

In der *Geldzeichenzirkulation* (z. B. Goldkernwährung) zirkulieren statt des Metallgeldes Geldzeichen (Papiergeld). Soweit die ausgegebene Papiergeldmenge der Goldmenge entspricht, für die sie zirkuliert, ergeben sich keine Unterschiede zur Metallgeldzirkulation. Das Zirkulieren der Geldzeichen spart gegenüber der Metallgeldzirkulation Kosten und vermindert das Risiko der Geldbesitzer. Wird mehr Papiergeld ausgegeben als Gold zirkulieren würde, entwerten sich die ausgegebenen Geldzeichen. *Diese Entwertung der Geldzeichen findet aber nicht gegenüber den Waren statt, sondern gegenüber dem Gold, das sie repräsentieren!*

Anders hingegen in der *Papiergeldzirkulation mit staatlichem Zwangskurs* (z.B. Golddevisenwährung/System von Bretton Woods). Das staatlich ausgegebene Geld in der BRD war (bis 1971) zwar nicht direkt, aber indirekt (über den US-Dollar und durch die Zentralbanken) in Gold umtauschbar. Der Wert der DM, d. h. das Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, das sie repräsentiert, kann sich aber nur begrenzt im Austauschverhältnis mit anderen Währungen und im »Goldpreis« darstellen. Fällt das Gold als Deckungs- und Einlösungsmittel völlig weg, wie z. B. in Danzig, Österreich und in der Tschechoslowakei vor dem Zweiten Weltkrieg, so sprechen wir von einer reinen Devisenwährung. Der Wert einer solchen freien (oder auch manipulierten) Papierwährung hängt dann wesentlich von der staatlichen Geldpolitik ab.

Kredit und Geldschöpfung

Mit dem Geld als Zahlungsmittel entwickelt sich der Zins und das Geldkapital. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise ordnet sich das zinstragende Kapital dem industriellen unter, der Wucher entwickelt sich zum Kreditsystem. Nur in den Bereichen, in denen Geld

nicht im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise geborgt wird, behält der Wucher noch seine ursprüngliche Form, z. B. in den »diskreten« Barkrediten, die Geldverleiher in jeder Tageszeitung anbieten.

Herausbildung des Kredits

Das Geld in seiner Funktion als Zahlungsmittel schafft die Möglichkeit des Kredits. Das Kreditgeld kann als Weiterentwicklung der Funktionsformen des Geldes im Kapitalismus gefaßt werden. Die Ersetzung des Metallgeldes durch den Kredit erfolgt doppelt: Einmal, indem das Geld als Zahlungsmittel dient und sich gegenseitige Forderungen ausgleichen und die Geldware überflüssig machen. Zum anderen, indem ausgestellte Schuldforderungen selbst wieder als Zahlungsmittel zirkulieren.

In der kapitalistischen Produktionsweise ergibt sich notwendig mit dem Kapitalumschlag sowohl die periodische Freisetzung von Geldkapital als auch der zusätzliche Bedarf an Geldkapital, den der normale Umschlag nicht hervorzubringen vermag.

Der Kredit wird dem Kapitalisten in zwei Formen gewährt. Mit dem *kommerziellen Kredit* gewähren sich die Kapitalisten untereinander mit Hilfe des Wechsels Kredit. Sie stunden sich gegenseitig die Bezahlung der gekauften Waren. Erst am Zahltag müssen die Salden mit Buch- oder Bargeld beglichen werden. Der kommerzielle Kredit ist die Basis des Kreditsystems, der Wechsel die Grundlage des Kreditgeldes. Der Wechsel selbst repräsentiert in der Regel Warenkapital, also Wert. Indem das Kreditgeld die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel übernimmt, bleibt es selbst immer an die Geldware gebunden, was sich im Moment der Krise schlagend bemerkbar macht.

Der Kapitalist muß einen Teil seiner Käufe immer in Bar- oder Buchgeld machen; in der Form des *Bankierskredits* kann er direkt über Geld verfügen. Das verliehene Geldkapital fließt den Banken zum einen als brachliegendes Geldkapital zu, zum anderen können die Banken selber (Buch-) Geld schaffen. Mit der Möglichkeit der Diskontierung von Wechseln bei den Banken (die Banken kaufen die Wechsel bei Abzug der Zinsen) verschwimmen die Grenzen zwischen kommerziellem und Bankierskredit.

Die Geld-(Kredit-)schöpfung

Die Banken der kapitalistischen Staaten leihen nicht »überschüssige« oder »freie« Gelder aus. Sie leihen Zahlungsversprechen aus, die dem Bankkunden als Sichtguthaben gutgeschrieben werden. (In der Regel wird nur ein geringer Teil des Kredits am Bankschalter in Bargeld umgewechselt.) Die Barreserven der Bank bilden neben der Mindestreserve (die bei der Bundesbank in bestimmten Prozentsätzen der verschiedenen Einlagen zu halten ist) die Grenze dieser Giralgeldschöpfung.

Vereinfacht läßt sich der *Geldschöpfungsprozeß* folgendermaßen darstellen:
Erhält eine Bank eine Einzahlung von z. B. 1000 DM, dann braucht sie nicht die gesamte Geldmenge als Reserve für die Gutschrift zu halten, denn dies entspräche einer Deckung von 100%. Für den normalen Bankverkehr genügt z. B. eine Deckung von 10%, also 100 DM. Die restlichen 900 DM, die der Bank durch die Einlage zugeflossen sind, können als Kredit vergeben werden. Wenn der Kreditnehmer die Gutschrift für eine Überweisung an eine andere Bank verwendet, dann kann diese Bank die zugeflossenen 900 DM, unter Berücksichtigung von einer Reserve von 10% (90 DM) wiederum als Kredit in Höhe von 810 DM verleihen usw.
Die Möglichkeiten der Giralgeldschöpfung der Banken liegt darin begründet, daß die Einzahlungen und Auszahlungen sich in etwa ausgleichen und zur Funktionsfähigkeit der Banken eine möglichst klein gehaltene Bargeldreserve genügt.
Eine weitere Kreditschöpfungsmöglichkeit besteht darin, daß sich die Banken untereinander Guthaben in gleicher Höhe einrichten. Diese Guthaben sind von der Pflicht zur Haltung einer Mindestreserve bei der Bundesbank befreit.
Wird den Banken Zentralbankgeld durch Abhebung entzogen, bzw. verlangt die Zentralbank eine höhere Mindestreserve von den Banken, so wird der Kreditschöpfungsspielraum der Banken eingeschränkt.

Die Bedeutung des Kredits
Vier wesentliche Momente des Kreditwesens sind für die kapitalistische Produktionsweise zu benennen.
1. Das Kreditwesen vermittelt den Ausgleich der Profitraten.
2. Es verringert die Zirkulationskosten und beschleunigt den Kapitalumschlag.
3. Die Entwicklung des Kreditwesens fördert die Bildung von Aktiengesellschaften. Damit wird a. eine ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion ermöglicht, b. das Kapital erhält direkt die Form des Gesellschaftskapitals und c. wird die Trennung von Kapitalist als Eigentümer an den Produktionsmitteln und Manager als dem Dirigenten des Produktionsprozesses vollzogen.
4. Der Kredit bietet dem Anwender Verfügung über *fremdes* Kapital und damit über fremde Arbeit. Die Anwendung fremden Kapitals mit Hilfe des Kredits wird zum Haupthebel (nicht aber Ursache!) für die Überproduktion.
Einerseits beschleunigt der Kredit die materielle Entwicklung der Produktivkräfte, die Herstellung des Weltmarktes, führt zur Zentralisation des Kapitals und bereitet damit den Übergang zu einer höheren Produktions-

weise vor. Andererseits verschärft der Kredit (genauer sein Zusammenbruch) die Überproduktionskrisen. Bricht die Kreditkette nur an einer Stelle zusammen und wird Geld als Zahlungsmittel verlangt, so werden alle übrigen Kreditbeziehungen erschüttert.

II Internationale Aspekte des Geldwesens

Zahlungsbilanz

In der Zahlungsbilanz eines Landes werden die Austauschbeziehungen (Warenhandel, Dienstleistungsverkehr, Schenkungen, Kapitalbewegungen) zwischen Inländern (Kapitalisten, Staat) und Ausländern wertmäßig erfaßt und die Auswirkungen dieser Bewegungen auf den Gold- und Devisenbestand des Landes registriert.
Den Gold- und Devisenbestand eines Landes vermehren im einzelnen: Warenexporte, Dienstleistungsexporte (Transporte, Versicherungen, Reisen), importierte unentgeltliche Leistungen, Direkt- und Portfolioinvestitionen von Ausländern im Inland, von Inländern im Ausland aufgenommene Kredite und Darlehen. Den Gold- und Devisenbestand eines Landes vermindern im einzelnen: Warenimporte, Dienstleistungsimporte, exportierte unentgeltliche Leistungen, Direkt- und Portfolioinvestitionen von Inländern im Ausland, von Ausländern im Inland aufgenommene Kredite und Darlehen.
Die einzelnen Bewegungen werden nach dem Prinzip der doppelten Buchführung in der Zahlungsbilanz erfaßt und in Teilbilanzen aufgegliedert. So registriert die Handelsbilanz die Warenexporte und Warenimporte sowie den Saldo dieser Austauschbeziehungen; daneben lassen sich die Dienstleistungsbilanz, die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen, die Kapitalverkehrsbilanz (Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, Kredite und Darlehen) und die Gold- und Devisenbilanz unterscheiden.
Die gesamte Zahlungsbilanz eines Landes ist wegen der doppelten Buchführung stets ausgeglichen, unter Zahlungsbilanzungleichgewichten versteht man deshalb stets Ungleichgewichte in den Teilbilanzen. Oft werden die Teilbilanzen innerhalb der Zahlungsbilanz nach bestimmten Gesichtspunkten gruppiert. Die Handels- und die Dienstleistungsbilanz ergeben zusammen die Leistungsbilanz; die Leistungsbilanz und die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen bilden zusammen die Bilanz der laufenden Posten; die Bilanz der laufenden Posten und die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs werden zur Grundbilanz zusammengefaßt. Diese Gruppierungen sind dann sinnvoll, wenn man die Ursachen für die positive oder negative Gold- und Devisenbilanz eines Landes analysieren will.

Aus den unterschiedlichen Teilbilanzen läßt sich nämlich unmittelbar erkennen, welchen Beitrag etwa der Waren- und Dienstleistungsverkehr oder die langfristigen Kapitalbewegungen zur Veränderung des Währungsbestandes des Landes geleistet haben. Ist z. B. die Grundbilanz ausgeglichen, aber die Devisenbilanz negativ, haben die Währungsreserven des Landes nur abgenommen, weil im kurzfristigen Kapitalverkehr die Inländer mehr Kredite und Darlehen an das Ausland gegeben als umgekehrt vom Ausland empfangen haben. Sind innerhalb der Grundbilanz auch die Leistungsbilanz und die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs ausgeglichen, erfordert die Gesamtsituation der Zahlungsbilanz des Landes keine besonderen Maßnahmen, denn die Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs kann sich bereits innerhalb eines Monats umkehren.
Wenn die negative Devisenbilanz allerdings auf ein fundamentales Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz zurückzuführen ist und dieses Ungleichgewicht relativ stabil bleibt, kann die Notwendigkeit einer Wechselkursänderung (hier Abwertung) des Landes angezeigt sein, weil sich offensichtlich die Wettbewerbsposition des Kapitals dieser Nation auf dem Weltmarkt entscheidend verschlechtert hat.

Devisenmarkt

Durch die Austauschbeziehungen mit dem Ausland entsteht in den einzelnen Weltmarktsländern ein Devisenangebot und eine Devisennachfrage. Inländer, die Waren und Dienstleistungen exportieren oder Kredite im Ausland aufnehmen, bieten Devisen an, während Importeure und Banken, die dem Ausland Kredite gewähren, Devisen nachfragen. Unter Devisen sind dabei nicht ausländische Barzahlungsmittel (Münzen und Banknoten) zu verstehen, die im Inland zirkulieren – diese werden Sorten genannt –, vielmehr bezeichnet man in ausländischer Währung lautende Zahlungsansprüche (Guthaben bei ausländischen Banken, Wechsel und Schecks in ausländischer Währung) als Devisen. Angebot und Nachfrage treten sich auf dem Devisenmarkt gegenüber, auf dem sich ein Preis für die Devisen, Wechselkurs genannt, herausbildet.
In der BRD besteht der amtliche Devisenmarkt aus 5 Devisenbörsen – Frankfurt/Main, Hamburg, Düsseldorf, München und Berlin. Vereidigte Makler nehmen hier die Kauf- bzw. Verkaufaufträge entgegen, die sich nach limitierten Orders (mit festgelegten Höchst- oder Mindestkursen) oder nicht limitierten Orders (ohne Kursangabe) unterscheiden. Ein Teil der nichtlimitierten Geschäftsaufträge wird an den genannten Devisenbörsen direkt kompensiert, während die limitierten Aufträge und die Überschüsse nichtlimitierter Orders an die Frankfurter Börse weitergelei-

tet werden. Die Frankfurter Devisenbörse nimmt eine Sonderstellung ein, weil hier die Deutsche Bundesbank vertreten ist, um gegebenenfalls mit eigenen Käufen und Verkäufen auf dem Devisenmarkt zu intervenieren. Der amtliche Frankfurter Makler ist verpflichtet, die Devisenkurse auf der Basis der gesammelten Orders so festzusetzen, daß alle nichtlimitierten Aufträge und soweit wie möglich die limitierten Orders erfüllt werden können. Die ermittelten Devisenkurse werden als Mittelkurse bezeichnet, auf deren Grundlage durch Addition bzw. Subtraktion bestimmter, von der Bundesbank bestimmter Margen, die amtlichen Geld- und Briefkurse der einzelnen Währungen festgelegt werden. Auf der Basis dieser Kurse wickeln die Banken mit ihrer Kundschaft die Devisengeschäfte ab.
Der *Geldkurs* ist der DM-Preis, den die Banken für ausländische Valuta zahlen, während der *Briefkurs* den DM-Preis angibt, auf dessen Basis die Banken ausländische Valuta veräußern. Das arithmetische Mittel aus dem niedrigeren Geldkurs und dem höheren Briefkurs ergibt den Mittelkurs.
Beispiel: Die Banken kaufen 1 Dollar für DM 2,62 (Geldkurs), verkaufen ihn aber für DM 2,64 (Briefkurs), der Mittelkurs beträgt dann DM 2,63.
Der Devisenmarkt an den Börsen wird auch als *Devisenkassamarkt* bezeichnet, weil die Geschäfte innerhalb von 2 Werktagen abgewickelt sein müssen. Daneben existiert noch der *Devisenterminmarkt*, auf dem Geschäfte abgeschlossen werden, deren Fälligkeitstermine für einen späteren Zeitraum als 2 Werktage nach Vertragsabschluß vereinbart sind, z. B. 1, 3, 6 oder 12 Monate.
Auf dem Terminmarkt werden in erster Linie sogenannte *Kurssicherungsgeschäfte* getätigt. Hat z. B. ein westdeutscher Exporteur einem ausländischen Importeur einen 3-Monat-Kredit in Dollar eingeräumt, so kann er gleichzeitig einen Verkaufsvertrag für Dollar in der Höhe des Forderungsbetrages abschließen, zahlbar in 3 Monaten. Er schließt damit das Risiko aus, daß der Dollar innerhalb der Frist abgewertet wird und ihm somit Verluste entstehen. Durch das abgeschlossene Devisentermingeschäft würde der Exporteur bei einer Abwertung des Dollars denselben Betrag in DM gewinnen, den er durch die Kreditgewährung verliert.
Die Kurse für die Kassa- und die Termingeschäfte entsprechen sich allerdings nur in Ausnahmefällen. Liegen die Terminkurse über den Kassakursen, nennt man die Differenz *Report* (Terminaufschlag), im umgekehrten Falle spricht man von einem *Deport* (Terminabschlag). Generell wird die Abweichung der Termin- von den Kassakursen ohne genaue Richtungsangabe *Swap-Satz* genannt. Die Höhe der Reports oder Deports richtet sich im allgemeinen nach den Zinssatzdifferenzen zwischen den entsprechenden Währungsgebieten. Beträgt der Zinssatz für 3-Monat-Gelder auf dem deutschen Geldmarkt 5%, aber auf dem Euro-Dollar-Markt 8%, könnten deutsche Banken und Außenhandelsunternehmen auf dem Devi-

senkassamarkt Dollar kaufen, um diese gewinnbringend auf dem Euro-Dollar-Markt in 3-Monat-Gelder anzulegen. Müssen allerdings auf dem Terminmarkt Deports von 3% für den Verkauf von Dollar in 3 Monaten hingenommen werden, so lohnt sich die Transaktion nicht. Der Marktmechanismus würde bei der beschriebenen Ausgangslage sehr schnell einen Deport von 3% für Termin-Dollar mit der Fälligkeit von 3 Monaten herbeiführen, weil das Termin-Dollar-Angebot größer wäre als die Termin-Dollar-Nachfrage.
Die Swapsätze reflektieren nicht mehr die Zinssatzdifferenzen auf den verschiedenen Geldmärkten, wenn eine der entsprechenden Währungen sich in einer Aufwertungs- oder Abwertungssituation befindet oder die Zentralbank am Devisenterminmarkt interveniert, um Geldexporte, bzw. Geldimporte durch entsprechend günstige Reports und Deports anzuregen.

Weltwährungssystem und Weltwährungskrise

Zum Verständnis der nach dem Zweiten Weltkrieg institutionalisierten Weltwährungsordnung und ihrer gegenwärtigen Krise ist es zunächst notwendig, sich der *Bestimmungsmomente der Wechselkurse* zu vergewissern:
Da sich das Kapital in seinem historischen Entwicklungsprozeß in verschiedenen Nationalstaaten zusammengeschlossen hat, die Einzelkapitale sich also auf nationaler und nicht auf weltweiter Ebene als ideelles Gesamtkapital konstituiert haben, setzt sich der Weltmarkt aus der Summe verschiedener, national voneinander abgegrenzter Zirkulationssphären zusammen. Während die Kapitale im nationalen Rahmen direkt, ohne staatliche Schranken miteinander konkurrieren, ist der internationale Konkurrenzkampf des Kapitals prinzipiell über nationale Schranken vermittelt, die sich im minimalsten Falle (also abgesehen von Importzöllen oder Exportprämien etc.) als Grenzpfähle der verschiedenen nationalen Zirkulationssphären, als Währungsgebiete darstellen.
Verlassen die Waren eines Landes die nationale Zirkulationssphäre, um auf dem Weltmarkt realisiert zu werden, so muß dabei ihr Preis einen andern Geldnamen annehmen: er wird nicht mehr in nationaler Währung, sondern in internationaler oder ausländischer Währung ausgedrückt. Vor dem Hintergrund eines unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte in den einzelnen auf dem Weltmarkt miteinander konkurrierenden nationalen Kapitalen kommt dieser Geldnamenmetamorphose eine besondere Bedeutung zu.
Die entwickelteren Nationen, deren mittlere Intensitätsgrade der Arbeit und deren branchenspezifische Produktivitätsgrade im internationalen

Vergleich besonders hoch liegen, werden den weniger entwickelten nationalen Kapitalen im internationalen Konkurrenzkampf zunächst weit überlegen sein und deshalb ein größeres Warenquantum auf dem Weltmarkt realisieren als sie umgekehrt aus den übrigen Welthandelsnationen importieren. Während die Leistungsbilanzen der höher entwickelten Länder hohe Überschüsse ausweisen, verzeichnen die ökonomisch schwächer entwickelten nationalen Kapitale große Leistungsbilanzdefizite.
Unter der Annahme, daß sich auf den Devisenmärkten freie Preise für die jeweiligen Währungen herausbilden, werden sich in dieser Situation die Wechselkurse der höher entwickelten Länder verbessern – d. h. für eine Einheit ihrer nationalen Währung erhalten sie ein größeres Quantum an ausländischer Währung als zuvor –, während umgekehrt die Währungen der weniger entwickelten Länder abgewertet werden. Als Ergebnis dieses Prozesses muß sich die Arbeit der höher entwickelten Nationen auf dem Weltmarkt in höheren internationalen Werten darstellen als zuvor (die Preise der Weltmarktwaren dieser Länder steigen also), während Umgekehrtes für die weniger entwickelten Länder gilt.
Die Wechselkurse bilden damit tendenziell die Rangpunkte ab, die die verschiedenen nationalen Kapitale in der internationalen Produktivitäts- und Intensitätsstufenleiter der Arbeit einnehmen. Die nationalen Währungseinheiten der ranghöchsten Länder tauschen sich gegen ein größeres Quantum internationaler Währungseinheiten als dieselben Mengen nationaler Währungseinheiten der rangniedrigeren Länder. Für den Konkurrenzkampf der ungleich entwickelten nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt haben diese Währungsmechanismen entscheidende Auswirkungen: Erstens verlieren die höchstentwickelten nationalen Kapitale wegen der Verteuerung ihrer Weltmarktswaren im Durchschnitt ihre Surplusprofite, die sie sich ursprünglich im Konkurrenzkampf mit den weniger produktiven nationalen Kapitalen aneignen konnten, zweitens werden die schwächeren nationalen Kapitale im Durchschnitt vor der vernichtenden Konkurrenzkraft der höher entwickelten Nationen geschützt. Durch die Aufwertungs- bzw. Abwertungseffekte verbessert sich die Konkurrenzposition ihrer Weltmarktswaren. Die Leistungsbilanzungleichgewichte werden aufgehoben.
Im Vergleich zum Konkurrenzkampf innerhalb einer Nation, wo die produktiveren Kapitale sowohl ihre Surplusprofitposition bei unveränderten Produktivitätsrelationen zwischen den Konkurrenten permanent behaupten können, als auch die weniger produktiven Kapitale letztendlich niederkonkurrieren (Zentralisation), nimmt also der Konkurrenzkampf der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt modifizierte Formen an, weil er über die Grenzpfähle der verschiedenen nationalen Zirkulationssphären, die Wechselkurse nämlich, vermittelt ist.

Das System von Bretton-Woods

Das nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Abkommen von Bretton-Woods geschaffene Weltwährungssystem beruhte im wesentlichen auf drei Säulen:

a) Neben dem Gold übernahmen nationale Währungen (vor allem der Dollar) Weltgeldfunktionen.

b) Die Paritäten (Wechselkurse) der Währungen wurden in Gold oder in US-Dollar im Gewicht und in der Feinheit vom 1. Juli 1944 fixiert. Wechselkursänderungen sollten nur im Rahmen fester Regeln vorgenommen werden.

c) Es wurde ein internationaler Währungsfonds (IWF) geschaffen, der in Zahlungsbilanzkrisen geratene Nationen mit Währungskrediten unterstützen sollte.

Zu a) Um die internationale Liquidität von den begrenzten Goldreserven der einzelnen Nationen zu befreien, sah das Bretton-Woods-Abkommen die *Übernahme der Weltgeldfunktion durch den US-Dollar* vor. Voraussetzung für diese Erweiterung der Weltgeldformen war zweierlei: Einmal mußten die Weltmarktsländer über intensive Warenkapital- und Geldkapitalbeziehungen mit den USA in die Zirkulationssphäre des US-Dollars einbezogen werden, d. h. die USA mußten über einen hohen Anteil am Welthandel und an den Weltkapitalbeziehungen verfügen, zum anderen mußten die USA hohe Goldreserven haben, um sicherzustellen, daß die Dollarüberschüsse des Auslandes jederzeit in das allgemeine Äquivalent, das Gold, umgetauscht werden konnten. Diese Voraussetzungen waren am Ende des Zweiten Weltkrieges erfüllt; Schwierigkeiten ergaben sich allerdings im Verlaufe der nächsten zwei Jahrzehnte. In den 50er Jahren wurde die internationale Liquidität durch die unangefochtene Konkurrenzposition des US-Kapitals auf dem Weltmarkt eingeengt, die zu Defiziten der Weltmarktsländer im Handel mit den USA führte. Trotz der hohen amerikanischen Kapitalexporte blieb die Liquiditätsklemme bestehen, man sprach von einer Dollar-Lücke. In den 60er Jahren kehrten sich die Verhältnisse um, die EG-Staaten und Japan verbesserten ihre Konkurrenzposition gegenüber den USA durch höhere Produktivitätszuwachsraten entscheidend. Die US-Handelsbilanz wurde defizitär, und da auch die US-Kapitalexporte weiterhin anstiegen, kehrte sich die Dollar-Lücke in eine Dollar-Schwemme um. Die US-Goldbestände sanken rapide, die Einlösbarkeit des US-Dollar gegen Gold wurde eine Fiktion. Hätten die EG-Staaten und Japan von dem Einlöserecht ihrer Dollar-Überschüsse in Gold Gebrauch gemacht, wäre das Bretton-Woods-System bereits Anfang der 60er Jahre aus den Fugen geraten. Um die allgemein günstigen Akkumulationsbedingungen des Kapitals nicht durch Krisen in der Weltzirkulationsmaschinerie zu beeinträchtigen, nahmen die europäischen Län-

der und Japan die Umtauschmöglichkeit nicht in Anspruch. Die Krise des Bretton-Woods-Systems wurde damit allerdings nur vertagt.

Zu b) Im System der Goldwährung waren die Paritäten zwischen den nationalen Währungen durch den jeweiligen Goldgehalt eindeutig fixiert. Konnten etwa 100 Währungseinheiten des Landes A gegen 1 Gramm Gold bei der Zentralbank eingelöst werden, 100 Währungseinheiten des Landes B aber gegen 2 Gramm Gold, dann war die Wechselkursrelation durch das Verhältnis 2 Währungseinheiten von A = 1 Währungseinheit von B eindeutig bestimmt. Mit der Abkehr vom Goldstandard (d. h. der Aufhebung der Golddeckungsvorschrift für die nationale Papiergeldzirkulation und der Aufhebung der Umtauschpflicht von Papiergeld in Gold) waren im Bretton-Woods-System keine festen Grundlagen für die Festsetzung der Paritäten zwischen den Währungen mehr gegeben.

Die Wechselkurse wurden jetzt – wie oben dargelegt – Ausdruck der Rangpunkte der einzelnen Nationen in der Produktivitäts- und Intensitätsstufenleiter der internationalen Arbeit. Während sich im System der Goldwährung die Veränderungen der internationalen Konkurrenzpositionen der einzelnen Länder über Goldexporte bzw. Goldimporte im *inneren* Geldwert der nationalen Währungen reflektierten (der Wechselkurs aber wegen des Goldgehaltes der Währungen stabil blieb), spiegelt sich die ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale nach dem Zweiten Weltkrieg auch und in erster Linie in Veränderungen der internationalen Werte der Währungen (Paritätsänderungen) wider.

Um den Welthandel und die internationalen Kapitalbewegungen nicht durch ein häufiges saisonales und konjunkturelles Schwanken der Devisenkurse zu beeinträchtigen, sah das Bretton-Woods-System die feste Notifizierung der Währungsparitäten in Gold oder US-Dollar beim IWF vor. Diese *festen Wechselkurse* waren die Basis für die Abwicklung aller Handels- und Kapitalbewegungen zwischen den Mitgliedsländern des IWF. Die Zentralbanken der Fondsmitglieder hatten durch Interventionen am Devisenmarkt sicherzustellen, daß die Devisenkassakurse um nicht mehr als ± 1% (sogenannte Bandbreite) von der fixierten Parität abwichen. Paritätsänderungen waren nur bei grundlegenden Störungen des Zahlungsbilanzgleichgewichtes möglich, wobei alle Wechselkursänderungen, die die *ursprünglich* beim IWF notifizierte Parität um 10% überschritten, der Zustimmung des Fonds bedurften.

Zu c) Dem *internationalen Währungsfonds (IWF)* gehörten 1972 120 Mitgliedsländer an. Jedem Land ist entsprechend seinem Entwicklungsniveau und seiner Weltmarktsverflechtung eine *Quote* zugeteilt worden, die es in den Fonds einzuzahlen hat, und zwar zu 25% in Gold (sogenannte Goldtranche) und zu 75% in der jeweiligen nationalen Währung (sogenannte Kredittranche). Die Gesamtsumme der Mitgliederquoten be-

lief sich 1972 auf 28,5 Mrd. Dollar. Mit der Quote jedes Landes ist gekoppelt: das Stimmrecht, das allgemeine Ziehungsrecht und die Zuteilung von Sonderziehungsrechten.
Über die Sperrminorität bei wichtigen Entscheidungen des Fonds (Paritätsänderungen, Quotenänderungen) verfügen z. Zt. neben den USA die EG-Staaten. Ein Land, das in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerät, kann gegen die Hingabe eigener Währung die Währungen anderer Mitgliedsländer für eine befristete Zeit erwerben, d. h. es »zieht« auf den Fonds. Für Ziehungen stellt der Fonds Währungsbeträge in Höhe der Goldtranche und der Kredittranche (Vier Ziehungen zu je 25% des Quotenbetrages) zur Verfügung. Bei Ziehungen im Rahmen der Goldtranche sind die Mitglieder autonom, der Fonds hat hier kein Einspruchsrecht; erst bei Ziehungen im Rahmen der Kredittranche kann der Fonds dem betreffenden Land wirtschaftspolitische Auflagen erteilen. Die Rückzahlung (d. h. der Rückkauf der eigenen Währung) hat spätestens in 3-5 Jahren mittels Gold, Sonderziehungsrechten oder konvertiblen Währungen zu erfolgen.
Neben den normalen Ziehungen stehen den Mitgliedsländern auch *Bereitschaftskredite* (Stand-by-Arrangements) zur Verfügung, die meist auf 1 Jahr befristet sind und in dieser Zeit je nach Bedarf in Anspruch genommen werden können. Bis 1972 hat der IWF im Rahmen von unmittelbaren Ziehungen und Stand-by-Krediten Mittel in Höhe von 24,5 Mrd. Dollar vergeben, davon erhielten alleine Großbritannien 7,3 Mrd. Dollar, die USA 3,6 Mrd. Dollar und Frankreich 2,2 Mrd. Dollar.
In Ergänzung der genannten Währungsbeihilfen wurden 1968/69 die *Sonderziehungsrechte (SZR)* eingeführt, um die internationale Liquidität unabhängig von der Zahlungsbilanzsituation des Leitwährungslandes zu verbessern. Bis zum 1. 1. 1972 wurden den IWF-Ländern in Relation zu ihren Quoten Sonderziehungsrechte in der Gesamthöhe von 9,4 Mrd. Dollar zugeteilt. 1 SZR-Einheit entspricht der Goldparität des US-Dollars vom 1. 7. 1944, d. h. sie ist 0,888671 Gramm Feingold wert. Die SZR können als erstklassige Währungsreserven betrachtet werden, weil jedes Land in kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten seine SZR beim IWF oder im direkten Kontakt mit anderen Mitgliedsländern ohne Auflagen in konvertible Währungen eintauschen kann. Jedes Mitgliedsland ist verpflichtet, den zweifachen Betrag der ihm zur Verfügung stehenden SZR-Summe an zusätzlichen SZR zu akzeptieren. Bis Mitte 1972 haben insbesondere die USA und Großbritannien von der Umtauschmöglichkeit ihrer SZR-Bestände in konvertible Währungen Gebrauch gemacht.

Die Krise des Weltwährungssystems

Die wesentlichen Ursachen der Krise des Weltwährungssystems seit Ende der 60er Jahre sind in der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktiv-

kraft zwischen der USA einerseits und der EG sowie Japan andererseits zu suchen.

Jahr	Japan	EWG	BRD	Frank.	Ital.	USA	Gr.Brit.
1960	68,2	81,1	84,5	79,8	75,6	91,4	94,00
1961	86,8	91,0	94,0	89,8	87,0	93,2	96,0
1962	91,2	95,7	97,1	95,7	93,4	97,5	96,3
1963	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1964	112,0	105,5	106,3	105,3	103,2	103,1	104,4
1965	115,0	110,7	111,5	109,9	108,9	106,9	105,9
1966	123,9	115,7	115,0	115,2	117,0	110,7	107,5
1967	137,5	120,4	118,2	120,3	123,7	111,2	111,5
1968	154,6	127,4	126,2	126,5	131,1	114,0	116,1
1969	172,5	135,3	133,7	135,0	138,7	114,5	117,3

Volumenindex des Brutto-Inlandsproduktes zu Marktpreisen je Erwerbstätigen von 1960 bis 1969 (1963 = 100)

Die Rangposition der einzelnen kapitalistischen Blöcke in der internationalen Stufenleiter der Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität verschoben sich derart stark, daß die die alten Rangpositionen widerspiegelnden Wechselkurse zu einer erheblichen Verschiebung der Konkurrenzpositionen der einzelnen nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt führten. Während die USA in eine Leistungsbilanzkrise gerieten, erzielten die BRD und Japan wachsende Leistungsbilanzüberschüsse. Eine Anpassungsbewegung der Wechselkurse an die veränderte Struktur in der Stufenleiter der universellen Arbeit war damit unumgänglich geworden.

In einem System fester Wechselkurse wie dem Bretton-Woods-System sind solche Anpassungskrisen wegen der permanenten ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkraft zwischen den nationalen Kapitalen unvermeidbar, die Währungskrisen seit Ende der 60er Jahre wurden allerdings dadurch verschärft, daß sich die ungleichmäßige Entwicklung gegen das Land wendete, dessen nationale Währung als Weltgeld fungierte. In dem Maße, in dem sich eine Korrektur der Goldparität des Dollar als notwendig erwies, wurde dessen Funktion als internationales Maß der Werte, als internationales Zahlungsmittel und als internationales Reservemittel immer fragwürdiger. Die Bewertungsgrundlagen des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs und die Wertbeständigkeit der Währungsreserven einzelner Nationen waren erschüttert.

Dies ist der Doppelaspekt, der die gegenwärtige Weltwährungskrise kennzeichnet:

a) Die Notwendigkeit des Wechselkursrealignments angesichts der verschärften ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den USA, der EG und Japan,

b) die Erodierung der Weltgeldposition des USA-Dollar.
Die Weltwährungskrise verlief seit 1969 konkret wie folgt:
- Angesichts der enormen Handelsbilanzüberschüsse ließ die BRD im September 1969 den DM-Kurs frei nach Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt floaten, d. h. die Bundesbank stützte die Dollarparität der DM nicht mehr durch Interventionen am Devisenkassamarkt. Im Oktober des selben Jahres ging die BRD wieder zu festen Wechselkursen über, wertete die DM aber um 9,3% gegenüber dem US-Dollar auf. Da diese geringe, isoliert von der BRD durchgeführte Paritätskorrektur den veränderten Bedingungen in der internationalen Stufenleiter an Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität in keiner Weise gerecht wurde – die BRD-Handelsbilanzüberschüsse wuchsen weiterhin – ging die DM im Mai 1971 erneut zu flexiblen Wechselkursen über.
- Im August 1971 hoben die USA die Goldkonvertibilität des US-Dollars auf und zerstörten damit eine Säule des Bretton-Woods-Systems. Seit 1968 war die US-Leistungsbilanz in eine wachsende Krise geraten. Im August 1971 standen 40 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten der USA gegenüber ausländischen Zentralbanken nur noch US-Goldbestände im Werte von 10 Mrd. Dollar gegenüber. Die Goldkonvertibilität des US-Dollars stand nur noch auf dem Papier.
- Im Dezember 1971 unternahmen die kapitalistischen Industrieländer im sogenannten Smithsonian Agreement den ersten umfassenden Schritt zur Korrektur des Wechselkursgefüges: Der US-Dollar wurde gegenüber dem Gold um 7,89% abgewertet, gleichzeitig werteten folgende Währungen gegenüber dem US-Dollar auf: DM 13,6%, Yen 16,9%, Schweizer Franken 13,9%, Lira 7,5%, Pf. Sterling 8,6%, Franc 8,6%.
Um die Flexibilität des Systems fester Wechselkurse zu erweitern, wurde die Bandbreite von ± 1% auf ± 2,25% erhöht.
- Als sich auch im Jahre 1972 keine Wende in den Leistungsbilanzen der wichtigsten Welthandelsländer abzeichnete – das US-Handelsbilanzdefizit erreichte eine Rekordhöhe, die Handelsbilanzüberschüsse der BRD, Japans und Frankreichs waren weiterhin angewachsen –, werteten die USA im Februar 1973 erneut den Dollar um 10% ab, die DM und der Handelsfranc werteten um 11,1% auf, Japan gab erneut den Yen frei, floatete den Yenkurs also gegenüber dem US-Dollar nach oben. Einen Monat später (März 1973) unternahmen die EG-Staaten mit Ausnahme Großbritanniens und Italiens den Versuch, als Block gegenüber dem US-Dollar zu floaten. Während die Bandbreite innerhalb des Blockes auf ± 1,25% reduziert wurde, führte der gesamte Block (dem neben den genannten EG-Staaten auch Norwegen und Schweden beitraten) gegenüber dem US-Dollar flexible Wechselkurse ein. Innerhalb des Blocks wertete die DM zweimal auf, nämlich im März um 3% und im Juni um 5,5%. Bereits im

Dezember 1973 scherte Frankreich aus dem Euro-Block aus und ließ von nun an seine Währung frei floaten.
- Anfang 1974 ist damit das Bretton-Woods-System nahezu vollständig zusammengebrochen: Der Yen, der Franc, das Pfund Sterling, die Lira, der Kanadische Dollar und der Schweizer Franken floaten frei gegenüber dem US-Dollar, die Währungen der BRD, der Benelux-Staaten, Norwegens und Schwedens floaten en bloc gegenüber dem US-Dollar. Die Goldkonvertibilität des US-Dollars ist nach wie vor aufgehoben.
Zwei stabilisierende Tendenzen haben sich allerdings im Jahre 1973 entwickelt: Die US-Handelsbilanz schloß erstmals wieder mit einem Überschuß ab, während die Handelsbilanz Japans zum erstenmal defizitär wurde.

Die Reform des Weltwährungssystems
Welche Alternativen zum Bretton-Woods-System werden nun zwischen den kapitalistischen Ländern diskutiert?
Ernsthafte Realisierungschancen haben im Grunde nur ein System flexibler Wechselkurse oder ein reformiertes System fester Wechselkurse, wobei der überwiegende Teil der Länder ein reformiertes Bretton-Woods-System anstrebt.
Ein System freier Wechselkurse hätte den Vorteil, ohne die im System fester Wechselkurse auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung periodisch notwendig werdenden Anpassungskrisen auskommen zu können. Die Kurse würden sich jeweils rasch den veränderten Marktbedingungen anpassen, die Zentralbanken bräuchten nicht gegen Spekulationsbewegungen auf den Devisenmärkten anzukämpfen, schließlich bestünde kein Bedarf mehr an Reservewährungen, weil sich die Zahlungsbilanz ständig im Gleichgewicht befände, der IWF würde überflüssig werden.
Trotz dieser Vereinfachung der internationalen Zirkulationsmaschinerie wurde in der Reformdiskussion während der letzten Jahrestagung des IWF in Nairobi das System flexibler Wechselkurse kaum erörtert. Die weit überwiegende Zahl der kapitalistischen Länder sieht im System flexibler Wechselkurse eine Gefährdung der Stabilität des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs. Auch wenn sich Importeure und Exporteure bei ihren Geschäftsabschlüssen durch Devisentermingeschäfte vor akuten Währungsverlusten schützen könnten, würde die große Flexibilität der Wechselkurse keine gesicherten Preis- und Profitkalkulationen im Außenhandel zulassen. Da das Kapital und die Arbeitskräfte nicht so mobil sind, daß sie je nach Entwicklung des Wechselkurses zwischen einzelnen nationalen Anlagesphären, bzw. zwischen dem In- und Ausland hin- und herwandern, können die Außenhandelsunsicherheiten protektionistische Tendenzen produzieren, die die Verwertungsinteressen der weltmarkts-

abhängigen nationalen Kapitale stark beeinträchtigen. Gerade die Weltmarktkapitale der einzelnen Nationen sind deshalb die entschiedensten Verfechter einer Rückkehr zu festen Wechselkursen.
Die Debatte um die Reform des Bretton-Woods-Systems bewegt sich zur Zeit um folgende Hauptprobleme:
1. wird die Aufstellung objektiver Indikatoren gefordert, denen Wechselkursänderungen unterworfen werden sollen;
2. soll der US-Dollar in seiner Funktion als internationales Reservemittel durch den weiteren Ausbau der SZR abgelöst werden;
3. wird nach Möglichkeiten gesucht, die Dollar-Überschüsse in zahlreichen Ländern aufzulösen, etwa durch eine Übertragung auf den IWF.
Voraussetzung zur Rückkehr zu einem derart reformierten Bretton-Woods-System ist allerdings eine weitgehende Konsolidierung der Leistungsbilanzen der wichtigsten Welthandelsnationen. Ob die 1973 erzielten Überschüsse in der US-Leistungsbilanz und die Defizite in der japanischen Leistungsbilanz eine Tendenzwende andeuten, die sehr bald auch zu einer Minimierung der Leistungsbilanzüberschüsse der BRD führen, bleibt abzuwarten. Sicher ist, daß es auch in einem reformierten Bretton-Woods-System wegen der permanenten ungleichmäßigen Entwicklung der nationalen Kapitale zu Krisen kommen wird, in deren Verlauf sich die Wechselkurse den veränderten Bedingungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit anpassen. Diese Krisen werden auch weiterhin eine besonders scharfe Form annehmen, wenn sich – wie in der gegenwärtigen Krise – die ungleichmäßige Entwicklung gegen die Nationen wendet, deren Währungen Weltgeldfunktionen übernehmen. Die SZR können zwar die Reservemittelfunktion tendenziell übernehmen, es werden aber wie bisher nationale Währungen die übrigen Weltgeldfunktionen (Maß der Werte, Zirkulationsmittel) wahrnehmen müssen. Auch wenn in Zukunft neben dem US-Dollar die DM und der Yen diese Weltgeldfunktionen übernehmen sollten, wird das internationale Währungssystem bei notwendig werdenden Paritätsänderungen dieser Leitwährungen härteren Krisen unterworfen sein.

Kapitalexport

Unter Kapitalexport werden folgende drei Formen von grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen verstanden:
a) Die Kreditvergabe ins Ausland, z. B. wenn ein westdeutscher Exporteur einem afrikanischen Importeur beim Verkauf von Investitionsgütern einen 10jährigen Kredit einräumt.
b) Der Kauf von ausländischen Wertpapieren (Portfolio-Investitionen),

etwa der Erwerb britischer Staatsanleihen oder Aktien an der Londoner Börse durch eine westdeutsche Bank.
c) Der Aufbau einer Tochtergesellschaft im Ausland (Direktinvestitionen), etwa der Aufbau eines Zweigwerkes eines westdeutschen Chemiekonzerns in Frankreich.
Bei der Unterscheidung zwischen Portfolio-Investitionen und Direktinvestitionen ergibt sich ein Abgrenzungsproblem:
Wenn ein Konzern 50% des Aktienpakets eines Unternehmens im Ausland erwirbt, liegt dann eine Portfolio- oder eine Direktinvestition vor? Als Abgrenzungskriterium hat sich die Absicht des Investors, Kontrolle über das Unternehmen zu gewinnen, eingebürgert. Welche Höhe der Beteiligungsquote diesem Kriterium allerdings genügt, ist international umstritten. In den USA werden 25%ige Beteiligungsquoten als Schwelle betrachtet, an der die Portfolioinvestition in eine Direktinvestition mündet, die Deutsche Bundesbank begnügt sich bereits mit 10%, um die Kontrollabsicht des Investors als gegeben anzusehen.
Während die Ursachen der Kreditvergabe ins Ausland und des Kaufs ausländischer Wertpapiere leicht zu ermitteln sind – sie sind im wesentlichen in den internationalen Zins- und Renditedifferenzen zu suchen –, sind die Gesetzmäßigkeiten, die das Kapital in Form von Direktinvestitionen ins Ausland treiben, nicht ohne weiteres aufzudecken.
Die in der marxistischen Diskussion verbreitete These geht davon aus, daß in den Metropolen (etwa den USA) die Durchschnittsprofitrate wegen der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals sinke, also eine Überakkumulation von Kapital vorliege und das Kapital ins Ausland ströme, um sich dort höher zu verwerten. Diese These hat eine doppelte Schwäche: Erstens kann sie nicht erklären, weshalb die internationalen Kapitalströme sich heute zwischen den entwickelten kaptialistischen Ländern (USA und Westeuropa) bewegen und weshalb hier eine durchaus ausgewogene Bilanz vorliegt. Ende 1968 betrugen die langfristigen Kapitalanlagen (Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen) der USA in Westeuropa 24 Mrd. Dollar, die Westeuropas in den USA 26 Mrd. Dollar. Zwar war der US-Direktinvestitionsbestand in Westeuropa mit 19 Mrd. Dollar weitaus höher als der westeuropäische Direktinvestitionsbestand mit ca. 8 Mrd. Dollar in den USA. Bei der Überprüfung des Überakkumulationsansatzes zur Erklärung des Kapitalexportes müssen aber auch die Portfolioinvestitionen berücksichtigt werden, denn die gesamte exportierte Kapitalsumme wird dem Akkumulationsprozeß im importierenden Land zugeführt.
Zweitens leistet die Überakkumulationsthese keinen Beitrag zur Klärung der sektoralen Struktur des Kapitalexportes. Exportieren die überdurchschnittlich produktiven Branchen eines Landes Kapital oder dominieren

die unterdurchschnittlich produktiven Branchen beim Kapitalexport? Verbergen sich z. B. hinter den 8 Mrd. westeuropäischen Direktinvestitionen in den USA überwiegend andere Branchen als hinter den 19 Mrd. Dollar amerikanischen Direktinvestitionen in Westeuropa? Wenn ja, aus welchen Gründen? All diese Fragen kann die Überakkumulationsthese nicht beantworten.

Unseres Erachtens lassen sich die Ursachen und die Struktur der internationalen Kapitalbewegungen besser erklären, wenn man vom Verwertungstrieb der Weltmarktkapitale der verschiedenen Länder vor dem Hintergrund der Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ausgeht. Das Produktivitätsgefälle zwischen den einzelnen nationalen Kapitalen führt in der Weltmarktskonkurrenz zunächst zu Surplusprofiten der Kapitale der entwickelten Nationen, und zwar im Rahmen der internationalen Handelsbeziehungen. Die so entstehenden Handelsbilanzungleichgewichte zwischen den einzelnen Nationen setzen allerdings Währungsmechanismen in Bewegung (Aufwertungen, Abwertungen, importierte Inflation), die die ungleichen Profitraten im internationalen Warenkapitalverkehr im Durchschnitt wieder aufheben. Für die Weltmarktkapitale des höchstentwickelten Landes (z. B. USA) ergeben sich durch die erzwungene Aufwertung (und den damit verbundenen Abbau der Surplusprofitposition) zwei Anstöße für Direktinvestitionen im weniger entwickelten Ausland:

1. Die überdurchschnittlich produktiven Branchen dieses Landes können sich durch den Aufbau von Tochtergesellschaften im Ausland und die damit verbundene Unterlaufung des Wechselkursmechanismus erneut in die Position des Surplusprofitproduzenten setzen, indem sie die Waren, die sie vorher exportierten, nun im Exportmarkt selber produzieren.
2. Die unterdurchschnittlich produktiven Branchen dieses Landes werden ebenfalls durch die Aufwertung einen Anlaß zu Auslandsinvestitionen haben, weil sie nicht nur Surplusprofite zu verlieren haben, sondern eventuell in die Verlustzone geraten, wenn sie weiterhin unter den neuen Währungsverhältnissen in der Form des Warenexportes auf dem Weltmarkt konkurrieren. Auch sie werden (allerdings aus primär defensiven Gründen) die Produktion ins Ausland verlagern, um so durch das Unterlaufen der Wechselkurse unter besseren Wettbewerbsbedingungen in den Exportmärkten zu konkurrieren.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß vor allem die Kapitale des höchstentwickelten Landes über Direktinvestitionen ihre Profitraten steigern können, während umgekehrt die Kapitale der weniger entwickelten Länder kaum im höchst entwickelten Land investieren werden, weil sie auf diese Weise den Wechselkursschutz aufgeben. Dieser Logik entspricht die Dominanz der USA in den Direktinvestitionsbeziehungen zwischen

den USA und Westeuropa. Dieser Logik entspricht ebenso die sektorale Struktur der westeuropäischen Direktinvestitionen in den USA. Primär investieren in den USA die im internationalen Maßstab höchstentwickelten westeuropäischen Branchen (NE-Metalle, Chemie, Nahrungsmittel) und wenige internationale Spitzenunternehmen aus anderen westeuropäischen Industriezweigen (z. B. Erdöl, Elektrotechnik und Maschinenbau). Diesen Kapitalen erlaubt ihr Produktionsniveau,
a) sich überhaupt auf den amerikanischen Markt zu begeben und
b) aus dem Unterlaufen der Transportkosten und der amerikanischen Zölle einen Gewinn zu erzielen, der größer ist als der Verlust, der ihnen aus dem Aufgeben des Wechselkursschutzes entsteht.

Euro-Markt

Ende der 50er Jahre entwickelten sich im Zusammenhang mit den zunehmenden Defiziten in der amerikanischen Zahlungsbilanz neue Formen der internationalen Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte. Nicht-amerikanische Notenbanken und Geschäftsbanken verfügten in zunehmendem Maße über Dollar-Devisenreserven, die als Guthaben-Konten im amerikanischen Bankensystem angelegt wurden.
Da in den 50er und 60er Jahren ein erhebliches Zinsniveaugefälle zwischen den USA und dem Ausland bestand, gingen die ausländischen Besitzer von Dollarguthaben in den USA dazu über, diese Guthaben an andere Ausländer in Form von Tages- und Monatsgeldern zu verleihen. Diesen Markt, auf dem Ausländer um Kreditgeschäfte mit Dollar handeln, die sich in der Form von Sichteinlagen im amerikanischen Bankensystem befinden, bezeichnet man als *Euro-Dollar-Geldmarkt*. Der Name »Euro« ist dabei insofern mißverständlich, als die Verleihungen von Dollar-Guthaben einer japanischen Bank an eine indische Bank ebenfalls ein Euro-Dollar-Geschäft darstellen. Mit dem Namen »Euro« wurde die Form des internationalen Geldmarktes deshalb belegt, weil der Markt ursprünglich von Europäern dominiert wurde.
Auf dem Euro-Markt werden nicht nur Dollar gehandelt, sondern auch DM, Schweizer Franken, Yen etc. Ursache dieser Geschäfte sind in erster Linie Zinsdifferenzen zwischen den nationalen und den internationalen Geldmärkten. So führte etwa das Verzinsungsverbot für Ausländereinlagen im deutschen Bankensystem zu einem regen Euro-DM-Handel: Ausländer, die DM-Guthaben bei Deutschen Banken besaßen, verliehen diese im Ausland.
Der *Euro-Kapitalmarkt* ist ebenso wie der Euro-Geldmarkt primäres Produkt der amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Um ihre Zahlungsbilanz zu sanieren, führten die USA in den 60er Jahren eine

Reihe von Kapitalexportrestriktionen ein: 1963 verordnete die US-Regierung auf den Erwerb ausländischer Wertpapiere durch Amerikaner die Erhebung einer Zinsausgleichssteuer, 1965 wurde diese Steuer auf die Auslandskredite amerikanischer Banken ausgedehnt, gleichzeitig wurde den multinationalen Konzernen der USA empfohlen, ihre Direktinvestitionen im Ausland zu beschränken, 1968 wurde dieses Beschränkungsprogramm für Direktinvestitionen im Ausland gesetzesverbindlich.
Für die Struktur des internationalen Kapitalmarktes hatten diese Kapitalexportrestriktionen der USA erhebliche Auswirkungen:
1. war der US-Kapitalmarkt der Anleihemarkt für ausländische Kapitalnehmer schlechthin. Durch die Zinsausgleichssteuer verlor aber das amerikanische Zeichnerpublikum sein Interesse an Auslandsanleihen.
2. Die multinationalen Konzerne konnten seit 1965 ihre Direktinvestitionen im Ausland nur noch mit Schwierigkeiten durch Kredite amerikanischer Banken oder durch die Übertragung von Eigenkapital finanzieren. Sie mußten von nun an verstärkt auf nationale Kapitalmärkte im Ausland zurückgreifen, die dadurch aber in ihrer Finanzierungskapazität überfordert wurden.
Eine Lösung dieser Probleme wurde auf der Basis der umfangreichen Dollar-Guthaben in europäischer, arabischer und japanischer Hand in Gestalt der sogenannten Euro-Anleihen gefunden. Eine *Euro-Anleihe* im engeren Sinne ist eine Anleihe, bei der Währung, Schuldner und Begebungsland auseinanderfallen, z. B. eine Dollar-Anleihe der Stadt Kopenhagen, die von einem internationalen Bankenkonsortium unter Führung von britischen Banken auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgelegt wird. Die Euro-Anleihe unterscheidet sich also durch ihren im hohen Maße internationalen Charakter von der klassischen Auslandsanleihe, bei der ein Schuldner sich an einen nationalen Kapitalmarkt im Ausland wendet, also etwa eine französische Bank für Marokko eine Franc-Anleihe auf dem französischen Kapitalmarkt plaziert.
Neben den Euro-Dollar-Anleihen, deren Anteil am Emissionsvolumen des Euro-Anleihe-Marktes 1973 bei 41% lag (1972 46,6%), haben die Euro-DM-Anleihen in den letzten Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen: 1972: 24,7%, 1973: 30%. Die DM-Anleihen wurden auf Seiten der Gläubiger durch die feste Position der westdeutschen Währung auf den Devisenmärkten und die Hoffnung auf Aufwertungsgewinne favorisiert, während die Dollar-Anleihen durch die mehrmalige Abwertung des Dollar an Gläubiger-Vertrauen verloren haben. Auch wenn die Schuldner den Dollar wegen dessen Abwertungstendenzen als Emissionswährung bevorzugen mögen, lassen die hohen Zinskosten bei Dollar-Anleihen, die erheblich über den DM-Anleihe-Zinsen liegen, die Emittenten oft vom Dollar Abstand nehmen, zumal bei Anleihen mit 20-30jähriger Laufzeit.

edition suhrkamp

Aspekte der Marxschen Theorie 2
Zur Wertformanalyse
Beiträge von D. v. Holt, U. Pasero, V. M. Roth
es 633/DM 7,-

Peter Hennicke (Hrsg.)
Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften
Beiträge von E. Mandel, W. Rosenbaum, P. Hennicke, P. Bremer, P. W. Schultze, W. Lindner, R. Damus, B. Horvat, R. Lorenz, M. Dobb, M. Lewin, C. Sigrist/T. Amanao, A. Singh
es 640/DM 11,-

Renate Damus
Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme der DDR-Wirtschaft
es 649/DM 7,-

Peter Bulthaup
Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften
es 670/DM 5,-

Evsej G. Liberman
Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus
Ein Versuch über die Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion
es 688/DM 6,-

Gesellschaft
Beiträge zur Marxschen Theorie 1
es 695/ca. DM 7,-

Claudio Napoleoni
Ricardo und Marx
es 702/ca. DM 8,-

Hartwig Berger
Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit
es 712/DM 7,-

Prospekte durch Suhrkamp Verlag, 6 Frankfurt 1, Postfach 4229

Ästhetik und Kommunikation
Beiträge zur politischen Erziehung

Auszüge aus dem Inhalt
Heft 15/16
Juni 1974

LIP – Neue Kampfformen und Öffentlichkeit

Kapitalistische Gesellschaft und individuelle Pathologie

Zum Verhältnis von Pathologie und Entfremdung

Die Grenzen des Double-Bind Konzepts

Schizophrenie als Kommunikationspathologie

Zur Sozialisationstheorie von Alfred Lorenzer

Neurose und Klassenkampf

Emanzipation – Über die Notwendigkeit der Entfetischisierung eines Begriffes

Aspekte der Sozialisation im israelischen Kibbuz

u. v. a.

SPV

Scriptor Verlag GmbH
& Co KG Wissenschaftliche Veröffentlichungen
D-6242 Kronberg Taunus
Schreyerstrasse 2
06173-79183
Postfach 96

Paul Mattick
Die »Zerstörung« des Geldes

Als Tauschmittel und zur Schatzbildung ist das Geld in vielfältig auftretenden Formen so alt wie der Handel selbst und ist den unterschiedlichsten Gesellschaftsformen eigentümlich. Im Kapitalismus erfüllt es neben diesen allgemeinen Aufgaben noch die besondere Funktion der Verkörperung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. In der kapitalistischen Warenproduktion tauscht sich die Ware Arbeitskraft gegen Geld als Kapital aus. Der Käufer dieser besonderen Ware benutzt sie zur Vermehrung seines in Geld meßbaren Kapitals. Die Produktion dient hier nicht der Erzeugung von Gebrauchsgütern, vielmehr ist deren Herstellung, obwohl unerläßlich, nur ein Mittel, um ein gegebenes Kapital in ein größeres zu verwandeln. Diese Art der Produktion ist möglich, weil die Ware Arbeitskraft die Fähigkeit hat, mehr zu produzieren als sie den Kapitalisten kostet. Ihre Basis ist das gesellschaftliche Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital oder das Klassenverhältnis zwischen den Besitzern und Nichtbesitzern der Produktionsbedingungen.

Im Zirkulationsprozeß nimmt das akkumulierende Kapital einmal die Form der Ware und ein anderesmal die des Geldes an. Produktionsmittel und Waren lassen sich in Geld verwandeln, wie auch umgekehrt, so daß sich der Kapitalbesitz als Geldbesitz ausdrücken läßt. Das Geld muß deshalb selbst Ware und mit anderen Waren wertmäßig vergleichbar sein. Der Warenaustausch auf Basis kapitalistischer Eigentumsverhältnisse gibt der Teilung der gesellschaftlichen Produktion in bezahlte und unbezahlte Arbeit den in Geld gekleideten Charakter von Wertverhältnissen. Obwohl der Profit der in der Produktion geleisteten unbezahlten Arbeitszeit entstammt, erscheint er den Kapitalisten als ein auf dem Markt erzielter Gewinn. Und tatsächlich muß der in der Produktion gewonnene Profit auf dem Markt realisiert werden. Die Ware muß erst in Geld verwandelt werden, um als Gebrauchsmittel in die Produktion oder Konsumtion eingehen zu können. Es ist auf dem Umweg über das Geld, daß die auf Privateigentum beruhende Produktion ihren gesellschaftlichen Charakter erhält.

Da die Verwertung des Kapitals die gesellschaftliche Produktion bestimmt, setzt deren relativ reibungsloser Verlauf eine die Akkumulation ermöglichende Profitabilität voraus. Bei unzureichender Profitabilität vermindert sich die Rate der Akkumulation, was sich auf den Markt als

mangelnde Nachfrage und Knappheit des Geldes auswirkt. Obwohl Symptome der wirklichen Schwierigkeiten im Bereich der Produktion, sind diese Vorgänge mit Bezug auf die Marktverhältnisse ebenfalls reale Erscheinungen. So kann sich jede aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ergebende wirtschaftliche Krise als ein Problem des Marktes und des Geldes darstellen und wird im allgemeinen auch so aufgefaßt. Da sich an den Produktionsverhältnissen nicht rütteln läßt, bleibt die bürgerliche Ökonomie dem reinen Markt und den Geldvorgängen verhaftet.

Allerdings hat sich die bürgerliche Theorie des Geldes im Laufe der kapitalistischen Entwicklung verändert. In der klassischen politischen Ökonomie, wie auch in der Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie, war der Wert des Geldes, wie der jeder anderen Ware, von der in ihm enthaltenen gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit bestimmt. Als Gold oder Silber war der Wert des Geldes durch seine Produktionskosten gesetzt und bildete so das Äquivalent für jede andere Ware. Obwohl die Warenwerte durch die Marktkonkurrenz die Form von Produktionspreisen annehmen, d. h. der kapitalistischen Kostenpreise plus dem gesellschaftlichen Durchschnittsprofit, bleibt der Arbeitszeitwert der Waren doch bestehen, da die Höhe der Durchschnittsprofitrate von der Größe des Mehrwerts im Verhältnis zum produzierten Gesamtwert aller Waren bestimmt wird. Die Preisform hebt damit den Wertcharakter der Waren und die äquivalente Form des Geldes nicht auf.

Mit dem Aufkommen der subjektiven Wertlehre und der sich aus ihr schließlich ergebenden Zuflucht in die reine Preisbetrachtung verlor die bürgerliche Wirtschaftslehre ihren früheren Zusammenhang mit der klassischen Geldtheorie. Zugegebenermaßen ließ sich die Grenznutzentheorie nicht auf den Tauschwert des Geldes anwenden, da er nicht wie der anderer Waren von den subjektiven Bedürfnissen der Konsumenten bestimmt sein kann, sondern diesen schon als objektiv gegebener Wert gegenübersteht. Man hat zwar versucht, und hier vornehmlich durch Ludwig von Mises[1], dem objektiven Tauschwert des Geldes eine subjektive Basis durch die Annahme zu geben, daß der jeweilig gegebene objektive Tauschwert des Geldes vorhergehenden subjektiven Bewertungen zu Grunde liegt, was sich durch eine rückläufige Betrachtung der Entwicklung bis zum geldlosen Tauschhandel bestätigen ließe. Aber die Ableitung des Geldes aus der geldlosen Wirtschaft konnte nur wenige überzeugen, so daß der Versuch der subjektiven Wertbestimmung des Geldes aufgegeben wurde.

Bald wurde die ganze Grenznutzenlehre fallen gelassen, da sie offensichtlich auf einem Zirkelschluß beruhte. Obwohl sie die Preise zu erklären versuchte, mußten die Preise herhalten, um den Grenznutzen zu erklären. Man kam überein, daß die ökonomische Analyse keiner besonderen Wert-

theorie bedarf und sich ausschließlich auf die empirischen Quantitäten des Geldes und der Preise zu beziehen hätten. Die Umwandlung des psychologisch gesehenen Grenznutzens in eine Logik der Wahlhandlungen, oder der Marginalanalyse, würde ausreichen, um alle Marktbeziehungen auf einen gemeinsamen und allumfassenden Nenner zu bringen. Wie angeblich jeder Einzelne durch die Grenzkalkulation seine Einnahmen und Ausgaben rationell anordnet, um das Höchstmaß der Bedürfnisbefriedigung zu erreichen, so führe die universale Anwendung dieses »ökonomischen Prinzips« nicht nur mit den geringsten Mitteln zu den größten Erträgen, sondern auch zu einem allgemeinen ökonomischen Gleichgewicht, in dem sich die gesellschaftliche Nachfrage mit dem Gesamtangebot deckt. Und betrachtet man die Menschen nur als Käufer und Verkäufer und sieht von allen anderen gesellschaftlichen Beziehungen ab, so läßt sich tatsächlich ein Preissystem konstruieren, in dem sich durch die gegenseitigen Abhängigkeiten der Preise ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ergibt. Nur hat diese Konstruktion nichts mit der Wirklichkeit zu tun und stellt nur eine durch die Marginalanalyse modifizierte Wiederholung der diskreditierten Sayschen Behauptungen dar, daß jedes Angebot seine eigene Nachfrage mit sich brächte. Bezog sich die Saysche Theorie auf eine Barterwirtschaft und nicht auf die kapitalistische Geldwirtschaft, so spielte auch in der reinen Preistheorie das Geld eine untergeordnete und unwesentliche Rolle, da es als Ausdruck der Preisrelationen bereits in die Gleichgewichtsanalyse mit einbezogen war.

Trotzdem existierten neben den ökonomischen Vorstellungen mehr oder weniger unabhängige Geld- und Kredittheorien. Vorherrschend, obwohl in verschiedenen Interpretationen, blieb jedoch die Quantitätstheorie des Geldes, nämlich die Annahme, daß das Preisniveau von der Menge des Geldes und seiner Umlaufsgeschwindigkeit abhängig sei, oder von der Anwendung des Angebots-Nachfrage-Verhältnisses auf das Geld selbst. Allerdings ging mit dem Werdegang des Kapitals und den sich aus ihm ergebenden Veränderungen auch eine Entwicklung und Wandlung des Geldwesens einher. In der dem *laissez-faire*-Kapitalismus vorhergehenden merkantilistischen Periode stellt sich der persönliche wie der nationale Reichtum in Geld, und das Geld in edlen Metallen dar. Obwohl der Kapitalbegriff Geld vorstellt, so schließt er doch alle Waren in sich ein, wobei eine jede die Fähigkeit hat, den Platz des Geldes einzunehmen. Damit war die Sucht nach Reichtum nicht mehr mit dem Besitz von Gold und Silber verbunden, sondern mit dem von Kapital.

Damit Geld als Kapital wirken kann, muß es zuerst aufhören, Geld zu sein, d. h. in Produktionsmitteln und Arbeitskräften angelegt werden, die dem Besitzer der Produktion Profit bringen. Das akkumulierende Kapital repräsentiert Geldwerte in Form weiterer Produktionsmittel und zusätz-

licher Arbeitskräfte. Die Produktionsinstrumente übertragen im Laufe längerer Produktionsperioden ihren eigenen Wert auf die hergestellten Waren. Obwohl die auf den Markt geworfenen Warenmengen in Geld umgesetzt werden müssen, sie aber nur einen Teil des existierenden Kapitals verkörpern, braucht auch nur ein Teil des Kapitalbesitzes die Geldform anzunehmen.

Im allgemeinen werden die notwendigen Geldmittel von den in die Zirkulation eingehenden Warenpreisen und von der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes bestimmt. Selbstverständlich bedarf die Warenzirkulation selbst nicht des Geldes, sondern menschlicher Betätigung und der von ihr angewandten Transportmittel. Was das Geld zirkuliert, sind nicht Waren, sondern die Eigentumsansprüche, die ihnen anhaften. Diese Funktion kann von den verschiedensten Geldmitteln ausgeübt werden. Als Zirkulationsmittel erschien das Warengeld als Gold oder Silber eine kostspielige und unnötige Ausgabe. Es dient weder der Produktion noch der Konsumtion, sondern repräsentiert die Unkosten des Zirkulationsprozesses. Die Produktion dieser Zirkulationsmittel verbraucht Arbeit und Kapital, welche, anderweitig angewandt, Profit abwerfen würden. Für die Gold- und Silber-Produzenten ist ihre Produktion natürlich so profitabel wie jede andere, aber vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist das Warengeld als Zirkulationsmittel unproduktiv. Aus diesem Grunde hat sich das Kapital von jeher bemüht, Warengeld durch symbolische Geldmittel zu ersetzen.

Geld teilte sich so in Warengeld und Zeichengeld. Aber die verschiedenen Geldsurrogate wie Banknoten und Kreditgeld galten nur als Stellvertreter des Warengeldes und blieben an dessen Bewertung gebunden. Der Gebrauch verschiedener Zahlungsmittel setzte sich zugleich mit der Verallgemeinerung der Goldwährungen und des internationalen Goldstandards durch. Die Golddeckung des zirkulierenden Papiergeldes verhindert dessen zu weit gehende Ausgabe und dementsprechende Entwertung. Der Goldstandard setzte der nationalen Geldvermehrung durch die Gefahr des Verlustes der Goldreserven ebenfalls Schranken. Unter dem Reservesystem war das umlaufende Geld ein Vielfaches seiner Golddeckung, so daß zu jeder gegebenen Zeit sich nur ein Teil in Gold verwandeln ließ. Solange jedoch die Überzeugung der Sicherheit der Umwandlung vorherrschte, war das Recht auf Gold so effektiv wie das Gold selbst, und eine Art von Geld so gut wie jede andere.

Das Gold ist nicht nur Warengeld, sondern durch seinen industriellen und anderweitigen Gebrauchswert Ware schlechthin. Sein Wert, und damit Preis, hängt von der Produktivität der Goldproduktion und den sich daraus ergebenden Angebots- und Nachfragerelationen ab. Um den Wert des Goldes und damit den der darauf basierenden Währungen stabil zu hal-

ten, war es notwendig, den Goldpreis zu kontrollieren. Ursprünglich waren die Werte von Gold als Ware und Gold als Geld identisch, woraus sich ergab, daß, wenn der Warenwert den Geldwert überstieg, das Goldgeld in die Goldware zurückverwandelt wurde. Um einen gegebenen Goldpreis aufrecht zu erhalten, muß er nicht nur für das Geld, sondern auch auf dem Goldmarkt wertbeständig sein. Das bedeutete, daß, solange das Goldangebot die Marktnachfrage überstieg, der Überschuß von den Geldautoritäten aufgekauft werden mußte, ganz gleich ob Bedarf dafür vorhanden war oder nicht. So war der Warenwert des Goldes durch seinen Geldwert bestimmt.

Die Tatsache jedoch, daß der Warenwert und der Geldwert des Goldes nur zusammenfielen durch die Einwirkungen des Staates und internationaler Vereinbarungen, und daß das Warengeld als Umlaufsmittel zunehmend ausgeschaltet wurde, ließ die Überzeugung aufkommen, daß sich die kapitalistischen Geschäfte auch ohne Warengeld abwickeln ließen. Dem war schon vorgegriffen worden durch die von Georg Friedrich Knapp[2] entwickelte staatliche Theorie des Geldes, derzufolge das Geld keinen Eigenwert benötigte, sondern seine Geltung ausschließlich durch die ihm vom Staat willkürlich verliehene Bewertung erhielt. Es wurde aber doch an der Goldwährung und dem Goldstandard festgehalten, nicht nur aus Gewohnheit, sondern auch weil dem Warengeld eine größere Wertbeständigkeit zukommt. So zirkulierte Warengeld, weil es Wert besaß, und wertloses Papiergeld, weil es zirkulierte.

Die zu dieser Zeit herrschende Vorstellung eines sich automatisch regulierenden Marktmechanismus verlangte nach einem sich selbst regulierenden Geldsystem, das durch den Goldstandard gegeben zu sein schien. Die verschiedenen nationalen Währungen bezogen sich in ihren Recheneinheiten auf einen bestimmten Goldgehalt. Der Goldgehalt jeder Währung verband alle Währungen untereinander. Quantitäten von Gold tauschten sich gegen gleiche Goldquantitäten aus, da der Goldpreis dem Gewicht nach fixiert war. Führte der internationale Devisenverkehr nicht zum Ausgleich nationaler Schulden und Kredite, so wurde die Zahlungsbilanz zwischen den Ländern durch Goldübertragung hergestellt. Von den Wirkungen der Goldübertragungen auf die Preisbildung der verschiedenen Länder versprach man sich eine allen Nationen zugute kommende Gleichgewichtstendenz der Handelsbeziehungen.

Unter dem Goldstandard führte eine negative Zahlungsbilanz zur Goldübertragung in die Länder mit positiver Zahlungsbilanz. Es wurde angenommen, daß in den Gold verlierenden Ländern, durch die damit verbundene Deflation, die Preise fallen würden, während sie in den Gold gewinnenden Ländern, durch die resultierende Inflation, steigen würden. Damit würde sich über kurz oder lang die Handelsbilanz der Länder mit

niedrigeren Preisen verbessern und die der Länder mit höheren Preisen verschlechtern, so daß sich das verlorene Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen neu herstellen würde. In Wirklichkeit war dies jedoch nicht der Fall. Mit oder ohne Goldstandard hängt die Akkumulation des Kapitals nicht vom Geld und Kredit ab, sondern von seiner Profitabilität. Wo die Geld- und Kreditausweitung auf Grund einströmenden Goldes die Akkumulation beschleunigt und damit die Produktivität der Arbeit erhöht, führt sie nicht zu höheren Preisen gegenüber Ländern mit Goldverlusten und gehemmter Akkumulation, die auch deren Produktivität beeinträchtigt. So wenig wie der Marktmechanismus war der Goldstandard ein Instrument des Ausgleichs und der Stabilität. Er hob die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals ebensowenig auf wie das Preissystem innerhalb jedes einzelnen Landes.

Wie das Geld selbst, war auch der Goldstandard kein physisch notwendiges Mittel des internationalen Güterverkehrs, sondern Ausdruck der den Waren und dem Kapital anhaftenden Eigentumsansprüche. Besonders mit Bezug auf den Kapitalexport, durch Investierungen und Anleihen, schien es angebracht, die zurückfließenden Zinsen und Profite gegen Entwertungen und Verlust zu schützen. Der Kapitalmarkt war in West-Europa konzentriert und hier vornehmlich in England, und es waren die Kapital exportierenden Länder, die die allgemeine Anerkennung des Goldstandards durchzusetzen verstanden. Er verlieh den verschiedenen Wechselkursen eine gewisse Stabilität und kontrollierte die nationale Geld- und Kreditpolitik. Die internationale Konkurrenz schloß damit den Kampf ums Gold in sich ein.

Der Erste Weltkrieg führte zum Ende des Goldstandards. Spätere Versuche, ihn wieder aufzurichten, zerbrachen an neu einsetzenden Wirtschaftskrisen. Vom Goldstandard gelöst, war die Geldschöpfung Sache der einzelnen Nationen. In den im Kriege besiegten Ländern bediente man sich der Inflation, um die staatlichen Schulden zu annullieren, den vollen Mehrwert in die Hände des Kapitals zu spielen, die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern und so die kapitalistische Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die damit verbundenen Schwierigkeiten überstiegen jedoch jede Kontrollmöglichkeit, und die Inflation führte zur totalen Entwertung des Geldes und damit zum ersichtlichen Ende des kapitalistischen Systems. Die Kaufkraft des Geldes mußte durch die Emission neuen Geldes ohne Deckung wieder hergestellt werden. Die deutsche Rentenmark besaß z. B. keine andere Deckung als das hoffnungsvolle Vertrauen der Bevölkerung in die Versprechungen des Staates, sie stabil zu halten, und erbrachte den Nachweis, daß die Kaufkraft des Geldes auch ohne Reserven durch reine Regierungsbestimmungen erhalten werden kann.

Als Ausdruck der Zersetzung des kapitalistischen Systems wurde die

durch den Krieg hervorgebrachte und durch die Revolution beschleunigte Inflation in Rußland von den Bolschewisten zuerst begrüßt. Obwohl die Herausgabe von Papiergeld unter fallenden Wechselkursen die unablässige Form der Besteuerung darstellte, wurde aus dieser Not die Tugend einer sich selbst aufhebenden Geldwirtschaft gemacht. Das Geld, schrieb N. Bucharin, »stellt jene dinglich gesellschaftliche Bindung, jenen Knoten dar, zu dem das ganze entfaltete Warensystem der Produktion geschürzt ist. Begreiflich, daß in der Übergangsperiode, im Prozeß der Vernichtung des Warensystems als solchen, ein Prozeß der ›Selbstverneinung‹ des Geldes stattfindet. Er drückt sich erstens in der sogenannten ›Geldentwertung‹ aus, zweitens darin, daß die Verteilung der Geldzeichen von der Verteilung der Produkte unabhängig wird und umgekehrt. Das Geld hört auf, ein allgemeines Äquivalent zu sein, und wird zum konventionellen – und dabei höchst unvollkommenen – Zeichen der Produktionszirkulation.«[1]
In der den Bolschewisten zu dieser Zeit noch vorschwebenden Idee einer geldlosen sozialistischen Wirtschaft schien die Geldentwertung ihren Aufbauplänen auf Basis einer Naturalwirtschaft entgegenzukommen. Aber weder die Inflation noch der Naturalienaustausch erwiesen sich als Lösungen der sich häufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und wurden bald durch ein neues Geldsystem ersetzt. Über eine Reihe von Währungsreformen und mit dem Beginn der Planwirtschaft wurde zwar die Wertbeständigkeit des Geldes, aber nicht seine frühere relative Unabhägigkeit wieder hergestellt. Es wurde als Zahleinheit zu einem Rechnungs- und Kontrollinstrument der nach Gebrauchswerten und materiellen Balancen ausgerichteten Wirtschaft. Als Wertmaß und Zahlungsmittel dient es der Zirkulation nur insofern, als es den Güterverkehr in die vom Plan vorbestimmten Kanäle lenkt. Als Umlaufsmittel beschränkt es sich im allgemeinen auf die Einnahmen und Ausgaben der Konsumenten; die geschäftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Unternehmen finden ihren finanziellen Ausdruck auf dem Wege der Buchführung über die Staatsbank.
Nicht der sich als Geld realisierende Marktverkehr führt hier zur unbewußten gesellschaftlichen Regulierung der Produktion und Verteilung, sondern deren bewußte Regulierung bedient sich des Geldes, wie es sich auch die Lohnarbeit zu Nutze macht, um die Wirtschaft zentral zu kontrollieren. Durch die Kontrolle der Preise und Löhne ist auch die Kontrolle des Geldes gegeben, da es nur in Zahlen ausdrückt, was nach materiellen Maßstäben bereits festgelegt ist. Es handelt sich hier um eine Entschleierung des Geldes. Es ist nicht mehr die abstrakt verdinglichte Form sozialer Verhältnisse, sondern ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle im Interesse der modifizierten Produktionsverhältnisse.
Allerdings beschränkte sich die verwandelte Funktion des Geldes auf die

nationale Wirtschaft. International bedurfte es nach wie vor des Goldes zur Ausgleichung der Zahlungsbilanzen. Lenin zufolge wäre es erst nach einer sozialistischen Weltrevolution möglich und angebracht, das Gold »zum Bau öffentlicher Bedürfnisanstalten« zu verwenden. Bis dahin bliebe es notwendig, »mit den Wölfen zu heulen«, Gold zu produzieren und anzuhäufen. Aber auch in den kapitalistischen Staaten teilten sich die Funktionen des Geldes in nationale und internationale, wobei das Gold nur als universales Mittel zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen für notwendig erachtet wurde.

Daß die nationale Wirtschaft keiner Goldwährung bedarf, war eine seit langem auftretende Auffassung. Aus Gründen der Tradition und der Furcht vor Geldentwertung wurde am Warengeld trotzdem festgehalten. Weil der Goldstandard der Geldfabrikation bestimmte Grenzen setzte, lassen sich solche Grenzen jedoch auch auf dem Wege der Geldpolitik einhalten. Jedenfalls verlor das Warengeld mit der Entwicklung der Banken und des Kreditwesens seine frühere Bedeutung, bis es nur noch als Recheneinheit zum Ausgleich von Schulden und Krediten angesehen wurde. Jeder Kauf und Verkauf, so wurde nun argumentiert, führe zu einer Schuld und ihrer Abtragung, was sich auch ohne das Dazwischentreten des Geldes durch die Vermittlung der Banken bewerkstelligen ließe. Der bargeldlose Zahlungsverkehr verdrängte die staatlichen Zahlungsmittel in zunehmendem Maße, obwohl sich die letzteren nicht ganz beseitigen ließen.

Da im Begriff der Ware der des Geldes schon einbegriffen ist, war die Goldwährung eine historische, aber nicht unbedingt notwendige Erscheinung der Warenzirkulation. Da alle Waren potentiell Geld darstellen und Geld über alle Waren verfügt, kann im nationalen Rahmen jede Art Zahlungsmittel als Austauschmittel dienen. Für die Masse der arbeitenden Bevölkerung ist das Geld stets reines Tauschmittel, das den Tausch der Ware Arbeitskraft gegen die Summe von Waren, die ihr Lohn zu kaufen vermag, vermittelt. Für das Kapital hingegen ist das Geld nicht nur Mittel des Austauschs, sondern Mittel der Akkumulation. Eine gegebene Geldmenge muß vergrößert werden, um den Warenaustausch zu einem kapitalistischen zu machen. Geschäfte wickeln sich nicht ab, um Schulden und Kredite auszugleichen, sondern um Profit zu machen.

Das moderne Kreditsystem war ein Instrument der schnellen Kapitalentfaltung, wie, rückwirkend, die Kapitalakkumulation das Kreditwesen enorm förderte. Das Geldsystem komplizierte sich außerordentlich, obwohl die ihm zugrunde liegenden gesellschaftlichen Beziehungen ihre Schlichtheit als Ausbeutungsverhältnisse von Kapital und Arbeit beibehielten. Die staatliche Geldpolitik und Geldschöpfung vollzieht sich über das Banksystem und bezieht sich, wenn nicht entgegengesetzten Zwecken dienend, auf Maßnahmen der Kontrolle und Sicherung der umlaufenden

Geldmenge. Die Kreditgewährung der Banken ist von der staatlichen Gelderzeugung – durch Notenausgaben und Schatzanweisungen – und den staatlich festgelegten, aber variierenden Reservebestimmungen mit Bezug auf Depositeneinlagen abhängig. Findet der Kredit nur eine teilweise Deckung in den Bankreserven, so ist er doch im allgemeinen durch den Kapitalbesitz der Kreditnehmer sichergestellt. Wo kein Kapitaläquivalent vorhanden ist, da gibt es auch keinen Kredit, der sich damit nicht auf das vorhandene Geld, sondern auf das vorhandene Kapital bezieht.

Da die Akkumulation des Kapitals eine gegebene Wertmasse in eine größere zu verwandeln hat, vermehrt sich, bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit, auch die Menge des Geldes in seinen verschiedenen Formen. Solange das akkumulierende Kapital auf keine Schwierigkeiten stößt, laufen die reale Akkumulation und die des Geldes relativ reibungslos nebeneinander. Allerdings besteht stets die Gefahr einer Geldkrise, da sich der gesellschaftliche Charakter der Produktion nur über die sich von ihm abhebenden verselbständigten Geldverhältnisse der Warenproduktion durchzusetzen vermag. Aber neben dieser stets vorhandenen Möglichkeit der Geldkrise führt ein Aussetzen oder die Einschränkung des Akkumulationsprozesses zu einer allgemeinen Krise, die zugleich eine Geldkrise ist.

Bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein fand die bürgerliche Ökonomie keine Krisenerklärung. Ihrer Ansicht nach würde der Marktmechanismus jede eintretende Gleichgewichtsstörung aus sich selbst heraus überwinden. Aber der Umfang und die Dauer der zwischen den beiden Weltkriegen auftretenden Krise zerstörten diese Illusion und zwangen zu weitgehenden staatlichen Wirtschaftseingriffen. Die angewandten Mittel waren geldlicher und fiskalischer Natur und beeinflußten die Marktwirtschaft wohl, stellten sie aber nicht in Frage. In den Augen der bürgerlichen Wirtschaftler und Wirtschaftstheoretiker stellt sich die Krise als mangelnde Nachfrage dar, und diese Auffassung bestimmt die Wahl der Mittel zu ihrer Bekämpfung. Die ungenügende private Nachfrage muß durch öffentliche Ausgaben ergänzt werden, um dem Zustand der Arbeitslosigkeit und der stillgelegten Produktionskapazität abzuhelfen. Gleichzeitig muß die Rentabilität des privaten Kapitals verbessert werden, um den gegebenen Krisenzustand und die damit verbundenen staatlichen Eingriffe nicht zu verewigen.

Da die Krise als momentane Störung angesehen wurde, erschien auch ihre Bekämpfung als eine vorübergehende Notwendigkeit. Die mangelnde Nachfrage zeigte sich in der Verminderung neuer Kapitalinvestierungen und in der daraus resultierenden mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung oder in einem allgemeinen Geldmangel. Dem letzteren kann durch das Drucken zusätzlichen Papiergeldes abgeholfen werden. Da das Papier je-

doch nichts an den der Krise unterliegenden Akkumulationsschwierigkeiten zu ändern vermag, ist die Geldvermehrung zugleich eine Geldentwertung, denn die damit verbundene Veränderung der gesellschaftlichen Verteilung auf Kosten des Kapitals wird von letzteren durch Preiserhöhungen wettgemacht. Steigen die Preise schneller, als sich das Geld vermehrt und entwertet, so wird die Inflation zu einem Mittel der Profitvermehrung und ihre Kosten werden vom Kapital auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Die Inflation erreicht damit denselben Zweck, der sich aus einer Deflation ergeben würde, nämlich das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung dem Kapital gegenüber zu vermindern und damit dessen Profitabilität zu verbessern. Da der inflationistische Prozeß die ganze Gesellschaft gleichzeitig erfaßt, ist er von größerer Wirksamkeit als die traditionelle Deflation. Aber wie die letztere, so sieht man auch die Inflation als eine vorübergehende Erscheinung, die zur Wiederaufnahme der autonomen Kapitalakkumulation führen soll.

Für das Kapital hat die Inflation nur insofern einen Sinn, als sie der Vermehrung der Profite zuträglich ist, und dies mit Bezug auf den Innen- und Außenmarkt. Dieser Sinn verliert sich mit dem zunehmenden Tempo der Inflation. Sie muß deshalb kontrolliert werden, und dies geschieht am wirksamsten auf dem Wege der Defizitfinanzierung durch staatliche Anleihen. Die Regierung borgt schon vorhandenes, aber brachliegendes Geld, um ihre vermehrten öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Obwohl sie damit die Produktion und das gesellschaftliche Einkommen vermehrt, ändert dies nichts an den internen Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation. Gelingt es dem Kapital nicht, seine eigenen Schwierigkeiten durch entsprechende Vergrößerung des Mehrwerts zu überwinden, so stellt sich die profitlose Produktion durch öffentliche Ausgaben als eine weitere Belastung des Privatkapitals heraus. Wie im Falle der Geldinflation versucht es dann, seine eigene Rentabilität durch Preiserhöhungen zu sichern, so daß die Defizitfinanzierung zugleich ein langsamerer aber nichtsdestoweniger inflationistischer Prozeß ist, der ebenfalls auf bestimmte vom Privatkapital gesetzte Grenzen stoßen muß.

Die Tatsache jedoch, daß die auf dem Wege der Defizitfinanzierung erreichte Akkumulation der Staatsverschuldung die Produktion scheinbar ebenso zu vermehren verstand wie die kapitalistische Akkumulation, führte zu dem Begriff der funktionellen Finanz oder der Annahme, daß sich die Wirtschaft als Vollbeschäftigung durch staatliche Manipulationen regulieren ließe. Diese von John Maynard Keynes[4] ausgehende Idee wurde in verschiedenen Varianten bald zum Allgemeingut. Durch die Verbindung fiskalischer mit geldlichen Maßnahmen wären die Regierungen imstande, nicht nur die Vollbeschäftigung zu sichern, sondern auch Inflation und Deflation auszuschalten. Im Rahmen der nationalen Wirtschaft wäre

das Wachsen der Staatsverschuldung bedeutungslos, da ihre Aufnahme und Abtragung nur zu Einkommensübertragungen führen könnten, welche die gesamtgesellschaftliche Konsumtion nicht beeinträchtigen würden.
Es handelte sich hier um eine Variation des sich in der Planwirtschaft vollziehenden Funktionswechsels des Geldes. Das Geld sollte nunmehr als Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik auf dem Boden des gegebenen Marktsystems wirken. Nur insoweit der Markt als Gleichgewichtsmechanismus versagte, sollte die nationale Produktion durch die Injektion oder Entziehung staatlich aufgebrachter Mittel gefördert oder gehemmt werden. Das automatische Preissystem würde auch weiterhin von den Wahlhandlungen der Konsumenten bestimmt bleiben, aber die staatlich gelenkte und vermehrte »öffentliche Konsumtion« in sich einschließen. Da aber die zunehmende »öffentliche Konsumtion« den zu kapitalisierenden Mehrwert nur vermindern kann, setzt die Bereitschaft zu dieser Art staatlicher Wirtschaftspolitik den Willen und die Möglichkeit voraus, die Akkumulationsansprüche des privaten Kapitals unberücksichtigt zu lassen. Und da dies im Laufe der Zeit das kapitalistische System selbst in Frage stellen würde, kann diese Wirtschaftspolitik nur unter dem Zwang der Notwendigkeit vorübergehend und in beschränktem Maße angewandt werden.
Nichtsdestoweniger drückt die der Wirtschaftsbeeinflussung gewidmete staatliche Geldpolitik eine teilweise Aufhebung des Geld- und Warenfetischismus aus und ist in diesem Sinne eine Widerspiegelung der sich zersetzenden Marktwirtschaft. Es ist eine Art Akzeptierung der Knappschen staatlichen Theorie des Geldes und deren Anpassung an das gegenwärtige gemischte Wirtschaftssystem. Da aber das schnellere Anwachsen des staatlich bestimmten profitlosen Sektors der Wirtschaft die Akkumulationsrate des privaten Sektors nur vermindern kann, ist dieser Einbruch bewußter Handlungen in den Marktautomatismus kein ordnungsschaffendes Element, sondern ein Zeichen des Verfalls, auch wenn dies mit vorübergehenden wirtschaftlichen Erleichterungen verbunden ist. Letzten Endes muß jede staatliche Geldpolitik an den in der Sphäre der privaten Profitproduktion zu suchenden Widersprüchen ihre Schranken finden.
War es im nationalen Rahmen möglich, die Wirtschaft auf inflationistischen Wegen aus einem Zustand der Depression herauszubringen, so lag die Erwartung nahe, daß die gleichzeitige Anwendung dieser Mittel in all den vom Goldstandardautomatismus befreiten Ländern die Weltwirtschaft als Ganzes beleben würden. Die nationale Unabhängigkeit der Geldpolitik würde durch die damit verbundene vergrößerte Produktion zugleich den Welthandel erweitern, und der internationale Verkehr könnte, wenigstens im Prinzip, auch ohne das Dazwischentreten des Goldes durch internationale Vereinbarungen geregelt werden. Diese Vorstellung

basierte auf dem noch nicht erschütterten Glauben, daß sich unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung die Gleichgewichtstendenzen des Marktsystems, national wie international, erneut durchsetzen würden.
Vorerst kam es jedoch nur zu einem mit allen Mitteln geführten und verschärften internationalen Konkurrenzkampf, in dem jedes Land sich auf Kosten anderer Länder zu behaupten versuchte und der schließlich zum zweiten Weltkrieg führte. Das sich schon in der vorhergehenden Krise auflösende internationale Geldsystem fand nun seine völlige Zersetzung und mußte nach Abschluß des Krieges neu aufgebaut werden. Noch während des Krieges bemühten sich die Siegerländer in *Bretton Woods*, eine neue Integrierung des Welthandels durch währungspolitische Maßnahmen vorzubereiten. Von den früheren Währungskrisen ausgehend, wurde die Weltzentralbank und der Internationale Währungsfond ins Leben gerufen, um der aus Zahlungsbilanzschwierigkeiten entstehenden Gefährdung des internationalen Wirtschaftsverkehrs auf dem Kreditwege abzuhelfen.
Auch dem unterlag die alte Hoffnung, daß sich die Unebenheiten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wenn auch mit Verspätung, zuletzt doch von selbst ausgleichen würden. Der kapitalistische Akkumulationsprozeß ist jedoch, national wie international, zugleich ein Konzentrations- und Zentralisationsprozeß. International zeigt sich dies in der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder und der Verlagerung ihrer ökonomischen Machtpositionen innerhalb der Weltwirtschaft. Diese unterschiedliche Entwicklung findet ihre Akzentuierung in der imperialistischen Konkurrenz und verschiebt Vormachtstellungen von einem zu einem anderen Land, von einem Erdteil zu einem anderen. Unter diesen Umständen ist die Bereicherung eines Landes mit der Verarmung eines anderen verbunden, und die Handelsbeziehungen werden zum Instrument der internationalen Kapitalkonzentration.
Die zwei Weltkriege zerbrachen die Vormachtstellung des europäischen zu Gunsten des amerikanischen Kapitals. Die Gläubigerländer wurden zu Schuldnerländern, und umgekehrt; die große Masse des Goldes wanderte nach Amerika, und die Handelsbeziehungen konnten nur auf dem Wege langfristiger Kredite wieder aufgenommen werden. Das Nachkriegschaos der Wechselkurse wurde durch ein System fester Wechselkurse in Parität mit dem auf Gold basierenden Dollar beendet und der Dollar zum Weltgeld und zur Reservewährung ernannt. Die Einlösbarkeit des Dollars in sein Goldäquivalent gab ihm als Reservewährung den Status des Goldes. Allerdings bestand stets die Gefahr der Erhöhung des Goldpreises und der daraus folgenden Entwertung aller Währungen. Aber solange die dem Kriege nachfolgende Konjunktur anhielt, war diese Wahrscheinlichkeit gering, und das neue Währungssystem schien den An-

sprüchen der Weltwirtschaft gewachsen zu sein. Der Schein war jedoch trügerisch. Während die enorme Kapitalvernichtung in Europa und Asien mit dem Wiederaufbau eine lang andauernde Konjunktur mit sich brachte, blieb die kapitalistische Akkumulation in Amerika zurück und erlaubte eine annähernde Vollbeschäftigung nur unter der Bedingung staatlicher Zusatzproduktion in Form militärischer Ausgaben, und damit eine schleichende Inflation, die durch imperialistische Eingriffe in allen Teilen der Erde ihre Beschleunigung fand. Die mäßige Akkumulationsrate deutete auf eine niedrige Profitrate des amerikanischen Kapitals, was durch den Kapitalexport in Länder mit höherer Profitabilität wettgemacht wurde. Der amerikanische Kapitalexport, vornehmlich in die westeuropäischen Länder, verbesserte die dort schon vorhandene Konjunktur und fand deshalb für lange Zeit keine Opposition.

Die Geldpolitik der amerikanischen Regierungen förderte den Kapitalexport und schuf zugleich die finanziellen Mittel der imperialistischen Machtpolitik. Während amerikanische Kapitalisten in den europäischen Ländern ganze Industrien aufkauften oder einrichteten, sammelten sich in diesen Ländern die Papierdollars als Reserven an. Damit vollzog sich eine Rückwanderung des Goldes nach Europa und der praktische Verlust selbst einer teilweisen, wenn auch unzureichenden, Golddeckung des Dollars. Durch die zunehmende Konkurrenzfähigkeit anderer Länder verlor sich auch Amerikas langfristige positive Handelsbilanz. Eine eintretende negative Zahlungsbilanz ließ sich weder auf dem Wege des Handels, der Zurückführung der Profite des exportierten Kapitals, noch durch europäischen Kapitalexport in die Vereinigten Staaten vermindern. Als Dauerzustand gesehen, konnte das beharrende amerikanische Zahlungsdefizit nur zum Abbruch der kapitalistischen Handelsbeziehungen führen.

Man sprach deshalb von einer neuen Währungskrise und der Notwendigkeit eines neuen Währungssystems. Aber die diesbezüglichen Vorschläge waren nur Reaktionen auf die gegebenen Schwierigkeiten und enthielten nicht deren Lösung. Versagte einst die Wirtschaft unter dem Goldstandard, so versprach man sich von seiner Aufhebung eine Besserung. Führten die sich frei bewegenden Wechselkurse zur weiteren Zersetzung des Welthandels, so kehrte man zu festen Wechselkursen zurück. Hielt man die Bindung des Weltgeldes an Gold für unerläßlich, so wurde zu anderer Zeit diese Notwendigkeit bestritten, und freischwebende Wechselkurse wurden für das Richtige gehalten. Die jeweilige Geldpolitik stellte sich stets als aufgezwungener Reflex auf die nicht zu kontrollierende Wirtschaftsentwicklung heraus. Nur in der Einbildung der Geldautoritäten erschien sie als bewußte Lenkung der Wirtschaftspolitik.

Stellte sich die kapitalistische Wirtschaftslenkung auf nationaler Ebene als Illusion heraus, so ließ sich der internationale Wirtschaftsverkehr noch

weit weniger unter die Kontrolle geldlicher Vereinbarungen bringen. So wie die staatlich veranlaßte Vollbeschäftigung die ihr zugrundeliegende Krise des Systems nur zu verschleiern, aber nicht aufzuheben vermag, setzt sich mit dem Verfall des kapitalistischen Systems auch die Zerstörung des Geldsystems durch. Und läßt sich bei mangelnder Akkumulation die Vollbeschäftigung nur durch die Inflation realisieren, so führt die Inflation auf Grund der gegenseitigen Abhängigkeiten der nationalen Wirtschaften zu einer allgemeinen Zerrüttung der Weltwirtschaft und damit zu neuen Versuchen, nationale Schwierigkeiten auf Kosten anderer Länder zu überwinden.

Daß die Vollbeschäftigung mit der Inflation einhergeht, ist eine offensichtliche Tatsache, der in der bürgerlichen Auffassung die falsche Erklärung beigegeben wird, daß die Nachfrage gegenüber dem Angebot zu groß wäre. Da aber die Inflation auch bei wachsender Arbeitslosigkeit und ungenutzten Produktionskapazitäten fortschreitet, kann ihr Grund nicht im Übermaß der Kaufkraft gesucht werden. Er ist vielmehr in den Versuchen zu finden, die Rentabilität des Kapitals trotz der steigenden öffentlichen Ausgaben zu sichern. Die Suche nach zusätzlichen Profiten bestimmt auch den durch die inflationistische Geldpolitik subventionierten Kapitalexport. Die notwendige Expansion des Kapitals erzwingt seine geographische Ausdehnung und damit nationale Rivalitäten und die imperialistische Konkurrenz. Die Machtpolitik wird durch die inflationistische Geldpolitik gestützt, wodurch sich die steigenden öffentlichen Ausgaben am besten rechtfertigen lassen, da sie das Versprechen möglicher zukünftiger Profite in sich bergen. Ist dieser inflationistische Kurs einmal im Gange und das Geheimnis der scheinbaren gesellschaftlichen Stabilität, dann wird es zunehmend schwieriger, ihn umzukehren und sich dem traditionellen Krisenmechanismus zu überlassen.

Nicht aus Überzeugung, sondern der Notwendigkeit gehorchend, setzte sich die inflationistische Geldpolitik gegen alle Warnungen durch. Von Amerika ausgehend wurde sie zu einem Weltphänomen. Da die negative Zahlungsbilanz eines Landes die positive eines anderen ist, vergrößert sich in den Überflußländern die Geldreserve und damit die Geld- und Kreditexpansion. Würde der Kapitalexport nach Amerika, oder der amerikanische Warenexport, entsprechend zunehmen, so könnte sich ein Ausgleich der Zahlungsbilanzen ergeben. Aber die amerikanischen Gesamtausgaben überstiegen beharrlich die Gesamteinnahmen des internationalen Wirtschaftsverkehrs. Dem könnte allerdings abgeholfen werden durch die Einschränkung des amerikanischen Kapitalexports, die Reduzierung der Kosten der imperialistischen Politik und die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Warenmarkt auf Kosten der Arbeiterschaft. Jede dieser Maßnahmen würde jedoch die bereits unsichere und durch die In-

flation ermöglichte relative Stabilität des amerikanischen Wirtschaftssystems untergraben und seinen wirklichen Krisenzustand bloßlegen.
Die Diskrepanzen in den kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen weisen darauf hin, daß die Profitabilität des Weltkapitals nicht ausreicht, um allen kapitalistischen Ländern gleichzeitig eine die Vollbeschäftigung in sich einbeziehende Akkumulationsrate zu ermöglichen. Der Anteil der einzelnen Länder an der Gesamtakkumulation ist zeitlich verschieden und veränderlich. Das Kapital strömt in die Länder mit den höchsten Profit- und Zinsraten. Da das Profitmotiv die Wirtschaftsentwicklung reguliert, läßt sich nichts daran ändern, und die resultierenden wirtschaftlichen Widersprüche bleiben der Erwartung überlassen, daß sich die Entwicklungsrichtung über kurz oder lang ändern wird.
Wird diese Erwartung enttäuscht, so versucht man, mit politischen Mitteln die störrische Einseitigkeit der Wirtschaftsentwicklung zu brechen, was unter der Bedingung unzureichender Akkumulation nur durch eine politisch erzwungene andere Verteilung des Weltprofits möglich ist. Keiner Nation kann das dauernde Zahlungsdefizit der stärksten kapitalistischen Macht gleichgültig sein, da dessen letzte Konsequenz die Zerstörung des Welthandels ist. Alle Länder sind genau so, wenn nicht in weit größerem Maße als Amerika, an die Ausdehnung des Welthandels gebunden. Sie sind trotz aller Vorbehalte zu Konzessionen bereit, die die Abtragung des amerikanischen Zahlungsdefizits erleichtern könnten. Diese Bereitschaft erlaubte Amerika, dem in *Bretton Woods* etablierten Weltwährungssystem ein Ende zu machen und die Konvertibilität des Dollars aufzuheben.
Damit war im internationalen Rahmen erreicht, was im nationalen seit langem Wirklichkeit war, nämlich die völlige Aufhebung des Geldes als Warengeld. Allerdings war die Konvertibilität der Reservewährungen unter dem dem Goldstandard folgenden Goldaustauschmechanismus stets nur zu einem Bruchteil möglich gewesen, aber dieser sich dauernd verringernde Teil reichte trotz der sich beschleunigenden Inflation aus, um einer allgemeinen Flucht aus den Währungen ins Gold vorzubeugen. Man bemühte sich, an der Illusion der Konvertibilität so lange wie möglich festzuhalten, z. B. durch die Stützung des offiziellen Goldpreises (nun nicht mehr durch den Ankauf, sondern den Verkauf von Gold), durch die Schaffung weiterer angeblich durch Gold garantierter Kredite, die sogenannten Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfond, und durch die Trennung des Geldpreises vom Warenpreis des Goldes. Auch nach der Aufhebung der Konvertibilität des Dollars wurde dieser Zustand als ein vorübergehender gewertet, der zu einem neuen Währungssystem überleiten soll, in dem Gold auch weiterhin eine, wenn auch eher beschränkte Rolle spielen soll.

In der Aufhebung der Konvertibilität des Dollars und der daraus entstehenden Notwendigkeit eines neuen Weltwährungssystems scheint sich eine lang erwartete Tendenz in Richtung einer kapitalistischen Organisation der Weltwirtschaft durchzusetzen. Allerdings zuerst von der falschen Seite der Geldmanipulation, die die Marktverhältnisse den Bedürfnissen einer mehr geregelten Weltwirtschaft anpassen soll. In der sozialistischen wie in der bürgerlichen Literatur war die Internationalisierung der Kapitalkonzentration mit der Abschaffung des Geldes in seiner kapitalistischen Form verbunden gewesen. Nach Rudolf Hilferding z. B. »erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals«, da es in seiner letzten Konsequenz zur Schaffung eines internationalen Generalkartells führt. Dann wird »die ganze kapitalistische Produktion bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in all ihren Sphären bestimmt. Dann wird die Preissetzung rein nominell und bedeutet nurmehr die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits. Der Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern eine bloße rechnungsmäßige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt und nicht Zuteilung von Werten. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld.«[5]

Weniger eingenommen von dieser Entwicklung und sie dennoch befürchtend, hielt auch der schon erwähnte Ludwig von Mises das Weltkartell für eine Möglichkeit und die Zersetzung des kapitalistischen Geldes für deren Folge, da eine »einzige Weltumlaufsmittelbank oder das Weltkartell der Umlaufsmittelbanken es in der Hand haben, die Umlaufsmittelzirkulation schrankenlos zu vermehren.« Er sah hier Probleme, »die möglicherweise über die individualistische Organisation der Produktion und Verteilung hinausführen zu neuen kollektivistischen Organisationsformen der Sozialwirtschaft.«[6]

Für die nationale Wirtschaft ist bereits ersichtlich geworden, daß sich der Markt nicht auf dem indirekten Weg der Geld- und Steuerpolitik stabilisieren läßt, und daß nur der direkte Weg der administrativen Preis- und Einkommensbestimmung der inflationistischen Entwicklung ein Ende setzen kann. Man neigt damit zu der in der staatskapitalistischen Planwirtschaft herrschenden Auffassung über die Rolle des Geldes, wenn auch die Marktwirtschaft weiterhin erhalten bleiben soll. Obwohl es sich hier um Unvereinbarkeiten handelt, da eine effektive Preis- und Einkommenspolitik die zentrale Kontrolle über die Gesamtproduktion und die Gesamtverteilung voraussetzt, so liegt in diesen Vorschlägen und teilweisen

Versuchen doch schon eine sich aufzwingende Umwandlung des kapitalistisch individualistischen in ein kapitalistisch kollektivistisches Wirtschaftssystem, wie es sich in Kriegszeiten vorübergehend als »Kriegssozialismus« darstellte.

Es handelt sich hier um eine Art Zerstörung des Kapitalismus innerhalb des Kapitalismus und damit die Zerstörung des Geldes innerhalb der Geldwirtschaft. Nach Marx führt die Akkumulation des Kapitals, seine Konzentration und die durch das Kreditwesen enorm geförderte Verwandlung des privaten in Aktienkapital zu einer fortschreitenden Vergesellschaftung des Kapitals. »Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektemachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel. Es ist Privatproduktion ohne die Kontrolle des Privateigentums.«[7]

In diesem Zustand kann die kapitalistische Gesellschaft nur ihrem Verfall entgegengehen. Er zwingt zu staatlichen Eingriffen in den Marktmechanismus, die diesen Mechanismus nur außer Kraft setzen können, d. h. zu politischen Maßnahmen, die die Produktionsverhältnisse von den Marktverhältnissen trennen, um die ersteren aufrechtzuerhalten. Andererseits verlangt der zerfallende Marktmechanismus von sich aus nach der zentralen Regierungskontrolle, um seine eigene Existenz zu verlängern, d. h. die separaten Kapitale und Korporationen bedürfen der Staatsgewalt, um ihre Rentabilität zu sichern. Die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen fallen damit zusammen; das Kapital wird zur Regierung, wie die Regierung das Kapital vorstellt. Die Staatsgewalt, die stets vom Kapital abhängig und stets dem Kapital gefällig war, ist nun mit dem Kapital völlig identisch und ihre erste Funktion dient der Erhaltung der Ausbeutungsverhältnisse, die durch die Marktverhältnisse nicht mehr gewährleistet sind.

Unter der Vorherrschaft des Monopolkapitals verliert die durch die Konkurrenz vermittelte Durchschnittsprofitrate ihre regulierende Funktion im Marktmechanismus. Die mehr oder weniger willkürliche Bestimmung der Preise führt zur Übertragung von Profiten aus den konkurrierenden in die monopolistischen Unternehmen. Obwohl dies die Konzentration und Zentralisation des Kapitals fördert, ändert es nichts an der jeweilig gegebenen Profitmasse, es sei denn, daß dieser Prozeß zugleich die Produkti-

vität der Arbeit den Akkumulationsnotwendigkeiten entsprechend erhöht. Ist dies nicht der Fall, so erschwert die Monopolisierung das Zustandekommen von Marktrelationen, die einer progressiven Akkumulation zugänglich sind, und führt zu wachsenden Widersprüchen auf dem Geld- und Warenmarkt. Die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft drückt so beides aus, den Aufstieg und den Niedergang des Kapitals, so wie die Akkumulation selbst Beginn und Ende des Kapitals anzeigt.

Da die Monopolisierung aus der Konkurrenz resultiert, ist sie nicht aufzuhalten, und die damit verbundene monopolistische Preisbestimmung verteilt den gesellschaftlichen Profit den monopolistischen Ansprüchen entsprechend. So ist durch die monopolistische Preisbestimmung der staatlichen Verteilungspolitik schon vorgegriffen worden, und es ist nur eine Frage der Angemessenheit, ob sich dies über den Umweg der Geldpolitik oder auf dem direkten Wege der Preis- und Lohnpolitik vollzieht. Allerdings kann die in den staatlichen Planwirtschaften erreichte zentralistische Bestimmung der gesamten Wirtschaft nicht ohne die völlige Aufhebung des privaten Kapitalbesitzes herbeigeführt werden. Das setzt eine soziale Revolution voraus, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus beseitigt. Das von Hilferding erwartete Generalkartell ist national wie international eine Illusion. Der Staatskapitalismus zerstört die ökonomische Basis der Klassenherrschaft des konkurrierenden wie des monopolistischen Kapitals und führt zu einer neuen Klassenherrschaft, die sich mit ausschließlich politischen Mitteln die ihr angemessene Kontrolle über die Produktion und Verteilung aneignet. Es ist die der gemischten Wirtschaft eigene Zwiespältigkeit der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion auf der Basis beharrender Eigentumsverhältnisse und der sich zuspitzende Gegensatz zwischen den gesellschaftlichen Notwendigkeiten und den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals, welche sich auch in der gegenwärtigen Geldpolitik widerspiegeln. Einerseits soll das Geld als Instrument bewußter Wirtschaftsgestaltung dienen, andererseits muß es aber auch die gegebenen Prduktionsverhältnisse und die sich daraus ergebende Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zum Ausdruck bringen. Es soll sozusagen zwei Herren dienen und dient jedem nur in unzulänglicher Weise. Die Unzulänglichkeit äußert sich in der zunehmenden unproduktiven Anwendung von Arbeit und Kapital und der daraus resultierenden Zerstörung des Geldes als Inkarnation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Wertverhältnisse.

In der nationalen Wirtschaft ist der Charakter des Geldes, ob Warengeld oder Zeichengeld, gleichgültig, da es seinen Wert von seiner jeweiligen Kaufkraft erhält. Selbst das symbolische Geld wird bereits für überflüssig gehalten, und man spricht von einem zukünftigen bargeldlosen und schecklosen Zahlungsverkehr durch elektronische Banküberträgungen[8].

Hier fällt auch die Rückverwandlung des Zeichengeldes in seine Warengestalt weg, da das Problem der Zahlungsbilanz nicht auftaucht. Anders jedoch in der internationalen Wirtschaft. Hier muß sich wenigstens ein Teil des Zeichengeldes in Warengeld verwandeln lassen, um die im internationalen Handel entstehenden Defizite der Zahlungsbilanzen zu dekken. Der Inanspruchnahme des Dollars als Reservewährung unterlag seine Konvertibilität in Gold. Mit dem Ende der Konvertibilität verschwand auch der feste Referenzpunkt, auf den sich alle Währungen bezogen, und deren Wert hing nun von den sich wandelnden Angebots- und Nachfragerelationen des Geldmarktes ab.

Wäre die Welt eine einzige Nation, so könnte das gegebene nationale Geldsystem zum internationalen werden. Dann wären Warengeld und Goldreserven überflüssig, und Regierungsverordnungen könnten den Geldmarkt beherrschen. In der aktuellen Welt konkurrierender kapitalistischer Staaten ist dies nicht möglich, und jede auf internationalen Vereinbarungen basierende Geldpolitik kann nur von begrenzter Dauer sein. So hatte das *Bretton Woods*-System fester Wechselkurse nur so lange eine stabilisierende Wirkung, als die tatsächliche Instabilität der Weltwirtschaft alle Länder zu Schuldnern Amerikas machte. Aber die absolute Vormachtstellung Amerikas ließ sich nicht auf dem Wege weiterer rapider kapitalistischer Akkumulation behaupten. Die Abwehr des sich daraus entwickelnden Krisenzustandes führte dann in die Dollarinflation mit der sich daraus ergebenden internationalen Währungskrise.

Die ganze kapitalistische Geschichte ist von Wirtschaftskrisen durchsetzt und von Währungskrisen begleitet. Aber mehr als bisher hängt man an der Illusion, daß sich die in den Krisen zum Vorschein kommenden gegensätzlichen Interessen auf dem Verhandlungswege bewältigen lassen. Auf den zahlreichen, dem Weltwährungssystem gewidmeten internationalen Konferenzen sieht man anscheinend die Welt, als ob sie bereits eine Nation wäre, und spricht unermüdlich von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit, während sich zugleich die allgemeine Konkurrenz verschärft und die Geldpolitik in sich einbezieht. Es stimmt natürlich, daß die internationale Wirtschaft seit langem einen Punkt der Integration und gegenseitigen Abhängigkeit erreicht hat, bei dem jede Konjunktur, wenn auch ungleichmäßig, die Welt erfaßt und jede tiefgehende Krise zur Weltkrise wird. Obwohl dies zu einem Bedürfnis nach Zusammenarbeit führt, schließt die nationale als die bisher weitgehendste Form kapitalistischer Organisation jedes über Nebensächlichkeiten hinausgehende Gemeinschaftsinteresse aus.

So zeigte auch die durch die Aufhebung der Konvertibilität des Dollars ausgelöste Weltwährungskrise, daß, wie im allgemeinen, so auch in der Geldpolitik die nationalen Bedürfnisse den Vorrang vor den internatio-

nalen haben. Amerika war weder bereit noch fähig, vom inflationistischen Kurs abzugehen, und versucht die resultierenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf Kosten anderer Länder zu überwinden. Bis zu einem gewissen Maße ist dies durchaus möglich, da Nationen unter Umständen bereit sind, Nachteile hinzunehmen, um größeren Verlusten aus dem Wege zu gehen. Die relativ abnehmende Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Kapitals war ein das Zahlungsdefizit mitbestimmender Faktor, der sich durch die Aufwertung anderer Währungen mildern ließ. Unter der *Bretton Woods*-Abmachung waren alle Währungen paritär mit dem Dollar. Die Dollar-Inflation, die ihren Ausdruck im Defizit der Zahlungsbilanz fand, senkte den Wechselkurs des Dollars gegenüber anderen Währungen. Um die Parität mit der eigenen Währung zu erhalten, mußten die Zentralbanken anderer Länder die überflüssigen Dollars aufkaufen, womit sie die inflationistische Tendenz ins eigene Land hineintrugen. Sollte die Inflation in Grenzen gehalten werden, so mußte die eigene Währung dem Dollar gegenüber aufgewertet werden, wodurch sich jedoch die eigene Exportfähigkeit im Verhältnis zur amerikanischen Konkurrenz verschlechterte. So hatten diese Länder zwischen den Übeln der Inflation und dem Exportverlust zu wählen. Die Entscheidung bei der Wahl war zum Teil ihre eigene, zum anderen Teil eine aufgezwungene.

Es gelang den Vereinigten Staaten, die Aufwertungen anderer Währungen zu erzwingen und Anordnungen zu treffen, die den Variationen der Wechselkurse größeren Spielraum verleihen. Was sich hier abspielte, war jedoch nur eine Änderung der Verteilung der Welthandelsanteile, wobei sich der Gewinn der einen Seite als entsprechender Verlust der anderen darstellt, ohne damit etwas am Ausmaß der Weltwirtschaft und ihrer Profitabilität zu ändern. Man sieht denn auch die jetzige Währungskrise als eine langfristige Erscheinung, durchsetzt von temporären Hilfsmaßnahmen, bis sich ein neues Weltwährungssystem herausschälen läßt, das den Ansprüchen der kapitalistischen Weltwirtschaft besser gewachsen ist, als es das vorhergehende war.

Es ist natürlich eine Illusion anzunehmen, daß sich ein Währungssystem finden läßt, das die Interessen aller Länder denen Amerikas unterordnet. Die freiwillige oder aufgezwungene Akzeptierung der amerikanischen Währungs- und Handelspolitik ist an die dem amerikanischen Kapital gegenüber relative Prosperität Japans und der westeuropäischen Länder gebunden und kann nur so lange befolgt werden, als diese Prosperität anhält. Aber die Zeichen mehren sich, daß sich auch hier die Konjunktur im Abbau befindet, womit sich die Konzessionsbereitschaft dieser Länder erschöpfen muß. So wie Amerika darauf besteht, daß dem Ziel eines Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen nicht die Autonomie der nationalen ökonomischen Politik mit ihrem Bestreben nach annähernder Vollbe-

schäftigung geopfert werden kann, so werden auch andere Länder gezwungen sein, mittels Inflation und Defizitfinanzierung die notwendige soziale Stabilität zu erhalten, um zugleich auf internationaler Ebene einen mit allen Mitteln geführten Konkurrenzkampf aufzunehmen.
Es bleibt natürlich ein Rätsel, wie sich das neu zu gestaltende Weltwährungssystem ohne Ausgleichung der Zahlungsbilanzen herstellen läßt, es sei denn, daß die Überschußländer bereit sind, durch die Abstreichung der Defizite anderer Länder ihren eigenen Überschuß aus der Welt zu schaffen. Im gewissen Sinne war dies bisher der Fall durch die Verwandlung des amerikanischen Defizits in die Geldreserven anderer Länder. Und obwohl die überflüssigen Dollars, im Gegensatz zum Gold, wieder in den amerikanischen Geldmarkt zum Ankauf zinsbringender Staatspapiere zurückfließen, so ist das zinstragende Moment doch keine wesentliche Kompensation für die andauernde Gefahr weiterer Dollarentwertungen, die auch die Reserven betreffen. Ohne Golddeckung ist der Dollar eine Forderung an Amerika, die sich im Laufe weiterer Inflation vermindern muß, während das Gold seinen durch die Produktionskosten gegebenen Wert behält. Obwohl man ausgerechnet hat, daß die Abschaffung der Goldreserven und ihr Verkauf auf dem Warenmarkt den Preis des Goldes auf Grund der beschränkten Nachfrage unter den Dollargoldpreis senken würde, fällt es doch niemandem ein, das Experiment ernsthaft vorzuschlagen. Auch Amerika war nicht bereit, der Konvertibilität des Dollars bis zum letzten Goldbarren treu zu bleiben, sondern hob die Konvertibilität auf, um das noch verbleibende Gold zu retten.
Auch ohne Konvertibilität des Dollars bleibt die Funktion des Goldes als »Warengeld« bestehen. Aber auch andere Waren könnten diese Aufgabe erfüllen. So mehren sich schon die Vorschläge, Dollarüberschüsse gegen Aktien amerikanischer Unternehmen einzutauschen, und die Japanische Zentralbank erwägt die Verwendung überschüssiger Dollars als Darlehen an japanische Geschäftsleute zur Investierung in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische Defizit wurde damit zum Instrument des Kapitalexports anderer Länder, wie es bisher das Amerikas war, und das Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen würde sich als Vermehrung der multinationalen Unternehmen darstellen. Ändert sich jedoch nichts an den gegebenen Handelsbeziehungen, so würden weitere Defizite einen entsprechenden Verlust amerikanischen Kapitals bedeuten und dessen mißliche Lage noch schwieriger machen, da der Profit der multinationalen Unternehmen in die Länder ihrer Besitzer zurückfließt. In dieser Richtung ist deshalb nicht viel zu erwarten. Es wird vielmehr versucht werden, durch den Internationalen Währungsfond Kompromißlösungen zu finden, die die Konvertibilität des Dollars in andere Währungen auch ohne Golddeckung fortsetzt. Noch herrscht die Hoffnung vor, daß sich das Problem

von selbst lösen wird, wenn ihm nur genug Zeit gelassen wird. Der Zeitgewinnung dient der Mechanismus künstlicher Reserven, wie die der Sonderziehungsrechte, die in Verbindung mit den vorhandenen Gold- und Währungsreserven den Defizitländern die Gelegenheit geben sollen, ihre Zahlungsbilanz unter mehr langfristigen Bedingungen ins Reine zu bringen.

Aber die diesbezüglichen neu zu fassenden internationalen Vereinbarungen setzen voraus, daß die heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in eine neue Weltkrise einmünden. Andernfalls wird jedes Weltwährungssystem erneut zusammenbrechen, wie es in der letzten großen Krise der Fall war. Aber schon heute ist mit dem Warengeld auch das Weltgeld verschwunden, wenn auch, der Not gehorchend, der Dollar weiter als Weltgeld funktionieren muß, ohne es zu sein. Diese Auflösung des Geldes in seiner traditionellen Form ist die unvermeidliche Begleiterscheinung der Auflösung der nationalen wie internationalen Autonomie des Marktes und damit der fortschreitenden Zersetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aber das sind Sorgen und Widerstreitigkeiten der Bourgeoisie, wenn sie auch auf den Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Das Kapital kann weder mit noch ohne Geld leben und ist offensichtlich so überfällig geworden wie das Geld selbst. So bleibt die endgültige Abschaffung des Geldes dem Sozialismus vorbehalten.

Mai 1972

Literatur

1 *Theorie des Gelds und der Umlaufsmittel*, 1912.
2 *Staatliche Theorie des Geldes*, 1905.
3 *Ökonomik der Transformationsperiode*, 1922. S. 167.
4 *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 1936.
5 *Das Finanzkapital*, 1910, S. 321-22.
6 *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, S. 476.
7 Marx, *Das Kapital*, 3. Bd., Berlin 1953, S. 479 f.
8 D. W. Richardson, *Electric Money: Evolution of an Electronic Funds-Transfer System*, 1970.

Aktuelle politische Information in der

Sammlung Luchterhand

Taschenbücher

Hans G Helms / Jörn Janssen
Kapitalistischer Städtebau
DM 7,80 (Bd. 29)

Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.)
Politisierung des Alltags
DM 9,80 (Bd. 88)

Régis Debray
Salvador Allende
Der chilenische Weg
DM 7,80 (Bd. 42)

Angela Davis
Materialien zur Klassenjustiz
DM 9,80 (Bd. 61)

Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.)
Politisierung des Alltags
DM 9,80 (Bd. 88)

Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot des § 218
DM 9,80 (Bd. 62)

Hans-Jürgen Benedict
Von Hiroshima bis Vietnam
DM 9,80 (Bd. 98)

Volker Lühr
Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg
DM 8,80 (Bd. 130)

Paul Lüth
Medizin als Politik
DM 6,80 (Bd. 155)

H. C. F. Mansilla (Hrsg.)
Programme des Dritten Weges
DM 12,80 (Bd. 151)

Hans G. Helms
Fetisch Revolution
DM 7,80 (Bd. 105)

Ulrich Paetzold / Hendrik Schmidt (Hrsg.)
Solidarität gegen Abhängigkeit
DM 9,80 (Bd. 114)

Revolution und Konterrevolution in Chile – Analysen zu einem Lehrstück

DM 9,80 (Bd. 142)

Cornelius Mayer-Tasch / Manfred Hinz / Charles F. Doran
Umweltschutz – Politik des peripheren Eingriffs
DM 10,80 (Bd. 132)

Marios Nikolinakos
Der griechische Widerstand
DM 9,80 (Bd. 134)

Bernd Rüster
Rassenbeziehungen in den USA
DM 9,80 (Bd. 95)

Jürgen Seifert
Grundgesetz und Restauration
DM 8,80 (Bd. 150)

Fritz Vilmar
Strategien der Demokratisierung Band 1: Theorie der Praxis.
DM 12,80 (Bd. 53)

Fritz Vilmar
Strategien der Demokratisierung Band 2: Modelle und Kämpfe der Praxis.
DM 12,80 (Bd. 115)

Lienhard Wawrzyn (Hrsg.)
Wohnen darf nicht länger Ware sein
DM 9,80 (Bd. 164)

Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot des § 218
DM 9,80 (Bd. 62)

Hannes Heer
Burgfrieden oder Klassenkampf
DM 7,80 (Bd. 22)

Adrian Hsia
Die chinesische Kulturrevolution
DM 9,80 (Bd. 23)

Sammlung Luchterhand

Texte zur politischen Theorie und Praxis

Die Reihe sammelt Beiträge zur Bildung politischer Theorie und Reflexion politischer Praxis. Autoren und Herausgeber gehen davon aus, daß Wissenschaft von der Gesellschaft neuer, selbstkritischer und differenzierter Entwürfe bedarf, wenn sie ihren emanzipatorischen Anspruch erfüllen soll.

Dirk Axmacher
Erwachsenenbildung im Kapitalismus
Band 6519

Thomas Blanke
Funktionswandel des Streiks im Spätkapitalismus
Band 6509

Reimer Gronemeyer
Integration durch Partizipation?
Arbeitsplatz/Wohnbereich: Fallstudien
Band 6517

Annette Leppert-Fögen
Die deklassierte Klasse
Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums
Band 6523

Heidi Rosenbaum (Hg.)
Familie und Gesellschaftsstruktur
Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen
Band 6521

Karl Heinz Hörning (Hg.)
Der »neue« Arbeiter
Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen
Band 6502

Peter Kühne
Arbeiterklasse und Literatur
Gruppe 61 Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Band 6506

Jutta Menschik
Gleichberechtigung oder Emanzipation?
Die Frau im Erwerbsleben der BRD
Band 6507

FISCHER
TASCHENBÜCHER

Jochen Reiche
Permanente Inflation

Ansätze zur Inflationserklärung im ›Kapital‹

Ein richtiges methodisches Verständnis der Marxschen Analyse im *Kapital* ist zwar Voraussetzung jeder umfassenden Untersuchung der permanenten Inflation, die nicht in der Welt der Erscheinungen stecken bleiben will, liefert aber selbst noch keine positive Theorie der Inflation. Diese ist nur sinnvoll als Realanalyse, die die auf der logischen Ebene entfalteten Kategorien und Gesetze benutzt, um die Erscheinungen des Inflationsprozesses historisch-konkret abzuleiten. Eine Theorie der Inflation ist daher erst möglich, wenn zwei Vorfragen untersucht sind: *erstens* ist die logische Analyse im *Kapital* unter dem Gesichtspunkt zu untersuchen, welche Kategorien und Gesetze eine Erklärung des Realprozesses der permanenten Inflation ermöglichen; *zweitens* ist zu fragen, ob eine theoretische Ableitung des gegenwärtigen Inflationsprozesses aus der Analyse des *Kapital* unmittelbar möglich ist. Die folgenden Ausführungen werden in komprimierter Form erfolgen, da die Marxschen Kategorien nur in bezug auf diese Fragestellung untersucht werden.
In dem Versuch, den Erklärungswert der Marxschen Kategorien für die Realanalyse der permanenten Inflation herauszuarbeiten, werden wir vor allem auf diejenigen Passagen bei Marx eingehen, die in der gegenwärtigen marxistischen Diskussion häufig als Erklärungsansätze der Inflation fungieren.

Erstens. Die notwendige Verselbständigung des Werts findet ihren Ausdruck in der Wertform bzw. der Preisform; sie stellt die Form dar, die die »quantitative Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße« erst ermöglicht. Hiermit ist nur die logische Form, die Möglichkeit der Inflation bezeichnet, es sind aber keine Kategorien entwickelt, die die Notwendigkeit der permanenten Inflation erklären. Dazu wird erst die Analyse des kapitalistischen Akkumulations- und Kreditzyklus in der Lage sein.

Zweitens. Marx rechnet die Banknote, den Bankwechsel und den Scheck nicht zum Geld[1], sie stellen nur »Kreditgeld« dar, die »Münze des Großhandels«, Formen des Kredits, die zwar auf dem Metallgeld beruhen, aber nicht unter den Geldbegriff subsumiert werden können. Denn »wirk-

liches Geld« ist in der Ableitung der logischen Analyse nur »Weltmarktsgeld«, d. h. Metallgeld und sein Repräsentant, das staatliche Papiergeld (die Noten der Bank von England). Daher kennt Marx nur drei Geldformen, denen drei spezifische Gesetze entsprechen: reines Metallgeld, Geldzeichen gleich konvertibles staatliches Papiergeld und nicht konvertibles »Staatspapiergeld mit Zwangskurs«, das auf keinen Fall mit der heutigen Form des nicht konvertiblen Papiergeldes verglichen werden kann. Da bei Vorliegen einer reinen Metallgeld-Zirkulation bzw. Goldumlaufswährung (die es historisch in reiner Form nie gegeben hat) die Preise eindeutig eine Resultante aus Warenwert und Wert der Geldware sind, taucht nur bei den beiden letztgenannten Geldformen die Frage auf, ob über das Emissionsquantum des Papiergeldes Preissteigerungen erklärbar sind. Auf diese beiden Geldformen bezogen entwickelt Marx in der logischen Analyse und auf der Abstraktionsstufe der einfachen Warenzirkulation zwei »Gesetze der Papierzirkulation«[2], die aus dem Repräsentationsverhältnis der Papiergeldmenge zur Goldmasse entspringen.

Es wäre aber unsinnig, aus diesen Gesetzen die Anwendbarkeit der Quantitätstheorie des Geldes auf die Papiergeldzirkulation in der kapitalistischen Produktionsweise begründen zu wollen.[3] Denn für den Kapitalismus des neunzehnten Jahrhunderts lassen sich Preissteigerungen nicht aus diesen Zirkulationsgesetzen ableiten, wie Marx selbst in einer ausführlichen Realanalyse der Rolle der Umlaufsmittel in England, die gleichzeitig eine Kritik der angelsächsischen Quantitätstheorie (Currency-Theorie) enthält, nachgewiesen hat.[4] Im Gegenteil, der damals geltende Goldstandard und die strikte Einhaltung der Deckungsvorschriften durch die Bank von England verhinderten gerade eine übermäßige Ausgabe der staatlichen Banknoten (Noten der Bank von England), die erst als selbständiger Faktor der Preissteigerungen hätte wirken können. Überhaupt ist daran zu erinnern – und das wird in der Rezeption der Marxschen Geldtheorie meist übersehen –, daß das Papiergeld im *Kapital*, die Noten der Bank von England, in erster Linie eine Art Reservegeld der Banken darstellte, das der Schöpfung von Zirkulationsmitteln diente, und erst in zweiter Linie Geld, das als Zirkulationsmittel wirklich zirkulierte. Nicht aus isolierten Gesetzen der Zirkulationssphäre, sondern aus den Gesetzen des Akkumulations- und des Kreditzyklus entwickelt Marx diejenigen Momente[5], von denen die Preisbewegungen und das wechselnde Quantum der Zirkulationsmittel unter den institutionellen Bedingungen des Goldstandards gleichermaßen abhängig sind.

Wenn die genannten Marxschen Passagen über die »Gesetze der Papierzirkulation« schon keine Geltung in der Realanalyse der kapitalistischen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts beanspruchen können, so erst recht nicht für die Analyse der permanenten Inflation. Denn hier entfallen so-

gar die institutionellen Bedingungen, die erst den Bezug zwischen Papiergeld-Emission und Goldreserven herstellten: die Bedingungen des Goldstandards. Er ist seit 1914 faktisch und als Golddevisenstandard seit der Weltwirtschaftskrise außer Kraft.

Drittens. Die im Zusammenhang mit der Analyse des gegenwärtigen Inflationsprozesses am häufigsten mißverstandene Stelle des *Kapital* stellt die folgende Passage aus der Untersuchung des Zirkulationsprozesses im zweiten Band dar: »Da beständig Elemente des produktiven Kapitals dem Markt entzogen werden und für dieselben nur ein Geldäquivalent in den Markt geworfen wird, so steigt die zahlungsfähige Nachfrage, ohne aus sich selbst irgendein Element der Zufuhr zu liefern. Daher Steigen der Preise, sowohl der Lebensmittel wie der Produktionsmittel.«[6] Vor allem wird diese Passage bzw. ihr Grundgedanke dazu mißbraucht, die inflationäre Wirkung der Ausgaben für Rüstungsgüter, für sog. unproduktive Konsumtion von Kapital, zu begründen.
Die falsche Interpretation dieser Marx-Passage rührt u. E. daher, daß sie wörtlich genommen und direkt auf die historische Realität übertragen wird. Hinter der Ansicht, daß das Verhältnis zwischen der gesamten verkauften Warenmenge und der Masse der nationalen Zirkulationsmittel das Preisniveau bestimme, verbirgt sich die falsche quantitätstheoretische Vorstellung, ein nationaler »Warenbrei« tausche sich mit dem nationalen »Metallberg«[7] bzw. der Gesamtmasse der nationalen Zirkulationsmittel. Diese Vorstellung ist schon deshalb unrichtig, weil sie die Umlaufsgeschwindigkeit (richtig: Umschlagshäufigkeit) der einzelnen Zirkulationsmittel nicht berücksichtigt. Marx hat immer wieder die Illusion verspottet, »daß . . . die Warenpreise durch die Masse der Zirkulationsmittel . . . bestimmt werden«[8]. Daß dagegen ein flüssiger Geld- und Kreditmarkt, also die Zunahme der Menge der Zirkulationsmittel, einen generellen Preisauftrieb auf dem nationalen Markt *vermitteln*, hat Marx selbst herausgearbeitet.[9] Aber die Ursache dieser Preissteigerungen sind hier die in der Prosperitätsphase des industriellen Zyklus gegebenen guten Profitchancen, nicht die Masse der Zirkulationsmittel. Überhaupt ist es ein Grundgedanke der Marxschen Analyse, daß die Masse der Zirkulationsmittel ausschließlich durch die »Bedürfnisse des Verkehrs«[10] bestimmt ist. Derjenige Teil der nationalen Zirkulation, der für den Tauschverkehr nicht benötigt wird, wird als Zirkulationsmittel beim ursprünglichen Emittenten vernichtet[11] und kann daher die nationale Zirkulation nicht über die Bedürfnisse des Verkehrs hinaus aufblähen.

Viertens. Die Frage, welche Rolle die »monetären Faktoren« im Entstehungszusammenhang der inflationären Prozesse einnehmen, muß nicht

nur die bürgerliche Inflationstheorie beantworten. Gerade die Marxsche Analyse demonstriert, daß die Ursachen der Preisbewegungen erst lokalisiert werden können, wenn die Funktionen von Geld und Kredit in der kapitalistischen Produktion systematisch entwickelt sind. Erst dann kann entschieden werden, ob die sich innerhalb eines Zyklus abwechselnden Expansionen und Kontraktionen der Geld- und Kreditmenge (wie immer man diese Menge definieren mag) die Inflationsprozesse verursachen oder nur vermitteln. Wir müssen auf einen Exkurs zur Marxschen Kredittheorie verzichten, und können hier nur einige zentrale Punkte skizzieren.

Marx unterscheidet in seiner Theorie des industriellen Zyklus scharf zwischen den *institutionellen Bedingungen*, die den monetären Zusammenhang des Zyklus vermitteln, zweitens den *Ursachen* und widersprüchlichen Bewegungen, die ihn wirklich hervorrufen, und drittens den *»bloßen Symptomen«*, in denen diese Ursachen erscheinen. In einer viel zitierten Stelle, in der der entscheidende Fehler aller monetären Konjunkturtheorien formuliert wird, bringt Marx den Charakter des Kredits im industriellen Zyklus methodisch auf den Begriff: »Die Oberflächlichkeit der politischen Ökonomie zeigt sich u. a. darin, daß sie die Expansion und Kontraktion des Kredits, das bloße Symptom der Wechselperioden des industriellen Zyklus, zu deren Ursache macht.«[12] Damit ist auch die grundlegende Beziehung zwischen Kreditvolumen und Preisbewegung umrissen: der Kredit kann nie Ursache der Preisbewegungen sein, sondern beide – Kreditvolumen und Preisniveau – sind selbst nur im Zusammenhang der Wechselperioden des industriellen Zyklus erklärbar.

Vorwärtstreibende Kraft der Wechselperioden und Ursache ihrer Symptome sind die Veränderungen der Verwertungs- und Realisierungsbedingungen des Kapitals in den vier Phasen des nationalen Zyklus, die das Steigen und Fallen der Profitrate hervorrufen.[13] In der dritten Phase des »klassischen« Zyklus, während der »Höhe der Prosperitätszeit«[14], in der sich bereits die Tendenz zur ungesunden Scheinblüte abzeichnet, sind sowohl die Profite wie das Preisniveau am höchsten. Hier ist der gesamte Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Kapitals über den Kredit des Bankkapitals vermittelt, der die ungeheure Ausdehnung der Produktion über die Grenze der Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft erst ermöglicht. Damit ist auch der entscheidende Zusammenhang umrissen, der die Preissteigerungen im Verlauf des industriellen Zyklus vermittelt: *die Geld- und Kreditschöpfung des Banksystems*. Sie stellt die notwendige technische Voraussetzung aller Inflationen in der Geschichte des Kapitalismus dar und liefert daher ein wichtiges Element zur Erklärung der permanenten Inflation.

Marx entwickelt zwar nicht die Formel des Geld- bzw. Kreditschöpfungsmultiplikators, aber er beschreibt die ihm sachlich zugrunde liegenden

Vorgänge, indem er die Praktiken des englischen Bankkapitals darstellt, die das Kreditvolumen entsprechend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals vergrößern.[15] Gleichzeitig zeigt er, daß die expansive Entwicklung des Kredits mit dem Ausbruch der Produktionskrise abrupt in eine rezessive Entwicklung umschlägt. Es herrscht hier ein absoluter Mangel an Kredit, da in dieser Phase des Zyklus, *unter den Bedingungen des Goldstandards, der »Umschlag des Kreditsystems in das Monetarsystem« unausweichlich ist.*[16] Jetzt enthüllt sich die illusorische Funktion des wirklichen Geldes (Goldes) im Kreditsystem: In der Krise tritt die »verrückte Forderung (ein), die . . . notwendig aus dem System selbst hervorwächst . . ., daß sämtliche Wechsel, Wertpapiere, Waren auf einmal gleichzeitig in Bankgeld konvertibel sein sollen, und dies sämtliche Bankgeld wieder in Gold«[17]. Dies aber ist illusorisch.

Fünftens. Hier stoßen wir auf eine entscheidende Differenz gegenüber dem Ablauf der gegenwärtigen Zyklen, die in Form eines Umkehrschlusses die Preissteigerungen der permanenten Inflation erklären kann: Die institutionellen Bedingungen des Goldstandards erzwingen in der vierten Phase des »klassischen« Zyklus nicht nur den Umschlag in das Monetarsystem, sondern gleichzeitig auch eine bestimmte Erscheinungsform der Überproduktionskrise. Sie kann sich in den Zyklen des 19. Jahrhunderts, die zwischen 1825 und 1866 in etwa zehnjährigen Perioden abliefen, nur über einen extremen Preisfall der Waren durchsetzen, der einerseits die Preissteigerungen der vorangegangenen Phasen des Zyklus kompensiert, und andererseits zur Ausschaltung der mit unterdurchschnittlicher Produktivität produzierenden Betriebe, zur Entwertung und Vernichtung von Kapital führt, wodurch die Bedingungen für einen neuen Aufschwung geschaffen werden.
Gerade die Abkehr vom Goldstandard verhindert in den Zyklen des 20. Jahrhunderts den Umschlag in das Monetarsystem und eliminiert damit auch den Mechanismus, der die Preissteigerungen in der Prosperitätsphase des nationalen Zyklus durch einen starken Preisfall in der Abschwungphase bzw. der Krise ausgleicht. *Die Überproduktionskrise des gegenwärtigen Kapitalismus erscheint daher nicht in der Form eines Zusammenhangs von Preisfall und Reinigungskrise, sondern als permanente Inflation.* Mit anderen Worten: Die permanente Inflation kann den offenen Ausbruch der Überproduktionskrise verhindern, ohne die ihr zugrundeliegenden Widersprüche aufzuheben. Aber sie kann das nur um den Preis steigender Inflationsraten, die das System eines Tages vor die Alternative stellen können, zwischen einem Übergang in die galoppierende Inflation oder dem Rückfall in die Stagnation als Formen der Krise wählen zu müssen.[18]

Sechstens. In diesem Kontext entwickelt die Verselbständigung des Papiergeldes als Wertzeichen, die Verselbständigung der Münzfunktion des Geldes gegenüber seiner Wertsubstanz, dem Gold, ihre Dynamik.[19] Unter den Bedingungen des Goldstandards ersetzen Münzen und Staatspapiergeld in der nationalen Zirkulation das wirkliche Geld (das Gold) dadurch, daß sie es repräsentieren. Allerdings ist das wirkliche Geld nur »in seiner Funktion als Münze oder Zirkulationsmittel«[20] ersetzbar, nicht in seinen anderen Funktionsformen. Vor allem die Zahlungsmittel-Funktion können das Papiergeld und die Geldsurrogate im »klassischen« Zyklus nur temporär einnehmen, nur solange, wie die Reproduktion des Kapitals reibungslos läuft. Diese Beschränkung macht sich, wie gezeigt, schlagend geltend »in dem Moment der Produktions- und Handelskrisen, der Geldkrise heißt«[21], in dem »das Geld plötzlich und unvermittelt (umschlägt) aus der nur ideellen Gestalt des Rechengeldes in hartes Geld«[22]. Dadurch wird nicht nur die Verselbständigung des staatlichen Papiergeldes aufgehoben, das als Reservegeld der Banken die Grundlage eines ausgedehnten Prozesses der Kreditschöpfung bildete. Auch alle Geldsurrogate, die verschiedenen Formen des Kreditgeldes, werden auf das Gold als ihre gemeinsame Basis zurückgeworfen. Die nationale Zirkulationsmasse muß sich abrupt kontrahieren, da die Banken nicht mehr in der Lage sind, Kredite zu gewähren; der Zinsfuß steigt in immense Höhen, die Preise müssen fallen, weil jeder verkaufen muß, nur um die »absolute Ware«, das Geld als Zahlungsmittel zu erhalten, das allein den drohenden Bankrott der Unternehmung verhindern kann.

Wir zeigten, daß dieser Prozeß nicht mehr in dieser Form abläuft, sobald die Abkehr vom Goldstandard erfolgt ist. Unter den Bedingungen des heutigen Geld- und Währungssystems ist die Emanzipation der Zeichenform des Geldes von seiner Wertsubstanz im nationalen Rahmen vollendet. Die historisch vollzogene Verselbständigung des Papiergeldes und der diversen Geldsurrogate stellt daher eine der logischen Formen dar, die den Prozeß der permanenten Inflation vermitteln. Sie ermöglicht einen Prozeß der grundsätzlich unbegrenzten inflationären Geldschöpfung, der nicht durch die Krisenphase des nationalen Zyklus gestoppt werden kann.

In analoger Weise gilt dies auch für das internationale Zirkulationsmittel, den Dollar in seiner Funktion als Weltgeld. Die Verselbständigung seiner Zirkulationsfunktion gegenüber seiner Wertsubstanz erscheint im internationalen Austausch in der unbegrenzten Weltgeldschöpfung der USA in Form von Papierdollar, die über das jahrzehntelange Defizit ihrer Zahlungsbilanz vermittelt ist. Die Verselbständigung des Dollar-Papiergeldes gegenüber dem Gold in der internationalen Zirkulation verweist nicht nur auf den aktuellen Vermittlungszusammenhang und die neue Er-

scheinungsform der Weltmarktkrise, die zur Aushöhlung des Weltwährungssystems und seinem Zusammenbruch im August 1971 führte.[23] Sie liefert vor allem auch die institutionelle Voraussetzung für die inflationäre Schöpfung von Riesensummen internationaler Liquidität. Diese Dollarschwemme[24] stellt für die nationale Zirkulation der anderen kapitalistischen Länder eine permanente Inflationsgefahr dar und schafft zusätzlich noch die zahlungsfähige Nachfrage in den USA selbst, die das Steigen der Weltmarktpreise bzw. der Importpreise der USA hervorruft und alimentiert und so erst den Prozeß der internationalen Inflationsübertragung in Gang setzen kann.[25]

Siebtens. Das »chicken-egg type problem« der bürgerlichen Inflationstheorie, die sog. *Lohn-Preis-Spirale,* stellt für die Analyse des *Kapital* weder ein theoretisches noch ein empirisches Problem dar. Marx löst diese Frage, indem er allgemeines Gesetz und historisch-empirische Ausnahmen unterscheidet. Er schreibt: »Es ist ein allgemeines Gesetz der Geldzirkulation, daß, wenn die Preissumme der zirkulierenden Waren steigt ... die Masse des zirkulierenden Geldes wächst. Es wird nun die Wirkung mit der Ursache verwechselt. Der Arbeitslohn steigt (wenn auch selten und nur ausnahmsweise verhältnismäßig) mit dem steigenden Preis der notwendigen Lebensmittel. *Sein Steigen ist Folge, nicht Ursache* des Steigens der Warenpreise.«[26] Allerdings konzediert Marx, daß »ausnahmsweise, unter bestimmten, besonderen, sozusagen lokalen Umständen«[27] der Prozeß auch umgekehrt ablaufen kann: »Bei einem partiellen oder lokalen Steigen des Arbeitslohns – d. h. Steigen in nur einzelnen Produktionszweigen – kann dadurch eine lokale Preissteigerung der Produkte dieser Zweige erfolgen.«[28] Denn grundsätzlich werden die Kapitalisten »jede Erhöhung des Arbeitslohns benutzen, um die Warenpreise in viel höherem Grade zu erhöhen, also größeren Profit einzustecken«[29].
Hier ist eine wichtige Funktion aller inflationären Prozesse angeschnitten. Der Mechanismus der Preisüberwälzung erlaubt einerseits eine *Verschleierung der Erhöhung der Mehrwertrate* und erweckt andererseits den Schein, als ob überhöhte Forderungen der Lohnabhängigen die Ursache der Preissteigerungen seien. Dabei ist dieser Schein nichts anderes als die nur scheinbare Auflösung eines unlösbaren Widerspruchs der kapitalistischen Produktionsweise – eine Auflösung entsprechend der Logik der Interessen des Kapitals – nämlich des Widerspruchs, die Arbeiter als zahlungsfähige »Käufer von Ware ... für den Markt« zu benötigen, sie aber »als Verkäufer ihrer Ware – der Arbeitskraft – ... auf das Minimum des Preises zu beschränken«[30].

Achtens. Vielschichtiger als die Frage der »Lohn-Preis-Spirale« stellt sich

im *Kapital* das Problem der Beziehungen zwischen Arbeitslohn und Profitrate, das Marx an mehreren Stellen diskutiert.[31] Die logische Analyse zeigt, daß es kein eindeutiges Gesetz der Bewegung von Arbeitslohn und Profitrate gibt: sie können sich entgegengesetzt oder gleichgerichtet bewegen.[32] Allerdings sind die Interessenlagen klar umrissen. Das Kapital muß versuchen, durch das »Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert«[33], d. h. durch die Erhöhung der Mehrwertrate, die Tendenz zum Fall der Profitrate aufzuhalten. Unter welchen Umständen das gelingt, ist in der logischen Analyse nicht mehr zu untersuchen. Aber sie formuliert die Alternative, vor die eine aus der Akkumulation des Kapitals resultierende Erhöhung des Arbeitslohns das System stellt: Entweder steigt der Arbeitslohn, »weil seine Erhöhung den Fortschritt der Akkumulation nicht stört«[34], oder »die Akkumulation erschlafft . . . weil der Stachel des Gewinns abstumpft«[35]. Dann sinkt die Nachfrage nach Arbeitskraft und die Aufwärtsbewegung der Löhne ist unterbrochen; sie müssen fallen oder stagnieren.
Was Marx für die Beziehung zwischen Akkumulation und Arbeitslohn herausarbeitet – »die Größe der Akkumulation ist die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt«[36] – gilt für alle Prozesse an der Oberfläche der kapitalistischen Produktion gleichermaßen, auch für die permanente Inflation. *Die zyklische Bewegung der Akkumulation des Kapitals ist die Ursache,* die die Erscheinungen der Oberfläche produziert.

Jetzt läßt sich das Ergebnis dieses Untersuchungsteils formulieren. Mit dem Akkumulationszyklus hat die logische Analyse den entscheidenden theoretischen Zusammenhang und mit der grundsätzlich unbegrenzten Möglichkeit der Geld- und Kreditschöpfung die technische Voraussetzung benannt, die zusammengenommen eine systematische Erklärung des Inflationsprozesses ermöglichen. Indessen ist eine Ableitung der permanenten Inflation aus den Kategorien und Gesetzen des *Kapital* unmittelbar nicht möglich, da die logische Analyse mit Annahmen arbeitet, die einen Prozeß der überzyklischen Preissteigerungen, also die permanente Inflation, grundstäzlich ausschließen. Es kann daher auch, im Unterschied zur Krisentheorie, *keine allgemeine marxistische Theorie der Inflation geben.*
Aber aus der Marxschen Analyse können die Kategorien und Zusammenhänge gewonnen werden, mit denen – wenn sie in einem richtigen methodischen Verständnis angewandt werden – eine Theorie des historisch-spezifischen Inflationsprozesses erarbeitet werden kann. In deren Zentrum muß eine sowohl logische wie historische Analyse des Akkumulations-Zyklus, des langfristigen Weltmarktzyklus wie der kürzeren nationalen Zyklen, stehen. Da die Akkumulation des Kapitals nur möglich ist, wenn

die Aufgaben der Kapitalverwertung und Mehrwertrealisierung gelöst sind, werden wir jetzt den Zusammenhang dieser beiden Probleme mit dem Prozeß der permanenten Inflation begrifflich-konkret entwickeln, um uns anschließend der historischen Analyse der permanenten Inflation über die Theorie der »langen Wellen der Akkumulation« zuzuwenden.

Die Differenz von Mehrwert- und Profitmasse

Mehrwertmasse und Mehrwert sind analytische Kategorien, mit deren Hilfe die Vermittlungen der kapitalistischen Produktion entschlüsselt werden können. Hierin liegt die kategoriale Differenz zum Profit bzw. zur Profitmasse. Die Profitmasse, eine Kategorie der Erscheinungswelt, kann nur in Geldeinheiten gemessen werden. Dagegen weisen die Kategorien des Werts und des Mehrwerts, also auch die der Mehrwertmasse auf ein Indikatorproblem: sie können entweder in Arbeitszeit oder in Geldeinheiten ausgedrückt werden.[37]

Wir können den Implikationen dieser Indikatorproblematik hier nicht weiter nachgehen, aber eine wichtige Konsequenz für die Inflationsanalyse entwickeln. Denn sobald Geldeinheiten als Indikator gewählt werden, entsteht der Schein, als ob durch ein inflationäres Steigen der Preise nicht nur die Profitmasse, sondern auch die Mehrwertmasse vergrößert werden kann.

Nur in der langfristigen Betrachtung des Inflationsprozesses ist es richtig, von der Begrenzung der Profitmasse durch die gesellschaftliche Mehrarbeit auszugehen. Denn hier wird deutlich, daß es den Kapitalen langfristig nicht gelingen kann, die Schwierigkeiten ihrer Akkumulation durch die Kombination von Preiserhöhungen und progressiv steigender Geldschöpfung zu lösen. Die Untersuchung der »langen Wellen« der Akkumulation beweist, daß das Kapital seine Profitmasse in der Tat nicht ungestraft langfristig über die Grenzen der Mehrwertmasse ausdehnen kann und dauerhaft nicht in der Lage ist, *die stoffliche Begrenztheit der Profitmasse* (Summe der Gebrauchswerte) *durch die gesellschaftliche Mehrarbeit* – eine Begrenzung, die vor allem durch die Realisierungschwierigkeiten erzwungen wird – mit monetären Manipulationen zu überwinden.

Wenn die permanente Inflation, auf der Basis zunehmender Realisierungsschwierigkeiten, »eigendynamisch« Kräfte zu entwickeln scheint, die den Prozeß der Preissteigerungen verstärken, so zeigt dieser Vorgang nichts anderes an als die langfristige Begrenzung der Profitmasse durch die produzierte Mehrwertmasse. Und es ist nicht auszuschließen, daß der Kapitalismus in dieser Entwicklung an einen Punkt gelangt, an dem es für ihn, wie bereits angedeutet, nur noch die Alternative zwischen zwei For-

men der Überproduktionskrise gibt: entweder den Übergang in die galoppierende Inflation oder den Rückfall in eine weltweite Stagnation, in der, vermittelt über Vernichtung und Entwertung von Kapital, die Bedingungen für einen neuen Aufschwung, für eine neue Welle der beschleunigten Akkumulation mit hohen Profitraten, geschaffen werden.
Die marxistische Inflationsanalyse müßte gerade von der quantitativen Nichtübereinstimmung von gesamter Profitmasse und gesamter Mehrwertmasse ausgehen und diese Differenz zu erklären versuchen. Da in ihr die einzelnen Komponenten des Inflationsprozesses ihren gemeinsamen Ausdruck finden, muß die Erklärung dieser Differenz auch den Schlüssel zur Erklärung der permanenten Inflation liefern. Die folgenden Ausführungen versuchen, die einzelnen Momente zu bestimmen, die zur Differenz von Profitmasse und Mehrwertmasse bzw. zur Abweichung der Preissumme von der Wertsumme führen.
Die inflationäre Erhöhung der gesamten Preis- und Profitsumme ist einerseits Anlaß für die Arbeitskämpfe, durch die die Arbeiterklasse das Sinken ihres Reallohns ausgleichen muß; andererseits verschafft sie einzelnen Kapitalen die Möglichkeit, sich einen größeren Anteil an der Profitmasse anzueignen, als ihnen, gemessen an der Erhöhung der Anzahl der von ihnen produzierten Waren bzw. gemessen an ihrem eingesetzten Kapital, zustünde. Da die Kapitale aber zu einem großen Teil untereinander austauschen, sie sich also wechselseitig die Preiserhöhungen bezahlen müssen, kann dieser Versuch nicht für die Gesamtheit der Kapitale gelingen. Dies ist auch gar nicht beabsichtigt.
Das Einzelkapital denkt nicht in den Kategorien des Gesamtkapitals und handelt nicht nach dessen Interessen. Indem es seine eigenen Interessen durchzusetzen versucht, die objektiv den Interessen des Gesamtkapitals widersprechen, stellt es gerade, »hinter seinem Rücken«, den gesellschaftlichen Zusammenhang der kapitalistischen Produktion her und schafft die historisch-spezifischen Formen, in denen sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise bewegen. In diesem Kontext werden die Funktionen sichtbar, die die permanente Inflation zu erfüllen hat.
Vom Standpunkt des Einzelkapitals sind seine eigenen Preiserhöhungen sinnvoll, da sie einerseits seine Profitmasse zumindest *nominell* erhöhen und andererseits nicht abzusehen ist, ob diese Erhöhung durch gestiegene Preise für benötigte Produktionsmittel und die beschäftigten Arbeitskräfte wieder aufgefressen wird, d. h. ob die Profitmasse sich auch *real* erhöht. Denn Preiserhöhungen erfolgen in den Produktionsmittel-Branchen nicht synchron, sondern in großen Schwankungsbreiten, die laufend variieren. Aber selbst wenn das Einzelkapital seine Profitrate nicht erhöhen, sondern nur stabilisieren will, ist es gezwungen, die Preise seiner Waren zu erhöhen, da anders seine Akkumulation nicht gelingen kann. Denn ist

der Prozeß permanenter Preiserhöhungen im Gange, werden diejenigen Kapitale ausgeschaltet werden, die versuchen, ihre Preise konstant zu halten, außer sie sind in der Lage, die entstehenden Profiteinbußen durch überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen auszugleichen. Dies aber ist aufgrund der Konkurrenz der Kapitale in und zwischen den einzelnen Produktionszweigen langfristig nicht möglich.
Es kommt so zu einer dauernden Verschränkung von nomineller und realer Akkumulation der Einzelkapitale, wobei für das Kapital insgesamt (das gesellschaftliche Gesamtkapital) eine Steigerung der realen Profitmasse durch die Inflation nicht möglich ist, es sei denn über eine inflationsbedingte Umverteilung zu Lasten der Arbeiterklasse. Und es zeigt sich bereits hier, daß der Zwang der Einzelkapitale, ihre Preise zu erhöhen, nur im Zusammenhang mit den Problemen der Kapitalverwertung und Mehrwertrealisierung begriffen werden kann.

Schwierigkeiten der Kapitalverwertung und der Mehrwertrealisierung

Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise besteht in der ständigen Revolutionierung der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses, um dadurch die notwendige Arbeitszeit immer mehr zu verringern und die Mehrarbeit auszudehnen.[38] Dieser Prozeß der Steigerung des relativen Mehrwerts erhöht die Mehrwertrate und schafft gleichzeitig die Grundlage einer progressiven Verwertung des Kapitals. Sie kann nur gelingen, wenn die Mehrarbeit nicht nur erzwungen, sondern auch als Mehrwert realisiert wird.
Aus dem Zwang zu Kapitalverwertung und Mehrwertrealisierung ergeben sich zwei Tendenzen, die Marx aus dem Begriff des Kapitals im allgemeinen ableitet[39]: erstens die »propagandistische Tendenz« des Kapitals, in einem sich stets erweiternden »produktiven Zirkel« immer mehr Waren zu produzieren, mit denen das Kapital sich austauschen kann; zweitens die »zivilisatorische Tendenz« des Kapitals, in einem »konsumtiven Zirkel« immer neue Bedürfnisse zu schaffen, die das Kapital in seinem Drang nach Selbstverwertung befriedigen will. In diese beiden Tendenzen eingebettet, entwickelt das Kapital in ungeheurer Dynamik die Produktivkräfte der Gesellschaft, indem es sich verwertet. Gleichzeitig ist es hierbei an die Grenzen des Verhältnisses zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit gefesselt. Aus diesen Grenzen resultieren notwendig die Schwierigkeiten der Kapitalverwertung. Denn je mehr das Kapital die Produktivkräfte bereits entwickelt hat, »je mehr Surplusarbeit es geschaffen hat, umso furchtbarer muß es die Produktivkraft entwickeln, um sich nur in geringem Verhältnis zu verwerten, *d. h. Mehrwert zuzufügen* ... Die

Selbstverwertung des Kapitals wird schwieriger im Maße wie es schon verwertet ist.«[40]

Diese Schwierigkeit wird noch potenziert durch die Aufgabe, die vergrößerte Mehrwertmasse auch auf dem Markt als Profitmasse zu realisieren; denn sie muß dort auf zahlungsfähige Nachfrage stoßen. Erst wenn die Realisierung gelungen ist, ist das Kapital wirklich verwertet und die Vergrößerung der Mehrwertmasse als Tendenz gesichert, die den Fall der Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und der »großen, fertig eingerichteten« Kapitale verlangsamt.[41]

Aber gerade in den Problemen der Realisierung der produzierten Werte zeigen sich die Schranken der kapitalistischen Produktionsweise, die sich dem Drang des Kapitals nach unbegrenzter Verwertung in jeder historischen Phase des Kapitalismus entgegenstellen: »die Konsumtionskraft der Gesellschaft auf (der) Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert«[42]. Denn die Bedingungen der Verwertung und die der Realisierung sind nicht identisch. Der Markt für die von den Kapitalen produzierten Waren muß beständig ausgedehnt werden, um die erweiterte Reproduktion des Kapitals zu sichern. Das ist nicht mehr möglich, sobald die Grenzen der Konsumtionsverhältnisse, d. h. die Grenzen der zahlungsfähigen Nachfrage der inländischen wie der ausländischen Konsumenten erreicht sind.[43]

Wenn dieser Widerspruch im klassischen Zyklus in dem Wechsel von Prosperität und Krise sich seine Bahn schafft, so muß sich seine Erscheinungsform ändern, sobald die historische Entwicklung der Kapitalbewegung den Ablauf der nationalen Zyklen modifiziert hat. Die zentrale Erscheinungsform dieses Widerspruchs in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus ist die *permanente Inflation*. Sie stellt, wie zu zeigen ist, nicht nur die Voraussetzung dar, die den großen Konzernen eine temporäre Lösung ihrer Schwierigkeiten der Kapitalverwertung und Mehrwertrealisierung ermöglicht, sie ist zugleich auch die Form, in der sichtbar wird, daß das Kapital selbst »die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion«[44] bildet. Der Widerspruch zwischen dem maßlosen Akkumulationstrieb des Kapitals und den beschränkten Konsumtionsverhältnissen der Gesellschaft hat in der permanenten Inflation eine den gegenwärtigen Problemen der Kapitalakkumulation adäquate Form gefunden.

Funktion der permanenten Inflation im Akkumulationsprozeß der Einzelkapitale

Die steigenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung sind Schwierigkeiten, nicht Mehrwert überhaupt, sondern zusätzlichen Mehrwert zu produzieren, d. h. die Mehrwertmasse zu erhöhen. Mit den Problemen der Kapitalverwertung und der Mehrwertrealisierung ist der Zusammenhang bezeichnet, in dem die großen Kapitale die permanente Inflation für ihre Akkumulationsbedürfnisse funktionalisieren. Daß sie das nicht freiwillig tun, daß sie nicht die Wahl haben zwischen der permanenten Inflation und anderen Mitteln der Sicherung ihrer erweiterten Reproduktion, sondern die historische Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion ihnen gerade diese Form der Akkumulationsbewältigung aufzwingt, kann an folgenden Punkten gezeigt werden:

1. Die fortwährende Ausdehnung der Produktion in der Spirale der erweiterten Reproduktion, d. h. die Rückverwandlung des gesamten Verkaufserlöses der Waren in produktives, Mehrwert produzierendes Kapital ist zugleich die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktion und die Bedingung, unter der allein die Einzelkapitale ihre Existenz als Kapitale sichern können. Wir haben vorhin erläutert, daß es den Kapitalen umso schwerer fällt, dem Zwang zur Akkumulation nachzukommen, je entwickelter die kapitalistische Produktionsweise ist, je stärker sie bereits die Produktivkräfte entfaltet und den Weltmarkt hergestellt hat.
Hier wird der analytische Zusammenhang evident, aus dem der Zwang zur permanenten Inflation abgeleitet werden muß. Der Kapitalismus muß in seiner Entwicklung an einen Scheidepunkt gelangen, wo ihm nur noch die Wahl bleibt zwischen dem Weg in die offene Krise und Stagnation (um dadurch die Bedingungen für einen neuen Akkumulationszyklus zu schaffen) oder der permanenten Inflation als historischem Vehikel zur vorübergehenden Lösung der Schwierigkeiten der Akkumulation. Die *Inflation* ist das einzige Mittel, das diese Aufgabe erfüllen kann, *da sie beides zugleich ermöglicht: wirkliche Akkumulation und deren Schein*, d. h. die Illusion, daß wirkliche Akkumulation stattgefunden habe.
Der Übergang von einem Geld- und Kreditsystem, das auf dem Metallgeld basiert, zu einem System, in dem die Kapitale sich über die Giralgeldschöpfung des Bankensystems bzw. die konzerninterne Kreditvergabe (unter Ausschluß des Bankenapparats) die ihren Bedürfnissen adäquate Geldmenge sichern können, erlaubt den Konzernen, ihre Preise und ihre Profitmasse permanent zu erhöhen, ohne daß dieser Erhöhung eine steigende Mehrwertmasse entsprechen muß. Dies geschieht in einem Prozeß, in dem wirkliche Ausdehnung der Produktion und nur scheinba-

re, auf Preiserhöhungen beruhende Ausdehnung, also wirkliche und nur nominelle Akkumulation, unentwirrbar verknüpft sind. Andererseits schafft die Geldschöpfung die technische Voraussetzung zur Erhöhung der zahlungsfähigen Nachfrage, die es ermöglicht, brachliegende Produktionsmittel und unbeschäftigte Arbeitskraft in produktives Kapital zu verwandeln, also die gesellschaftliche Mehrwertmasse zu erhöhen.

2. Eine der Hauptfunktionen der permanenten Inflation ist, den Konzernen die Mittel zur beschleunigten Akkumulation zur Verfügung zu stellen. Hier entwickelt der *Kredit* in seiner Doppelfunktion auf der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, vermittelt über die Technik der Kreditgeldschöpfung, seine produktiven Fähigkeiten: Er stellt nicht nur die Schöpfung von zusätzlichen Zirkulationsmitteln dar, sondern verteilt auch das disponible Geldkapital der gesamten Kapitalistenklasse so auf die einzelnen Unternehmungen, daß brachliegendes Kapital in produktives Kapital verwandelt werden kann.[45]
Diese technische Doppelfunktion des Kredits ist von seiner historischen Doppelrolle bzw. seinen beiden widersprüchlichen Funktionen im klassischen Zyklus zu unterscheiden: einerseits die Kapitalverwertung erst zu ermöglichen und andererseits ihre Schranken, ihre immanenten Widersprüche zu exekutieren.[46] Der Kredit durchbricht beständig die Verwertungsgrenzen des Kapitals, die »eine immanente Fessel und Schranke der kapitalistischen Produktion«[47] bilden, indem er die Akkumulation des gesellschaftlichen Kapitals über den Punkt hinaus erzwingen will, der durch die Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft gesetzt ist. Sein widersprüchlicher Charakter zeigt sich darin, daß er die »materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts« beschleunigt und gleichzeitig »die gewaltsamen Ausbrüche . . ., die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise«[48] forciert.
Hier stoßen wir auf einen entscheidenden Zusammenhang, der den Prozeß der überzyklischen Preissteigerungen erklärt. In der Epoche des Kapitalismus der Konkurrenz der kleinen Kapitale, unter den Bedingungen des Goldstandards, verlief der Kreditzyklus zwar nicht synchron mit dem industriellen Zyklus, aber sein Verlauf war völlig von den einzelnen Phasen des Industriezyklus bestimmt. Diese Beziehung hat sich in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus gewandelt: *Der Kreditzyklus hat eine relative Autonomie gegenüber dem industriellen Zyklus erlangt.*[49] Er treibt das kapitalistische System in den Abschwungsphasen des nationalen Zyklus nicht mehr in die Krise. Im Gegenteil, »indem sich die Geldsphäre mit der institutionalisierten Inflation im Spätkapitalismus verselbständigt und durch Kreditexpansionen [und Kreditkontraktionen] die Konjunk-

turschwankungen abzuschwächen versucht«[50], ist sie in der Tat in der Lage, nicht nur den Prozeß der permanenten Preissteigerungen zu finanzieren, sondern auch den Ausbruch der Krise als Zusammenhang von Überproduktion, Preisfall und Reinigungskrise über mehrere nationale Zyklen hinweg zu verhindern.[51]

3. Die Formen der Geldschöpfung[52] schaffen die monetären Bedingungen, die relative Marktkontrolle durch die multinationalen Konzerne (via Produktdifferenzierung, Marktabsprachen, price-leadership) die marktseitigen Bedingungen, die es den großen Kapitalen gestatten, in den Aufschwung- und den Boomphasen der nationalen Konjunkturzyklen ihre Preise leicht zu steigern, in den Abschwungphasen (Rezession) dagegen stabil zu halten. Steigende Preise und steigende Profitmassen sind miteinander verschränkt, Preispolitik und Gewinnpolitik zwei Seiten derselben Sache. In Verbindung mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist es den Konzernen möglich, vermittelt über die Politik der »administered prices« (manipulierte Preise), folgende Ziele gleichzeitig zu erreichen: Erhöhung der Mehrwertrate, Sicherung oder Erhöhung der Profitrate[53], Kompensation von Absatzfluktuationen und eine »Finanzierung über den Preis«, die zu einer möglichst hohen Selbstfinanzierungsquote führen soll.

4. Je mehr das Kapital die Produktivkräfte entfaltet hat, je mehr der Output von Waren sich erhöht hat, desto größer werden nicht nur die Verwertungsschwierigkeiten, sondern gerade auch die Schwierigkeiten der Realisierung des Mehrwerts. Sie erscheinen in einem steilen Anstieg der Zirkulationskosten des Kapitals (Verkaufs-, Werbe-, Marktforschungskosten) und des Konsumentenkredits.
Die inflationären Preissteigerungen ermöglichen eine temporäre Lösung der Realisierungsschwierigkeiten in einer dreifachen Richtung: über den Nexus von überhöhten Preisen und Angebotsbeschränkungen, d. h. einer Output-Planung, die unter dem technisch möglichen Niveau bleibt; über die Sicherung der Profitabilität des Kapitals auch bei reduzierter Kapazitätsauslastung (Herabsetzung des »break-even point«); über den Mechanismus der Preisüberwälzung, der die Konsumenten die gesteigerten Zirkulations- und Produktionskosten des Kapitals bezahlen läßt.

Diese Punkte umreißen das Spektrum, in dem die permanente Inflation des Spätkapitalismus zu begreifen ist. Ernest Mandel bestimmt die permanente Inflation zu Recht als *»eine permanente Kreditgeldinflation, die dem Spätkapitalismus adäquate Form der Geldschöpfung zur langfristigen Sicherung der erweiterten Reproduktion«*[54]. Und Werner Hofmann konstatiert, daß sie die Bedingungen darstellt, unter der allein *»überhaupt*

noch produziert und akkumuliert werden kann«[55]. Unsere Untersuchung bestätigte diese beiden Aussagen. *Die Funktion der permanenten Inflation besteht darin, den großen Konzernen die Akkumulation ihres Kapitals zu sichern, ihre Profitmasse zu vergrößern und die Mehrwertrealisierung zu ermöglichen.*

Die Überproduktionskrise des gegenwärtigen Kapitalismus erscheint nicht mehr, wie im klassischen Zyklus, in der Form eines Zusammenhangs von Preisfall und Reinigungskrise, sondern als permanente Inflation. Sie ist daher nicht nur eine von mehreren Antworten des Spätkapitalismus auf die Probleme der Kapitalakkumulation und der Mehrwertrealisierung, sondern die einzig mögliche Antwort, wenn die Wiederholung von Wirtschaftskrisen wie in den Jahren 1929-1932 verhindert werden soll. Das Kapital und die Regierungen der kapitalistischen Länder wissen, daß sie solche Krisen verhindern müssen. Daher entscheiden sie sich für die Institutionalisierung der permanenten Inflation. Denn das Ausbrechen solcher Krisen wäre gleichbedeutend mit einer katastrophalen Gesellschaftskrise des Spätkapitalismus, die sowohl die innenpolitische Klassenkampf-Situation als auch das internationale politische Kräfteverhältnis radikal verändern würde.

Wir sind jetzt an einen Schnittpunkt der Inflationsanalyse gelangt. Die folgende historische Untersuchung muß die Richtigkeit und die Leistungsfähigkeit der bisher entwickelten Kategorien und Zusammenhänge unter Beweis stellen. Sie können, richtig angewandt, zwei Hauptfragen konkret beantworten: erstens, welche Bedingungen die relativ niederen Inflationsraten in der Phase von 1945 bis 1968 ermöglichten und zweitens, wie der Trendbruch der Inflationsraten im Jahre 1969 zu erklären ist. Gelingt dies, kann auch das zentrale Problem diskutiert und entschieden werden, ob der permanenten Inflation in ihrem Versuch, die Akkumulationsschwierigkeiten des Kapitals zu überwinden, Grenzen gesetzt sind, und wie diese aussehen.

Zur historischen Analyse der permanenten Inflation

Die Theorie der »langen Wellen« der Kapitalakkumulation als Grundlage einer historischen Analyse der Inflation[57]

Der Zyklus der Kapitalakkumulation kann grob in zwei Phasen eingeteilt werden: eine Aufschwungsperiode, in der sich »sowohl die Masse als auch die Rate des Profits erhöhen, sich sowohl der Umfang wie der Rhythmus der Akkumulation des Kapitals steigern«[58] muß, und eine Abschwungperiode, in der ein Rückgang dieser Größen erfolgt. *Der indu-*

strielle Zyklus muß sich darstellen als eine Folge von beschleunigter und verlangsamter Akkumulation, die in den Phasen der Überakkumulation des Kapitals und der Unterinvestition ihre beiden Extrempunkte hat.
Wenn der Zyklus der Kapitalakkumulation in der zyklischen Bewegung der Profitabilität des Kapitals (bzw. der »Durchschnittsprofitrate«) seinen sichtbaren Ausdruck findet, so ist damit weder seine »materielle Grundlage«[59] aufgedeckt, noch seine Länge bestimmt. In der Marxschen Konjunktur- und Krisentheorie stellt die Erneuerung des fixen Kapitals nicht nur die »materielle Grundlage der periodischen Krisen«[60] dar; sie bildet auch, in Verbindung mit der Krise, »immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage«[61], in der die Erneuerung der verschiedenen Bestandteile des fixen Kapitals die stoffliche Voraussetzung für einen neuen Aufschwung, für eine Beschleunigung der erweiterten Reproduktion, repräsentiert. Daher bestimmt die Umschlagsdauer des fixen Kapitals in der Marxschen Analyse auch die Länge der Zyklen: Orientiert an der Entwicklung des englischen Kapitals geht Marx von einer durchschnittlich zehnjährigen Dauer eines industriellen Zyklus aus.
Sobald die Erneuerung des fixen Kapitals als Achse des Industriezyklus bestimmt ist, stellen sich zwei Fragen, denen im Rahmen der Untersuchung der Preisbewegung entscheidende Bedeutung zukommt: Ist die Verkürzung der nationalen Zyklen auf etwa fünf Jahre im gegenwärtigen Kapitalismus ebenfalls aus der Umschlagszeit des fixen Kapitals zu erklären? Und noch wichtiger: »Gibt es auch eine besondere innere Dynamik in der Abfolge der Industriezyklen in *längeren* Zeitabschnitten?«[62] Mit anderen Worten: Sind die kurzen nationalen Zyklen nur im Zusammenhang mit einer längeren Periode der Kapitalakkumulation vollständig zu begreifen, die bestimmend auf das Niveau und die Intensität der nationalen Zyklen einwirkt?
Ernest Mandel[63] hat diese Fragen ausführlich untersucht. Er bejaht die eben genannte zweite Frage, indem er zeigt, daß sich *die Geschichte des Kapitalismus empirisch als Geschichte der »langen Wellen« der Akkumulation und der Konjunktur beschreiben läßt*. Dies kann mit zwei Momenten *theoretisch* begründet werden.
Beide Momente folgen aus dem Doppelcharakter der kapitalistischen Produktion als einer Produktionsform, die uno actu Wert (Mehrwert) und Gebrauchswert produziert. Das erste Moment ist von der Wert-Seite her gesetzt: dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, laufend die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses zu verbessern, um die Mehrwertproduktion auszudehnen und einzelnen Kapitalen die Realisierung eines technologischen Surplus-Profits zu ermöglichen. Nur auf dieser Grundlage ist das zweite Moment, die Revolutionierung der stofflichen Seite des Produktionsprozesses, zu verstehen: der

Zwang, die Erneuerung des fixen Kapitals auf einem immer höheren technologischen Niveau vorzunehmen. Dieses zweite Moment liefert das entscheidende Verbindungsstück in Mandels Periodisierung der »langen Wellen« der Akkumulation. Seine Explikation läuft über zwei Schritte: erstens über die Unterscheidung von zwei Formen der Erneuerung des fixen Kapitals; zweitens über einen Rekurs auf die Marxschen Ausführungen im 13. Kapitel des 1. Bandes des *Kapital*.

Mandel stellt fest, daß wir »zwei Formen der erweiterten Reproduktion des fixen Kapitals voneinander unterscheiden (müssen): solche, in denen wohl eine Erweiterung der Stufenleiter der Produktion stattfindet, ... dies sich jedoch ohne eine auf den gesamten gesellschaftlichen Produktionsapparat zurückwirkende *Umwälzung der Technik* vollzieht; und solche, in denen nicht nur eine Erweiterung, sondern eine *grundlegende Erneuerung* der Produktionstechnik, des fixen Kapitals stattfindet, die eine qualitative Änderung der Arbeitsproduktivität hervorruft.«[64] Gerade diese zweite Form, die »Umwälzung der Gesamttechnik«, liefert das Unterscheidungskriterium der langen Perioden in der Geschichte des Kapitalismus.[65]

Im 13. Kapitel des 1. Bandes des *Kapital* unterscheidet Marx nicht nur die drei Kategorien aller »entwickelten Maschinerie«: Bewegungsmaschinen, Transmissionsmechanismen und Werkzeug- und Arbeitsmaschinen[66]; er zeigt auch, daß von einer bestimmten Entwicklungsstufe an die Revolutionierung der Bewegungsmaschinen das vorwärtstreibende Element der technischen Entwicklung darstellt.[67] »Die grundlegenden Umwälzungen der Energietechnik«[68] sind daher in der Marxschen Theorie das die Umwälzung der Gesamttechnik bestimmende Moment. Dies ist der Schlüsselgedanke der Mandelschen Periodisierung des Kapitalismus: »Die Geschichte des Kapitalismus im internationalen Bereich erscheint so nicht nur als ein Nacheinander von zyklischen sieben- und zehnjährigen Bewegungen, sondern auch als ein Nacheinander von längeren, etwa fünfzigjährigen Perioden.«[69]

Jede dieser Perioden zerfällt in zwei etwa gleich lange Phasen. Die erste Phase ist die der *beschleunigten Akkumulation*. Sie ist charakterisiert durch die Anwendung der neuen Produktionstechnik, beschleunigtes Wachstum der Produktion, sprunghafte Ausdehnung der Kapitalakkumulation in Abt. I, Herstellung des Weltmarkts und vor allem durch günstige Profitbedingungen des Kapitals (erhöhte Profitrate). Diese erste Phase wird abgelöst durch die Phase der sich *allmählich verlangsamenden Akkumulation*, in der sich Störungen des Produktions- und Reproduktionsprozesses des Gesamtkapitals abzeichnen: geringere Wachstumsraten der Produktion, wachsende Verwertungsschwierigkeiten des gesamten akkumulierten Kapitals, zunehmende Realisierungsschwierigkeiten, ver-

schärfte Konkurrenz der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt, sinkende Profitrate.
Wenn die Konzeption der »langen Wellen« der Akkumulation und der aus ihr folgende Zwei-Phasen-Ansatz weder theoretisch noch empirisch widerlegt werden kann, so ist mit ihr das entscheidende theoretische Verbindungsstück geliefert, das eine Antwort auf die beiden vorgenannten Hauptfragen ermöglicht: wie die niederen Inflationsraten in den Jahren 1953-1968, und wie der Trendbruch in der Preisbewegung in den Jahren 1969 und 1970 zu erklären sind.
Kann die These, daß etwa 1966-1967 ein Umschlag der ersten in die zweite Phase der »langen Welle« der Akkumulation stattgefunden hat, empirisch bestätigt werden, so zeichnet sich für unsere Fragestellung folgende Lösung ab. Der Phasenumschwung der »langen Welle«, der Beginn einer Phase mit »stagnierendem Grundton«, die immer durch eine Zunahme der Akkumulationsschwierigkeiten des Kapitals gekennzeichnet ist, würde dann die Erklärung des Trendbruchs in der Entwicklung des Inflationsprozesses ermöglichen. Und die außerordentlich günstigen Verwertungs- und Akkumulationsbedingungen des Kapitals in der Phase mit »expansivem Grundton« in den Jahren 1945-1966 lieferten die Erklärung dafür, warum die großen Kapitale ihrer Aufgabe der erweiterten Reproduktion nachkommen konnten, ohne zu dem Mittel hoher Preissteigerungen greifen zu müssen.

Die Phase von 1945-1966: »Lange Welle« der beschleunigten Akkumulation und geringer Inflationsraten

Die Skizzierung der Hauptlinien der »langen Welle« der beschleunigten Akkumulation nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, daß es durchaus sinnvoll ist, den Ausbruch des Weltkriegs als ihren Anfang festzusetzen. Ernest Mandel bestimmt ihre Dauer daher von 1940 (1945)-1966 und charakterisiert sie wie folgt[70]:
Haupttendenz: Sie ist eine Welle mit »expansivem Grundton«. Die Profitrate ist erst steigend und fängt dann langsam an zu sinken.
Bewegung der Wertteile der industriellen Waren: Das fixe und das zirkulierende Kapital sinken. Die Bewegung des variablen Kapitals ist erst stabil bzw. sinkend, dann langsam steigend. Die Mehrwertrate erhöht sich zunächst stark, bleibt dann stabil.
Ursachen dieser Bewegung: »Die durch den Faschismus und Zweiten Weltkrieg hervorgerufene Schwächung (z. T. Atomisierung) der Arbeiterklasse erlaubt gewaltige Steigerung der Mehrwertrate. Dies bedingt Steigerung der Profitrate, was die Akkumulation des Kapitals begünstigt. Diese wirft sich erst auf Waffenproduktion, dann auf Bedingungen der 3. technologi-

schen Revolution, welche bedeutsame Verbilligung des konstanten Kapitals mit sich bringt und so langfristig Hebung der Profitrate begünstigt. Der Weltmarkt schrumpft ein durch Autarkie, Weltkrieg und Ausdehnung der nichtkapitalistischen Bereiche (Osteuropa, China, N.-Korea, N.-Vietnam, Kuba), dehnt sich aber dann bedeutsam aus durch Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung im imperialistischen Bereich und anlaufende Industrialisierung der Halbkolonien.«[71]

Aus diesem komplexen Zusammenhang hebt Mandel zwei entscheidende Momente hervor, die in erster Linie das Entstehen und den Verlauf dieser »langen Welle mit expansivem Grundton« erklären können: die Erhöhung der Mehrwertrate und die langfristige Ausdehnung des Marktes für die international erweiterte Reproduktion des Kapitals.[72] Die historischen Niederlagen der Arbeiterklasse im Faschismus und im Zweiten Weltkrieg ermöglichten es dem Kapital, die Mehrwertrate stark zu erhöhen. Die »gesteigerte Akkumulation des Kapitals (erhöhte Investitionstätigkeit) in der dritten technologischen Revolution mit einem beschleunigten Rhythmus der technologischen Erneuerung und einer verkürzten Umschlagszeit des fixen Kapitals«[73] führten zu einer langfristigen Ausdehnung des Marktes, trotz seiner räumlichen Grenzen und der Schranken, die durch die kapitalistischen Konsumtionsverhältnisse gesetzt sind.

Diese beiden Momente müssen u. E. noch durch zwei Faktoren, denen eine ähnliche Qualität zukommt, ergänzt werden: Vernichtung bzw. Entwertung von Kapital in der Weltwirtschaftskrise und während des Zweiten Weltkriegs; Herstellung eines reibungslos funktionierenden Weltmarkts. Der Zweite Weltkrieg übte die Funktion der Reinigungskrise besser aus, als diese selbst es vermocht hätte. Indem er die Kapitalanlagen in ungeheurem Ausmaß vernichtete und entwertete, schuf er die »materielle Grundlage«, die stoffliche Voraussetzung für die gewaltigen Neuanlagen von Kapital, die den enormen Aufschwung des Kapitalismus in den Jahren nach 1948 einleiteten. Die Vormachtstellung der USA auf dem Weltmarkt, die in der Sonderrolle des Dollar als zugleich nationaler Währung und internationalem Zahlungs- bzw. Zirkulationsmittel und, hiermit vermittelt, in der unbeschränkten Mobilität des US-Kapitals ihren adäquaten Ausdruck erhielt, ermöglichte zweierlei: erstens die Finanzierung des Aufschwungs der kapitalistischen Länder in Europa[74], vor allem die Rekonstruktion des westdeutschen Kapitals auf hohem technischen Niveau; zweitens die Herstellung des kapitalistischen Weltmarkts, d. h. das reibungslose Funktionieren der Weltmarktzirkulation und daher auch des Weltwährungssystems bis Anfang der sechziger Jahre.

Diese vier Momente entwerfen ein Bild von den günstigen Verwertungs- und Realisierungsbedingungen des Kapitals in den Jahren 1945-1966, die zu der beschleunigten Akkumulation in allen kapitalistischen Ländern

während dieser Phase führten. Vor allem in den beiden führenden kapitalistischen Ländern, den USA und der BRD, lagen solch günstige Bedingungen der Kapitalakkumulation vor. Sie hatten daher auch in dieser Phase die geringsten Inflationsraten aller kapitalistischen Länder: knapp 2% jährlich im Gesamtdurchschnitt der Jahre 1954 bis 1968.

Wie ist der Zusammenhang zwischen günstigen Akkumulationsbedingungen des Kapitals und geringen Preissteigerungsraten in der historischen Analyse der Inflation dieser Jahre konkret zu entfalten? Wir wollen kurz in einigen Schritten zeigen, wie dies zu geschehen hat. Auszugehen ist hierbei von der grundlegenden kausalen Beziehung des Inflationsprozesses, die durch die logische Analyse freigelegt wurde: Die Einheit von historisch-konkreten Bedingungen der Kapitalakkumulation und ihrer – aus den inneren Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise resultierenden – widersprüchlichen Bewegungsform stellt die Ursache der permanenten Inflation dar; sie bestimmt die Richtung ihrer Bewegung im nationalen wie im internationalen Zusammenhang, also auch das unterschiedliche Niveau des Inflationsprozesses in den einzelnen Phasen der permanenten Inflation.

Der Akkumulationsprozeß des US-Kapitals zeichnet in seinen groben historischen Entwicklungslinien seit 1945 (Expansion seit 1945, Umschlag etwa 1967/68) nicht nur das Bild der Entwicklungstendenz der Akkumulation in den anderen kapitalistischen Ländern. Er scheint auch die Achse darzustellen, die – mit einem unterschiedlichen time-lag, je nach spezifischen nationalen Bedingungen – die Preisbewegungen in den anderen kapitalistischen Ländern bestimmt. *Daher muß die konkrete Untersuchung des Akkumulationsprozesses des US-Kapitals im Zentrum einer umfassenden historischen Analyse der permanenten Inflation stehen.* Sie kann zweierlei zeigen: Erstens, daß von der Preisstabilität in den USA ein weitreichender Preisdämpfungseffekt auf dem Weltmarkt ausging, der sich auf das inländische Preisniveau der einzelnen entwickelten kapitalistischen Länder erstreckte[75] und deshalb ein wesentliches Moment zur Erklärung der Milde der Inflation in dieser Phase darstellt; zweitens, daß die Verschärfung des internationalen Inflationsprozesses seit 1969 – was heute kaum noch bestritten wird – einen großen Teil seiner Schubkraft aus der »Vietnam-Inflation« der USA erhielt.

In diesem Kontext wird die Richtigkeit unserer These bestätigt, daß eine Theorie der permanenten Inflation solange unvollständig bleibt, wie sie nicht den Prozeß der internationalen Inflationsübertragung in ihren Erklärungszusammenhang integriert. An der Funktion der USA, »Preisführer« gegenüber den anderen kapitalistischen Ländern in den einzelnen Etappen der permanenten Inflation zu sein, läßt sich dies demonstrieren.

Die OECD-Inflationsstudie[76] deckt auf, daß diese Führungsrolle der USA

sowohl für die Dämpfung der Preissteigerungen in den Jahren 1960-1965 wie für den Boom der Weltmarktpreise im Jahre 1969, den ersten Boom seit der Koreakrise, verantwortlich ist. Sie erklärt diesen Nexus aus der entscheidenden Rolle, welcher der Preisbewegung in den USA als dem Land mit dem größten Anteil am Welthandel für die internationale Preisbewegung zukommt.

Da die bisher genannten Zusammenhänge evident sind und durch zahlreiche Arbeiten bestätigt wurden, ist es nicht erforderlich, sie hier im einzelnen empirisch zu belegen. Dagegen ist auf zwei wichtige Punkte zu verweisen, denen im Zusammenhang mit der Inflationsanalyse besondere Bedeutung zukommt, und die sowohl zur Erklärung der beschleunigten Akkumulation in dieser Phase beitragen, als auch die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals seit 1967, d. h. das Ende der »langen Welle mit expansivem Grundton« indizieren.

1. Die einzelnen nationalen Industriezyklen dieser Phase zeigen eine eindeutig *asynchrone* Verlaufsform.[77] Diese Ungleichzeitigkeit der nationalen Zyklen milderte die Intensität der Abschwungsphasen der industriellen Zyklen der einzelnen kapitalistischen Länder. Wenn in einem Land eine Rezession herrschte, befanden sich die anderen kapitalistischen Länder gerade in einer expansiven Entwicklung. Der verstärkte Export in diese expandierenden Märkte, in die Länder mit »überschüssiger Nachfrage«, kompensierte die rückläufige Nachfrage auf dem Binnenmarkt, schwächte so die Rezession ab und verkürzte ihre Dauer.[78]

2. Der *Kreditzyklus* im gegenwärtigen Kapitalismus entwickelt in dieser »langen Welle« der Akkumulation seine »produktiven« Fähigkeiten, die in seiner relativen Autonomie gegenüber dem industriellen Zyklus begründet sind. Die ungeheure Expansion des Geld- und Kreditvolumens war nicht nur die monetäre Voraussetzung, das »Schmiermittel« des beschleunigten Wachstums der industriellen Produktion in dieser Phase, d. h. der realen Akkumulation; ihre durch die Zentralbanken gesteuerte asynchrone Bewegung gegenüber dem industriellen Zyklus ermöglichte auch, die Konjunkturschwankungen, insbesondere die Rezessionen, abzuschwächen. Der Kreditzyklus war daher in dieser Phase in der Lage, »die kumulative Wirkung der Überproduktionskrisen einzudämmen«[79] – aber nur um den Preis der schleichenden Inflation. Daß die Inflationsraten relativ gering blieben, daß sich der Inflationsprozeß insgesamt auf einem niederen Niveau bewegte, ist gerade Ausdruck der günstigen Akkumulationsbedingungen des Kapitals in dieser Phase.

Die Expansion des Geld- und Kreditvolumens erscheint in einem enormen Anwachsen des Hypotheken- und des Konsumentenkredits sowie der Verschuldung der Unternehmen, kurz in der Expansion der gesamten privaten Verschuldung. Das läßt sich an der Entwicklung der Konzernliqui-

dität verfolgen: In den USA ist das Verhältnis zwischen Bargeld, Sichteinlagen, Termineinlagen und anderen Finanzaktiva einerseits und den Schulden andererseits »von 74,4% im Jahre 1946 auf 54,8% im Jahre 1951, 38,4% im Jahre 1961 und 19,3% im Jahre 1969 für die nichtfinanziellen Konzerne . . . gesunken«[80].

Für unsere Fragestellung ergeben sich hieraus zwei Überlegungen. Erstens erhellt dieser Zusammenhang, *daß in der Phase von 1945 bis 1968 geringe Inflationsraten und gleichzeitig wirkliche, beschleunigte Akkumulation nur möglich waren über eine hohe Verschuldung des gesamten privaten Sektors.* Zweitens scheinen die weltweite Verstärkung des Inflationsprozesses und die Erscheinung der *Stagflation* in mehreren kapitalistischen Ländern seit 1969 eindeutige Indikatoren dafür zu sein, daß gerade aufgrund der enormen Ausdehnung des Kreditvolumens, also der privaten und der öffentlichen Verschuldung, *die mildernde Wirkung des Kreditzyklus abgenommen hat.* Er ist heute nicht mehr in der Lage, die Funktionen, die ihm in der »langen Welle« der beschleunigten Akkumulation zukamen, in derselben Qualität wahrzunehmen: einerseits die Intensität der Rezessionen abzuschwächen bzw. ihre Dauer zu verkürzen und andererseits die Kapitalakkumulation bei *niederen* Inflationsraten zu sichern. »Dies ist nur ein anderer Ausdruck der Tatsache« heißt es bei Mandel, »daß der Umschlagspunkt der ›langen Welle mit expansivem Grundton‹ zur ›langen Welle mit stagnierendem Grundton‹ wahrscheinlich bereits hinter uns liegt.«[81]

Der folgende Abschnitt versucht, die Ursachen dieses Umschlags zu bestimmen. Hierbei läßt sich konkret zeigen, wie der Trendbruch in der Inflationsentwicklung im Jahre 1969 zu erklären ist.

Die Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation in den USA und der Trendbruch der Inflationsentwicklung im Jahre 1969

In nahezu allen kaptialistischen Ländern ist eine signifikante Verschärfung der permanenten Inflation seit 1969 festzustellen. Repräsentativ für diese Entwicklung ist die Bewegung der Inflationsraten in der BRD. Sie zeigt deutlich den Trendbruch der Inflation im Jahre 1969.

Inflationsraten in der BRD

1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963
0,2	1,4	2,2	1,8	2,0	0,9	1,3	2,2	2,9	2,9
1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	
2,5	3,3	4,0	1,9	1,8	3,1	4,5	6,4	6,9	

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1972/73, S. 264 und S. 266, eigene Berechnung.

In der BRD fand demnach seit 1953 eine kontinuierliche zyklische Verschärfung der permanenten Inflation statt. Dies ist ein Indiz für die Richtigkeit unserer These, daß gegen Ende der »langen Welle mit expansivem Grundton«, etwa ab 1962, die Absatz- und Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals sich tendenziell verschlechtern.

Die Verschärfung der Widersprüche des Akkumulationsprozesses, die zu dem Umschlag der »langen Welle mit expansivem Grundton« führt, wird an der Oberfläche des Wirtschaftsprozesses erst verspätet sichtbar: als Stagflation und als Trendbruch in der Inflationsentwicklung. Die Ursachen für die Beschleunigung der permanenten Inflation seit 1969 müssen daher in der Entwicklung der Jahre gesucht werden, die diesen Erscheinungen vorangehen. Von dieser Überlegung gehen unsere folgenden Ausführungen aus. Sie versuchen, die einzelnen Momente zu isolieren, die Ausdruck der zunehmenden Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation und Mehrwertrealisierung seit 1962 sind, und die in diesem Interpretationszusammenhang die Notwendigkeit des Trendbruchs in der Inflationsentwicklung erklären.

Unter der Voraussetzung, daß unsere bisherigen Ausführungen zutreffen – also vor allem der »lead«-Funktion des Akkumulationsprozesses des US-Kapitals und dem Mechanismus der internationalen Inflationsübertragung in der Realität die Bedeutung zukommt, die wir ihnen in unserer Analyse beimessen – bietet sich folgendes Vorgehen an: zuerst die Bedingungen und die besonderen Momente des Inflationsprozesses in den USA während der Jahre 1962-1969 darzustellen und danach die allgemeinen Faktoren zu nennen, die die These des Umschlags der »langen Welle« der beschleunigten Akkumulation im Jahre 1967 erhärten. Da beide Seiten – die besonderen nationalen Bedingungen des Inflationsprozesses in den USA und die allgemeinen Faktoren des Phasenumschwungs – in der Realität des Prozesses der permanenten Inflation eine Einheit bilden, ist nur die gedankliche Synthese beider Untersuchungsschritte in der Lage, den Trendbruch der Inflationsentwicklung in seiner komplexen Struktur zu begreifen.

Die zyklische Bewegung der Konjunktur ist in den USA durch folgende Extrempunkte gekennzeichnet: Rezessionen 1955/56, 1957/58 und 1960/61; ungewöhnlich lange Phase der Hochkonjunktur von 1962-1968; Rezession von 1969-1971, die längste seit der Weltwirtschaftskrise. Unsere Einschätzung, daß bereits in der Hochkonjunktur von 1962-1968, insbesondere in ihrer Endphase – dem »Vietnam-Boom« von 1966-1968 – die Akkumulationsbedingungen des US-Kapitals sich gravierend verschlechterten und die Gestalt annahmen, die dann sowohl zum Phasenumschlag der »langen Welle« wie zum Trendbruch des Inflationsprozesses führte, läßt sich an folgenden Momenten im einzelnen belegen:

1. Mit Ausnahme des Jahres 1957 (Suez-Krise) war die Zahlungsbilanz der USA seit 1950 permanent defizitär. Die Zahlungsbilanzdefizite waren in den ersten Jahren aufgrund der Spielregeln des Weltwährungssystems von Bretton Woods notwendig[82], um die erforderliche, über das Gold hinausgehende, internationale Liquidität zu schaffen. Andererseits erzwangen sie Techniken der Geldschöpfung, die von denjenigen der übrigen kapitalistischen Weltmarktländer abweichen mußten: die Schaffung von Zentralbank-Geld kann in den USA nicht über den Ankauf von ausländischen Devisen durch die Zentralbank, sondern muß in erster Linie über die Offen-Markt-Politik des Zentralbankensystems der USA erfolgen. Die Offen-Markt-Politik der »Fed« (Federal Reserve System) seit 1960 indiziert das Dilemma, in dem die Geld- und Währungspolitik der USA auch heute noch steckt, und das unter den Bedingungen des gegenwärtigen Währungssystems nicht lösbar ist[83], nämlich zwei Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen: einerseits den inländischen Kapitalmarkt zu günstigen Konditionen mit Kapital zu versorgen (niederer Zinssatz für langfristige Obligationen), andererseits die Gold- und die Dollarabflüsse ins Ausland – über hohe Zinsen auf kurzfristige Anlagen und Spareinlagen[84] – zu verhindern.[85]

Die Liquiditätsklemme im Kapitalmarkt während der Rezession 1960/61 erforderte eine schnelle Liquiditätserhöhung, um die Krise abzuschwächen und die Zusammenbrüche der Unternehmen in erträglichen Grenzen zu halten. Gleichzeitig durfte diese Liquiditätserhöhung nicht zur Senkung des kurzfristigen Zinsfußes führen. Mit der Technik des »operation twist«, einer neuen Methode der Offen-Markt-Politik, versuchte die »Fed«, beide Aufgaben zugleich zu lösen. Damit wich sie von ihrer bisherigen Praxis ab, Geldschöpfung nur über den Kauf von *kurzfristigen* Bundesstaatsobligationen (treasury bills) zu betreiben, und schuf eine der institutionellen Grundlagen für die ungeheure Expansion des Geld- und Kreditvolumens in den USA. Mit dieser neuen Technik des »operation twist«, an deren Wirksamkeit »vier Fünftel der Geld- und Kreditmarktexperten zweifelten«[87], konnten zwar kurzfristige Erfolge erzielt werden: das angestrebte asynchrone Niveau der beiden Zinssätze wurde erreicht, die Liquiditätsklemme überwunden, der Konjunkturaufschwung eingeleitet und die Goldabflüsse wurden eingeschränkt.[88] Die twist-operations hatten jedoch einen zunächst nicht sichtbaren Nebeneffekt, der erst Jahre später, gegen Ende der Hochkonjunktur der USA, in der Beschleunigung des Inflationsprozesses und in der raschen Folge der Weltwährungskrisen seit 1968 seine volle Kraft entfaltete. Denn die mit den twist-operations verbundene »Revolution« der Geldschöpfungstechnik[89] signalisiert den Beginn einer riesigen »Dollarschwemme«[90], die gerade dadurch, daß sie den Ausbruch der Überproduktionskrise in den USA einige Jahre hinaus-

schob, sowohl mit inflationärer Wirkung – vermittelt über die Weltmarktzirkulation des Kapitals – in die inländische Zirkulation der anderen kapitalistischen Länder strömte (und von deren Zentralbanken abgeschöpft werden mußte) wie die Fundamente des Weltwährungssystems zerstörte.
Stellt die schrankenlose Produktion von Papierdollar auch nicht die Ursache der permanenten Inflation dar, so schuf sie doch deren notwendige, monetäre Voraussetzungen. Sie setzte die Energien frei für die konkrete Artikulation der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise im Akkumulationsprozß des US-Kapitals, die – wie wir zeigten – vor allem in den zwei zentralen Formen der Krise des gegenwärtigen Kapitalismus erfolgen muß: der permanenten Inflation und den Weltwährungskrisen.
Die Tatsache, daß anders als über eine neue Technik der Geld- und Kreditschöpfung sowie die Expansion des Kreditvolumens die Krise von 1960/61 nicht zu meistern war, ist nicht nur ein Hinweis auf die zunehmenden Schwierigkeiten der Akkumulation des US-Kapitals seit 1960. Sie enthüllt zugleich die Funktion, die dem Geld- und Kreditsystem im gegenwärtigen Kapitalismus zukommt. Die »Revolution« der Offen-Markt-Politik in den USA zeigt, daß die Bewegung der Profitrate und der Akkumulationszwang des Kapitals die »unabhängigen« Zentralbanken in der Rezession vor folgende Alternative stellen: entweder an ihrer bisherigen Politik und ihrer »Autonomie« festzuhalten und dadurch den verstärkten Ausbruch der Überproduktionskrise zu provozieren, oder das Geld- und Kreditsystem für die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals zu funktionalisieren. Daß letzteres langfristig nur um den Preis der Verschärfung der permanenten Inflation möglich ist, mögen die Vertreter der Zentralbanken vielleicht nicht wissen und nicht zu prognostizieren wagen – objektiv nimmt ihre Politik es in Kauf.

2. Die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des US-Kapitals gegen Ende der »langen Welle mit expansivem Grundton« muß in einer Erhöhung der Defizite der Zahlungsbilanz der USA erscheinen. An der Entwicklung ihrer Teilbilanzen läßt sich dies im einzelnen nachweisen. Denn erst die Disaggregation in die einzelnen Teilbilanzen deckt auf, wie der Überschuß oder das Defizit einer Zahlungsbilanz entstanden ist. »Die Struktur der US-Zahlungsbilanz zeigt, daß die Defizite durch private Kapitalexporte und Regierungstransaktionen zustandegekommen sind, die die Handelsbilanzüberschüsse überkompensierten.«[91]
Das Defizit der *Kapitalbilanz* (private Transaktionen) hat sich zwischen 1953 und 1964 laufend vergrößert; seit 1966 besteht wieder eine progressiv steigende Tendenz dieses Defizits.[92] Auffallend ist der Sprung des Defizits von 2,64 Mrd. Dollar im Jahresdurchschnitt 1958-1960 auf 5,12 Mrd. Dollar im Jahresdurchschnitt 1961-1964. Die Ursache des verstärk-

ten Kapitalexports ist vor allem in den zunehmenden Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation zu suchen, d. h. der Tatsache, daß das Geldkapital in den USA nicht so profitabel angelegt werden konnte wie auf den ausländischen Märkten.
Die *Handelsbilanz* der USA wies 1971 erstmals seit 1893 ein Defizit aus. Gegenüber Japan und der BRD, den beiden stärksten Konkurrenten der USA auf dem Weltmarkt, wurde die Handelsbilanz dagegen bereits wesentlich früher defizitär: gegenüber Japan schlug sie 1965, gegenüber der BRD im Jahre 1966 um.[93] Die Tatsache, daß gerade die beiden Länder mit der progressivsten Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im internationalen Vergleich früher als andere Weltmarktländer einen Überschuß in ihrer Handelsbilanz mit den USA erzielen konnten, weist auf die allgemeine Ursache der Verschlechterung sowohl der Handels- wie der Zahlungsbilanz der USA: auf den Rückgang des Produktivitätsvorsprungs der USA gegenüber den anderen kapitalistischen Ländern.
Die Defizite der *Zahlungsbilanz* der USA wuchsen seit 1967 sprunghaft an. Das Defizit betrug: 3,54 Mrd. Dollar im Jahre 1967; 6,96 Mrd. Dollar im Jahre 1969, 9,82 Mrd. Dollar im Jahre 1970; 29,77 Mrd. Dollar im »Katastrophenjahr« 1971.[94]

3. Trotz eines ganzen Bündels restriktiver Maßnahmen gelang es den Regierungen der USA weder, den Abfluß ihrer Goldreserven ins Ausland zu stoppen, noch die Tendenz zur Vergrößerung der Zahlungsbilanz-Defizite aufzuhalten. Um diese Ziele zu erreichen, mußten sich die Maßnahmen vor allem gegen den privaten Kapitalexport richten. Sie bestanden im einzelnen[95]: in einer Zinsausgleichssteuer auf den Kauf von langfristigen ausländischen Wertpapieren; diese Steuer wurde im September 1964 rückwirkend auf Juli 1963 eingeführt und 1965 auf kurzfristige Kredite ausgedehnt; in den »guidelines«, die 1965 die Kreditgewährung gegenüber Ausländern beschnitten; in dem »program of voluntary restraint« (1965) für Direktinvestitionen von US-Unternehmen im Ausland; in der Sonderbotschaft Johnsons vom 1. 1. 1968. Obwohl diese Maßnahmen Jahr für Jahr verschärft wurden, blieben sie doch ohne nennenswerte Wirkung. Selbst der kurzfristige Erfolg der im Januar 1968 einsetzenden direkten Beschränkungen des Kapitalexports muß bezweifelt werden.[96] Die Unwirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt, daß sich die Akkumulationsmöglichkeiten der anlagesuchenden US-Kapitale in den USA selbst seit 1964 permanent verschlechtert haben.

4. Sowohl die Entstehung des Euro-Dollar-Marktes wie die laufende Vergrößerung seines Volumens sind als Ausdruck der Akkumulationsschwierigkeiten des US-Kapitals zu begreifen.[97] Weil »das Wertgeld Dol-

lar zwar als Geldkapital profitabel exportiert, aber nicht mehr profitabel importiert werden konnte«[98], mußte sich die Dollarzirkulation auf dem Weltmarkt verselbständigen. Ein direktes Produkt dieser Verselbständigung sind die Euro-Geldmärkte.

5. Die Aussage marxistischer Untersuchungen, daß die in den ungeheuren Summen des US-Kapitalexports sich manifestierende imperialistische Politik der USA die Hauptursache des permanenten Defizits der US-Zahlungsbilanz darstellt[99], wird in den letzten Jahren von bürgerlichen Autoren, wenn auch in anderen Formulierungen (Rolle der USA als »Weltpolizist«, »Ausverkauf Europas« etc.), bestätigt. Diese Politik ist auch die entscheidende Ursache[100] des Trendbruchs in der Entwicklung des Inflationsprozesses. Der Stellenwert, der dem Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk in einer historischen Analyse der permanenten Inflation der letzten Jahre zukommen muß, macht dies deutlich. Denn *die Explosion der Ausgaben für den Vietnam-Krieg*[101], *ihre inflationäre Finanzierung in den Jahren 1965-1968*, repräsentieren ohne Zweifel das entscheidende Moment der Verschärfung des Inflationsprozesses seit 1969, sowohl in den USA selbst wie in den anderen kapitalistischen Ländern. Gerade dadurch, daß diese Kriegsausgaben die Hochkonjunktur in den USA etwa um drei Jahre künstlich verlängerten (»Vietnam-Konjunktur«), erzwangen sie den verschärften, weil verspäteten Ausbruch der Krise im Jahre 1969 und ihre neue Form, die Stagflation.
Die an der Begriffswelt der bürgerlichen Inflationstheorie orientierten Untersuchungen sprechen, diesen Ursachen-Zusammenhang unterschlagend, von einer »starken Nachfrage-Inflation in den USA«[102] in den Jahren 1965-1969. Aber ihre Aussage, daß »die Stärke dieses Inflationsschubs ... sich nicht so sehr an den landläufigen Inflationsindices ablesen«[103] läßt, ist diesem Zusammenhang auf der Spur, ohne ihn auf den politischen und ökonomischen Begriff zu bringen. Ohne eine Analyse der Vietnam-Inflation der Jahre 1965-1968 sind die Stagflation in den USA und die weltweite Beschleunigung des Inflationsprozesses seit 1969 nicht erklärbar.

6. Die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des US-Kapitals kündete sich bereits 1966 in Form eines Steigens der Exportpreise der USA an. Ihr erneutes Steigen im Jahre 1968 und der Exportpreis-Boom 1969 sind Anzeichen des Umschlags der »langen Welle« der beschleunigten Akkumulation.

7. An den hohen Raten der Arbeitslosigkeit in den USA werden die Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation sichtbar. Die hohen Arbeits-

losenziffern offenbaren, daß selbst in der Phase der Hochkonjunktur von 1962-1968 nicht alle »natürlichen« Quellen der Akkumulation in Anspruch genommen werden konnten.

8. Die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals erscheint an der Oberfläche als Verschlechterung der Konkurrenzposition des nationalen Gesamtkapitals auf dem Weltmarkt. Daß es den USA – im Gegensatz zur BRD im Jahre 1966/67 – nicht gelang, ihre Rezession 1969-1971 durch eine Außenhandelsexpansion abzuschwächen und zu überwinden, ist Ausdruck dieses Zusammenhangs.

9. In der Phase von 1960-1970 erfolgt eine ungeheure Zunahme der privaten Verschuldung in den USA, sowohl des Konsumenten- und Hypothekenkredits, wie der Kreditaufnahme der Unternehmen. Dies haben wir bereits empirisch belegt.

Die beiden letztgenannten Punkte verweisen auf zwei allgemeine Momente, die eine Analyse des Trendbruchs des Inflationsprozesses zu berücksichtigen hat.
Erstens. Es liegen deutliche Anzeichen dafür vor, daß die asynchrone Bewegung der nationalen Zyklen, welche die »lange Welle« von 1945-1967 kennzeichnet, heute von einer Synchronisierung der nationalen Zyklen abgelöst wurde.[104] Wenn diese Tendenz sich durchsetzt, wird den einzelnen nationalen Kapitalen die Möglichkeit genommen, die Rezession durch eine verstärkte Ausdehnung des Exports zu mildern. Tritt zur inländischen Rezession dann noch eine Verschlechterung der Konkurrenzposition des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt, ist der Weg vorgezeichnet, der dieses Land in die verschärfte Rezession und in die Stagflation als ihren aktuellen Ausdruck führt.
Zweitens. Die mildernde Kraft des Kreditzyklus hat in den letzten Jahren spürbar abgenommen. Je stärker das Kreditvolumen bereits aufgebläht und die Höhe der Verschuldung gewachsen ist, desto schwächer wird der korrigierende Einfluß, der von der monetären Sphäre auf die Rezessionen und die Preissteigerungen ausgeht. Die zunehmende Verschuldung schmälert einerseits die laufende Kaufkraft (Steigerung der Zins- und Tilgungslasten), andererseits zwingt sie die Konzerne, in Preissteigerungen einen Ausweg aus ihren Akkumulationsschwierigkeiten zu suchen. Das Weiterdrehen der Inflationsschraube liegt in der Logik dieses Prozesses.

In den Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation, vor allem in der Verschärfung des Widerspruchs zwischen der gewaltigen Expansion der Produktionskapazitäten und der Beschränkung der Verwertungsmöglichkei-

ten sowie der Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt ist der Schlüssel zur Erklärung der Steigerung der Inflationsraten in den letzten Jahren zu suchen.[106] Wenn die systemimmanenten Grenzen der Mehrwertrealisierung erreicht sind, bleibt den großen Konzernen nur das Mittel der starken Preiserhöhungen, um beides zugleich zu erreichen: wirkliche und nur nominelle, inflationär getarnte Akkumulation ihres Kapitals. Die historische Analyse bestätigt, daß die kapitalistischen Länder heute vor folgender Alternative stehen. Sie haben nur die Wahl zwischen zwei Formen der Überproduktionskrise: entweder einer Verschärfung der permanenten Inflation oder dem Rückfall in die Stagnation, d. h. dem offenen Ausbruch der Krise. Indem die historische Analyse die einzelnen Widersprüche der Kapitalbewegung konkret untersucht, deckt sie die Mechanismen auf, die das kapitalistische System in seinem Versuch, diese Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst zu lösen, mit Notwendigkeit zu einer progressiven Entwicklung der Inflation zwingen.
Die temporäre Kompensation der Überproduktionskrise der USA in den Jahren 1966-1968 durch die inflationäre Finanzierung des Vietnam-Kriegs setzte die Energien frei, die den Sprung der Inflationsraten in den USA selbst notwendig machten. Gleichzeitig führte dieser Zusammenhang, vermittelt über die Weltmarktzirkulation des Kapitals (importierte Inflation) und kombiniert mit den besonderen nationalen Akkumulationsbedingungen der einzelnen Länder, zu einer weltweiten Verschärfung der Inflation.

Anmerkungen

1 Vgl. hierzu: Marx, *Das Kapital* Bd. 3, MEW Bd. 25, S. 417 ff. und S. 413; ders., *Kapital* Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 141.
2 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 141 f.; ders., *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW Bd. 13, S. 98 f. Marx schreibt dort: »Die Quantität der Papierzettel ist also bestimmt durch die Quantität des Goldgeldes, das sie in der Zirkulation vertreten, und da sie nur Wertzeichen sind, sofern sie es vertreten, ist ihr Wert einfach durch ihre *Quantität* bestimmt« (ebd., S. 98).
3 Das machen z. B. Busch, Schöller, Seelow, *Weltmarkt und Weltwährungskrise*, Bremen 1971, S. 55 f., und E. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt 1972, S. 398.
4 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, Kapitel 33 und 34.
5 Vgl. ebd., Kapitel 30-32.
6 Marx, *Kapital* Bd. 2, MEW Bd. 24, S. 317.
7 Marx hat diese Vorstellung mehrmals scharf kritisiert. Vgl. hierzu vor allem: Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 137 f. Er wendet sich dort gegen die »abgeschmackte Hypothese, daß Waren ohne Preis und Geld ohne Wert in den Zirkulationsprozeß eingehn, wo sich dann ein aliquoter Teil des Warenbreis mit einem aliquoten Teil des Metallbergs austausche«.
8 Ebd., S. 137.

9 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 498-508 und S. 511 ff.
10 Ebd., S. 540 und S. 556.
11 Vgl. ebd., S. 540 ff., S. 491 f.
12 Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 662.
13 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, Kapitel 30-32. Dort stellt Marx den »klassischen« industriellen Zyklus, seine Beziehung zum Kreditzyklus und zur Entwicklung der Zinsrate systematisch dar.
14 Ebd., S. 512.
15 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 487-490, 418, 517 ff. und 557 f.
16 Vgl. hierzu: Marx, *Zur Kritik*, S. 123; ders., *Kapital* Bd. 1, S. 151 f.; ders. *Kapital* Bd. 3, S. 587 ff.
17 Ebd., S. 589.
18 Vgl. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 400 und S. 421 ff.
19 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 140-143.
20 Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 142.
21 Ebd., S. 152.
22 Ebd.
23 Vgl. Neusüß, Blanke, Altvater, »Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise«, in: *Probleme des Klassenkampfs* Heft 1, 1971, S. 59 ff.
24 Vgl. ebd., S. 80 ff. und die Darstellung von Elmar Altvater *Die Weltwährungskrise*, Frankfurt 1969, S. 58-69.
25 Um einem Mißverständnis vorzubeugen, betonen wir nochmals: Wir halten die inflationäre Geldschöpfung nicht für die Ursache der gegenwärtigen Inflation, wohl aber für ihre notwendige technische Bedingung.
26 Marx, *Kapital* Bd. 2, S. 342 (Hervorhebung J. R.).
27 Ebd., S. 341.
28 Ebd., S. 342.
29 Ebd., S. 341.
30 Ebd., S. 318 Fn. 32. Marx sagt hier, daß das nur als Tendenz gilt.
31 Vgl. hierzu: Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 875 f., S. 267, S. 189 und S. 245 f.; ders., *Kapital* Bd. 1, S. 647 ff.
32 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 875 f.
33 Ebd., S. 245.
34 Ders., *Kapital* Bd. 1, S. 647
35 Ebd., S. 648.
36 Ebd.
37 Marx benützt im *Kapital*, insbesondere im 1. Band, abwechselnd beide Bezugseinheiten; vgl. Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 335 ff.
38 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 532 f.
39 Vgl. R. Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ›Kapital‹. Der Rohentwurf des ›Kapital‹ 1857-1858*, Frankfurt–Wien 1968, S. 268 ff., der hier vor allem aus den *Grundrissen* zitiert.
40 Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1953, S. 246 (Hervorhebung: J. R.); vgl. auch Rosdolsky, *Entstehungsgeschichte*, S. 272-277.
41 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 266 f. Marx nimmt dort den Gedanken wieder auf, den er im 13. Kapitel des 3. Bandes systematisch entwickelt.
42 Ebd., S. 254. Falsch wäre es, die Konsumtionsverhältnisse als dem Kapitalverhältnis äußerliche Schranken zu begreifen. Sie folgen vielmehr aus dem Kapitalbegriff selbst: »Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst* . . .« (ebd., S. 260).

43 Die verschiedenen friedlichen und gewaltsamen Formen der Ausdehnung des *inneren* und *äußeren* Marktes des Kapitals, in denen das Kapital die kapitalistische Produktion propagiert und die Weltmarktexistenz des Kapitals herstellt, indem es um seine erweiterte Reproduktion kämpft, sind im Rahmen unserer Arbeit nicht zu untersuchen. Die Imperialismustheorien haben diesen Zusammenhang, gerade auch in ihren kontroversen Positionen, ausführlich analysiert.

44 Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 260.

45 Vgl. hierzu: Marx, *Kapital* Bd. 2, S. 323; R. Hilferding, *Das Finanzkapital – Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Wien 1910, Neuauflage: Berlin 1947, S. 79 ff.

46 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 3, S. 457.

47 Ebd.

48 Ebd.

49 Mandel hat die Beziehung zwischen beiden Zyklen systematisch entwickelt und mit empirischem Material belegt. Vgl. Ernest Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 416 ff.

50 Ebd., S. 416.

51 Ernest Mandel bringt diesen Zusammenhang auf den Begriff: So »entsteht ein vom Industriezyklus zeitweise getrennter Kreditzyklus: Kreditgeldexpansion kann die Konjunktur bis zu dem Punkt stimulieren, an dem sie in Gefahr gerät, den Weltmarktanteil des betreffenden Landes zu gefährden ... Auch der Kreditzyklus als getrennter Zyklus besitzt indes keine völlige Autonomie vom eigentlichen Industriezyklus. Er wird allerdings durch die Kredit*politik* des Zentralbankensystems und der Regierung ... bestimmt« (ebd., S. 416 f.).

52 Sie sind nicht auf die nationale Zirkulation beschränkt. Das internationale Bankensystem ist in der Lage, auf dem Eurodollar-Markt bzw. anderen internationalen Dollar-Märkten (Hongkong, Beirut, Kanada, Japan) nationale und internationale Zirkulationsmittel in unbegrenzter Höhe zu schaffen (z. Zt. beträgt das Volumen des Eurogeldmarktes über 100 Mrd. Dollar). An diesen Geldschöpfungsprozessen, die die nationale Liquiditätsmenge aufblähen und dadurch das »Schmiermittel« der Preissteigerungen liefern, haben sich die Zentralbanken der kapitalistischen Länder bis zum Frühjahr 1971 ausgiebig beteiligt, indem sie ihre aus dem permanenten Zahlungsbilanz-Defizit der USA resultierenden Währungsreserven statt in den USA – wegen der höheren Verzinsung – über die BIZ auf dem Eurogeldmarkt anlegten. Sie haben dadurch den Prozeß der permanenten Inflation unterstützt und ihre eigenen Stabilisierungsmaßnahmen unterlaufen.
Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, *Geschäftsbericht für das Jahr 1971*, S. 37 f.; Henning Brandes, *Der Euro-Dollarmarkt*, Wiesbaden 1968; Fritz Machlup, »Euro-Dollar-Markt«, in: *Wirtschaftswoche*, Nr. 39 v. 24. 9. 1971.

53 Neben der permanenten Inflation stellen die Expansion des Dienstleistungssektors und die staatliche Nachfrage, insbes. die staatlichen Ausgaben für nicht-reproduktive Güter (Rüstungsproduktion), die beiden anderen zentralen Formen der gegenwärtigen »Lösung« des Realisierungsproblems dar.

54 Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 381.

55 Werner Hofmann, »Das ›Wertgesetz‹ in der Erwerbsgesellschaft unserer Tage und in der sozialistischen Planwirtschaft«, in: Euchner, W. und Schmidt, A. (Hrsg.), *Kritik der politischen Ökonomie heute – 100 Jahre ›Kapital‹*, Frankfurt/M. 1968, S. 285; vgl. auch ders., *Die säkulare Inflation*, Berlin 1962, S. 58-65, insbes. S. 60.

56 entfällt

57 Die folgenden Ausführungen zur Theorie der »langen Wellen« beziehen sich hauptsächlich auf Mandels Darstellung; vgl. Mandel, *Spätkapitalismus*, 4. Kap. Sie lie-

fert die entscheidenden Hinweise für eine Erklärung des Trendbruchs der Inflationsentwicklung im Jahre 1969, den jedoch Mandel nicht mehr analysiert: einerseits, weil er sich diese Frage gar nicht stellt, andererseits – und das ist entscheidend –, weil sein Werk die Erklärungsfunktion der Theorie der »langen Wellen« für die Analyse der permanenten Inflation nicht reflektiert. Die beiden theoretischen Ansätze, Inflationserklärung und Theorie der »langen Wellen«, bleiben bei ihm unvermittelt.

58 Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 101.

59 Marx, *Kapital* Bd. 2, S. 185.

60 Ebd.

61 Ebd., S. 186. Vgl. hierzu auch: Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 476 und 661 f.

62 Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 102 (Hervorhebung: JR).

63 Vgl. ebd., S. 102 ff.

64 Ebd., S. 105.

65 Um falschen Interpretationen vorzubeugen, ist klarzustellen: Sowohl in der Marxschen Konjunktur- und Krisentheorie wie in der Mandelschen Periodisierung der Geschichte des Kapitalismus stellt die Erneuerung des fixen Kapitals nur die »materielle Grundlage«, nicht die Ursache der zyklischen Bewegung dar. *Sie ist daher bei Mandel nur ein Kriterium der Unterscheidung bzw. Kennzeichnung der langen Perioden, und kein Kriterium ihrer Ableitung oder Erklärung.* Das Entstehen der einzelnen »langen Wellen« der Akkumulation wird von Mandel nicht monokausal, sondern aus dem Zusammenwirken »sehr verschiedener Faktoren« historisch-konkret erklärt.

66 Vgl. Marx, *Kapital* Bd. 1, S. 393 ff.

67 Vgl. ebd., S. 401 ff.

68 Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 110.

69 Ebd., S. 113.

70 Vgl. die Tabelle von Ernest Mandel in: ders., *Spätkapitalismus*, S. 125. Wir übernehmen hier teilweise Mandels Formulierungen, ohne ihn immer zu zitieren.

71 Ebd.

72 Vgl. ebd., S. 404.

73 Ebd.

74 Von Juli 1945 bis Dezember 1961 beliefen sich diese Finanzierungshilfen der USA (Kredite und Schenkungen) an die kapitalistischen Weltmarktländer auf insgesamt 82,9 Mrd. Dollar; vgl. *Statistisches Jahrbuch der BRD*, 1971, S. 142.

75 Dieser Effekt wirkt in den einzelnen Ländern unterschiedlich, je nach dem Grad ihrer »außenwirtschaftlichen Verflechtung«, d. h. dem Anteil der Importe am Bruttosozialprodukt (Importquote).

76 Vgl. OECD, *Inflation – The Present Problem*, Report by the Secretary General, Paris, Dezember 1970.

77 Vgl. das Schaubild in: OECD, *Inflation – The Present Problem*, S. 18.

78 Ein typisches Beispiel für diesen Mechanismus ist die Rezession in der BRD 1966/67, die zeitlich mit einer Expansion in den USA zusammenfiel.

79 Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 419 f.

80 Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 420.

81 Ebd.

82 Das gilt nur für die Phase der »Dollarlücke« auf dem Weltmarkt. Nach Elmar Altvater, *Weltwährungskrise*, S. 60, »fällt der Übergang von der ›Dollarlücke‹ der Nachkriegszeit zur ›Dollarinflation‹, d. h. dem Übersteigen der ausländischen Dollarreserven über die US-Goldbestände«, in die Zeit von 1950 bis 1956.

83 Die Weltwährungskrisen der letzten Jahre sind der krisenhafte Ausdruck dieses Dilemmas. Vgl. hierzu: Elmar Altvater, *Weltwährungskrise*, S. 58-66 und die ausführliche Analyse von Neusüß, Blanke, Altvater, »Weltmarkt«, S. 80-99.

84 Eine Hochzinspolitik, die allein das massenhafte und daher krisenhafte Ausströmen von kurzfristigem Kapital aus den USA verhindern kann, ist nur möglich in der Hochkonjunktur, da hier die Kapitale aufgrund der günstigen Profitbedingungen in der Lage sind, die hohen Kreditzinsen zu bezahlen, ohne ihre Reproduktion zu gefährden. Die Nixon-Regierung sah sich deshalb gezwungen, die Hochzinspolitik der Jahre 1961-1969 in der Rezession aufzugeben; 1970 schaltete sie auf Niedrigzinskurs um. Dadurch öffnete sie die »außerwirtschaftliche Flanke« und zerstörte den letzten Pfeiler, der das wankende Weltwährungssystem bis dahin noch gestützt hatte. Konkrete Daten über Zinsen und Kapitalströme nennen Neusüß, Blanke, Altvater, »Weltmarkt« S. 89-91.

85 Vgl. Robert M. Weidenhammer, *Das Bank- und Börsenwesen in den USA*, Frankfurt/M. 1966, S. 15 f.

86 entfällt

87 R. M. Weidenhammer, *Bankwesen in den USA*, S. 15.

88 Vgl. ebd., S. 15 f.

89 Die Technik des »operation twist« stellt nicht die vorrangige Form der Schöpfung von Zentralbankgeld in den USA dar; sie ist nur eine von mehreren Varianten der Geldschöpfung. Aber sie markiert aus zwei Gründen deutlich einen Wendepunkt in der Geldpolitik der USA: sie bezieht erstmals langfristige Obligationen in den Geldschöpfungsprozeß ein und sie muß als Beginn eines Prozesses der Ausweitung der Geldschöpfungstechniken begriffen werden. In diesem Zusammmenhang steht auch die Praxis der »Fed«, keine Refinanzierungskontingente festzusetzen. Über die Wechselrediskontierung ist dem USA-Bankensystem daher eine unbeschränkte Geldschöpfung möglich; vgl. hierzu: W. G. Dewald, »Free Reserves, Total Reserves and Monetary Control«, in: *The Journal of Political Economy*, LXXI, 1963.

90 Sie verstärkt damit die bereits seit Mitte der fünfziger Jahre vorliegende Tendenz der »Dollarinflation« (Altvater) auf dem Weltmarkt und ist Ausdruck des Privilegs der USA, sich bei allen kapitalistischen Ländern mit Riesensummen verschulden zu dürfen und dadurch weitaus mehr Papierdollar als Weltgeld in die internationale Zirkulation zu pumpen, als diese zu ihrem reibungslosen Funktionieren benötigt. Dieses Privileg stellt den monetären Mechanismus dar, der die Finanzierung der imperialistischen Politik der USA seit 1945 ermöglichte; vgl. Altvater, *Weltwährungskrise*, S. 64-66.

91 Elmar Altvater, *Weltwährungskrise*, S. 62. Altvater weist darauf hin, daß Kapitalexporte und Regierungstransaktionen oftmals die Voraussetzung für den Überschuß der Handelsbilanz sind. Die Verringerung der Defizite dieser beiden Teilbilanzen kann daher auch den Überschuß der Handelsbilanz gefährden.

92 Vgl. ebd., S. 61, Tabelle 12.

93 Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, *Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte. Vereinigte Staaten; 1968 und 1972*, Stuttgart und Mainz 1968; 1972, S. 23; S. 27.

94 Vgl. U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States 1972* (93d edition), Washington, D. C., 1972, S. 764. Die Daten von 1967 und 1969 beziehen sich auf die »liquidity basis«, die Daten von 1970 und 1971 auf die »official reserve transactions basis«. Zum Unterschied beider Berechnungsmethoden vgl. Sachverständigenrat, *Währung, Geldwert, Wettbewerb – Entschei-*

dungen für Morgen, Jahresgutachten 1971/72, Stuttgart–Mainz 1971, S. 12, Fn. 1.

95 Vgl. hierzu: Heidi Schelbert, »Einige Gedanken zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 105. Jg., Nr. 4, Dezember 1969, S. 497-514; R. Herring, Th. D. Willet, »The Capital Control Program and U. S. Investment Activity Abroad«, in: *The Southern Economic Journal*, Vol. 39, no. 1, July 1972, S. 58-71.

96 Heidi Schelbert, »Zahlungsbilanzdefizit«, stellt fest, daß durch Sekundärwirkungen der Effekt dieser Beschränkungen größtenteils wieder zunichte gemacht wurde.

97 Die Zusammenhänge des Euro-Dollar-Marktes – vor allem seine inflatorischen Impulse – bedürfen einer ausführlichen Analyse. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß dieser Geldmarkt in den drei Phasen seiner Geschichte unterschiedliche Funktionen zu erfüllen hatte; vgl. Ernest Mandel, *Spätkapitalismus*, S. 426, Fn. 57. Mandel verweist hier auf die Untersuchung von Jean Denizet.

98 Neusüß, Blanke, Altvater, »Weltmarkt«, S. 90, Fn. 119.

99 Vgl. Elmar Altvater, *Weltwährungskrise*, S. 64-66.

100 Theoretisch genauer formuliert: Die Finanzierung des Vietnam-Kriegs stellt die entscheidende »neue« Ursache dar, die im Zusammenwirken mit den Bedingungen der Phase 1945-1967 den Trendbruch erklärt.

101 Nach offiziellen Angaben haben die USA von 1966 bis 1970 104,4 Mrd. Dollar und bis 1972 141 Mrd. Dollar für den Vietnam-Krieg ausgegeben. Zusammen mit den in anderen Etats ausgewiesenen indirekten Kosten und Kriegsfolgelasten belaufen sich die Ausgaben allein bis Mitte 1971 auf mindestens 155 Mrd. Dollar; vgl. Neusüß, Blanke, Altvater, »Weltmarkt«, S. 86. Die Cover-Story der *Wirtschaftswoche* Nr. 6/1973 vom 2. 2. 1973 mit dem zynischen Titel »Jeder tote Nordvietnamese kostete die USA 450 000 Mark« weist im einzelnen nach, welche Firmen in erster Linie von der militärischen Aggression der USA in Vietnam profitierten.
Die anderen kapitalistischen Länder haben diesen Krieg mitfinanziert, indem sie die Defizite in den Zahlungsbilanzen der USA und die riesige »Dollarschwemme« akzeptierten und durch ihr Verhalten erst ermöglichten.

102 Deutsche Bundesbank, *Geschäftsbericht für das Jahr 1971*, S. 39.

103 Ebd.

104 Die offiziellen Arbeitslosenziffern der USA sind kein echter Indikator für das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den USA. Sie werden mit Hilfe eines »Taschenspieler-Tricks« erheblich verringert. Denn die USA-Statistik rechnet »jeden Arbeitslosen, der nicht aktiv nach einem Arbeitsplatz Umschau hält – zumeist, weil er dies als sinnlos erkannt hat – weder zu den Arbeitslosen noch zu den Beschäftigten« (Neusüß, Blanke, Altvater, »Weltmarkt«, S. 100 Fn. 138; die Autoren verweisen dort auf einen Aufsatz in der *Monthly Review*).

105 Die Explosion der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt seit Ende 1972 ist der aktuellste Indikator für eine weitere Beschleunigung der Inflation. Die Rohstoffpreise, die zwischen 1953 und 1972 nahezu stabil geblieben waren, stiegen – bezogen auf den Londoner Reuter-Index, der aus 17 Weltrohstoffen gebildet wird – allein im letzten Vierteljahr 1972 um 34%, im ersten Vierteljahr 1973 um rund 50% und im Mai 1973 um 68%; vgl. *Tagesspiegel* vom 14. 7. 1973. Der Reuterindex der Weltrohstoffpreise stieg von 538,9 Anfang 1972 auf 1082,3 am 18. 7. 1973; vgl. die Titelgeschichte in der *Wirtschaftswoche* 31/1973 vom 27. 7. 1973, S. 24 ff.

WW

Jean Piaget
Abriß
der genetischen
Epistemologie

Aus dem Französischen übersetzt und mit einer Einführung versehen von Fritz Kubli. Mit einer Bibliographie von Jakob Tschopp.
168 Seiten.
Paperback DM 24,–

Der Leser werde, schreibt Piaget, eine Erkenntnistheorie vorfinden, «die naturalistisch sein will, ohne in den Positivismus zu verfallen, die die Aktivität des erkennenden Subjektes betont, ohne idealistisch zu werden, und die sich auf das Objekt abstützt, obwohl sie es als nur in der Grenze erreichbar betrachtet».
Der Band enthält außerdem eine vollständige Bibliographie der in Buchform publizierten Werke Piagets und alle erkenntnistheoretischen Zeitschriftenaufsätze, dazu eine Einführung von Fritz Kubli.

bei Walter

FÜR ALLE DIE GEGEN DEN MILITARISMUS KÄMPFEN

antimilitarismus information

Die *ami* bringt jeden Monat:

- Gegeninformationen + aktuelle Meldungen
- Rechtshinweise + wichtige Urteile
- Theoriediskussion Hintergründe und Tendenzen des Militarismus

Jedes vierte Heft ist ein Theorieheft mit Doppelumfang. Bisher erschienen u.a.:

'Wehrkunde' - Wirtschaft und Rüstung - Europäische Sicherheit - KDV-Arbeit -

Kostenlose Probeexemplare anfordern bei:

Chr. Wellmann,
6 Frankfurt 1,
Wielandstr. 32 IX

Jahresabonnementspreis: 15,-- DM

Aike Blechschmidt, Gerhard Hoffmann, Reinhard von der Marwitz
Das inflatorische Zusammenwirken von Kapitalkonzentration, Weltmarkt und Staatsintervention

Die Tatsache, daß die Akkumulation des Kapitals in den 50er, 60er und 70er Jahren mit zunehmenden Inflationsraten verbunden ist, folgt, wie wir meinen, aus dem Zusammenwirken von

- Konzentration und daraus folgender Tendenz zur Monopolisierung mit
- verstärkter Expansion auf dem Weltmarkt und daraus folgenden starken Auf- und Abschwungstendenzen bei
- Steigerung der Staatsausgaben, die durch Notenbankkredit finanziert werden und daraus folgender Tendenz zur Milderung der Abschwünge.

1. Konzentration, inflatorischer Auftrieb und depressive Tendenz

Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs wächst die Nachfrage über die warenmäßige Zufuhr (das Angebot) hinaus. In dieser monopolistischen Phase verhalten sich die Kapitalisten, »als hätten sie ein gemeinschaftliches Monopol geltend zu machen.«[1] Es ist wichtig, festzuhalten, daß diese Phase der Steigerung des Konzentrationsgrades vorangeht. Die mit ihr verbundenen Preissteigerungen sind Ausdruck der Konjunktur, nicht der Konzentration. Allerdings lassen sich Konzentrationsvorgänge und fortbestehende monopolistisch-inflationäre Momente nur analytisch voneinander trennen; in der Realität verschmelzen sie, wie jetzt zu zeigen ist, zu ein und demselben Preisauftrieb. Den Profitfrühling des Aufschwungs zu verewigen, muß im Interesse jedes Kapitalisten liegen. Welchen Schwierigkeiten er dabei im weiteren konjunkturellen Verlauf, nämlich im Abschwung und in der Krise, konfrontiert ist, das geht aus der Natur des Profitfrühlings hervor: reifen doch in jedem Aufschwung neue, kostengünstigere Produktionsbedingungen, die wegen des Nachfragehochdrucks nicht in Preissenkungen weitergegeben zu werden brauchen, sondern vielmehr als Extraprofite vereinnahmt werden können. Beginnt nun im Abschwung die Nachfrage abzubröckeln und geraten die Kapitale durch die meist in den Abschwung hineinreichende Lohnrunde weiter unter Druck, so sind (relative) Gewinneinbußen unvermeidlich: die fortgeschrittensten Kapitale streichen keinen Extra-, aber immer noch einen etwa

durchschnittlichen Profit ein; alle anderen kommen darunter zu liegen mit all den damit verbundenen finanziellen Kalamitäten.[2] Die Zahl der Konkurse steigt, ebenso die Zahl derer, die den Anschluß an andere Kapitale suchen, um sich so über die Krise in den nächsten Frühling hineinzuretten: am Ende des Zyklus jedenfalls ist die Zahl der selbständigen Kapitale kleiner geworden, die Konzentration hat zugenommen.[3] Im Durchschnitt gesehen ist auch die Kapitalmasse pro selbständigem Kapital angeschwollen, womit die Wahrscheinlichkeit eines ausgleichenden Zustroms neuer »selbständiger« Existenzen im neuen Aufschwung geringer wird. Von Zyklus zu Zyklus nimmt somit die Konzentration zu, und damit die Wahrscheinlichkeit, daß die Preise hochgetrieben werden können.[4] Von Konjunktur zu Konjunktur beginnt die monopolistische Phase (im Aufschwung) früher und dauert (im Abschwung) länger an. Der daraus abzuleitende Zug zur »relativen« und schließlich zur »absoluten« Inflation, wie er von Hofmann entwickelt wurde, gilt aber nur unter sonst gleichbleibenden Umständen.[5]

Es läßt sich nämlich zeigen, daß die der Konzentration entspringende Monopolisierung die depressiven Momente im Abschwung nicht beseitigt, sondern sie im Gegenteil noch verschärft. Dann aber müssen wir überlegen, ob sich inflatorische Züge mit depressiven vertragen.

Wenn sich die »monopolistische« Preisbewegung der Aufschwungsphase in den Abschwung hineinverlängert, entstehen mehr oder minder große Überkapazitäten. Ein Teil der stofflichen Produktion verliert (unter den bestehenden Verhältnissen) seinen Gebrauchswert, ein Teil der in ihr verausgabten Arbeitszeit erweist sich als überflüssig. Nichts ist vom Einzelkapital her gesehen unsinniger, als in einer solchen Situation die Kapazitäten auszudehnen. Deshalb kommt es zu einem scharfen Rückgang der Investitionsgüterbestellungen, so daß noch mehr Kapazitäten (im Produktionsmittelsektor und, davon ausgehend, im Konsumtionsmittelbereich) leer stehen. Wegen der schlechteren Profitlage sind auch Rationalisierungen nur eingeschränkt möglich. Sie können somit keinen Ausgleich schaffen. Was ergibt sich, wenn nur ein Teil des Kapitals stark genug konzentriert ist, um in einer solchen Situation die Preise zu erhöhen? Wenn also z. B. die Chemiebranche ihre Preise hochsetzt, wozu andere (weniger monopolisierte) Branchen nicht im selben Ausmaß in der Lage sind?

Die anderen Branchen müssen dann die Profitstabilisierung der Chemie durch eine Profitabgabe unterstützen. Der so eintretende Werttransfer führt geradewegs zu einer Entstabilisierung der anderen Branchen im Ausmaß der Stabilisierung der Chemiebranche. Auf das Gesamtkapital bezogen, ergibt sich somit keine Verringerung jener depressiven Momente, die am Ende jeder Hochkonjunktur vorhanden sind, und die im Abschwung manifest werden.

Gute Gründe sprechen dafür, daß die depressiven Momente sogar verstärkt werden:

- Wie wir wissen, nimmt die Konzentration gerade in dieser Konjunkturphase zu, und damit jener Teil des Profits, der zum Aufkauf von Unternehmen verwandt wird. Diese Käufe von bestehenden Produktionsmitteln führen zwangsläufig zu einer Einschränkung des Kaufs an neuen Produktionsmitteln. Diese Finanztransaktionen verschlechtern also die Situation der Investitionsgüterindustrie.
- Zugleich findet eine Vergrößerung des Spekulationskapitals statt, weil die Produktion weniger profitabel geworden ist. Die depressive Situation der Produktionsmittelindustrie verschlimmert sich dadurch weiter.
- Schließlich findet im Abschwung eine verstärkte Schuldentilgung statt; es nimmt also jener Teil des Gewinns zu, der zur Zurückzahlung der im Aufschwung und in der Hochkonjunktur angeschwollenen Kredite (zur Finanzierung von Produktionsausdehnungen) verwandt wird. Je besser die Profitlage des monopolistischen Sektors, umso größer wird unter diesen Bedingungen der zu Finanz- und Spekulationstransaktionen verwandte Teil des Mehrwerts. Der weniger monopolisierte und damit profitärmere Teil ist dagegen außerstande, Konkurrenten zu schlucken oder auch nur seine Schulden zurückzubezahlen. Das heißt, daß die Situation für diese Kapitalisten prekärer wird, mit der Folge, daß sie noch weniger investieren. Damit verstärkt sich wiederum die Depression des Produktionsmittelsektors.

Vervollständigen wir diese Betrachtung der depressiven Seite innerhalb eines Zyklus noch dadurch, daß wir die Auswirkungen nach mehreren Zyklen zu fassen suchen. Fortschreitende Konzentration bedeutet, daß der monopolistische Teil des Kapitals gegenüber dem nicht-monopolistischen Teil von Zyklus zu Zyklus zunimmt. Der Werttransfer, der zur Profitstabilisierung des monopolistischen Sektors stattfindet, muß damit relativ, bezogen auf den gesamten Mehrwert wachsen. Zugleich nimmt jedoch der Anteil des Mehrwerts, der im nicht-monopolistischen Teil erzeugt wird, relativ ab. Während also auf der einen Seite immer mehr transferiert werden soll, ist auf der anderen immer weniger da, was transferierbar wäre. Somit müssen sich die oben dargelegten Schwierigkeiten auf größerer Stufe wiederholen.[6]

Was folgt aus dem Gesagten für das Problem der Inflation?

Seit dem letzten großen Preisverfall in den 30er Jahren können wir eine von Zyklus zu Zyklus[7] zunehmende Steigerung der Inflationsrate beobachten, jedoch *keine* von Zyklus zu Zyklus beobachtbare Verstärkung der depressiven Phasen. Wenn wir aber den inflationären Trend mit der zu-

nehmenden Konzentration (Monopolisierung) begründen, so müssen wir erklären, warum es nicht gleichzeitig zu einer Verstärkung der Krisen kommt. Als Vergleichsmaßstab können dabei jene Krisen des 19. Jahrhunderts bzw. der Zeit bis 1929 dienen, zu denen es bei einem geringen Konzentrationsgrad gekommen ist. Ohne einen solchen Rückgriff wäre das Phänomen der langandauernden Inflation bei relativer Prosperität nicht zu erklären. Für die spezifische Inflation seit dem Zweiten Weltkrieg muß gezeigt werden, daß sich in dieser Periode starke expansive Momente entfaltet haben, die die aus der Monopolisierung folgenden depressiven Momente aufgewogen haben. Diese sind in der Expansion des Weltmarktes und in den kreditfinanzierten Staatsausgaben zu suchen.

2. *Expansion des Weltmarkts mit de- und inflatorischer Wirkung*

»Das Kapital treibt dieser seiner Tendenz nach ebensosehr hinaus über nationale Schranken und Vorurteile wie über ... überlieferte, in bestimmten Grenzen selbstgenügsam eingepfählte Befriedigung vorhandener Bedürfnisse und Reproduktion alter Lebensweise. Es ist destruktiv gegen alles dies und beständig revolutionierend, alle Schranken niederreißend, die die Entwicklung der Produktivkräfte, die Erweiterung der Bedürfnisse, die Mannigfaltigkeit der Produktion und die Exploitation und den Austausch der Natur- und Geisteskräfte hemmen.«[8]

An dieser Stelle geht es nicht darum, diese Tendenz zur allseitigen Durchdringung der Welt auf allen Ebenen abzuleiten. Das hat Marx eindringlich dargestellt. Es geht nur darum zu zeigen, daß diese Expansion nach 1950 ein stärkeres Tempo annahm als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Der Grund: die Institution ›Staat‹ setzte der gegenseitigen Durchdringung von Märkten weniger Hindernisse entgegen als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Machen wir uns das in einem kurzen Rückblick klar:

Das Kapital bedarf einer Einrichtung wie der des ›Staates‹, um bruchlos wachsen zu können.[9] Als Beispiel sei daran erinnert, welche entscheidende Bedeutung die Bildung eines (National-)Staates für die Akkumulation des deutschen Kapitals hatte: sie schuf einen möglichst großen Markt und sicherte ihn gegen fremde Kapitale ab. Die geschützte Akkumulation führte zu einem gewaltigen Wachstum der Produktionskapazitäten. Die Blindheit, in der sich solche Expansionen vollziehen, gilt auch für die Grenzen der nationalen Märkte: im Aufschwung werden Kapazitäten geschaffen, die sich im nachfolgenden Abschwung als zu groß erweisen, das Kapital stößt an eben jene durch den Staat gesetzten Grenzen, die das Aufblühen zuvor überhaupt erst ermöglicht hatten. Wegen des Doppelcharakters der Löh-

ne als Nachfrage und Kostenfaktor erweist sich die Vergrößerung des inneren Marktes nämlich als außerordentlich labile Angelegenheit. So war es für das englische Textilkapital viel verlockender, die weitere Akkumulation über eine Vernichtung der ausländischen Kapazitäten (z. B. Indien) anzustreben, als dies über eine Ausdehnung des innerenglischen Marktes zu versuchen. Der Aufbau von Kolonialreichen war die logische Konsequenz der symbiotischen Beziehung Staat-Kapital, die sich zuvor herausgebildet hatte: eine additive Vergrößerung der Märkte, die durch Hoheitslinien gegeneinander abgegrenzt wurden. Solange dies in der Hauptsache von einem – nämlich dem englischen – Kapital betrieben wurde, war die Entstehung eines weltweiten Marktes relativ unproblematisch: er war ein Zug um Zug erweiterter englischer Markt. Anders aber, wenn – wie in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – mehrere nationale Kapitale versuchen, ihre Märkte weltweit auszudehnen. Dieser Weg führte über den Ersten Weltkrieg in eine Sackgasse: Nicht nur gelang es keinem nationalen Kapital, per Hegemonie einen Weltmarkt zu schaffen und so die anachronistisch gewordenen nationalen Grenzen zu beseitigen (dazu waren zu viele gleich starke nationale Kapitale beteiligt), vielmehr schrumpften auch die vorhandenen handels- und kapitalmäßigen Verflechtungen zwischen den verschiedenen Staaten. Der Handel nach dem Ersten Weltkrieg erreichte nicht mehr das Ausmaß von zuvor, ja, nach 1929 fiel er immer weiter zurück.

Die ganze Malaise läuft auf einen Punkt hinaus: Die Entfaltung des Kapitals setzt die Entfaltung der Produktivkräfte, also der Arbeitsteilung als Kernprozeß voraus; ein Prozeß, der in der Regel mit dem Untergang einzelner Zweige des Handwerks und im späteren Stadium des Kapitals verbunden ist. Auf nationaler Ebene sorgt der Staat dafür, daß die damit verbundenen Turbulenzen unter Kontrolle gehalten werden (z. B. beim Weberaufstand in Schlesien). Aber auf internationaler Ebene fehlt eine entsprechende Institution, die die Abschaffung der quasi ›internationalen Zunftordnung‹ gewährleistet. Zwar würde Kapital M (Maschinenbau) aufblühen, wenn es in Land x seine Produkte absetzen könnte, ebenso, wie Kapital T (die Textilindustrie von Land x) prosperieren würde, wenn es die Mode und damit den Konsum in Land y (in dem auch M zuhause ist) bestimmen könnte. Die beiderseitige Prosperität wäre sogar größer als die Schmälerung, die sich aus dem Zusammenbruch des Maschinenbaus in Land x und der Textilindustrie in Land y ergäbe. Der Ruf der Kapitale nach dem schützenden Eingriff des Staates durch Schutzzölle wird aber eine solche Entwicklung verhindern. Auf diese Weise führt die staatliche Stützung der Akkumulation auf die Dauer zu einer Bremsung der Produktivkräfte.

Eine derartige Situation war seit dem Ersten Weltkrieg gegeben. Je länger

dieser Zustand anhält, umso größer wird die Zahl verpaßter Gelegenheiten zur Kostendegression aus Mangel an Absatz. Die angestaute Akkumulationswelle bricht dann gewaltsam los, wenn die Kleinstaaterei auf höherer Stufe überwunden wird. Je höher diese Welle ist, desto schneller werden wiederum die Widerstände beseitigt, die jene benachteiligten Branchen errichtet hatten. Je länger ein Zustand gebremster Weltmarktentwicklung anhält, umso niedriger wird somit die Schwelle sinken, die ihr in der Gestalt des Nationalstaates im Wege steht. Eine solche Situation war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben.

Durch den Krieg waren zunächst jene Schranken, die die Krise von und nach 1929 der Kapitalanhäufung gesetzt hatte, beseitigt worden. Die Expansion durch die Kanonenrohre hatte die Kapazitäten wieder ausgelastet und die technische Entwicklung vorangetrieben. Sie wurde jedoch mit der Steigerung des staatlichen Anteils an der Produktion erkauft. Eine Folge davon war z. B. der technologisch miserable Zustand des Maschinenparks der deutschen Industrie am Ende des Zweiten Weltkriegs. In anderen Ländern (mit Ausnahme der USA) stand es nicht viel besser. Kurz: der Aufschwung der Produktion per Rüstung hat für das Kapital auf längere Sicht bei weitem nicht die Qualitäten eines Aufschwungs, der allein auf der privaten Akkumulation beruht. Dem Kapital mußte also daran gelegen sein, daß die Nachfrageimpulse, die von der Rüstung ausgingen, durch solche ersetzt wurden, die aus der Entfaltung des Weltmarktes entspringen: erst dann können Produktion *und* Akkumulation in großem Maßstab gesteigert werden. Durch die gewachsene Vormachtstellung der USA waren nach 1945 die durch eine Vielzahl von Nationalstaaten gesetzten Weltmarktschranken leichter überwindbar geworden als je zuvor. Der gewaltige Nachholbedarf ziviler Art gewährleistete einen Boom nach Kriegsende, und die damit verbundene allseitige Produktionssteigerung mußte den nationalen Kapitalen die Aufnahme weltweiter Konkurrenz erleichtern. Kurz: *politisch (Nationalstaat), technisch (neue Produktionsverfahren) und konjunkturell (Nachkriegsboom) waren die Verhältnisse für eine Weltmarktexpansion nach dem Zweiten Weltkrieg so günstig wie noch nie.*

Ein Vergleich der Industrieproduktion mit den Exporten zeigt den expansiven Einfluß des Weltmarktes deutlich an[10]:

	1953–1963	1963–1972
Wachstum der Industrieproduktion	62%	65%
Wachstum der Ausfuhr	82%	111%

Noch stärker wuchsen die Auslandsinvestitionen, verglichen mit den inländischen. Zuerst gilt dies vor allem für die USA, seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre aber auch für die anderen kapitalistischen Staaten.[11]

Die Aussicht auf Kosteneinsparung bei größeren Kapazitäten, die Erwartung von Profiterhöhungen durch Errichtung von Produktionsstätten im Ausland, beides führte zu enormer Investitionstätigkeit, somit zu anhaltender Voll- oder doch Beinahe-Vollauslastung des Produktionsmittelsektors. Diese brachte ihrerseits Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen mit sich, so daß im Zuge der Weltmarktbildung ein sich selbst tragender Boom entstanden ist. Er wurde weiter verstärkt durch die zunehmende Konkurrenz; die exportierenden Kapitale zwangen die Kapitale in den Exportländern zur Übernahme der neuesten Produktionstechnik; die Konkurrenten in den Heimatländern der Exportkapitale sahen sich gezwungen, ebenfalls Exportstützen zu suchen, um sich ihrerseits der damit verbundenen Möglichkeiten der Kostensenkung bzw. des Profitausgleichs zu versichern. Die Verschärfung der Konkurrenz beschleunigte also ihrerseits die Akkumulation und führte zur anhaltenden Vollauslastung des (krisenanfälligen) Produktionsmittelsektors. Wir sehen, wie mit der Weltmarktausdehnung starke, anhaltende Impulse auf die Akkumulation ausgegangen sind. Mit der Öffnung der nationalen Märkte kam es nach 1945 zunächst zu einem Bruch hinsichtlich der monopolistischen Tendenzen, die sich aus der nationalen Konzentration ergeben hatten.

Bei geschlossenen Märkten hatte die Konzentration ein Ausmaß erreicht, das an die Grenzen der nationalen Märkte stieß. Nun aber bildete sich ein einziger weltweiter Markt heraus, und zwar in einem Tempo, hinter dem die ebenfalls fortschreitende Konzentration zurückblieb. Das hatte zur Folge, daß der Konzentrationsgrad, bezogen auf das Weltmarktgebiet, zeitweilig sank. Wurde oben eine monopolistische und damit inflationäre Konsequenz aus der Konzentrationserhöhung gezogen, so ist nun der Umkehrschluß zu machen: die Öffnung der Grenzen führte zu einer deflationären Tendenz, die Preiskonkurrenz stieg an. Für den konjunkturellen Verlauf bedeutete das: die Phasen mit »monopolistischer« Preisbildung begannen später und endeten früher, als das bei geschlossenen Grenzen der Fall war. Auch schwächten sich jene depressiven Züge ab, die aus der Preispolitik des monopolistischen auf Kosten des nichtmonopolistischen Sektors zu folgen pflegen. Die schärfere Konkurrenz im Weltmaßstab dämmte somit in der Nachkriegszeit nicht nur die inflationären, sondern auch die depressiven Tendenzen ein. Je mehr dafür die expansiven Momente zur Geltung kamen, umso stärker entwickelten sich Ansätze zu einer globalen Konjunktur. Weil es aber – wie bei den nationalen Zyklen – im Aufschwung zu einer Steigerung der Nachfrage über das Angebot (die Produktion) kommt, entsteht nun auch im Maßstab der Weltkonjunktur eine Aufschwungsphase mit entsprechenden Preissteigerungen. Eine inflationäre Entwicklung setzt ein, die wie bei den nationalen Zyklen konjunktureller Art ist, also eine Zunahme des Konzentrationsgrades nicht

voraussetzt, sondern bewirkt. Es kommt somit zu einem inflationären Gleichlauf der nationalen Konjunkturen.
Bislang ist es zweimal, nämlich um 1959/60 und 1972/73, zu einem solchen Gleichlauf gekommen. Die globale Aufschwungsphase inflationärer Art überlagert die nationalen Zyklen und steigert deren inflationären Charakter.
Nun schreitet gleichzeitig die Konzentration allgemein auf Weltebene voran. Stagniert die Grenzdurchbrechung oder sind die Grenzen in der Hauptsache beseitigt, so holt die Konzentration Zug um Zug den vor der Grenzdurchbrechung herrschenden Konzentrationsgrad wieder ein und wächst über diesen hinaus. Damit setzt eine Verlängerung der monopolistischen Phasen ein, und die inflationäre Tendenz der Zyklen nimmt zu.
Fassen wir alle drei Momente zusammen, so ergibt sich folgende Periodisierung: Anfänglich überwiegen noch die deflationären Tendenzen, aber je länger die Weltmarktexpansion andauert, umso mehr nimmt der Inflationsdruck zu; einer Periode mit geringer Inflation muß eine solche mit stärkerer folgen.
Diese Periodisierung finden wir in etwa in den 20 Jahren 1953-1973 (also nach der Korea-Inflation bis zur Gegenwart) wieder: nach einer wenig inflationären Konjunktur 1953-1957 kommt es zu einem Gleichlauf der Konjunkturen 1958-1961, und damit zu einem ersten inflatorischen Höhepunkt. Nach 1961 beobachten wir inflatorische Schübe in einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeiten. Offensichtlich hat die Ungleichzeitigkeit der weiteren Inflationssteigerung eine Grenze gesetzt: wenn immer in einem Land die Inflationsrate in die Höhe ging, geriet es durch den Weltmarkt unter Druck, weil andere Kapitale mit geringeren Inflationsraten (sie befanden sich im Abschwung oder am Anfang von Aufschwüngen) konkurrierend zur Stelle waren. Vor allem von den USA ging bis zum Vietnamkrieg eine Tendenz zur Preisdämpfung aus. Der EWG-weite Aufschwung einerseits (ein teilweiser Gleichlauf der nationalen Konjunkturen) und der Vietnamkrieg andererseits (= Ende des deflatorischen US-Einflusses) führten dazu, daß Ende der 60er Jahre die Inflationsraten allgemein ansteigen konnten. Als dann 1972 ein neuer US-Wirtschaftsaufschwung begann, der aufgrund der vorangegangenen Stagnation recht kräftig ausfiel, und dieser Boom dann alle anderen kapitalistischen Länder in einen konjunkturellen Gleichlauf zwang, stiegen die Preise 1972/73 in einem Ausmaß wie nie zuvor.
Aber unsere Interpretation der inflatorischen Entwicklung – so wie sie statistisch festzuhalten ist[12] – aus dem Zusammenwirken von Kapitalkonzentration und Weltmarktexpansion hat einen schwachen Punkt: Wir haben nämlich bisher mit dem Weltmarktaufschwung und dessen Boom – also mit der inflationären Seite argumentiert, ohne uns um die entspre-

chende Abschwung- und Krisenphase und damit um die deflationär-depressive Seite zu kümmern. Wenn es, wie wir meinen, seit 1953 zwei Höhepunkte einer Art Weltkonjunktur (1958-61 und 1972/73) gegeben hat, so müßte dazwischen mindestens *ein* Abschwung nachzuweisen sein (ein zweiter müßte uns unmittelbar bevorstehen bzw. begonnen haben). Da auch die der Konzentration entspringenden Preissteigerungen im Abschwung über kurz oder lang zu einer Verstärkung der depressiven Momente führen – wie oben entwickelt –, müßten wir gerade nach den beschriebenen inflationären Phasen heftige Abschwünge mit deutlichen Krisen beobachten. Das war aber in der Zeit von 1960-1973 nicht der Fall, und auch für die Gegenwart können wir zwar von einer gewissen Stagnation, aber nicht von einem starken Abschwung sprechen. Unsere bisherige Theorie steht somit in Widerspruch zur beobachtbaren Realität. Der Widerspruch löst sich, wie wir meinen, wenn wir die Wirkung der kreditär finanzierten Staatsausgaben berücksichtigen.

3. Kreditär finanzierte Staatsausgaben als inflatorische Stütze

Seit der Weltwirtschaftskrise können wir feststellen, daß der Staat mehr Ausgaben mit Notenbankkrediten finanziert als früher.
Es gilt nun zu zeigen, daß diese quasi nur durch die Notenpresse ›gedeckte‹[13] Ausgabenpolitik des »deficit spending« inflatorische Konsequenzen hat. Paradoxerweise müssen wir damit beginnen, nachzuweisen, daß ein solches Deficit-Spending allein nicht inflationär wirken muß.
Das vielfach behauptete Gegenteil wird wie folgt begründet: die durch Notenbank-Geld erhöhte Nachfrage sei ja nicht verbunden mit einer entsprechend gesteigerten gesellschaftlichen Produktion. Einer gleichbleibenden Wert- bzw. Gütermasse stehe somit ein angeschwollenes Geld-Äquivalent gegenüber. Zwangsläufig müsse der Ausgleich über Preissteigerungen stattfinden.
Hierbei wird übersehen, daß es im Zuge der Staatsnachfrage[14] durchaus zu einer Ausdehnung der Produktion kommen kann. Bedingung ist allerdings, daß Produktionskapazitäten leerstehen, eine Bedingung, die erfüllt war, als, historisch gesehen, das Deficit-Spending in größerem Umfang einsetzte: in der Zeit nach 1929, also während einer Zeit riesiger ungenutzter Kapazitäten.
Es gibt auf dieser abstrakten Ebene keinen ersichtlichen Grund, warum der einzelne, mit Staatsaufträgen versorgte (Bau- oder Panzer-)Kapitalist keine größere Auslastung seiner leerstehenden Produktionskapazitäten veranlassen soll. Nehmen doch in aller Regel bei einer Wiederauslastung der Kapazitäten die Stückzahlen mehr zu als die Kosten der Produktion.

Bei gleichem Stückpreis steigt der Stückgewinn, mit zunehmender Stückzahl der Gesamtgewinn. Zuzügliche Preissteigerungen in und (kurz) nach der Krise anzunehmen, setzt einen höchst-monopolisierten Markt voraus, eine Annahme, die auch heute nur als Ausnahme, nicht als Regel zutrifft.
Nun wandert die zuzügliche Produktion aus dem privaten Sektor ab in den staatlichen Bereich: statt eines größeren Maschinenparks stehen Panzer in den Kasernenhöfen, statt mehr Maschinenhallen werden mehr Straßen gebaut.[15] Muß sich nun nicht ein inflatorischer Effekt in der nächsten Runde ergeben? Nämlich dann, wenn z. B. der Panzerkapitalist den Gegen»wert« der Panzer, d. h. die dafür empfangene Geldsumme verausgabt? Hier läßt sich natürlich die gleiche Argumentation entwickeln: wenn der Panzerkapitalist mehr Stahl kauft, so erfolgt kein inflationärer Schritt, solange die Kapazitäten der Stahlindustrie leerstehen. Das gleiche gilt für den zuzüglichen Kauf von Drehbänken (durch den Panzerkapitalisten), oder für den zuzüglichen Kauf von Lebensmitteln (durch die wachsende Zahl der Arbeiter). Immer steht der vergrößerten Nachfrage ein zuzügliches Angebot gegenüber. Ja, man kann zeigen, daß auf diese Weise sogar ein Vielfaches der ursprünglichen staatlichen Nachfrageausdehnung entsteht, sodaß der durch den Staat in die Zirkulation gelangten Geldmenge (dem Notenbankkredit) sogar ein Vielfaches an Produktion gegenüberstünde. Mit einem Wort: es kann auf diese Weise nicht nachgewiesen werden, daß die defizitär finanzierte Staatsnachfrage inflationäre Konsequenzen hat.
Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn die Folgen der staatlichen Aktivität im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entfaltung der Akkumulation gesehen werden.
Als Erstes betrachten wir jenen Fall, in dem die Belebung der Produktion durch den Staat während der Krise übergeht in einen Aufschwung, der mehr und mehr von der (privaten) Akkumulation getragen ist. Im Zuge günstiger Profitbedingungen kommt es dann zu einer Ausdehnung des Kapitalstocks und damit zu einer vollen Auslastung der Kapazitäten des Produktionsmittelsektors (der Investitionsgüterindustrie). Hält nun die defizitär finanzierte Staatsnachfrage an, so heißt das, daß der Staat weiterhin einen größeren Teil der Produktion für sich beansprucht.[16] Verglichen mit früheren Konjunkturaufschwüngen muß ein größerer Teil des Mehrprodukts für den Staat abgezweigt werden. Mit anderen Worten: gegenüber vergangenen Phasen flotter Akkumulation wurde der akkumulationsfähige Teil des Mehrwerts eingeschränkt. Wenn beispielsweise durch ein staatliches Bauprogramm verhindert wurde, daß die Krise sich weiter verschärft hat, wenn sie stattdessen gemildert wurde, etwa um politische Spannungen zu entschärfen; und wenn diese Ausdehnung des Bauprogramms beibehalten wird, auch nachdem der Aufschwung be-

reits eingesetzt hat, dann sitzt der Staat auf Baukapazitäten, die in dieser Phase der Konjunktur von der privaten Akkumulation beansprucht werden; in diesem Fall werden die Akkumulationsschwierigkeiten dadurch ausgeglichen, daß der Baupreis steigt.[17]

Als Zweites müssen wir den Fall betrachten, bei dem die Staatsausgaben defizitärer Art nicht erst stattfinden, nachdem die Krise bereits eingetreten ist (wie nach 1929 oder – speziell für die BRD – nach 1967), sondern davor, um einen Abschwung zur Krise zu verhindern. So daß die defizitäre Politik schon mitten im Aufschwung der Konjunktur einsetzt, dann also, wenn der beginnende Nachfragerückgang der monopolistisch-inflationären Periode eigentlich ein Ende machen müßte und die depressiv-inflationäre Phase begänne.

In diesem Fall wandert jener Teil der gesellschaftlichen Produktion, der sich auf Grund der rückläufigen gesellschaftlichen Nachfrage als wertlos erweisen würde, infolge der staatlichen Defizitpolitik zum Staat ab. Die ›Entwertung‹ findet also *monetär* über weiteres Steigen der Preise, *real* durch Erhöhung des staatlichen Anteils an der Produktion statt. Sie geht insofern nicht mehr mit jenem Ausmaß an Krise (Bankrotte, Arbeitslosigkeit) einher, wie dies früher der Fall war. Das heißt weiter: weil die Produktionskapazitäten weniger stark schrumpfen, kommt der nachfolgende Aufschwung schleppender in Gang als bei traditioneller Krisenbereinigung: an die Stelle von depressiv-deflationären Phasen treten stagnativ-inflatorische (»Stagflation«)[18]. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, daß die Verkaufschancen der Lohnarbeit länger erhalten bleiben, als wenn der Abschwung ungebremst in Fahrt käme.[19]

Bringen wir in diese Überlegungen nun noch ein, was wir über Konzentration und Weltmarktexpansion gesagt haben, so ergibt sich folgendes Bild:

Ist die Konzentration soweit vorangeschritten, daß ein Teil des Kapitals die von der Konjunktur her entstandene monopolistische Phase inflatorisch zu verlängern sucht, so setzt die stützende Staatsnachfrage nur noch größere Preisauftriebspotenzen frei. Da aber der so in Gang gesetzte Werttransfer (aus dem weniger konzentrierten Bereich) die depressiven Tendenzen verstärkt, muß der Staat entsprechend stärker intervenieren, soll die Konjunktur »stabilisiert« werden: also wird der inflatorische Prozeß von der Nachfrageseite her zusätzlich gestützt.[20]

Je mehr sich eine Weltmarktkonjunktur herausbildet, umso kräftiger sind die Aufschwünge der Konjunkturen; umso heftiger aber müssen auch die nationalen Abschwünge ausfallen, sofern sie mit Abschwungstendenzen am Weltmarkt zusammentreffen. Die umso stärkere Kompensation durch den Staat heißt aber nur, daß die Stabilisierung mit umso größerem Preisauftrieb erkauft werden muß.

Weil jeder Abschwung einer gewachsenen Konzentration gegenübersteht, muß sich so von (Welt-)Konjunktur zu (Welt-)Konjunktur ein umso größeres inflatorisches Plus ergeben. Damit haben wir theoretisch jene Lücke geschlossen, die sich im Hinblick auf die defizitär finanzierten Staatsausgaben ergeben hatte: sie gewährleisten im Abschwung, daß die Preissteigerungstendenzen des Aufschwungs sich bis in den Abschwung hinein fortsetzen können und daß gleichzeitig – wie wir es ja in den letzten 20 Jahren beobachten – die Abschwünge, auch wenn sie synchron verlaufen, milder ausfallen als in der Zeit vor 1929.

Wenn wir einen Blick auf die Staatsausgaben der BRD und der USA werfen, so stellen wir fest, daß Staatsausgaben und kreditäre Finanzierung gleichermaßen im Abschwung relativ anwachsen, während sie im Aufschwung nachhinken.[21] Das bedeutet, daß es weniger auf die Krisenbekämpfung *in* der Krise ankommt als auf die Konjunkturstabilisierung *vor* der Krise. Wie wir sahen, entfaltet die antizyklische Konjunkturpolitik per se nur dann inflatorische Momente, wenn der in der Krise gesteigerte Staatsanteil in der Hochkonjunktur beibehalten wird; wenn also das Krisenmanagement (aus der Sicht derer, die es konzipieren) in sich widersprüchlich ist. Hier *muß* also durchaus mit Verfeinerungen des Krisenmanagement gerechnet werden.[22] Aber die zweite Art der Konjunkturpolitik (im Abschwung vor der Krise) ist per se inflatorisch, weil sie gerade zu dem Zeitpunkt stattfindet, wo die Kapitalkonzentration ihre vollen inflatorischen Kräfte entfaltet.

So wie die monopolistische Phase der (Welt-)Konjunktur mehr und mehr mit den monopolistischen Tendenzen der (Welt-)Konzentration verschmilzt zu *einer* entsprechend hektischen inflationären Konjunkturphase – vom frühen Aufschwung bis zum späten Abschwung –, so verschmelzen die damit potenzierten Abschwungstendenzen mit der staatlichen Konjunkturstabilisierung zu langen Stagnationsphasen mit stark inflationärem Charakter. Mit dieser, nun vollständigen Theorie der inflationären Struktur können wir sowohl erklären, warum der weltweite Boom von 1972/73 jenen inflationären Aufschwung genommen hat, der fast zur Verdopplung der Inflationsraten 1973 zu 1972 führte und warum der Abschwung 1974 mit einer weiteren inflatorischen Verschärfung einhergeht.[23]

Zum Schluß wollen wir jenen inflationären Strang untersuchen, der sich über eine Vergrößerung der Geldmenge ergibt, welche aus den staatlichen Notenkrediten folgt.

In jeder Krise wird die dem Warentausch dienende Geldmenge kleiner, weil die Zahl der Tauschakte abnimmt. Das bedeutet aber nicht, daß sie sich nicht rasch, und zwar auch ohne Mitwirkung des Staates und seiner Zentralbank, wieder vermehren könnte.[24] Durch die defizitären Staats-

ausgaben fließt nun zusätzlich Notenbankgeld in den Kreislauf. Dadurch aber vergrößert sich nicht nur die aktuelle Geldmenge, vielmehr geht damit auch eine Zunahme der Verschuldungsfähigkeit einher (Konsumentenkredite, Firmenkredite, oder wiederum Staatskredite). Damit nimmt der Inflationsdruck aber nur noch weiter zu.

Exkurs: Zur Frage des Profitratenfalls

Wenn die These zutrifft, daß die Profitrate im Sinken begriffen ist, so hätte dies große Bedeutung für die gegenwärtige Inflation:

- Die inflatorischen Spannungen der (konjunkturell) monopolistischen Phase würden wachsen, weil jedes Kapital versuchen müßte, die Phase des Nachfrageüberhangs auszunutzen, um eine Stabilisierung der Profitrate zu versuchen (was dann insgesamt natürlich nicht gelingen könnte).
- Die stärker konzentrierten Bereiche würden versuchen, den Fall der Profitrate über den Preismechanismus auszugleichen; das inflatorische Vorauseilen des monopolistischen Teils des Kapitals würde sich beschleunigen, die weniger konzentrierten Bereiche würden immer weiter zurückfallen.

Leider können wir weder von der Logik des Kapitals noch von unserem empirischen Wissen her beurteilen, inwieweit der Fall der Profitrate zur inflationären Struktur des heutigen Kapitalismus beiträgt.

Was die Logik des Kapitals angeht, so wissen wir zwar, daß *letztlich* alle Gegentendenzen, die dem Fall der Profitrate (wegen steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals) entgegenwirken, diesen Fall wiederum beschleunigen. Aber dieses ›letztlich‹ gilt nur auf der Ebene der Logik des Kapitals als solcher. Ob die Profitrate in der BRD zwischen 1953 und 1973 *faktisch* gesunken ist, oder ob in dieser Periode noch die Gegentendenzen die Haupttendenz übertroffen haben, das können wir aus der Logik des Kapitals allein nicht herleiten. Dazu müssen wir uns ins Chaos der Empirie begeben.

Hier aber lassen unsere Kenntnisse keinen eindeutigen Schluß zu. Im letzten Jahresgutachten wird vom Sachverständigenrat eine seit 1960 sinkende Realrendite präsentiert.[25] Die Relevanz dieser Aussage ist aber beschränkt. Zunächst wird als Ausgangspunkt (und damit als Bezugsjahr) 1960 genommen, ein Jahr der frühen Hochkonjunktur, in der die Profitrate *konjunkturell* überhöht war. Endpunkt bildet 1972, ein Jahr, das – für die BRD – im Durchschnitt noch ein solches der Stagnation war. Hier mußte aus konjunkturellen Gründen die Profitrate unter dem Trend liegen. Ferner werden als Gewinne die *Brutto*einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in die Rechnung eingesetzt. Da aber die

Gewinnbesteuerung seit 1960 fortwährend gefallen ist, zeigen die Nettogewinne auf jeden Fall eine bei weitem weniger fallende Tendenz auf. Andere Berichtigungen müssen hinzukommen; so nimmt einmal wegen der rückläufigen Zahl der Selbständigen der zur Konsumtion der Kapitalisten verwendete Teil ab, der zur Akkumulation verfügbare steigt an; außerdem senken die zunehmenden Defizite der öffentlichen Betriebe den statistischen Durchschnitt des privaten Kapitals, da sie in deren Einkommen einberechnet werden. Schließlich wird der Kapitalstock – die Bezugsgröße – mit den laufenden Preissteigerungen multipliziert, ein Verfahren, das (auch in der bürgerlichen Ökonomie) nicht unbestritten ist.
Alle diese Einwände könnten durchaus, wenn ihnen statistisch Rechnung getragen würde, zu dem Resultat führen, daß die Profitrate recht stabil geblieben ist.
Angesichts dieser Unsicherheiten schien es uns zu spekulativ, den tendenziellen Fall der Profitrate in unsere Inflationstheorie einzubeziehen. Wir befinden uns also im Dunkeln darüber, ob die gegenwärtige Inflation nur konjunktureller Art ist, oder ob sie säkulare Schwierigkeiten signalisiert. Während ein Fall der Profitrate die Reproduktion des Systems ernstlich gefährden würde, sind zyklische Schwierigkeiten nicht unmittelbar katastrophal. Im letzteren Fall haben wir weitere Konjunkturen mit noch stärkeren inflationären Phasen bei langen stagnativen Zuständen zu erwarten. Der Fortgang des Weltexports (Waren und Kapital) in den Jahren 1973/74[26] läßt es geraten erscheinen, weiterhin von starken expansiven Impulsen der Weltmarktentfaltung auszugehen und die gegenwärtigen spekulativen Wellen nicht als Ausdruck einer sich ankündigenden ökonomischen Systemkrise zu betrachten, sondern eher als Ausdruck eines in der Tat einzigartigen Gleichlaufs der Konjunkturen bei einem noch nie dagewesenen Grad der Konzentration des Kapitals.

4. Ökonomischer und politischer Ausblick

Wenn unsere Theorie die inflationäre Struktur des heutigen Kapitalismus richtig beschreibt, so ist in den kommenden Jahren mit folgender ökonomischer Entwicklung zu rechnen:
Die hohen Inflationsraten, die mit dem Boom 1973 entstanden sind, bleiben im gegenwärtigen Abschwung erhalten. Denn wie bei früheren stagnativen Tendenzen werden auch diesmal in allen wichtigen kapitalistischen Ländern defizitäre Staatshaushalte gefahren. Ausgehend von den flachen, aber z. T. zähen Abschwüngen in der Vergangenheit, kann man voraussagen, daß es 1974 und 1975 bei der gegenwärtigen Inflationsrate bleiben wird.

Kommt es (schon im Verlauf von 1975?) zu einem neuen Aufschwung, so hängt dessen inflationäre Seite vom Ausmaß der konjunkturellen Gleichläufigkeit ab. Bei einem synchronen Verlauf wird die Inflationsrate nach einer kurzen Beruhigung (Profitausdehnung beim Übergang zur Vollauslastung) über das gegenwärtige inflationäre Fundament hinaus weiter anwachsen.

Politisch gesehen, verschärfen sich die Lohnkämpfe stets in der Phase der Hochkonjunktur.[27] Die Regierungen, ansonsten gegenüber der inflationären Struktur recht machtlos[28], müssen diese Lage ausnutzen, um einen »Stabilitätskurs« gegen die Lohnabhängigen zu steuern. Die staatliche »Einkommenspolitik« – von der Konzertierten Aktion über den Lohn- und Preisstop bis hin zur Bestrafung per Steuererhöhung[29] – soll erstens die Machtlosigkeit gegenüber den eigentlichen Inflationsquellen vertuschen; sie soll zweitens die Fiktion einer dem Allgemeinwohl (der »Stabilität«) verpflichteten Autorität erhalten; drittens und vor allem soll sie die Gewerkschaftsapparate mehr und mehr in Staatssyndikate verwandeln.[30] Zu diesem Zweck wecken die Regierungen in der Bevölkerung illusorische Hoffnungen auf Geldstabilität. Damit bereiten sie propagandistisch eine Politik vor, die sich mit zunehmender Inflation immer deutlicher auf die Liquidierung der Arbeiterbewegung als selbständiger politischer Kraft richten wird.

Wenn die Staatsintervention im Abschwung die Krise mildert, dann ergeben sich als Folge von Zyklus zu Zyklus steigende Inflationsraten. Dies wirft aber die Frage auf, ob die inflationäre Krisenregelung längerfristig gangbar ist. Kann der bei 3% recht unproblematische Inflationsprozeß auch noch bei 30% stattfinden, ohne daß es zu systemgefährdenden Erschütterungen kommt? Unsere Antwort lautet »Nein«. Zur Begründung ist vom Grundzusammenhang auszugehen, den die Inflation darstellt: das Kapital erhöht den Preis, damit der Gewinn steigt bzw. nicht sinkt; im Zuge der Preiserhöhung soll also ein Werttransfer hin zum preiserhöhenden Kapital stattfinden. Kommt es zu Gegenreaktionen – die anderen Kapitale erhöhen ebenso den Preis, es gelingt, auch den Preis der Arbeitskraft zu steigern –, so wird der ursprüngliche Werttransfer zu einer vorübergehenden Angelegenheit. Nun bedeutet eine 30%ige Preiserhöhung nicht nur, daß ein 10facher Transfer stattfindet, verglichen mit einer Zunahme von 3%. Vielmehr kommt es auch immer rascher zum Gegentransfer: die Verbandsbürokratie (der Händler, Handwerker, anderer Produzenten usw.) reagiert geschwinder mit neuen Preislisten, und die Erbitterung unter der Arbeiterschaft macht sich schneller in Streiks Luft. Also: je höher der Werttransfer, desto weniger Zeit steht ihm zur Verfügung. Das hat zur Folge, daß sich das Inflationskarussell immer schneller drehen muß. Da es nicht in der Macht des Einzelkapitals

liegt, das Tempo zu drosseln, also dem Werttransfer zu einer größeren zeitlichen Dauer zu verhelfen, wird es versuchen, die Preise bei nächstbester Gelegenheit noch mehr zu erhöhen; wodurch sich aber das Inflationskarussell – Preissteigerung pro Zeiteinheit – insgesamt wiederum noch schneller dreht.

Je weniger nun bei steigender Inflation deren Ziel, der Werttransfer, erreicht wird, umso mehr müssen jene Krisenmomente zutage treten, die der Werttransfer gerade verhindern sollte. Mit der Beschleunigung der »säkularen Inflation« wächst somit die Wahrscheinlichkeit, daß ihr Ausgangspunkt – Überproduktion in der konjunkturellen Spätphase – manifest wird.

Politisch muß sich diese ›Entwertung‹ der Inflation darin äußern, daß die Profitstabilisierung zunehmend auch vom Kapital selbst in Form der »Einkommenspolitik« statt in der Form der Inflation gesucht werden muß. Wenn die Gewerkschaften in dieser Lage an ihrem pluralistischen Selbstverständnis festhalten, wenn sie sich damit begnügen wollen, der Arbeiterklasse einen »Anteil am Kuchen« und am »Wachstum« desselben zu verschaffen, dann ist der Zeitpunkt abzusehen, wo die Politik des Kapitals sie zu bloßen Staatssyndikaten degradiert.

Anmerkungen

1 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, S. 204.

2 Kennzeichnend für den beginnenden Abschwung bis hin zur beginnenden Krise sind die hohen Kreditzinsen und die schleppenden Zahlungseingänge wegen relativ rückläufigem Verkauf (womit die Masse der zirkulierenden Zahlungsmittel notwendig größer werden muß, um diese langsamere Zirkulation zu überbrücken). In der Geldkrise wächst auch das Verlangen nach dem harten Geld.

3 Zu denken ist an Fusionen, an Wandlungen zum Zulieferbetrieb, an Absatz- und Forschungskartelle usw. usf. Brisant wird die Situation für die technisch nachhinkenden Kapitale vor allem auch deswegen, weil die Einführung der neuen Produktionsweisen (durchschnittlich gesehen) mit großem Kapitaleinsatz verbunden ist. Siehe dazu auch Christel Neusüß, *Imperialismus und Weltmarktbewegung*, Erlangen 1972, S. 115 ff.

4 Das gilt immer nur im Durchschnitt. Denn im Zuge großer Wellen technischer Innovation oder nach der Zerschlagung durch Kriegseinwirkung kann die Zahl der selbständigen Kapitale durchaus steigen. Eine solche Tendenz gab es z. B. nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland.

5 Werner Hofmann, *Die säkulare Inflation*, Berlin 1962.

6 Auf jenen Fall, bei dem der monopolistische Bereich so groß geworden ist, daß die depressiven Momente des restlichen Bereiches wegen dessen Kleinheit keine Rolle mehr spielen, brauchen wir nicht eingehen. Denn auf dem Wege zu diesem Zustand muß ein Stadium überwunden werden, in dem die extreme Ausbeutung des nicht-monopolistischen Sektors zu einem Zusammenbruch führen würde.

7 Eine Ausnahme bildete der mit dem Koreakrieg verbundene Boom. 1951 stiegen die Preise in einem Ausmaß, das im Durchschnitt erst wieder Anfang der 70er Jahre erreicht wurde. Doch fielen nach 1951 die Preise wieder, und die Inflationsraten der 50er Jahre blieben weit hinter der Rate des Jahres 1951 zurück. Dies zeigt, daß es sich 1951 um eine punktuelle, wesentlich durch Spekulation auf den Krieg bedingte Inflation handelte.

8 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1953, S. 313.

9 Siehe zu dieser Behauptung die Darlegungen von Wolfgang Müller / Christel Neusüß, »Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital«, in: *Sozialistische Politik*, Heft 6/7, 1970, S. 4-67.

10 Es handelt sich um reale Werte, also bereinigt um die Preissteigerungen. Erfaßt sind alle Länder außer den sozialistischen. Quelle: *Wirtschaftskonjunktur*, Nr. IV/1959, Nr. IV/1961, Nr. IV/1964, Nr. IV/1965, Nr. III/1968, Nr. I/1969, Nr. IV/1970, Nr. IV/1971.

11 Siehe Paul Baran / Paul Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt 1967, S. 191 und Sachverständigengutachten 1973, Tabelle 42, S. 254.

12 1959-1964 herrschte in den industrialisierten kapitalistischen Ländern eine Inflationsrate von durchschnittlich 2-3,5%, 1973 aber von 8-10% (nach OECD-Bericht *Inflation, The Present Problem*, Paris 1970, S. 17 und Jahresgutachten 1973, Tabelle 1, S. 4).

13 Die Notenbank gibt Geldmittel heraus, die ihr nicht z. B. durch Zeichnung von Anleihen durch Private zugeflossen sind, sondern vielmehr durch Bedrucken von Papier (bzw. beim Buchgeld durch eine bloße Unterschrift).

14 Solche Staatsnachfrage kann ziviler Art (Schulbauten) oder militärischer Art sein. Zu denken ist auch an die Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten, also staatlich vermittelte Konsumgüternachfrage.

15 Es ist kurzfristig kein Unterschied, ob die per deficit-spending finanzierten Staatsausgaben für Rüstung oder für Schulbauten verwendet werden. Erst längerfristig ist hier eine Unterscheidung zu treffen: die Schulbauten ermöglichen – zumindest zum Teil – eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Arbeiter. Damit steigt die Produktivität der Arbeit, bei gleichem Reallohn nimmt folglich die Ausbeutungsrate zu.

16 Dies war z. B. in den USA nach 1965 der Fall, als die Ausdehnung des Indochinakrieges zwar einerseits der Rezessionsbekämpfung – mit Erfolg – diente; als aber diese Kriegsausgaben nicht mehr eingeschränkt werden konnten, nachdem die private Akkumulation wieder angestiegen war, kam es zu dem Sprung der US-Inflationsrate von knapp 2% 1958-65 auf fast 5% 1969. (Nach OECD-Bericht, *Inflation, The Present Problem*, Paris 1970, S. 16).

17 Das Baubeispiel ist wahrscheinlich sehr BRD-wirklichkeitsnah: die Konjunkturprogramme des Bundes von 1968/69 erstreckten sich in erster Linie auf den Hoch- und Tiefbau und trugen dazu bei, daß es ab 1969 zu horrenden Preissteigerungen im Bausektor kam. Zu denken ist hier auch daran, daß die Gemeinden (auch die Länder) ihre Ausgaben – hier sind es auch wieder die Hoch- und Tiefbauten – ausdehnen, wenn die Steuern reichlicher fließen und sie somit bei den Banken kreditfähiger werden (der Grad der Verschuldungsmöglichkeit hängt von der Höhe der ordentlichen Einnahmen ab): das heißt aber in der Zeit der Hochkonjunktur. Das damit verbundene Ansteigen des Staatsanteils muß inflationär wirken.

18 In den USA traten solche stagflatorischen Erscheinungen am frühesten und bisher am stärksten auf. Schon in der Abschwungsphase am Ende der 50er Jahre wurde

in wichtigen (konzentrierten) Bereichen festgestellt, daß Absatzrückgänge (bzw. geringeres Absatzwachstum) begleitet war von saftigen Preiserhöhungen. Nach 1968, als der Vietnam-Boom zu Ende ging, hielt die stagflatorische Phase drei Jahre an!

19 In den letzten Jahren wurde diese Entwicklung überlagert von dem Versuch, die Steuerlast, die direkt auf den Lohnabhängigen lastet, zu erhöhen, gleichzeitig aber die Gewinnsteuern zu senken. In den USA wurden vor allem die Haussteuern gewaltig erhöht, eine Tatsache, die schwer wiegt, weil der Prozentsatz von US-Arbeitern, die über ein Häuschen verfügen, besonders hoch ist. In Großbritannien und der BRD ist es vor allem die Lohnsteuer (Einkommensteuer), über die dieser Prozeß läuft. Siehe dazu D. Jackson, H. A. Turner, F. Wilkinson, *Do Trade Unions Cause Inflation*, Cambridge 1972, S. 63 ff. und A. Blechschmidt, *Löhne, Preise und Gewinne 1967-1973*, Lampertheim 1974, Teil 2. Da natürlich Ziel der Lohnabhängigen eine Erhöhung ihrer Nettolöhne ist, muß dieser Prozeß der Steuerumverteilung inflationär wirken: die Bruttoabschlüsse (damit die Kosten für die Unternehmer) steigen bei gleichbleibenden Nettoabschlüssen. Infolge der Weitergabe der höheren Bruttolöhne in den Preisen – staatliche Abstützung vorausgesetzt – wird der staatliche Anteil an der Produktion wieder verringert bzw. steigt weniger: die Waren der Staatsnachfrage steigen z. B. schneller im Preis als der Durchschnitt der übrigen (siehe Jahresgutachten 1971, Ziffer 160, S. 65 und Jahresgutachten 1972, Ziffer 259, S. 88).

20 Dies wird durch Vorgänge auf der Lohnseite verstärkt. Denn mit fortschreitender Konzentration kommt es zu einem Auseinanderklaffen der im monopolistischen Teil tatsächlich bezahlten (*Effektiv-*)Löhne und der Tariflöhne, die mit Rücksicht auf den weniger potenten nicht-monopolistischen Teil des Kapitals ausgehandelt werden. Der monopolistische Teil des Kapitals schafft sich also mit den weit über Tarif liegenden Effektivlöhnen in Ansätzen einen eigenen Arbeitsmarkt und damit sowohl größere Auswahl und Bewegungsfreiheit als auch die Möglichkeit stärkerer Disziplinierung (Androhung von Abbau der Zulagen). Dies geschieht zu Lasten der übrigen Arbeiter, die letztlich jene Zulagen über eine Senkung ihres Reallohns per inflatorischer Lebenshaltungskosten zu tragen haben.

21 Siehe dazu den S. 60 zitierten OECD-Bericht, F. J. Claus, *Konjunktur und Neoklassik, Sparen und Investieren, öffentliche Haushalte und wirtschaftliches Wachstum in der konjunkturbewegten Volkswirtschaft (USA 1929-1967)*, Berlin/München 1968; die Aufsätze desselben Autors in *Wirtschaftskonjunktur 1968-1973*, Adolf Wagner, *Die Wachstumszyklen der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 1972, S. 187.

22 So sind Bestrebungen im Gange, die Finanzgebarung der Gemeinden und Länder stärker unter Kontrolle zu bringen. Jedoch sind diesem Prozeß außerordentlich starke Widerstände entgegengesetzt (Parteiengeplänkel, Verfassungsbestimmungen), so daß die Formierung der Gemeinden und Länder nur langsam voranschreitet.

23 Die Öl-Preissteigerungen, soweit sie von den Ölgesellschaften ausgingen, sind der spektakulärste Ausdruck jener Preismöglichkeiten, über die die am höchsten konzentrierten Branchen verfügen.

24 Diese Vergrößerung erfolgt über die sogenannte Kreditpyramide. Damit ist folgendes gemeint:
Eine Bank A verfügt über eine Geldmenge M (z. B. aus Spareinlagen). Sie leiht M an den Produzenten P aus, der den Kredit zur Bezahlung an Produzent Q benutzt, was aber über die Bank B abgewickelt wird. Bank B hat nun Geldmenge M,

von der sie nur einen Teil zur Barauszahlung an Q bereithalten muß (a. M), da der bargeldlose Zahlungsverkehr überwiegt. Sie kann also einen Teil von M selbst ausleihen. Die nächste Bank (oder wieder Bank A) kann dies auch wieder tun. Zieht man die gesamten Kredite zusammen, so machen sie ein Vielfaches der ursprünglich vorhandenen Geldmenge aus. Wieviel von dieser potentiellen Kreditpyramide manifest wird, hängt von der Kreditnachfrage ab, d. h., wie sehr die Kapitalisten die Nachfrage auch per Kredit auszuweiten gedenken.

25 Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1973, Schaubild 23, S. 57.

26 *Die Wirtschaftskonjunktur* Nr. 1-4 1973 und Nr. 1 1974.

27 Schon allein, um einen gleichbleibenden Anteil am Sozialprodukt durchzusetzen – so das Selbstverständnis auch der ›rechten‹ Gewerkschafter – müssen in der Hochkonjunktur Lohnforderungen durchgesetzt werden, die weit über den Produktivitätszuwächsen liegen. Andernfalls nimmt der Lohnanteil auch im Aufschwung weiter ab. Es müssen also genau dann über der Produktivität liegende Löhne gefordert werden, wenn die offizielle Propaganda dies zur Begründung der (längst in Gang befindlichen) Inflation braucht.

28 Eine Anti-Inflationspolitik einer nationalen Regierung kann ja allenfalls erreichen, daß das betreffende Land an den Schluß des inflationären Geleitzuges kommt. Spätestens dann zieht dieses Land das konjunkturelle Vorauseilen der Nachfrage vor der Produktion in ganz besonderer Weise auf sich, so daß in besonders ausgeprägtem Maße inflationäre Spannungen entstehen. Ein typisches Beispiel ist dafür u. E. die BRD.

29 Was in der BRD, in Großbritannien und den USA durch das Steuersystem bereits Praxis ist, nämlich Lohnsteigerungen steuerlich auszuhöhlen, wird mittlerweile von der etablierten Wissenschaft als neues Konzept der Einkommenspolitik diskutiert.

30 Daß das natürlich ein widersprüchlicher Prozeß ist, aus dem heraus es durchaus zu einer Politisierung der Arbeiterschaft kommen kann, machen die bisherigen Versuche in der BRD deutlich: die Konzertierte Aktion mit dem Debakel der Septemberstreiks und die Lohnabschlüsse im Frühjahr 1973 mit der nachfolgenden Lohnrunde in Eigenregie der Basis.

Politische Ökonomie im OBERBAUMVERLAG

Materialistische Wissenschaft
Bd. 12

Philipp Neumann

Zurück zum Profit

Zur Entwicklung des Revisionismus in der DDR

Die revolutionären Prinzipien für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft – Das Plansystem der DDR Anfang der 50er Jahre – Das Problem der Warenproduktion im Sozialismus – Ökonomische Diskussionen nach dem XX. Parteitag der KPdSU – Die zentrale Stellung des Gewinns im Neuen Ökonomischen System der DDR – Ökonomische Hebel der Entstehung und Verwendung des Gewinns – Die Krise der DDR-Wirtschaft 1970 und ihre Ursachen – Politische und ökonomische Veränderungen seit dem VIII. Parteitag der SED – Kapitalistischer oder sozialistischer Weg in der DDR – Dokumente zur Politischen Ökonomie des Sozialismus

Neuerscheinung ab 15. Mai 286 S., DM 12,50

Bd. 13 Lev Chonanovič Segal, Lehrbuch der Politischen Ökonomie (1934)

Nachdruck der 1934 deutsch erschienenen Ausgabe mit Kommentar zur Krisentheorie, zur Inflation und zur Verelendungstheorie.

Segals Verdienst ist es gewesen, auf eine äußerst verständliche Weise eine umfassende Theorie der politischen Ökonomie zu formulieren. Der Wert seiner Ausführungen besteht u.a. darin, die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus nicht mechanisch als die Leistung der im Sozialismus befreiten Produktivkräfte zu beschreiben, sondern die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse als die entscheidende Produktivkraft herauszustellen.
416 S., DM 10,50

MARX-LEXIKON
ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE

Bd. 1 Konkurrenz
Bd. 2 Methode (Doppelband)
Bd. 3 Materialistische Geschichtsauffassung (Doppelband mit Sachregister)

Im Auftrag des Ohara-Instituts für Sozialforschung an der Hosei-Universität zu Tokio herausgegeben von Prof. Dr. S. Kuruma.

Insgesamt 1110 S., DM 68,– (Die Bände werden nur zusammen verkauft)

Das vorliegende Werk stellt ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Arbeit mit den politökonomischen Schriften von Marx und Engels dar. Das vielfältige, nur von Spezialisten in seinem ganzen Umfang überschaubare politökonomische Werk von Marx und Engels wird hier auf zentrale inhaltliche Schwerpunkte komprimiert.
Der erste Band sammelt alle Texte, die Marx und Engels zum Thema "Konkurrenz" geschrieben haben, der Band 2 umfaßt die methodischen Erörterungen, Band 3 deren Basis, die materialistische Geschichtsauffassung. Die einzelnen Bände sind wiederum in Kapitel unterteilt.
In jeder einzelnen Rubrik werden die damit in Zusammenhang stehenden und zu ihrem Verständnis beitragenden Darstellungen von Marx und Engels systematisch zusammengefaßt – also nicht nur die immer wieder zitierten "Stellen" aus dem Hauptwerk und den politischen Schriften, sondern auch aus den Frühschriften, Entwürfen und dem Briefwechsel.
Das Lexikon zielt darauf ab, der Bildung fragmentarischer und einseitiger Auffassung der marxschen Politökonomie entgegenzuwirken: die ökonomischen Begriffe und Bestimmungen sind hier sowohl in ihrem Gehalt als auch in ihrer Breite mit Gründlichkeit erfaßt.

Weitere Neuerscheinungen:

Materialistische Wissenschaft

Bd. 10 (Schulreihe)
Richard Wiegand, "Wer hat uns verraten ..."
Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918/19
Ca. 200 S., ca. DM 10,–

Internationale Reihe

Bd. 6
Samdech Norodom Sihanouk/Wilfred Burchett
Mein Krieg mit dem CIA
389 S., mit vielen Fotos, DM 14,50

OBERBAUMVERLAG BERLIN Verlag für Politik und Ökonomie, 1 Berlin 21, Bundesratufer 1. Bestellungen und Anforderungen des kostenlosen Verlagsinfos an: UNIVERSUM-BUCH-DIENST (UBD), 1 Berlin 30, Lützowstr. 105.

Ulrich Jürgens / Gudrun Lindner
Zur Funktion und Macht der Banken

1. Vorbemerkung

Eine Beschäftigung mit der Rolle der Banken unterliegt gegenwärtig drei Schwierigkeiten: erstens gibt es keine theoretische Ableitung des ›Kreditüberbaus‹ in seiner politisch-ökonomischen Bedeutung, an die sich ohne Umschweife anknüpfen ließe; zweitens findet man an empirischem Material nur die stets aufs Neue wiedergekäuten zehn Jahre alten Ergebnisse der Konzentrationsenquête der Bundesregierung[1]; und drittens herrscht zu den eigentlichen interessanten Fragen, was die Rolle der Banken anbelangt, ohnehin eisiges Schweigen.[2]

Wir sind nicht in der Lage, Forschungslücken, auf die wir permanent stießen, durch eigene Untersuchungen auszufüllen; möglich war uns die Aufarbeitung des bereits vorhandenen Materials unter einer bestimmten Fragestellung. Besonders spürbar ist das Fehlen konkreter Kenntnisse und empirischer Belege auf dem Gebiet, das am heftigsten diskutiert wird: dem der vermeintlichen Macht der Banken. Bedenkt man, daß an diesem Thema mindestens vier Wissenschaftsdisziplinen – Politische Wissenschaft, Soziologie, Geschichte und Ökonomie – interessiert sein müßten, dann sagt dieser Mangel etwas aus über den Beitrag der Wissenschaft zur Aufklärung konkreter Herrschaftsstrukturen. Der Wissenschaftsbetrieb hat sich den politischen Impulsen, die von der Studentenbewegung ausgingen, noch immer entzogen. Die Kritik der politischen Ökonomie, der systematische Versuch der Marxisten zur praxisrelevanten Gesellschaftskritik, wagt sich nur langsam an jene Verhältnisse (Kategorien) heran, deren Ableitung aus den Grundverhältnissen kapitalistischer Reproduktion noch nicht rekonstruiert ist. Eine Folge davon ist, daß bei der Analyse von Banken noch immer so theoretisch fragwürdige und unklare Konzepte wie der Begriff des »Finanzkapitals« übernommen werden.

Wir glauben, daß die im Augenblick geführte Diskussion um Macht und Einfluß der Banken an den Kernproblemen vorbeigeht. Depotstimmrecht, Aktienbesitz und personelle Verflechtung mit der Industrie in Aufsichtsratsgremien gelten hier schon als hinreichende Belege; über die Aussagekraft dieser Merkmalssammlung wird nicht weiter räsonniert. Die Forderung nach Verstaatlichung beruft sich häufig nur auf die empirischen Evidenzen privater Machtzusammenballung und ihrer moralischen, teil-

weise eher von konkurrenzdemokratischen Vorstellungen getragenen Verurteilung. Im Kern beruht die isolierte Verstaatlichungsforderung – wie wir anhand ihrer Begründungszusammenhänge zeigen wollen – auf einem doppelten Mißverständnis der Verhältnisse Kapital-Banken einerseits und Kapital-Staat-Banken andererseits. Die Banken erscheinen als Dirigenten der Kapitalbewegung, der Staat als eine im allgemeinen Interesse regulierende Instanz; dadurch daß die Banken seiner Kontrolle unterworfen werden, glaubt man die Kapitalbewegung gesamtgesellschaftlichen Kriterien unterwerfen zu können.

Demgegenüber wollen wir zeigen, daß Banken einerseits über abstrakten Reichtum verfügen – über das bei ihnen angelegte Geldvermögen – und daß dadurch Abhängigkeitsverhältnisse konstituiert werden, daß aber andererseits diese Verfügungsgewalt durch die Kapitalbewegung bestimmt wird und dadurch letztlich dem Willen der Banken entzogen ist. Wenn man die Rolle der Banken relativ zu dieser Kapitalbewegung analysiert, dann relativieren sich auch so fixe Vorstellungen, wie die von der Macht der Banken oder ihrem instrumentalen Charakter im Zusammenhang systemüberwindender Reformen.

Die besonderen Schwierigkeiten bei der Einschätzung der Banken in kapitalistischen Gesellschaftsformationen ergeben sich aus ihrer Doppelposition: einerseits sind sie eine Verwertungssphäre des Kapitals, eine Branche wie Maschinenbau oder Chemie, andererseits stehen sie über den einzelnen Verwertungssphären, sind vermittelnde Instanz und stellen einen gewissen gemeinsamen Bezugspunkt aller Kapitale dar. Auch im Verhältnis zum Staat haben sie eine Doppelposition: einerseits sind sie Verwertungsdomäne von Kapital, also Privatsphäre, andererseits sind sie Teil staatlicher Finanzierungsorganisation und öffentlicher Aufgabenträger.

In der marxistischen Theorie stehen seit Beginn dieses Jahrhunderts die Konzepte fest, mit denen diese Doppelpositionen beschrieben werden: die These vom Finanzkapital für das Verhältnis des Bankkapitals zu den anderen Kapitalen, die These von der Finanzoligarchie für das Verhältnis von Bankinteressen und Staatsinteressen. Diese Verhältnisse werden aber – ebenso wie in der bürgerlichen Theorie – nahezu ausschließlich auf den Dimensionen von Eigentums- und persönlichen Einflußbeziehungen gesehen.

Wir versuchen dagegen, die Funktion der Banken aus dem gesamten Reproduktionsprozeß des Kapitals heraus zu bestimmen. Wir fragen zunächst nach der Rolle des Kredits beim Ausgleich der Profitraten, im Zirkulationsprozeß der Kapitale und im Akkumulationsprozeß. Nur wenn klargestellt ist, welche spezifischen Funktionen der Kredit hier erfüllt, kann gezeigt werden, daß die Tätigkeit der Banken bestimmten Gesetzmäßigkeiten der Kapitalreproduktion unterworfen ist, kann ihre doppelte

Abhängigkeit bei der Geldkapitalmobilisierung und -verteilung dingfest gemacht werden.
Anschließend daran wird das Hilferdingsche Konzept des »Finanzkapitals« untersucht und seine These von der Dominanz der Banken gegenüber dem Industriekapital aufgrund wachsender Kreditabhängigkeit untersucht. Dabei zeigt sich, daß sie insbesondere durch folgende Momente erschüttert ist: Die hohe Selbstfinanzierungsquote der Aktiengesellschaften, die Möglichkeit, auf ausländische Kreditmärkte ausweichen zu können, und die Übernahme von Bankfunktionen durch die Finanzabteilungen der großen Konzerne.
Im folgenden Abschnitt versuchen wir Fehlannahmen zu benennen, die der Behauptung von der Macht der Banken qua Aktienbesitz und Einfluß im Aufsichtsrat zugrundeliegen; unserer Meinung nach wird hier von einer ungeprüften Handlungs- und Autonomieprämisse ausgegangen, die die Heteronomie unternehmerischer Entscheidungen, sei es des Geschäftsvorstandes, sei es des Aufsichtsrates, von den gesellschaftlichen Gesetzen der Kapitalreproduktion nicht mehr erkennt. Dieses theoretische Defizit, die Rolle der Banken nicht aus dem Verwertungsprozeß funktional abzuleiten, führt auch zu bisher weder theoretisch noch empirisch ausgewiesenen Vorstellungen, wie jenen von der höheren Rationalität und Planungsqualität der Banken, die die Basis von Verstaatlichungsforderungen bilden. Abschließend diskutieren wir die verschiedenen Implikationen einer möglichen Verstaatlichung der Banken.

2. Zur Rolle des Kredits im Kapitalprozess

a) Kredit als gesellschaftliches Verhältnis

Für eine politisch-ökonomische Analyse des Kredits – also eine Analyse, die sich weder in betriebswirtschaftlichen Überlegungen noch in gesamtwirtschaftlichen Modellspekulationen verlieren will – ist es unumgänglich, in der Marxschen Theorie Anknüpfungspunkte und kategoriale Bestimmungen aufzunehmen.
Der Kredit wird in dieser Theorie als bestimmtes *gesellschaftliches Verhältnis* gefaßt. Nur so läßt er sich als bestimmte *Form des Kapitals* auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise begreifen. Denn als ökonomische Erscheinungsform und als juristisches Verhältnis von Borger und Leiher hat es den Kredit historisch schon seit Beginn des Warenhandels gegeben.[3] Neu gegenüber vorkapitalistischen Produktionsweisen ist »die total veränderte Gestalt des Borgers, der dem Geldverleiher gegen-

übertritt«[4]. Für den Geldverleiher, als Personifikation des zinstragenden Kapitals, gilt allgemein, daß er Verkäufer von Wert ist, mit dem Ziel der Vermehrung dieses Werts. Für den Borger bedeutet der Kauf von Wert jedoch nicht allgemein den Kauf von Kapital als sich verwertenden Wert. Der Kredit in diesem Sinne setzt bereits den kapitalistischen Arbeitsprozeß als Verwertungsprozeß, also die Existenz von Lohnarbeit voraus. Erst hier wird Wert zur Quelle von Profit, und erst hier kann Kapital zur Ware werden.

Erst auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion wird jede Wertsumme »mögliches Kapital«[5] und die Form des zinstragenden Kapitals hört auf, bloßer Wucher, d. h. Enteignung und Ruin des Borgers zu sein, sie bedeutet vielmehr nur die Aufteilung von Mehrwert in industriellen Profit und Zins. Zinstragendes Kapital stellt also, sobald es der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen wird, als bloß »abgeleitete Form« des industriellen Kapitals *keine unmittelbare Form der Ausbeutung* mehr dar. Dies bedeutet aber nicht, daß die Form des Wucherkapitals nun historisch ein für allemal überwunden wäre. Das zinstragende Kapital ist eine der »abgeleiteten oder besonderen Funktionen« des industriellen Kapitals[6], aber es ist eine »Ableitung«, die real immer wieder durchgesetzt werden muß.[7]

»Das zinstragende Kapital behält die Form von Wucherkapital gegenüber Personen und Klassen, oder in Verhältnissen, wo nicht im Sinn der kapitalistischen Produktionsweise geborgt wird und geborgt werden kann; wo aus individueller Not geborgt wird wie im Pfandhaus; wo dem genießenden Reichtum für Verschwendung geborgt wird; oder wo der Produzent nichtkapitalistischer Produzent ist, kleiner Bauer, Handwerker etc., also noch als unmittelbarer Produzent Besitzer seiner eignen Produktionsbedingungen; endlich wo der kapitalistische Produzent selbst auf so kleiner Stufenleiter operiert, daß er sich jenen selbst arbeitenden Produzenten nähert.«[8]

Zum institutionellen Träger des Wucherkapitals sind heute vornehmlich sog. Finanzierungsgesellschaften geworden, welche den Kauf langlebiger Gebrauchsgüter kreditieren. Hier sind Zinssätze von 30-40% keine Seltenheit[9], und die »seriösen« Banken scheuen sich nicht, ihre selbst schon mit Zinssätzen von bis zu 20% ausgestatteten Konsumentenkredite mit dem Hinweis auf den Wucher anzupreisen.[10] Von dem funkelnden Gebrauchswert des neuen Autos, der Möbel etc. geblendet, nehmen die kreditnehmenden Konsumenten oft nicht wahr, daß der Tauschwert über die kreditierte Zeit laufen lernt.

Sobald jedoch der Borger selbst ein Kapitalist ist, gewinnt der Kredit eine eigene materielle Basis, was sich auch darin äußert, daß die Kapitalisten die Rolle des Verleihers und die des Borgers selbst wechselweise und fluktuierend einnehmen. Der Kreislauf des Kapitals bringt beide Funktionen hervor, und zwar in zwei unterschiedlichen Phasen seiner Bewegung:

Zum einen in der Warenzirkulation. Durch die Kreditierung des Waren-

kaufs wird der Verkäufer von Waren zum Verleiher, eine Funktion, die erlischt, sobald der Käufer nun seinerseits seine Warenwerte realisiert hat und das Geld als Zahlungsmittel seiner Schuld verwendet.
Zum zweiten in der periodischen Freisetzung von Geld im Kapitalkreislauf, insbesondere in dem Amortisationsfonds für das fixe Kapital (Gebäude, Maschinerie u. a.).
Aus diesen Unterschieden in der materiellen Basis des Kredits resultieren wichtige Unterschiede in den Kreditformen[11], auf die wir später zurückkommen. Wesentlich ist hier zunächst, daß die materielle Grundlage für die *Möglichkeit* des Kredits der Kreislauf des produktiven Kapitals selbst ist, sich also durch diesen *reproduziert*, und daß er nicht Resultat irgendwie aufgehäufter und zusammengeraffter Reichtümer ist, die statt als Schatz als zinstragendes Kapital verwandt werden. Das Kreditwesen wird so zum Resultat der Entwicklung des industriellen Kapitals. Die Herausbildung der Banken als institutioneller Träger des Kreditsystems drückt den Sieg des industriellen über das zinstragende Kapital aus.[12] Denn mit den Banken werden persönliche Abhängigkeitsverhältnisse von Borger und Verleiher aufgelöst, das Kreditverhältnis wird personell unspezifisch und abstrakt; der Borger tritt zum gesellschaftlichen Kapital, zum Kapital seiner Klasse[13], gewissermaßen zu sich selbst in ein Schuldverhältnis, das daher kein Wucherverhältnis mehr sein kann.

b) Funktionen des Kredits

Nach den Grundlagen für die Möglichkeit des Kredits im industriellen Kapitalkreislauf wollen wir nun die Grundlagen für die *Notwendigkeit* des Kredits im Hinblick auf das industrielle Kapital betrachten. Es handelt sich hierbei ja um die funktionelle Basis, auf der sich etwaige Macht-, Einfluß-, und Dominanzverhältnisse zwischen den Banken und den industriellen Kapitalisten[14] erst herausbilden können.
Alle Funktionen des Kredits haben ihren Ausgangspunkt auf der Ebene der *Konkurrenz* als dem Verhältnis der vielen Kapitale zueinander, in welchem sich die Bestimmungen entfalten, die in der inneren Natur des Kapitals im allgemeinen liegen und in denen sich diese innere Natur durchsetzt.
Für das einzelne Kapital sind die Wechselfälle seiner Zirkulation eine beständige Ursache für die Notwendigkeit des Kredits. Die Zirkulationszeit seiner Waren, also die Zeit, in der sie zu den Märkten transportiert, in Lagerhallen verwahrt werden, unverkauft sind, bedeutet für den Kapitalisten die Bindung von Kapital, das er produktiv, also im Produktionsprozeß verwenden könnte. Daher, so Marx,

»... der beständige Versuch des Kapitals, die Metamorphosen, die es im Zirkulationsprozeß durchmachen muß, abzukürzen; die Zirkulationszeit, seine Verwandlung in Geld etc. zu antizipieren, und seine eigne Beschränktheit so zu kontrekarieren.«[15]

Der Ausgleich für die unterschiedliche Geschwindigkeit von Kauf und Verkauf und damit der kontinuierliche Rückfluß des Kapitals zu Produktionszwecken wird um so notwendiger, je größer der Anteil der fixen Kapitalien, je fortgeschrittener die innerbetriebliche Arbeitsteilung, je zwingender die Notwendigkeit *kontinuierlicher* Produktion, je entwickelter also der Stand der Produktivkräfte ist.

Der Kredit, der den Rückfluß der in Zirkulation befindlichen Warenwerte antizipiert, wirkt indirekt auf die Erweiterung des Produktionsumfanges. Er kann aber auch direkt zum Zwecke der Akkumulation aufgenommen werden. Seine Rückzahlung muß dann nicht aus der unmittelbar bevorstehenden Realisierung von Warenwerten, sondern aus der zukünftigen Produktion erfolgen. Der Kredit, d. h. das Leihkapital der gesamten Kapitalistenklasse (und nicht nur dieses), verleihen der Akkumulation des einzelnen Kapitals sozusagen Flügel. Die Notwendigkeit, diese Flügel auch in Anspruch zu nehmen – und sich nicht etwa mit dem Null-Wachstum zu bescheiden, wie man es gegenwärtig angesichts von Umwelt- und Rohstoffproblemen den Unternehmern nahelegt, und wie man es ihnen angesichts von Spekulation und Überakkumulationskrisen schon immer hätte raten können –, wird durch die Konkurrenz durchgesetzt. Die Konkurrenz wiederum hat, gewissermaßen als ihr »Grundgesetz«[16] die Funktion, den gleichen Grad von Kapitalverwertung in allen Sphären kapitalistischer Produktion durchzusetzen, also die gleichen Profite auf das jeweils eingesetzte Kapital.[17] Das Kreditwesen wird so zu einem wesentlichen Hebel und Beschleuniger dieser ausgleichenden Wirkung.[18]

Wollten wir nun die Wirkungen des Kredits in seinen drei Funktionen: der Verminderung der Zirkulationszeit, der Erweiterung der Akkumulation und der Ausgleichung zur gesellschaftlich einheitlichen Profitrate verfolgen – wobei die gesellschaftliche Profitrate, gewissermaßen als synthetischer Ausdruck und innerer Bezugspunkt dieser Wirkungen, in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken wäre –, müßten wir die ganze kapitalistische Empirie zyklischer Verwertungsbewegung, die Hindernisse der Ausgleichungsbewegungen (Monopole) und die Zusammenhänge des Weltmarkts einbeziehen. Dies ist im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes natürlich nicht möglich. Wir wissen, daß wir mit den wenigen Andeutungen, die wir zur Rolle des Kreditwesens im Hinblick auf die dargestellten Funktionen machen, mehr Fragen aufwerfen und offen lassen müssen, als wir beantworten können. Auch wollen unsere Leser ja keine begriffliche Rekonstruktion des Kredits nachvollziehen, sondern sie wollen wissen, wie die Banken im politisch-ökonomischen System der BRD einzuschätzen

sind. Andererseits wäre eine historisch-konkrete Bestimmung des Kreditwesens, dessen wesentliche institutionelle Ausprägung die Banken ja sind, notwendig, um von äußerlichen Indikatoren der Bankenrolle wegzukommen. Aber schließlich können wir den gegenwärtigen Forschungsstand nicht überspringen und müssen uns daher mit einer allgemeinen Skizze begnügen.

Wesentlich für die Ausgleichung der Profitraten in den unterschiedlichen Kapitalanlagen erscheint uns, daß das Kreditsystem sich zur gleichen Zeit und aus den gleichen Ursachen heraus entwickelt wie jene Ursachen, die die Ausgleichung erschweren: ein hoher Anteil an fixen Kapitalanlagen und ein hohes Kapitalminimum. Je stärker die Hindernisse gegen freie Kapitalwanderungen werden, desto *notwendiger* wird das Kreditwesen, um die Ausgleichung der Profitraten überhaupt noch möglich zu machen.

Die Form, in der sich die Ausgleichung der Profitraten durchsetzt, ist allemal die Erweiterung bzw. Einengung des Produktionsumfanges und damit die unterschiedliche Akkumulation der einzelnen Kapitale aufgrund ihrer unterschiedlichen Verwertungschancen. Für die Wirkung, die der Kredit auf die Akkumulation hat, ist es gleichgültig, ob er direkt als Kapitalkredit zur Erweiterung der Akkumulation oder ob er indirekt als Zirkulationskredit zur Verminderung der Zirkulationszeit (Transport auf entfernte Märkte, Lagerung etc.) fungiert. In beiden Fällen stehen der Akkumulation zusätzliche Kapitalien zur Verfügung. Diese zusätzlichen Mittel sind sozusagen die Dispositionsmasse, die den Kapitalisten unmittelbar auf Veränderungen in seinen Verwertungsbedingungen reagibel macht:

»Es gibt vielleicht keinen noch so reichen Fabrikanten, der sein Unternehmen auf jene Ausdehnung beschränkt, die ihm seine Mittel gestatten: er besitzt immer einen Teil dieses nicht festgelegten Kapitals, der sich entsprechend der Entwicklung der Nachfrage nach seinen Waren vergrößert oder verringert. Sobald die Nachfrage nach Seide steigt und nach Tuch sinkt, wandert der Tuchfabrikant mit seinem Kapital nicht etwa in die Seidenindustrie, sondern er entläßt einige seiner Arbeiter und stellt seine Nachfrage nach Anleihen bei Bankiers und Bankleuten ein. Der Fall des Seidenfabrikanten liegt hingegen gerade umgekehrt. Er leiht mehr und Kapital wird so von einem in den anderen Zweig übertragen, ohne daß für einen Fabrikanten die Notwendigkeit entsteht, seine übliche Beschäftigung aufzugeben.«[18a]

Für die Nachfrage nach zusätzlichem Kapital, um zu akkumulieren, ist ausschlaggebend, daß selbst teure Kredite (vorausgesetzt die Profitrate übersteigt die Zinsrate noch um ein geringes Quantum) die Profitrate auf das individuell eingesetzte Kapital noch bedeutend steigern können.[19] Denn das zusätzliche Kapital verhilft zu einem Profit, der – nach Abzug der Zinskosten – dem vom eigenen Kapital erzielten Profit zugeschlagen werden kann. Die starke Inanspruchnahme von Kredit und die hohe Profitrate auf eingesetztes Einzelkapital sind also sich wechselseitig verstär-

kende Prozesse. Die Existenz von Monopolprofit – als Profit, der sich aufgrund bestimmter Bedingungen dem Ausgleich zur gesellschaftlich durchschnittlichen Rate zu widersetzen vermag – kann aus diesem Grund auch nicht umstandslos als Aufhebung von Konkurrenz genommen werden. Denn der hohe akkumulationsfähige Mehrwert aufgrund des Monopolprofits kann nicht im eigenen Bereich angelegt werden, da sonst durch Überproduktion (bzw. durch Überkapazitäten) die Basis des Überprofits selbst abgebaut würde. Als Leihkapital auftretend und in die Verfügung der Banken übergehend, die ihn zur Kreditvergabe verwenden, vergrößert er aber die Verwertung anderer Kapitale. (Wo es in der Verfügung des »Monopolisten« bleibt, dürfte es zunächst für Firmenaufkäufe und Fusionen verwandt werden; setzt auf diese Weise aber das zuvor in der aufgekauften Firma engagierte Kapital frei, das nun seinerseits – zum Teil über die Banken – Anlage suchen muß.) In jedem Falle aber beschleunigt der Kredit die Akkumulation; und indem er sie beschleunigt und die Profitrate temporär vergrößert, beschleunigt er auch die Umstände, in denen die Grenzen der Akkumulation sich durchsetzen und welche die Profitrate umso tiefer fallen lassen: die Überakkumulation von Kapital[20]. Der Kredit beschleunigt sowohl die Entwicklung der Produktivkraft als auch die Überakkumulation und damit die Krise, von deren Verschärfung durch Spekulation usw. ganz zu schweigen. Diese *Doppelwirkung des Kreditwesens* ist der Grund, weshalb Marx es als eine »Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise« bezeichnet:

»Wenn das Kreditwesen als Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation im Handel erscheint, so nur, weil der Reproduktionsprozeß, der seiner Natur nach elastisch ist, hier bis zur äußersten Grenze forciert wird, und zwar deshalb forciert wird, weil ein großer Teil des gesellschaftlichen Kapitals von den Nichteigentümern desselben angewandt wird, die daher ganz anders ins Zeug gehen als der ängstlich die Schranken seines Privatkapitals erwägende Eigentümer, soweit er selbst fungiert. [...] Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.«[21]

Die widersprüchlichen Wirkungen des Kredits sind damit aber noch nicht vollkommen erfaßt. Die Doppelwirkung der Krisen- und Produktivkraftbeschleunigung ist gewissermaßen wiederum nur eine Seite. Auf der anderen Seite ist der Kredit selbst wieder ein Mittel, um die Krise zu verdecken und ihren Ausbruch hinauszuschieben. Der Ansatz dafür lag bereits bei dem Zirkulationskredit, der Störungen zu überbrücken hat, die schon Anzeichen von Überproduktion darstellen (Überfüllung der Läger, Preiseinbrüche etc.). Die starke Nachfrage nach diesen Krediten in der

letzten Phase des Krisenzyklus vermag die Krise zwar nicht zu verhindern, wohl aber zu verschieben. Von dieser Möglichkeit wird inzwischen durch Staatskredit zur Absorption überproduzierter Waren bzw. Auslastung von Kapazitäten systematisch Gebrauch gemacht.[22]
Uns interessiert im Rahmen dieses Aufsatzes jedoch nur am Rande, welche Rolle das Kreditwesen im Rahmen staatlicher Krisenvermeidungs- und Steuerungsversuche besitzt. Statt dessen soll hier untersucht werden, wie sich die widersprüchlichen Wirkungen des Kreditwesens in Stellung und Funktion der *Banken*, als den institutionellen Trägern des Kreditwesens, durchsetzt. Aus den bisher abgeleiteten Bestimmungen kann soviel schon jetzt allgemein gesagt werden: die Banken nehmen im politisch-ökonomischen System Funktionen ein, die sich im Widerspruchsfeld von Krisenbeförderung und Produktivkräfteentwicklung bewegen. Es wird eine entscheidende Frage sein, ob sie – als Einzelkapitale – selbst Objekt dieses Widerspruchsfeldes sind oder ob sie bewußt und autonom diese Widersprüche zu regulieren vermögen.
Zunächst wird jedoch eine Stufe konkreter anzusetzen sein, um die Funktion der Banken als Repräsentanten des kollektiven Kapitals der Gesellschaft und als dessen Distributionsorgan darzustellen.

3. Zur Rolle der Banken im Kapitalprozess

a) Die Banken als gesellschaftliche Schuldner und Gläubiger

Die Grundlagen für die Möglichkeit des Kredits, die wir oben im Hinblick auf den Kapitalkreislauf betrachtet haben, erweitern sich bedeutend, sobald man die *Banken* als Institutionen, in denen sich das brachliegende Geld der gesamten Gesellschaft sammelt, untersucht.
Der hohe Grad der Vergesellschaftung im Kredit- und Bankensystem geht aus den veröffentlichten Bilanzen und Statistiken nur unvollständig hervor, denn die Formen, in denen das Geld bei den Banken angelegt wird, lassen ihre Herkunft – temporär freigesetztes Geld aus dem Kapitalkreislauf, Revenueteile der unproduktiven Klasse (Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater u. a.), abgezwackte Lohnteile und von öffentlichen Instanzen vorübergehend stillgelegte Steuern – nur noch vage erkennen. Die wichtigsten Einlagenformen sind Sicht-, Termin- und Spargelder.[23]
Sichteinlagen, täglich fällige Gelder auf Girokonten, wurden früher hauptsächlich von Unternehmen gehalten. Seit der Einführung der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlungen stammt ein großer Teil von Arbeitern und Angestellten, denen dabei nicht bewußt sein dürfte, daß sie

nunmehr als Gläubiger der Banken fungieren, denn die Kreditinstitute arbeiten mit diesen Geldern, d. h. sie leihen diese aus. Sichteinlagen sind heute für Banken kein Risiko, weil die Schwankungen durch die relativ konstanten Zahlungsgewohnheiten kalkulierbar sind.

Hinter den Termineinlagen, d. h. den befristeten Geldern, verbirgt sich hauptsächlich brachliegendes Geldkapital, das aus den verschiedenen Kreisläufen von Einzelkapitalien stammt. Durch die Zentralisierungs- und Vermittlungstätigkeit der Banken wird dieses Geld anderen Kapitalisten zur Verfügung gestellt.

Den größten Anteil der insgesamt eingelegten Gelder machen die Spareinlagen aus, die sich zu 60% aus den individuellen Konten von Arbeitern und kleinen Angestellten zusammensetzen.[24] Da diese Gruppe während der Einlagenzeit jede Verfügungsgewalt über ihre Spargelder verliert, bedeutet dies, daß mit diesen Geldern auch produktive Anlagen und die Anwendung moderner Technologie finanziert werden können, oder anders ausgedrückt: Arbeiter und Angestellte finanzieren unter Umständen den Verlust ihres eigenen Arbeitsplatzes. Ein schwacher Trost mag darin bestehen, daß die Mehrzahl der Spargroschen zu den Sparkassen fließt, die diese hauptsächlich an den Wohnungsbau und öffentlichen Sektor (Kanalisation, Kläranlagen, Straßenbau u. a.) weiterleiten. Das Eigenkapital der Banken macht nur einen verschwindend kleinen Teil aus (es schwankt zwischen 3,6 und 4,3% der Bilanzsumme)[25]. Die Kredite der ganzen Gesellschaft bilden also die Basis ihrer Tätigkeit.

Die Mobilisierung und Zentralisation der brachliegenden Gelder geschieht dabei über den Zinsmechanismus: die Gelder fließen dorthin, wo sie die höchsten Zinsen bringen.

Die Banken setzen den Zins als Mobilisierungsmittel gezielt und differenziert ein: Spargelder, die für die Banken am günstigsten sind, bringen die geringsten Zinsen – im Januar 1971 betrug der Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist 5% –, während für Festgelder (Summen unter 1 Million DM, die für drei Monate den Banken geliehen wurden), die vom industriellen und kommerziellen Kapital stammen, 6 bis 7¼% gezahlt wurden.[26]

Die Banken wiederum verlangten für ihre Kredite Zinssätze, die doppelt oder mehr als doppelt so hoch waren: für Kontokorrentkredite 9,75 bis 12%, für Wechseldiskontkredite 7 bis 9,5%, für Ratenkredite 6 bis 9,36% plus 2% Bearbeitungsgebühr, für Hypothekarkredite 8 bis 9%.[27] Während sich also Arbeiter und Angestellte bei Spareinlagen mit dem geringsten Zinssatz zufrieden geben müssen, müssen sie andererseits dann, wenn sie selbst einen Kredit aufnehmen, z. B. in der Form des Kontokorrent- oder Ratenkredits, die höchsten Zinssätze zahlen. Wir haben bereits früher dargelegt, was den Wucher ausmacht: er wird nicht allein durch

die Höhe des Zinssatzes, sondern vor allem durch das gesellschaftliche Verhältnis, das er konstituiert, bestimmt: Kredite an Nichtkapitalisten erfüllen bereits diesen Tatbestand. Daß die Zinsen mitunter nur geringfügig höher liegen als jene, die der fungierende Kapitalist zahlen muß, ändert nichts an dieser Aussage. Im ersten Fall müssen die Zinsen vom Lohneinkommen gezahlt werden, im zweiten Fall bedeutet er Abzug vom Mehrwert.

Während die Banken in ihrer Kapitalmobilisierungsfunktion zu Schuldnern der gesamten Gesellschaft werden, macht sie ihre Funktion der Kapitaldistribution zu Gläubigern. Die wichtigsten Formen, in denen sie erfolgt, sind Wechsel-, Aktien- und Anleihekauf auf der einen, Darlehen und Kontokorrentkredite auf der anderen Seite.[28] Für die Stellung der Banken ergeben sich folgende Unterschiede: Während durch Wechsel, Aktie und Anleihen persönliche Gläubiger-Schuldner-Beziehungen durch den Warencharakter dieser Schuldscheine aufgehoben werden und allgemeinöffentlichen Charakter annehmen – die Person des Gläubigers kann sich durch den Verkauf von Aktien und Anleihen oder durch die Weitergabe des Wechsel beliebig verändern –, konstituieren Darlehen und Kontokorrentkredite direkte Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse. Um die Jahrhundertwende dominierten noch die allgemeineren Kreditformen, heute sind es dagegen direkte Kreditverhältnisse zwischen Banken und Schuldnern.[29] Einer der Gründe für diesen Wandel mag darin liegen, daß Aktien und Wechsel bis zu einem gewissen Grade die Bedingungen der Kreditvergabe transparent machten (Kurs- und Renditebewegung), eine Publizität, die heute offenbar unerwünscht ist, in der Anfangsphase des Kreditwesens aber notwendig war, um die Umlenkung der Geldströme in produktive Anlagen zu bewirken, da die Banken noch nicht in dem Maße mit Spargeldern ausgestattet waren wie heute und in ihrem Kreditpotential noch am Anfang standen.

Der größte Teil der von den Banken bei allen Gesellschaftsklassen mobilisierten Gelder wird dem industriellen und kommerziellen Kapital zur Verfügung gestellt: 1970 waren es z. B. 225 Mrd DM oder mehr als 50% aller Kredite; auf das Industriekapital (laut Statistik: Verarbeitendes Gewerbe) entfielen 80 Mrd DM oder ein Drittel. Hier haben die Großbanken ihr Schwergewicht: 30% der gesamten Kredite an diese Gruppe stammt von ihnen, bei den kurzfristigen Krediten sogar 60%.[30]

Die zweitgrößte Kreditnehmergruppe ist die Wohnungswirtschaft mit fast 40%, Sparkassen und Realkreditinstitute teilen sich hier die Geschäfte, die Großbanken spielen so gut wie gar keine Rolle (ihr Anteil betrug 0,6%).[31]

Die Konsumenten hatten 1969 einen Anteil von 7%, die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung belief sich auf 460 DM. Vor allem die Spar-

kassen sind hier traditionsgemäß engagiert: sie hatten 1969 einen Anteil von 32%, aber immerhin war der Anteil der Großbanken in diesem Bereich mit fast 17% ebenso hoch wie der des Genossenschaftssektors; auf die Teilzahlungsinstitute entfielen 15%.[32]

Die Verteilungsfunktion der Banken[33] ist von großer Wichtigkeit für die Expansionsmöglichkeiten der einzelnen Kapitale. Die Banken scheinen bewußte Instanzen zur Proportionierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu sein, gewissermaßen der bewußte Arm des Wertgesetzes. Wir wissen aber, daß die Höhe der Kreditnachfrage ganz gegensätzliche Verhältnisse anzeigen kann: besonders gute Verwertungsbedingungen und damit Akkumulationschancen und besonders schlechte, nämlich Verkaufs- und damit Liquiditätsschwierigkeiten. Wichtig für die »Wertgesetzfunktionen« der Banken wäre es deshalb zu wissen, nach welchen Grundsätzen Kredite vergeben werden, wie sich Bonitätsprüfungen – also die detaillierten Einsichtnahmen in Unterlagen der kreditnachfragenden Unternehmen – gestalten. Hierüber gibt es jedoch keine Öffentlichkeit. Das Bankgeheimnis[34] funktioniert besser – offensichtlich durch gentleman's agreement und »vornehme Zurückhaltung« als Habitus verstärkt – als die Schweigepflicht der Ärzte oder der Finanzämter gegenüber Patienten oder Steuerzahlern.

Sowohl die Höhe der mobilisierbaren Gelder als auch die Höhe der zu verteilenden Kredite wird von der zyklischen Kapitalbewegung bestimmt und somit sind die Banken ebenfalls den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalreproduktion unterworfen. Dieses Abhängigkeitsverhältnis läßt sich besonders an der Gewährung kurzfristiger Kredite demonstrieren: z. B. nahm sie im Hochkonjunkturjahr 1965 um 6,6 Mrd DM zu, während sie in den beiden folgenden Abschwungsjahren nur noch um 5,0 und 2,0 Mrd DM stieg. Ähnliche Schwankungen lassen sich auch bei der Entwicklung der mittelfristigen Kreditinanspruchnahme beobachten: relativer Rückgang im Krisenjahr 1967 und Wiederanstieg ab 1968.[35] Die langfristigen Kredite sind gegenüber der zyklischen Kapitalbewegung ziemlich robust – sie haben einen relativ kontinuierlichen Verlauf –, was mit der geringen Inanspruchnahme dieser Kreditart durch die Industrie zusammenhängen dürfte, die den größten Teil ihrer produktiven Anlagen selbst finanzieren kann.

Auch auf der Einlagenseite ist die Abhängigkeit von den jeweiligen Kapitalverwertungsbedingungen nachweisbar, vor allem bei jenen Einlagen, die überwiegend vom industriellen und kommerziellen Kapital stammen: der Anstieg der Sicht- und Termineinlagen verlangsamte sich in den auslaufenden Boomjahren 1965 und 1966 (1965: + 5,5 Mrd DM, 1966: + 4,4 Mrd DM), in denen durch die angespannte Lage im Akkumulationsprozeß kaum Gelder freigesetzt werden, sondern im Gegenteil, wie

bei den kurzfristigen Krediten gezeigt, ein hoher Bedarf an zusätzlichen Geldern besteht.[36]
Allerdings konnte sich das Bankkapital in der BRD diesem Zinsmechanismus in gewissem Grade widersetzen, weil durch die hohe Integration in den internationalen Geld- und Kreditmarkt – vor allem die drei Großbanken und die Westfälische Landesbank spielen dort eine Rolle – das Gewicht der Verleihertätigkeit ins Ausland verlagert werden konnte. Die aus dem inländischen Kapitalkreislauf stammenden Gelder werden anderen nationalen Kapitalien zur Verfügung gestellt mit der Folge, daß in der BRD Zinsreduktionen verhindert wurden. Diese Möglichkeit, auf ausländische Finanzmärkte auszuweichen, wirkte sich z. B. bei der Anti-Rezessionspolitik 1967 von Bundesregierung und Bundesbank negativ aus, als sie versuchte, via Billig-Geld-Politik die wirtschaftliche Tätigkeit anzukurbeln, und die Banken einen Teil der zu ihnen strömenden Gelder ins Ausland exportierten. Der internationale Zusammenhang kann auch in umgekehrter Richtung wirken, wie das Beispiel der hohen Geldzuflüsse in den Boomjahren von 1969 und 1970 zeigt. Die Geldimporte waren damals so stark, daß die Bundesbank gezwungen war, ihre Hochzinspolitik aufzugeben.

b) Das Verhältnis von Bankkapital und Staat[37]

Die Entwicklung des Bank- und Kreditsystems hängt eng mit dem öffentlichen Finanzbedarf zusammen. Trotz vollentwickeltem Steuersystem ist der Staat auch heute noch auf die Banken und auf bankähnliche Institute als Kreditgeber angewiesen. Der direkte Bankkredit ist die wichtigste Verschuldungsform: 1969 betrug z. B. die gesamte Verschuldung der öffentlichen Körperschaften 116 Mrd DM, davon entfielen 60% auf Kreditinstitute, 22% auf Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Pensionskassen u. ä.), 10% auf Bundesbank (kurzfristige Kassenkredite) und 6% auf Sozialversicherungen.[38] Von der Nettokreditaufnahme in den Jahren von 1966 bis 1969 in Höhe von 33 Mrd DM wurden sogar 31 Mrd DM von den Kreditinstituten bereitgestellt.[39]
Die finanzielle Abhängigkeit der öffentlichen Hand von den Banken scheint uns gegenwärtig eher stärker zu sein als die Abhängigkeit großer industrieller Kapitale. Die Rolle der Banken beim öffentlichen Schuldenmanagement besteht darin, die staatliche Kreditaufnahme unter die Logik der Kapitalverwertung zu subsumieren. Diese hier von uns vertretene These läßt sich besonders gut an der Institution und Tätigkeit des Bundesanleihe-Konsortiums (BK) demonstrieren.
Wenn die öffentlichen Gebietskörperschaften einen langfristigen Kredit in

Millionenhöhe benötigen und diesen in der Form der öffentlichen Anleihe aufnehmen wollen, dann sind sie auf die aktive Unterstützung dieses Gremiums angewiesen, in dem unter der Führung der Bundesbank 90 Kreditinstitute zusammengeschlossen sind und in dem die Großbanken die dominierende Rolle einnehmen.

Die öffentlichen Stellen könnten im Prinzip die Emission selbst vornehmen – mit den Landeszentralbanken und den Postschaltern als Verteilungsstellen –, doch würden sie damit das Risiko eingehen, nur einen Teil des Anleihebedarfs decken zu können. Der Vorteil des BK besteht darin, daß es die Emission bevorschußt, d. h. der Kredit wird vom BK voll zur Verfügung gestellt und das Placierungsrisiko (Absatzrisiko) von ihm selbst übernommen.

Die öffentlichen Stellen sind also mehr auf das BK angewiesen als umgekehrt, da die Banken auch andere Geschäfte, z. B. internationale Emissionen tätigen können.

Für die Banken bedeutet dieser Zusammenschluß im BK eine monopolartige Position gegenüber dem öffentlichen Verhandlungspartner, was sich u. a. auch darin zeigt, daß es den Banken möglich war, ein eigenes Konsortialrecht zu schaffen, das sehr stark vom Normaltypus der bürgerlichrechtlichen Gesellschaft abwich.[40] Trotz dieser außergewöhnlichen Stellung sind konkurrierende Angebote nicht ausgeschlossen, doch können sie in der Regel innerhalb des BK aufgefangen werden, so daß es nach außen als einheitliche Gruppe agiert. Die Differenzen innerhalb dieses Gremiums lassen sich indirekt an der Auseinandersetzung um Mitgliedschaft und Quotenanteil erkennen: durch die Quote wird einmal festgesetzt, wie hoch der Übernahmebetrag ausfällt, und zum anderen die Höhe des »Gründergewinns«[41], die Bonifikation. Wie zäh dabei verhandelt wird, zeigt die Tatsache, daß nach längeren Verhandlungen 1959 11 Privatbankiers aufgenommen wurden, die sich mit Zwerganteilen von 0,10 bis 0,20% begnügen mußten.[42] Die höchsten Quoten besitzen die drei Großbanken mit ihren Berliner Tochtergesellschaften, allerdings mußten sie seither Verluste hinnehmen: 1952 betrug ihr Anteil 45%, 1973 nur noch 35,95%. Diese Umverteilung geschah vor allem zugunsten des Genossenschaftssektors (1973: 11%, 1952: 4%).[43]

Verhandlungsgegenstand zwischen BK und öffentlichen Emittenten ist die Höhe des Emissionskurses, der Nominalverzinsung, Länge der Laufzeit und der geeignete Emissionszeitpunkt. Für ihre Emissionsfunktion erhielten die Banken 1½ bis 2% des Anleihenennbetrages. Wie stark hierbei die Position der Banken sein kann, zeigen die Ereignisse in den Jahren 1965 und 1966: im Oktober 1965 hatte der Runde Tisch – ein Koordinationsorgan zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, das die öffentliche Kreditinanspruchnahme regeln sollte – grünes Licht für eine Bundesanleihe

in Höhe von 400 Millionen DM gegeben. In den Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium erreichte das BK eine Kürzung um 200 Millionen DM mit der Begründung, der Kapitalmarkt müsse geschont werden.[44] Eine für Mitte Dezember 1965 vorgesehene Anleihe wurde mit dem gleichen Argument auf Januar 1966 verschoben und von Mai 1966 bis Februar 1967 setzte das BK eine Emissionspause durch.

Die Emissionspause wurde vor allem mit »Konjunkturerfordernissen« legitimiert: nach den Regeln der Konjunktursteuerung soll der öffentliche Sektor im Boom nicht durch zusätzliche Nachfrage die Wirtschaft noch mehr anheizen, in der Rezession, die als Nachfragelücke interpretiert wird, dagegen kompensierend einspringen. Für den monetären Bereich heißt dies u. a., daß die öffentliche Hand in der Hochkonjunktur – und 1965/66 wurde als solche aufgefaßt – nicht mit dem Kapital um knappe finanzielle Ressourcen konkurrieren durfte. Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank bringt diese Ansicht am besten zum Ausdruck; er war ein entschiedener Vertreter des Emissionsstops und forderte sogar gesetzliche Eingriffe, um Art und Ausmaß der öffentlichen Verschuldung zu regeln; notfalls, so argumentierte er, müsse das Grundgesetz geändert werden. Seine Begründung: die private Wirtschaft kämpfe zur Zeit (1966) nicht nur gegen Kosteninflation und Erlöseinbußen, sondern auch noch mit der öffentlichen Hand um Finanzierungsmittel.[45] In dem Maße, in dem die öffentliche Schuldenpolitik als Konjunkturinstrument akzeptiert wird, in dem Maße ist ihre Subsumtion unter Kapitalverwertungsinteressen vollzogen.

Teilweise konnten die öffentlichen Stellen die Emissionspause dadurch umgehen, daß sie sich kurzfristig verschuldeten; allerdings dürften diese Kredite teurer gewesen sein als die geplanten Anleihen. Die Frage, inwieweit die direkte Kreditgewährung von den gleichen Institutionen vollzogen wurde, die die Anleiheemission verhinderten, kann mangels Transparenz in diesem Bereich nicht beantwortet werden. Jedenfalls hätte die Emission öffentlicher Anleihen für die Groß- und Geschäftsbanken zur Folge gehabt, daß sie tatsächlich den Kredit der privaten Wirtschaft hätten kappen müssen; die Emissionspause wurde somit vom Bankenkapital im Interesse des Industriekapitals durchgesetzt.

Daß Emissionsstop und antizyklisches Schulden-Management nicht unbedingt im Interesse bestimmter Einzelkapitale sind, macht andererseits ein Darlehen in Höhe von 400 Millionen DM deutlich, das die Fernmeldeindustrie 1966 der Bundespost zu ungewöhnlich guten Konditionen (8% Zinsen bei einer Laufzeit von 1½ Jahren) zur Verfügung stellte.[46] Dieser Kredit sprang für eine nicht auflegbare Anleihe ein, deren Ausfall jedoch zu Kürzungen des Investitionsprogramms der Bundespost geführt hätte und damit auch zu Auftragskürzungen bei den betroffenen Industrien.

Wie weiter unten gezeigt wird, spielen Lieferantenkredite zwischen den Unternehmen eine große Rolle; wie in diesem Beispiel können sie als ein Moment gegen die Bankenmacht qua Kreditverfügungsgewalt aufgefaßt werden.

Die Banken versuchen nicht nur, die Entwicklung der öffentlichen Schulden mit der Logik der Kapitalverwertung in Einklang zu bringen, sondern sie üben diese Funktion auch indirekt aus, indem sie bei der Verteilung öffentlicher Subventionen in Form von billigen Krediten eine besondere Stellung einnehmen. Jedes Unternehmen, das sich um zinsverbilligte öffentliche Gelder bewirbt, benötigt das positive Votum seiner Bank, die die Kreditwürdigkeit des Bewerbers und die Förderungswürdigkeit des Projekts begutachtet. Bei dieser Aufgabe fungieren die Banken sozusagen als parastaatliche Institutionen; inwieweit durch die Berücksichtigung des Rentabilitätskalküls gesetzgeberische Intentionen konterkariert werden, kann von uns im einzelnen nicht beurteilt werden; die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür als dagegen.

Die Bank bekommt für ihre gutachterliche Tätigkeit einen Bonus, der vom Kreditnehmer zu bezahlen ist. Shonfield berichtet z. B., daß der übliche Zinssatz für öffentlich subventionierte Kredite 1963/1964 3½% betragen hat gegenüber 7% für normale Bankkredite. Das Kreditinstitut erhält dabei die öffentlichen Gelder zu einem Zinssatz von 2% und darf sie für 3½% ausleihen, d. h. 1½% eignet sich bei diesem Geschäft die Bank an. Da man davon ausgehen kann, daß in der Regel auch noch Anschlußgeschäfte vorgenommen werden, dürfte der gesamte Ertrag wesentlich größer sein.[47]

4. Zur Macht der Banken über die Industrie

Ihre Stellung und Funktion im Reproduktionsprozeß des Kapitals hat die Banken immer als mehr erscheinen lassen denn als ein besonderer Zweig der Kapitalanlage und Kapitalverwertung. In den Augen der praktischen Akteure, aber auch in der Theorie gelten sie als die »Kommandohöhen der Wirtschaft« und die Beschwörung der »Macht der Banken« ist so alt wie diese selbst. Aus dem vorigen Abschnitt geht hervor, daß die Funktionsweise der Banken notwendig den *Schein* der Macht erzeugen muß, denn durch ihre Tätigkeit werden die Zwangsgesetze der Konkurrenz sozusagen offenbar und dingfest gemacht. Hier wird auf identifizierbare und personalisierbare Weise festgestellt, welche Arbeiten und Produktionsvorhaben als gesellschaftlich nützlich betrachtet werden; die Vergabe von Kredit aufgrund der Bonitätsprüfung erscheint als der bestandene Test

auf die gesellschaftliche Notwendigkeit der Produktion, während die Verweigerung von Kredit häufig den letzten Akt für die Existenz eines individuellen Kapitals einleitet. Die Macht, welche die Banken ausüben, wenn sie über Tod oder Leben der Einzelkapitale ihr Urteil sprechen, ist jedoch nur der Schein der wirklichen Macht, die in den inneren Bewegungsgesetzen des Kapitals liegen, wie sie sich in der Konkurrenz durchsetzen. Die Banken sind diesen Gesetzen ebenso unterworfen wie die anderen Einzelkapitale auch.

Der Schein der Bankenmacht hat seine Grundlage schon in der Stellung der Banken als »Überbauinstitutionen« des Produktionsprozesses. Abgehoben von allen stofflichen Problemen des Verwertungsprozesses als Arbeitsprozeß, sind die Banken dennoch Durchlaufpunkt nahezu des gesamten Wertprodukts und zwar in jener strategischen Phase im Kreislauf jedes einzelnen Kapitals, in der die Entscheidungen über die Realisierung und die Akkumulation des Mehrwerts fallen. Die Banken haben keinen Anteil an diesen Entscheidungen, aber sie registrieren sie, vermitteln sie und buchen den Erfolg. Sie kontrollieren zwar die zugrundeliegenden ökonomischen Prozesse nicht, erwecken aber den Schein der Kontrolle.

Die Diskussion um die »Macht der Banken« – vor allem auch die linke Diskussion – ist diesem Schein der Macht, wie er aus Stellung und Funktionsweise der Banken resultiert, bisher allzu rasch aufgesessen. Es ist daher notwendig, genau zu unterscheiden zwischen diesem *Schein*, der ja nur die Bestätigung für den Zwangscharakter ökonomischer Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus darstellt, und der realen Macht der Banken, die sie möglicherweise instand setzt, die Gesetzmäßigkeiten des Reproduktionsprozesses zu modifizieren. Der theoretische Ausgangspunkt für eine Bankenmachtthese, die eine derartige reale Machtbasis zu entwickeln versucht, ist die Analyse Rudolf Hilferdings über das »Finanzkapital«.[48]

Hilferdings Werk hat sowohl in den sozialdemokratischen als auch – durch die Übernahme von dessen Analyse durch Lenin – in den marxistisch-leninistischen Parteien eine Tradition begründet, die in deren strategischen und theoretischen Vorstellungen auch heute noch gegenwärtig ist. Dabei sind die Begründungen für eine veränderte Rolle der Banken, welche die *funktionellen* Zusammenhänge zwischen Bank- und Industriekapital betreffen, in den Hintergrund getreten. Was in der Argumentation hervorgehoben wird, sind macht- und einflußtheoretische Aspekte. Insofern konvergieren die marxistische und die liberale Bankenanalyse bisher stark und sind sich einig in der Kritik von Personalverflechtungen und Beteiligungspolitik. Die theoretischen Begründungen Hilferdings, »wie aus den Zirkulationsvorgängen selbst jene Macht erwächst, die als kapitalistischer Kredit schließlich die Herrschaft über die gesellschaftlichen

Vorgänge erhält . . .«[49], beruhen auf einer Verallgemeinerung und Extrapolation historischer Tendenzen, die er als Rückkehr des Kapitalismus zur Herrschaft des Wucherkapitals, also zu Zuständen wie an seinem Ausgangspunkt – allerdings auf unendlich höherer Stufe der Entwicklung – interpretiert:

»Die Mobilisierung des Kapitals und die stets stärkere Ausdehnung des Kredits ändert allmählich die Stellung der Geldkapitalisten vollständig. Die Macht der Banken wächst, sie werden die Gründer und schließlich die *Beherrscher* der Industrie, deren Profite sie an sich reißen, ganz wie einst der alte Wucherer in seinem ›Zins‹ den Arbeitsertrag des Bauern und die Rente des Grundherren.«[50]

Das *Finanzkapital* ist daher für ihn nicht nur ein wirtschaftshistorisches Konzept, welches es erlaubt, die Erscheinungsformen vor allem des deutschen Kapitalismus vor dem Ersten Weltkrieg theoretisch zu ordnen, sondern die Theorie eines »Neuen Kapitalismus« mit bestimmten Folgerungen für den Übergang zum Sozialismus.
»Finanzkapital«, das bedeutet für Hilferding mehr als die funktionelle Verflechtung[51] und wechselseitige Abhängigkeit von Banken und Industrie. Vielmehr impliziert der Begriff eine eindeutige Herrschaftsbeziehung, die Herrschaft der Bankiers. Lenin hat dagegen in seiner Definition des »Finanzkapitals« die Frage der Dominanz – sei es der Banken über die Industrie (bzw., wie Lenin gegenüber Hilferding präzisiert, gegenüber den *Monopolen*), sei es der Industrie (Monopole) über die Banken – offen gelassen. Er verwendet den Begriff der »Verschmelzung«:

»Konzentration der Produktion, daraus entwachsende Monopole, Verschmelzen oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.«[52]

Damit deutet sich für den Begriff jedoch ein ganz anderer Inhalt an, denn hier wird ein einheitlicher Kapitalkomplex Monopole/Banken dem Rest der Gesellschaft, den kleinen Kapitalen, Bauern und Lohnabhängigen gegenübergestellt. Der Begriff Finanzkapital verliert dabei jedoch jede spezifische Bedeutung. In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die an diese Leninsche Bestimmung anknüpft, wird er weitgehend synonym mit dem des »Monopolkapitals« verwendet.[53]
Analysiert man die *reale Macht* der Banken in der Tradition von Hilferding näher, so beruht sie auf drei Momenten: a) der funktionellen Verbindung von Bank- und industriellem Kapital, b) den eigentumsrechtlichen und personellen Einflußfaktoren und schließlich c) der selten explizit ausgewiesenen These von der höheren Rationalität der Bankfunktionen im Hinblick auf das gesellschaftliche Reproduktionssystem im Kapitalismus. Wir wollen im folgenden einige Veränderungen in der Rolle der Banken anführen, gewissermaßen um zu überprüfen, ob das empirische Fundament, auf das Hilferding seine These gegründet hat, noch hält.

Hilferding nannte hier die zunehmende Bedeutung des *Kapitalkredits* für die Akkumulation des industriellen Kapitals und die *Emissionsfunktion* der Banken.

In der gesamten Finanzierungsstruktur der Unternehmen zeigt sich heute in allen entwickelten kapitalistischen Ländern ein Phänomen, das die These von der wachsenden Kreditabhängigkeit des industriellen Kapitals zunichte gemacht hat, nämlich die steigende »Selbstfinanzierung« der Einzelkapitale, also die Akkumulation aus ihrer »eigenen« Mehrwertmasse (nicht entnommene Gewinne, Abschreibungen). Die Selbstfinanzierungsquote bei Aktiengesellschaften schwankte z. B. im Zeitraum von 1963 bis 1970 zwischen 70 und 80%.[54]

Dem hohen Anteil der Selbstfinanzierung entsprechend ist die Bedeutung von Emissionen zur Beschaffung von langfristig anzulegendem Geldkapital immer mehr in den Hintergrund getreten. Die Periode, auf die sich Hilferdings Analyse bezog war die Gründungsperiode der deutschen Industriestruktur. In der Zeit von 1871-1904 wurden 5482 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 815 270 Mio. Mark *gegründet* (1826-50: 102 AG's mit 638 Mio. M.; 1851-70: 295 AG's mit 2404 Mio. M.)[55]. Dagegen ist die Zahl der Neugründungen von Aktiengesellschaften heute verschwindend gering und sie sinkt ständig weiter. Die Branchenstruktur und die Zahl der Unternehmen sind inzwischen stabil und Neugründungen erfolgen allenfalls in der Form der Umstrukturierung. Aber auch Anleihen und Kapitalerhöhungen verlieren immer mehr an Bedeutung: während die mittel- und langfristige Kreditaufnahme der Unternehmen von 1968 bis 1972 durchschnittlich 16 Mrd. DM betrug, erreichte der Erstabsatz von Aktien und Industrieobligationen noch nicht einmal die jährliche Marge von 3 Mrd. DM.[56] Die Bundesbank führt diese Verschiebung in der Finanzierung neben steuerlichen Aspekten auch darauf zurück, daß durch Neuemissionen die Besitzverhältnisse gestört werden könnten.[57]

Es vermindert sich daher auch die Bedeutung jener Kategorie, die Hilferding in die Kritik der politischen Ökonomie eingeführt hat und die er zum wesentlichen Hebel zur Bildung des Finanzkapitals erklärt hat: der Gründergewinn.[58]

Hilferding ging davon aus, daß die Emission von Aktien – sei es zur Gründung von Aktiengesellschaften, sei es für deren Kapitalerhöhung als eine Form der Umschuldung (mit den Emissionserlösen aus Aktien werden direkte Bankkredite getilgt) – eine ständig zunehmende Bedeutung erhalten würde, mit folgendem Resultat:

»Je stärker die Bankenmacht, desto vollständiger gelingt die Reduktion der Dividende auf den Zins, desto vollständiger fällt der Gründergewinn der Bank zu. Umgekehrt wird

es starken und gefestigten Unternehmungen gelingen, bei Kapitalerhöhungen selbst einen Teil des Gründergewinns dem eigenen Unternehmen zu sichern. Es entspinnt sich dann eine Art Kampf um die Verteilung des Gründergewinnes zwischen der Gesellschaft und der Bank und damit ein neues Motiv für die Bank, ihre Herrschaft über das Unternehmen zu sichern.«[59]

Der Gründergewinn ist heute – wie bereits bei der öffentlichen Verschuldung dargestellt – eher eine Kategorie, die das Verhältnis des Staates in seinen verschiedenen Körperschaften zum Bankkapital erfaßt.
Die Veränderung in der Akkumulationskraft der Kapitale, die sich in der relativ hohen, allerdings im Zyklus variierenden Selbstfinanzierungsquote ausdrückt, ist Resultat einer neuartigen, vor allem durch den Staat bewirkten Distribution des Wertprodukts. Die Kombination von hohen Konsum- und Lohnsteuersätzen bei gleichzeitig hohen Abschreibungsmöglichkeiten stellten eine systematische Bezuschussung der großen, produktiven Kapitale dar.[60]
Zur relativen Unabhängigkeit des industriellen Kapitals vom nationalen Bankkapital tragen noch drei weitere Faktoren bei: erstens das mögliche Ausweichen auf ausländische Geldmärkte, zweitens das gegenseitige Einräumen von Krediten zwischen Unternehmen (Lieferantenkredite) und drittens die Gläubigerposition der industriellen Kapitale gegenüber den Banken. Währungskonvertibilität, freier Kapitalverkehr[61] und die Existenz des unreglementierten Euro-Dollar-Marktes erleichtern zumindest den großen Konzernen die Kreditaufnahme im Ausland. In der Regel handelt es sich hier um kurzfristige Gläubiger-Schuldner-Beziehungen, die häufig dann eingegangen werden, wenn die Bundesbank im auslaufenden Boom eine restriktive Kreditpolitik betreibt. So deckten z. B. 1970 die westdeutschen Unternehmen 60% ihres kurzfristigen Nettokreditbedarfs im Ausland[62], in diesem besonderen Fall allerdings oft unter Mithilfe der eigenen bundesdeutschen Hausbanken, da den kleinen und mittleren Unternehmen der direkte Zugang zum Euro-Dollar-Markt versperrt sein dürfte.[63] Das heißt aber auch, daß es die großen Industriegiganten sind, die sich aus einer möglichen Abhängigkeit vom Bankkapital lösen können. Das Beispiel von 1970 zeigt, daß sich die Finanzabteilungen der multinationalen Konzerne durchaus mit Bankinstituten messen können: damals stellten ausländische Konzerne ihren westdeutschen Mutter- und Schwestergesellschaften fast 10 Mrd. DM zur Verfügung.[64]
Inwieweit die Unternehmen durch die gegenseitige Kreditgewährung Bankfunktionen übernehmen, läßt sich mit den vorhandenen Statistiken nur unzureichend belegen. Für 1970 liegen Schätzungen der Bundesbank vor: danach beliefen sich die Kredite zwischen den Unternehmen auf 200 Mrd. DM und machten nicht weniger als 40% der gesamten Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen) aus.[65]

Zwischen Auslandsverschuldung und Kreditverflechtung besteht außerdem ein Zusammenhang; denn große westdeutsche Unternehmen leiten die von ihnen auf den internationalisierten Kreditmärkten mobilisierten Finanzmittel an ihre Kunden weiter.[66] Sie sicherten sich damit einmal die kontinuierliche Lieferung von Vorprodukten und den Absatz ihrer eigenen Güter. Für die betroffenen Vorlieferanten bzw. Abnehmer wird unter Umständen ein Abhängigkeitsverhältnis, das zu den Banken, durch ein anderes, das zu den großen Konzernen, ersetzt.
Neben der Kreditaufnahme im Ausland und bei befreundeten Unternehmen muß noch als drittes Moment gegen die Bankenmacht-These die relative Stärke großer Konzerne als »Einleger« genannt werden. Die Unternehmen treten ja nicht nur als Kreditnachfrager auf, sondern sie spielen auch als Gläubiger der Banken eine erhebliche Rolle. Die Drohung, Termineinlagen abzuziehen, wenn die Banken ihren Kreditwünschen nicht entgegenkommen sollten, kann als Waffe ebenso eingesetzt werden, wie die Banken ihrerseits versuchen werden, Kredit- und Einlagengeschäft zu koppeln. Allgemeine Aussagen, wer letztlich der Stärkere sein wird, lassen sich nicht machen, sondern es kommt hier auf die jeweiligen konkreten Situationen an. Vorschnelle Annahmen über Dominanzverhältnisse sind deshalb äußerst riskant.

b) Eigentumsrechtliche und einflußmäßige Faktoren der Bankenmacht

Die Macht der Banken wird in der gegenwärtigen Diskussion vor allem auf folgende Faktoren zurückgeführt: direkter Aktienbesitz der Banken, Depotstimmrecht und Aufsichtsratspositionen; die zu diesen Komplexen vorgelegten Daten scheinen dies auch zu rechtfertigen.
Nach einer Aufstellung von Jörg Huffschmid hatten die Banken Ende 1967 140 Beteiligungen von über 25%, davon 83 im Nicht-Bankensektor; in 50 Fällen besaßen sie mehr als 50%.[67] Zu diesen direkten Beteiligungen kommen noch jene durch ihre Investment-Tochtergesellschaften hinzu.[68]
Diese Position aufgrund eigener Beteiligungen wird noch durch die Institution des Depotstimmrechts verstärkt: danach verwalten die Banken die in ihrem Depot liegenden Aktien – 1971 29,4 Mrd. DM, das sind 50% aller umlaufenden Aktien – und vertreten in den Hauptversammlungen den größten Teil der kleinen Aktienbesitzer. Die Banken benötigen, wenn sie das Stimmrecht ausüben wollen, vorher eine entsprechende Vollmacht vom Eigentümer, die für 15 Monate im voraus gegeben wird. Sie müssen vor jeder Hauptversammlung die Aktionäre anschreiben und um Weisungen bitten, bleiben diese jedoch aus, dann können die Banken nach

ihrem Belieben verfahren. Jörg Huffschmid schreibt über den Einfluß der Banken durch das Depotstimmrecht, wobei er sich auf die Ergebnisse der Konzentrationsenquête beruft:

»Auf den Hauptversammlungen der Gesellschaften wurden 6,3 Mrd. DM von den Banken vertreten, das ist die Hälfte des Grundkapitals aller untersuchten Gesellschaften, zwei Drittel des gesamten bei den Banken liegenden Aktienkapitals und mehr als das Fünffache des Eigenbesitzes der Banken. Diese Zahl gibt aber ein noch zu harmloses Bild von den Machtverhältnissen, insbesondere der Macht der Großbanken. Wenn man berücksichtigt, daß die Präsenz auf den Hauptversammlungen durchschnittlich 70 bis 80% beträgt, und daß auf die drei Großbanken 70% der von den Banken vertretenen Stimmen entfallen, so ergibt sich: 1. daß mit 63,7% fast zwei Drittel des auf Hauptversammlungen repräsentierten Grundkapitals von den Banken vertreten wurden, und 2. daß 44,6% des repräsentierten Grundkapitals der untersuchten Aktiengesellschaften von den drei Großbanken vertreten wurden. Auf den Hauptversammlungen von 90 der 425 untersuchten Gesellschaften vertrat jeweils eine Bank über 50% des anwesenden Kapitals, obwohl sich nur 27 dieser Gesellschaften zu über 50% im Besitz der Banken befanden. In 17 Fällen handelten die Banken im Auftrag eines Großaktionärs. Bei den übrigen 46 Gesellschaften gab es keinen Mehrheitsaktionär, die Mehrheit der Banken beruhte auf dem Depotstimmrecht.«[69]

Ein drittes Moment kommt noch hinzu, die Stimmenleihe, das heißt die Banken können ihre Depotstimmen an ein befreundetes Bankinstitut abtreten. Das Stimmenpotential setzt sich also aus drei Komponenten zusammen: 1. Stimmrecht aus eigenem Aktienbesitz, 2. Stimmrecht aus Depotbesitz der eigenen Kunden und 3. Stimmrecht aus übertragenen Depotstimmen. In den Hauptversammlungen, in denen die Banken agieren, besitzen sie die absolute Mehrheit des vertretenen Grundkapitals und sind damit die stärkste und bedeutendste Gruppe.

Die Folge davon ist, daß die Banken ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder stellen und in fast allen wichtigen Aktiengesellschaften der BRD sitzen. Kann jedoch aus dieser Kumulation von Aufsichtsratsposten auf die Herrschaftsausübung der Banken über Aktiengesellschaften geschlossen werden? Ohne zunächst auf das Problem einzugehen, daß unternehmerische Entscheidungen letztlich durch die Kapitalbewegung bestimmt sind, soll zunächst der einflußtheoretische Ansatz immanent kritisiert werden. Der Hauptfehler, der dabei gemacht wird, liegt in der stillschweigenden Annahme, der Aufsichtsrat erfülle die ihm vom Gesetz zugeschriebene Rolle als Kontrollorgan.

Amerikanische Untersuchungen[70] über das tatsächliche Entscheidungszentrum in großen Korporationen betonen dagegen organisationssoziologische und gruppendynamische Aspekte, die die Vorstellung vom Aufsichtsrat als einer dominierenden Institution in einem anderen Lichte erscheinen lassen. Auch wenn diese Forschungsergebnisse nicht alle auf westdeutsche Verhältnisse übertragbar sind, so stimmen sie u. E. in der Grundtendenz. Ein Argument gegen die überragende Machtposition des Auf-

sichtsrats (AR) würde demnach lauten, daß das Unternehmensmanagement alles versuchen werde, um sich Dominierungsbestrebungen von Seiten des AR zu entziehen. Was in der Regel auch gelinge, weil der Geschäftsvorstand eines Konzerns am längeren Hebel sitze, er kenne die notwendigen Details, treffe die täglichen Entscheidungen usw., während der AR auf diese Informationsangabe angewiesen sei, die er nur in Ausnahmefällen erzwingen könne. In der Regel wird der AR immer nur so viel erfahren, wie es dem Unternehmensmanagement gerade notwendig und sinnvoll erscheint. Insofern ist z. B. Pritzkoleit Recht zu geben, der den AR als ein Gremium versteht, das Wissen über die Konjunktur und über Strukturveränderungen vermittle, ein Wissen, das in diesem Umfang von keinem wirtschaftswissenschaftlichen Institut geliefert werden könne. In dieser gegenseitigen Information – neben den Banken sind es vor allem Lieferanten und Abnehmer, die im AR sitzen – liege die Hauptfunktion dieser Institution, nicht in der Kontrolle der Unternehmen.[71]

Eines der wenigen Beispiele über die konkrete Machtausübung der Banken findet sich bei Helmut Arndt[72]: Eine mittlere Aktiengesellschaft der Textilbranche wurde vom Bankenvertreter gezwungen, ihre hohen Exporterlöse bei der Bank zu dem niedrigen Zinssatz von 1% anzulegen. Dieser eher harmlose Fall macht jedoch eins deutlich: die Machtposition der Banken beruht weniger auf ihrem AR-Sitz als auf ihrer Verfügungsgewalt über den Kredit; derartige Kopplungsgeschäfte lassen sich auch mit einem einfachen Kreditvertrag erzwingen. Einem Aufsichtsratsvorsitzenden, der z. B. die Kleinaktionäre repräsentieren würde – nach welchem Modus auch immer delegiert – fehlt ein derartig wirksames Druckmittel.

Diese Feststellung zeigt, daß Bestrebungen, die das Depotstimmrecht der Banken abschaffen wollen, nicht zugleich die Abschaffung etwaiger Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Unternehmen und Banken bedeuten würden. Nicht, daß wir glaubten, der AR habe die Qualität eines Kaffeekränzchens für Männer in gehobenen Positionen, nur dürften die auf macht- und einflußtheoretischen Annahmen basierenden Arbeiten die Funktionen dieses Gremiums überschätzen. Überschätzen auch deshalb, weil Entscheidungen über die Vergrößerung von Produktionsanlagen, Entlassungen von Arbeitern, verstärkte Exportexpansion oder die Entwicklung eines neuen Modells etc. bei beiden Institutionen nach den gleichen Kriterien getroffen werden; was zur Entscheidung ansteht, wird also vor allem und im wesentlichen objektiv, d. h. von den jeweiligen Verwertungsverhältnissen bestimmt. Das heißt nicht, daß zwischen Geschäftsvorstand und AR nicht Meinungsverschiedenheiten über die Konjunkturentwicklung oder über einzuschlagende Strategien bestehen können, denn aus den Problemen, die durch den jeweiligen Stand der Kapitalbewegung aufgeworfen werden, kann nicht unmittelbar auf deren Lö-

sung geschlossen werden. Eine bestimmte Varianz der Reaktion, die den Entscheidungsspielraum absteckt, ist deshalb möglich.
Nur noch am Rande sei vermerkt, daß auch aus der Anhäufung von Aufsichtsratssitzen – nach der Aktienreform von 1965 wurden sie auf 15 beschränkt – nicht auf den dominierenden Einfluß einer Persönlichkeit, z. B. von Hermann Josef Abs, geschlossen werden darf, nach deren Willen die bundesdeutsche Wirtschaft funktionierte. Vor allem DDR-Autoren statteten einzelne Personen geradezu mit magischen Kräften aus. Solche personalistischen Erklärungen verdecken ebenfalls objektive Gesetze gesellschaftlicher Kapitalreproduktion.

c) *Die höhere Rationalität des Bankkapitals*

Die besondere Funktionsweise des Bankkapitals, die wir bereits als Ursache für den Schein der Macht, die den Banken als Einzelkapitalen zugesprochen wird, analysiert haben, erzeugt auch den Schein einer höheren gesellschaftlichen Rationalität des Bankkapitals. Damit ist nicht gemeint, daß nun die Banken etwa von den industriellen Kapitalien unterdrückte und vernachlässigte gesellschaftliche Bedürfnisse zur Geltung brächten – dies widerspräche ihrer Stellung im gesamten Reproduktionsprozeß des Kapitals, die ja gerade auf dem Prinzip der größtmöglichen Verwertung der Kapitale im Produktionsprozeß beruht. Gemeint ist vielmehr die gesellschaftliche Rationalität des Kapitals, die sich auf die insgesamt zu produzierende Mehrwertmasse und auf deren Reproduktion auch in Zukunft bezieht. Die Banken sind in einer zentralisierten Stellung gegenüber vielen Kapitalen, sowohl gegenüber solchen Kapitalen, die in Produktivitätskonkurrenz um die gleichen Produkte stehen, als auch gegenüber solchen, die als branchenfremde nur in bezug auf die maximale Selbstverwertung konkurrieren. Diese Stellung gibt ihnen die Möglichkeit des Vergleichs, der systematischen Information und koordinierten Auswertung von Erfahrungen.
Der *Vergleich* von Produktionspreis und Marktpreis, den Marx als Kriterium für Produktionseinschränkung bzw. Kapitalwanderung nannte, fällt den Kapitalisten der verschiedenen Produktionssphären für außerhalb ihrer eigenen Sphäre nicht leicht. Zum einen spielen hier Umstände mit, die nur kurzfristig gelten und besonderen Marktkonjunkturen usw. geschuldet sind. Zum andern muß man die Entwicklung der Produktionstechnologie überblicken können, um gegen plötzliche Wertrevolutionen von den Produktionsbedingungen her gewappnet zu sein. Wie aber soll ein Einzelkapitalist den notwendigen Einblick in die fremde Branche gewinnen?
Nun haben die Banken nicht nur ihre *Interessen* in allen Branchen – dies

hat der Tendenz nach und latent jeder Kapitalist –, sondern sie haben dadurch, daß sich das Expansionsinteresse der Einzelkapitalien und ihre Verwertungsbedingungen in Fremdkapitalnachfrage ausdrücken, auch unmittelbaren *Einblick* in die andern Branchen. Die personellen Einflußbeziehungen aufgrund von Aufsichtsratspositionen sind nur ein Ausdruck, gewissermaßen eine Form für das Bankkapital, sich seiner Anwendungsbedingungen in den verschiedenen Kapitalanlagesphären bewußt zu werden.

Somit könnte man bei den Banken die Kompetenz und die höhere Rationalität vermuten, die nötig wäre, um die Verteilung des gemeinschaftlichen Kapitals bewußt zu steuern. Für den Apologeten scheint dies auch gar nicht zweifelhaft:

»Der geschäftliche Vorteil der mannigfachen personellen Verbindungen läßt sich zwar zahlenmäßig nicht erfassen, jedoch besteht kein Zweifel, daß ihre Vielzahl für die Filialbanken schon allein deshalb von großem Wert ist, weil dadurch die Konstanz und der Umfang ihrer Geschäftsverbindungen eine wesentliche Unterstützung erfährt. Hinzu kommt, daß sie auf diese Weise einen umfassenden *Einblick in die Entwicklung sämtlicher Wirtschaftszweige* erlangen, wodurch sie ihre geschäftlichen Dispositionen, auf die Kenntnis konkreter Tatsachen gestützt, an den zu erwartenden Entwicklungstendenzen ausrichten können. Dabei veranlaßt sie ihr persönliches Sicherheitsbedürfnis (!) zu einer volkswirtschaftlich besonders wertvollen konjunkturellen Ausgleichstätigkeit, denn sie unterstützen nur dort die Unternehmerinitiative durch Kreditgewährung, wo nach ihrer Ansicht auch in Zukunft ohne Übersetzungsgefahr hinreichende Gewinnchancen zu erwarten sind.«[73]

Es sind nicht nur die mit der Bonitätsprüfung und durch Positionen in den Aufsichtsräten gegebenen präzisen Informationen, welche die Banken als Koordinationsinstanz überlegen erscheinen lassen, es ist vor allem ihre unmittelbare Sanktionsmöglichkeit in der Form der Kreditvergabe. In den Banken ist im Kapitalismus, wie es scheint, eine Instanz entstanden, welche den Charakter der »gesellschaftlichen Notwendigkeit« jeweils bestimmter Produktionsbedingungen und Produktquantitäten – deren Bestimmung nach marxistischer Theorie gerade naturwüchsig und unkoordiniert erfolgt – bewußt entscheidbar macht.

»Es wäre überraschend«, schreibt Shonfield über die »Organisierte freie Marktwirtschaft der BRD«, »wenn die Direktoren und höheren Angestellten einer deutschen Großbank, die entweder als Aufsichtsratsmitglieder von Industriefirmen oder im Zuge des normalen Bankgeschäfts aktiv in industriellen Angelegenheiten engagiert sind, nicht ständig versuchen würden, einen Konsens hinsichtlich der Aussichten und Probleme der betreffenden Industrien zu erreichen.«[74] Die Probleme, um die es bei der Konsensfindung gehen mag: ob man dem einen Kunden Rat und Kredit für die Ausweitung einer bestimmten Produktion geben soll, wenn man von den Ausweitungsplänen eines anderen Kunden in der gleichen Pro-

duktion weiß; ob man Kooperationen oder Fusionen zwischen Unternehmen empfehlen oder erzwingen soll, um eine für »notwendig« gehaltene Marktstruktur durchzusetzen; ob man eine Innovation fördert oder bremst, sind aber genau die Probleme, welche sich im Kapitalismus durch das Wertgesetz auf objektive Weise und durch *»strukturelle Gewalt«* lösen. So wichtig es ist, die Versuche zur bewußten Gestaltung und »Organisation« des Kapitalismus gerade durch die Banken nicht zu vernachlässigen[75], so notwendig ist es daher auch, die Grenzen derartiger Versuche zu zeigen. Diese Grenzen liegen zum einen in einer gewissen – und oben schon beschriebenen – Emanzipation des industriellen Kapitals von den Banken, sei es aufgrund erhöhter »Selbstfinanzierung«, sei es aufgrund eigener Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland (Lieferantenkredite usw.), zum anderen aber in dem Charakter der Banken selbst als *Kapitale*. Für die Formen der Konkurrenz zwischen den Banken existiert keine Information, kein Material, keine Öffentlichkeit (abgesehen vom Sparzins, wie überhaupt die Sparerseite die öffentliche Seite der Banken ist). Da es das Geschäft der Banken ist zu kreditieren, vermindern sich mit dem Anstieg der Liquidität und der Zinssätze auch die Skrupel in bezug auf die Bonität. Die Kehrseite der Rationalität ist daher der Schwindel und die Spekulation. Ein gutes Beispiel ist die Bauindustrie, an deren Schwindelblüte die Banken maßgeblich beteiligt sind und zwar auch zuweilen über die Grenzen der Legalität hinaus.[76] Daß es sich dabei nicht nur um kleine Banken handelt, beweist sowohl der Fall der Bau-Kredit-Bank, die zusammen mit der Kun-Bau GmbH in Konkurs ging und an der die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank, die Dresdner Bank, die Privatbank Trinkaus u. a. beteiligt sind, als auch der Fall der Hessischen Landesbank, der politisch »bereinigt« wurde.

Gerade in Krisensituationen, sei es in den zyklischen Krisen, sei es in Strukturkrisen einzelner Wirtschaftsbereiche, zeigt sich, daß die Banken eben nicht die Kommandohöhen zur Beherrschung des Wirtschaftsablaufs sind, sondern selbst *Objekt* der Krise.

Es ist nicht nur die Konkurrenz zwischen den Banken, es ist auch die dezentrale Struktur der einzelnen Großbanken, welche eine Koordination in Shonfieldschem Sinne – außer bei Großprojekten – infrage stellt. Zum Beispiel machen die Großkredite – über 1 Million DM – bei den westdeutschen Großbanken stückzahlmäßig nur einen verschwindend kleinen Teil aus; die Vergabe von Kleinkrediten geschieht in der Regel ohne Rücksprache zur Zentrale.

Als Folge dieser Konkurrenz und der dezentralen Kreditvergabe reproduzieren sich klein- oder vorkapitalistische Unternehmensformen in manchen Bereichen, wie vor allem im Baugewerbe, deren Zentralisierung im Sinne keynesianischer Steuerungsinteressen notwendig wäre.[77]

Inwieweit die Konkurrenz um Einflußsphären zwischen den Großbanken zu Folgen führt, die vom Technologiestand und von der Bonität der industriellen Kapitalisten her gesehen geradezu irrational sind, müßten nähere Untersuchungen der Skandale und spektakulären Zusammenbrüche zeigen: Schlieker, Borgward, Krupp, usw.

Die Shonfieldsche These von der Organisationsfunktion der Banken vor allem für den BRD-Kapitalismus benennt also nur *eine* Seite, die der Rationalität. Dennoch hat die Rationalitätsthese gerade für Deutschland eine reale historische Basis. Die Industrialisierung Deutschlands erfolgte und konnte nur erfolgen durch eine starke Initiierungs- und Gründungsfunktion der Banken. Nur dadurch, daß das Kreditwesen als »Treibhaus kapitalistischer Akkumulation« die industrielle Entwicklung in Deutschland beschleunigte bzw. bereits auf einem Niveau kapitalistischer Gesellschaftlichkeit beginnen ließ, das in England Resultat jahrhundertelanger Akkumulation war, konnte sich überhaupt ein eigenständiges und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiges industrielles Kapital in Deutschland herausbilden. Diese aktive Funktion der Banken schlug sich, wie der zeitgenössische englische Ökonom Alfred Marshall feststellte, in einer im Vergleich etwa zu England bemerkenswerten »Risikofreudigkeit« bei der Kreditvergabe und damit in einer besonders engen Schicksalsgemeinschaft von Bank und Industriekapital nieder.[78] Diese »Großzügigkeit« des Bankkapitals begründete die Notwendigkeit einer besonderen Form der Aufsicht und, so Marshall, das Gefühl, Anteil nehmen zu müssen an den Unternehmen, die sie großgezogen hätten.[79]

Als eine weitere Eigentümlichkeit des deutschen Bankwesens wird von Marshall die Einrichtung eigener wissenschaftlicher Abteilungen für technische Entwicklungen und für die Beurteilung von Innovationen in den verschiedenen Produktionsbereichen genannt. Dieses Interesse des Bankkapitals an den wissenschaftlich-technischen Entwicklungen in der Produktionssphäre drückt sich auch heute in dem Ausbau wissenschaftlicher Apparate und Analysekapazitäten durch die Bankinstitute aus. Dies setzt die Bankenvertreter erst instand, Ideen und Techniken zu übertragen und zwischen den industriellen Konkurrenten ein Informationsnetz herzustellen, das sehr rasch für Kooperationen und Zusammenschlüsse aktiviert werden kann.

Die erwähnte »Risikofreudigkeit« des deutschen Bankkapitals hat sich bei der Rekonstruktion des Kapitalismus nach dem Kriege wieder bewähren müssen. Die Rolle, die Abs als Leiter der Kreditanstalt für Wiederaufbau spielte, die Rolle der Bankiers überhaupt bei der Neuzusammensetzung der Industrieunternehmen, die weitgehend mit militärisch-administrativen Mitteln unter Ausnutzen der Besatzungsmacht und unter dem Titel der »Entflechtung« vorangetrieben wurde[80], wäre nicht mög-

lich gewesen ohne die traditionelle Industrieorientierung der Banken und deren Informationsniveau um die produktionsspezifischen Probleme.
Für das deutsche Bankkapital läßt sich also nicht einfach generell behaupten, es verhielte sich als reines Leihkapital und betrachte das Industriekapital in einer, seine eigenen Interessen verabsolutierenden Wucherlogik. So war es zum Beispiel Abs, der im Gegensatz zum damaligen Wirtschaftsminister Erhard (dieser war für Kapitalimport insbesondere aus den USA eingetreten) den Wiederaufbau der westdeutschen Industrie durch *Selbstfinanzierung* befürwortete und sich für die entsprechenden staatlichen Regelungen wie vor allem der degressiven Abschreibung einsetzte; Regelungen, welche die Machtbasis des industriellen gegenüber dem Bankkapital auf lange Sicht verstärken mußten.[81] Die Besonderheit in der Rolle des deutschen Bankkapitals wird deutlich, wenn man sie mit dem englischen Bankkapital vergleicht. In England hat sich aufgrund seiner weltmarktbeherrschenden Stellung im 19. Jahrhundert und seiner Entwicklung zu einer kapitalexportierenden Nation das Kreditwesen stark gegenüber dem nationalen Industriekapital verselbständigt. Die Londoner City ist zum Bankenzentrum der Welt geworden und ist nicht angewiesen auf die Belange der britischen Industrie. Daher setzt sie ihren Kapitalexport auch gegenwärtig noch fort, obgleich inzwischen das auswandernde Kapital einen empfindlichen Abzug vom nationalen Akkumulationsfonds darstellt.
Wir haben gesehen, daß sich das deutsche Bankkapital auf die Industrie als den eigentlichen Verwertungsbereich mit seinen Problemen im Rahmen und in den Grenzen ihres Charakters als Kapitale konzentriert. Vergegenwärtigt man sich dagegen noch einmal die Hilferdingsche Finanzkapitalthese, so fällt auf, daß sie das Element der Konkurrenz, des Charakters der Banken als Einzelkapitale deutlich hintanstellt zugunsten der Einheitlichkeit und Organisiertheit des Bankkapitals. Dem entspricht der Sprachgebrauch, die Banken nurmehr als »Bankapparat« aufzufassen. Der Begriff des »Apparats« wird üblicherweise im Zusammenhang mit bürokratischer, staatlich-administrativer Tätigkeit verwandt, als Zusammenfassung der konkurrierenden Kapitale einer Anlagesphäre ist er ganz ungewöhnlich. Folgerichtig nimmt Hilferding als Zielpunkt der Entwicklung auf der Bankenebene eine Zentralbank an.

»Mit der Entwicklung des Bankwesens, mit der immer enger werdenden Verflechtung der Beziehungen zwischen Bank und Industrie verstärkt sich die Tendenz, einerseits die Konkurrenz der Banken untereinander immer mehr auszuschalten, anderseits alles Kapital in der Form von Geldkapital zu konzentrieren und es erst durch die Vermittlung der Banken den Produktiven zur Verfügung zu stellen. In letzter Instanz würde diese Tendenz dazu führen, daß eine Bank oder eine Bankengruppe die Verfügung über das gesamte Geldkapital erhielte. Eine solche ›Zentralbank‹ würde damit die Kontrolle über die ganze gesellschaftliche Produktion ausüben.«[82]

Diese Betonung der gesellschaftlichen Zentralisierung und Organisation des Bank*apparats* läßt sich eher aus bestimmten Erwartungen und Strategien für den Übergang zum Sozialismus erklären, als daß es sich aus der Realanalyse ergibt. Denn in der Realität stehen sich nicht das allgemeine Geldkapital und das allgemeine Industriekapital gegenüber, verschmelzen also nicht zwei allgemeine Sphären des Kapitals zu dem einen gesellschaftsbeherrschenden Komplex des Finanzkapitals, sondern es sind jeweils *bestimmte* Kapitale der beiden Sphären, die in engere Beziehungen zueinander treten. Diese Kapitale stehen weiterhin in Konkurrenz miteinander, was die Verteilung der im produktiven Bereich erzielten Profite anbelangt, sie stehen andererseits in Konkurrenz mit anderen Industrie-Bank-Verbindungen.

Das bisher ausschließlich historisch-beschreibend verwandte Konzept der *Finanzgruppen* trifft diese Verbindung von Konkurrenz und Abhängigkeit eher als der allgemeine Finanzkapitalbegriff.[83] Es ist auf der Basis dieses Konzepts gleichgültig, ob eine Finanzgruppe von einem industriellen oder von einem Bankkapital ausgeht[84] und auch für die Dominanzbeziehung läßt sich keine allgemeine Aussage treffen. *Daß* sich aber derartige Gruppen herausgebildet haben und gegenwärtig existieren, ist ein wirtschaftshistorisches Faktum. Es scheint auch den gegenwärtigen Notwendigkeiten kapitalistischer Reproduktion zu entspringen. Die Entwicklung der Kreditierungsformen, die wir oben beschrieben haben, läßt sich angesichts der relativ eigenständigen Akkumulationsbasis der Industrie dahingehend erklären, daß die industriellen Einzelkapitale das Bestreben haben, eine feste Finanzierungsquelle – eine Hausbank – zu finden, die sich im Notfall auch krummlegt, um ihrem Stammkunden Geld zu beschaffen.[85]

5. Nationalisierung der Banken

Die Verlagerung des theoretischen Ausgangspunktes für die Erklärung von Systemprozessen auf die Zirkulationssphäre, wie sie von Hilferding im *Finanzkapital* vorgenommen wird, zieht gewichtige strategische Schlußfolgerungen nach sich, die wir hier nur im Hinblick auf die Rolle der Banken untersuchen. Mit der Herausbildung des Finanzkapitals und der Trennung von Unternehmerfunktion und Kapitaleigentum wird zum einen eine Interessenverlagerung der bürgerlichen Klasse verbunden. »Die Bourgeoisie wird in Rentner verwandelt, die zu den großen Finanzinstituten in ein ähnliches Verhältnis treten, wie zu dem Staat, dessen Schuldscheine sie erwerben: hier wie dort werden sie ausgezahlt und küm-

mern sich um nichts weiter.«[86] Derartigen klassentheoretischen Vorstellungen scheint auch Keynes angehangen zu haben, der daraus die Möglichkeit einer »Euthanasie des Rentners« (Keynes) und der unmittelbar staatlichen Organisation der Investitionen ableitete.[87] Praktisches Interesse an der Erhaltung der besonderen Organisationsformen des Kreditwesens hat demnach nur noch die »kleine Gruppe« der Finanzoligarchie, d. h. die Personengruppe, die an der Spitze der großen Finanzinstitute und Monopole steht und von deren Funktionsweise am meisten profitiert. Diese Gruppe hat nun zwar *Macht*, aber eigentlich keine *Funktion;* sie reproduziert sich nicht *notwendig* aus den sozialen Bedingungen der Produktion, ihre Entmachtung durch den Staat ist daher – nur – eine Machtfrage.

Zum andern wird die Herausbildung des Finanzkapitals als die Bildung einer organisatorisch-administrativen Struktur gefaßt, als »Übergangsform« für eine bewußt gesellschaftliche Produktionsweise. So vor allem von Lenin:

»Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Die Großbanken sind jener ›Staatsapparat‹, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch verunstaltet, ihn noch größer, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen. Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehntel ein sozialistischer Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche Buchführung, eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft.«[88]

Wenn aber die Banken einerseits nur die Machtbasis einer kleinen, funktional im Grunde nicht notwendigen, finanzoligarchischen Gruppe sind – einer Machtbasis, die daher auch von anderen Gruppen in Besitz genommen werden kann –, und wenn sie andererseits als »Kommandohöhe der Wirtschaft« erscheinen, als eine Übergangsform zu der bewußten Organisation der Wirtschaft im Sozialismus, dann liegt der Schluß nahe, die Verstaatlichungsforderung vor allem auf die Banken zu richten. Bereits im »Kommunistischen Manifest« steht die »Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol« als Programmpunkt.[89] Als gesonderter Schritt erschien die Bankenverstaatlichung oder abgeschwächt die staatliche Kontrolle über den Kapitalfluß jedoch erst in den Konzeptionen zur »Wirtschaftsdemokratie« (Naphtali), und damit als offizielle SPD-Politik erst nach 1945, – hier aber schon eingebaut in keynesianische, gesamtwirtschaftliche Regulierungsvorstellungen. Die »gesellschaftliche Kontrolle des Kreditwesens«, die sich in den Forderungskatalogen der Jungsozialisten[90]

und des DGB findet, ist daher auch ambivalent. Einerseits ist sie – wenn auch unklar und theoretisch unausgewiesen[91] – eingebettet in eine Strategie der Systemüberwindung, oder auch des »Gradualismus«[92], der wirtschaftsdemokratischen Entwürfen folgt, d. h. sie stehen zusammen mit den sog. Schlüsselindustrien an der Spitze der nach und nach zu vergesellschaftenden Wirtschaftsbereiche.[93] Andererseits können die Juso- und DGB-Forderungen in bezug auf die Banken als ein Versuch gelten, das keynesianische Instrumentarium zu verbessern und die notwendigen Anpassungen des Apparats vorzunehmen. Die Unabhängigkeit der privaten Banken, deren Geschäftspolitik den staatlichen Zielvorstellungen oft genug widerspricht und die staatliche Wirtschaftspolitik konterkariert, ist ohne Zweifel eines der großen Ärgernisse keynesianischer Steuerungsversuche. Die Gegensätze zwischen Bundesbank und Bundesregierung, die sich aufgrund der besonderen rechtlichen Stellung der bundesrepublikanischen Zentralbank ergeben, sind aber nur ein Reflex der Gegensätzlichkeit von Kreditwesen und Staatsintentionen. Nun hat sich in den kapitalistischen Ländern mit – im wesentlichen – verstaatlichten Banken, wie in Frankreich, erwiesen, daß mit der Bankenverstaatlichung keine wesentliche Grenze staatlicher Interventionsmöglichkeit überschritten wird. Voraussetzung war allerdings immer, daß sich *funktional* im Hinblick auf das Verhältnis von Banken und industriellem, kommerziellem Kapital nichts änderte.[94] Wenn die Finanzoligarchie als Träger dieser Funktionen auswechselbar ist zugunsten staatlicher Funktionsträger, dann bedeutet dies formell zunächst nur die staatliche Administration einer bestimmten Kapitalfunktion. Die eigentliche Tätigkeitsgrenze des Staates wird sich – auf der Grundlage des jeweiligen politischen Kräfteverhältnisses der Klassen – erst herausstellen, wenn das Kreditwesen tatsächlich zu einem Instrument für »antikapitalistische Strukturreformen«, wie es in der Sprache der Juso-Programmatik heißt, verwendet werden soll.

Der politische Programmpunkt: Bankenverstaatlichung kann daher auch nicht gleich als bloß reformistische Forderung abgetan werden. Abstrakt läßt sich nicht bestimmen, was eine derartige Maßnahme bewirken wird, welche Konfliktpotentiale von ihr aktualisiert werden und welche vorwärtstreibenden Elemente sie enthält. Für ihre Beurteilung als gegenwärtige programmatische Forderung wäre daher die Einordnung in ein theoretisch-strategisches Gesamtprogramm notwendig. Soweit die Verstaatlichungsforderung jedoch *abstrakt*, d. h. Verstaatlichung als ein selbständiger Schritt zur Eroberung der »Kommandohöhen der Wirtschaft« begriffen wird, kann sie rasch eine verschleiernde und Anpassungsreformen legitimierende Funktion gewinnen. Sie kann als Placebo für eine »aufgebrachte« Arbeiterklasse dienen und weiterführende Forderungen auffangen.[95]

Zusammenfassend läßt sich also sagen:
a) Die »Macht der Banken«, die ihrer objektiven Funktion im Reproduktionsprozeß der Einzelkapitale entspringt, ist nicht von den Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses ablösbar. Die Banken sind nicht Institutionen zur Finanzierung von Investitionen, die sich nach äußerlichen Zwecken *anweisen* lassen, sondern sie sind Vermittlungsstellen von industriellem und kommerziellem Kapital zum Leihkapital, die sich nur nach den inneren Regeln der Verwertung bedienen lassen. Eigentums- und personelle Verflechtungen in Form von Aktienbeteiligungen, Depotstimmrecht und Aufsichtsratssitzen sind ebenso Resultat wie Voraussetzung dieser objektiven Funktion. Soll nun versucht werden, diesen Apparat von Kreditierungs-, Organisierungs- und Informationsfunktionen nach »politischen« Kriterien, also nicht den bonitätsgeprüften Kriterien größtmöglicher Kapitalverwertung arbeiten zu lassen, dann wird sich herausstellen, daß dabei alle Kontakte, Einflußkanäle und Gemeinsamkeiten, welche die Binnenstruktur des Verhältnisses Industrie-Banken ausmacht, zusammenbrechen.
Die Einbeziehung des Staates in das Kreditwesen setzt mithin voraus, daß sich dieser in seiner spezifischen Funktion eben als Bank und nicht als politische Instanz verhält.
b) Daß das Kreditwesen nicht einfach »Instrument« ist, sondern Teil des kapitalistischen Reproduktionssystems, zeigt sich aber auch und vor allem an seinem transnationalen Charakter. Dem über die nationalen Grenzen hinausschießenden Kapitalverhältnis in der Form multinationaler Konzerne und der weltweiten Handelsverflechtung entspricht die Internationalisierung des Kreditwesens. Die Großbanken haben sich durch Zusammenschlüsse und Neugründungen dieser Situation längst angepaßt.[96] Die Formen der Kreditierung sind, wie wir gesehen haben, sehr flexibel, ob Wechsel, Kontokorrent oder Lieferantenkredit oder ob Anleihen auf dem deutschen oder dem Eurokapitalmarkt aufgelegt werden.
Inwieweit es den Finanzabteilungen der Unternehmungen gelingt, Lenkungsversuchen über die Kreditfinanzierung auszuweichen, hängt von den Umständen ab, die ihre Freiheit als Einzelkapitale betreffen, für deren Einschränkung sich jedoch in der Zirkulationssphäre nicht der entscheidende Angelpunkt findet.
Auf dieser Ebene der Analyse können wir in der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen des Staates, die Kapitalfreiheit einzuschränken, keine *konkreteren* Aussagen treffen. Sicherlich ist schon mit der Verstaatlichung der Banken *die* »Systemgrenze« zwischen Staat und Ökonomie, welche die Ökonomie als Bereich privater Austauschverhältnisse, d. h. von kapitalistischen *Waren*beziehungen vom Staat abhebt, verletzt, – und dies war und ist auch immer nur unter bestimmten historischen Kräftever-

hältnissen der sozialen Klassen möglich. Die Bestimmung der eigentlichen »Tätigkeitsgrenze« des Staates läßt sich daher auch nur historisch, vor allem unter Bezug auf diese Kräfteverhältnisse, analysieren.[97]
Wesentlich ist aber, daß die Vorstellung, das Kreditwesen als Instrument der Systemüberwindung zu verwenden, den *Staat selbst als ein Instrument* voraussetzt, dessen man sich eben für solche »antikapitalistischen Strukturreformen« bedienen kann. Der Springpunkt unserer Kritik an der Bankenverstaatlichung ist der hinter dieser Forderung stehende instrumentelle Staatsbegriff. Kreditwesen und Staat werden als »Überbauinstitutionen« theoretisch isoliert und zum Prozeß der Kapitalreproduktion nurmehr in Wechselwirkung gesehen; als solche werden sie als Instrumente des Kapitals gefaßt, zugleich aber als »an sich« *klassenneutrale* Instrumente der Gesellschaftsregulierung verstanden.
Am Falle der Bankenverstaatlichung wird also nur das allgemeine Problem systemüberwindender Reformen deutlich: die Autonomie des bürgerlichen Staates gegenüber dem Kapital.

Anmerkungen

1 Vgl. Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2320; zusammengefaßt bei: Helmut Arndt, *Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft*, Pfullingen 1966.
2 Mit welchen Schwierigkeiten eine Forschungsgruppe rechnen muß, die in die arcana imperii dieses Bereichs eindringen will, machte schlaglichtartig der Präsident der Hessischen Landesbank, Leopold Bröker, in einer Fernsehsendung deutlich: die Kreditvergabepraxis gehöre nicht in die Öffentlichkeit. Es wäre naiv, anzunehmen, dieses Statement bezöge sich nur auf das Fernsehpublikum. Vgl. »Die großen Pleiten. Konkurse unter der Lupe« im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens vom 20. März 1974 um 20. 15 Uhr.
3 Aus der Zirkulation der Ware ergibt sich die eine der beiden ökonomischen Grundlagen für den Kredit (vgl. S. 126). An die Stelle des Geldes als Vermittler des Warentausches tritt ein Gläubiger-Schuldner-Verhältnis zwischen Verkäufer und Käufer. Ist das Geld also in der Funktion als Zirkulationsmittel der Waren entbehrlich, so ist es unentbehrlich in der Funktion als *Zahlungsmittel* im Kreditverhältnis (es sei denn, die wechselseitigen Schulden glichen sich aus). Das Kreditwesen findet daher gerade zu Beginn der Warenproduktion eine außerordentliche Ausdehnung, weil hier noch kaum Geldvorräte existieren, um die Warentransaktionen zu vermitteln.
4 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.* Dritter Band, MEW, Band 25, S. 614.
5 MEW, Bd. 25, S. 351.
6 Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert,* Dritter Teil, MEW, Bd. 26.3, S. 460.
7 Es ist also keine Ableitung im Sinne einer subjektiv gesetzten Definition. Die

»Ableitungen« innerhalb des Marxschen theoretischen Systems stellen ja gerade den Versuch dar, die in der Realität vorhandenen und *sich reproduzierenden* Abhängigkeiten theoretisch nachzuvollziehen.

8 MEW Bd. 25, S. 613 f.

9 Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat in einem Urteil vom 15. 7. 67 einen Zinssatz von 40% p. a. als Wucher bezeichnet (vgl. *Der Betrieb*, 1967, S. 1454); das Landgericht Duisburg sah in einem Urteil vom 4. 8. 1970 einen effektiven Jahreszinssatz von 80% (!) als »sittenwidrig« an (vgl. Consbruch-Möller, »Kreditwesengesetz mit verwandten und zugehörigen Vorschriften«, Beck'sche Textsammlung, 11.07, I 1-333-1/70).

10 So in einem Rundschreiben der Berliner Discontobank vom 10. 4. 74. Nach einer Aufstellung der *Frankfurter Rundschau* mußten z. B. für einen Kredit über 10 000 DM bei einer Laufzeit von 36 Monaten insgesamt zurückgezahlt werden: bei der Volksbank 12 300 DM, bei der Sparkasse 12 520 DM, bei der Deutschen Bank 12 720 DM, bei der Kunden-Kreditbank KG 13 080 DM, bei der Norddeutschen Teilzahlungsbank 13 440 DM und bei einer Autofinanzierungsgesellschaft 13 080 DM. Vgl. »Schuldenmachen kann billiger sein«, in: *Frankfurter Rundschau* Nr. 70 vom 23. 3. 74.

11 Vgl. hierzu auch: Herrmann Bruhn, Dirk Wölfing, Bernd Koch, »Das Geld im Imperialismus«, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Nr. 11/12, S. 149 ff., S. 182.

12 »Die wahre Form, es (das zinstragende Kapital – d. Verf.) sich zu unterwerfen ist die Schöpfung einer ihm eigentümlichen Form des Kreditsystems.« in: MEW Bd. 25, S. 381.

13 Vgl. MEW, Bd. 25, S. 380 f.

14 Das Gleiche gilt für den Kreislauf des kommerziellen Kapitals. Die folgenden Ausführungen zu den Kreditfunktionen gelten auch für das kommerzielle Kapital, soweit es als selbständiges Kapital Teil des gesellschaftlichen Reproduktionssystems ist.

15 MEW Bd. 26.3, S. 508.

16 MEW Bd. 25, S. 47.

17 »Was die Konkurrenz zwischen den in den verschiednen Produktionssphären hausenden und verschieden zusammengesetzten Kapitalmassen anstrebt, ist der kapitalistische Kommunismus, nämlich daß die jeder Produktionssphäre angehörige Kapitalmasse, in der Proportion, worin sie Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bildet, einen aliquoten Teil des Gesamtmehrwerts erhascht.« (Marx an Engels, 30. April 1868, in: Marx/Engels, *Briefe über »Das Kapital«*, Berlin-DDR 1954, S. 170).

18 Marx trifft im 27. Kapitel des 3. Bandes von *Das Kapital*, in dem er die Funktionen des Kredits aufführt, die ganz lapidare, genetisch-funktionale Feststellung zum Kreditwesen: »Notwendige Bildung desselben, um die Ausgleichung der Profitrate zu vermitteln, oder die Bewegung dieser Ausgleichung, worauf die ganze kapitalistische Produktionsweise beruht.« (S. 451) In welchem Verhältnis Konkurrenz und Kredit stehen, bleibt in *Das Kapital* begrifflich unklar.

18a David Ricardo, *On the principles of political economy, and taxation*, 3rd ed., London 1821, p. 81, 82; zitiert nach Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert*, Zweiter Teil, MEW, Bd. 26. 2, S. 208; Marx gibt diese Stelle offensichtlich zustimmend wieder.

19 Vgl. Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, (zuerst 1910) Berlin-Ost 1947, S. 100 f.

20 Vgl. dazu insbes. MEW, Bd. 25, S. 251 ff; sowie: Willi Semmler/Jürgen Hoff-

mann, »Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung«, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Nr. 2 (1972), S. 1 ff., S. 16-28.

21 MEW Bd. 25, S. 457. Das Kreditwesen bildet auch die Basis für bestimmte organisatorische und institutionelle Erscheinungsformen kapitalistischer Produktion, die Marx ebenfalls als »Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte« (a.a.O., S. 456) betrachtete: die Aktienunternehmungen und die Kooperativfabriken.
Die Formulierungen, die Marx insbesondere im 27. Kapitel des 3. Bandes von *Das Kapital* verwendet, zeigen, daß er ohne Zweifel übersteigerte Erwartungen in die Aktienunternehmungen als *Übergangsformen* setzte.

22 Zur Einschätzung des staatlichen antizyklischen Managements durch Fiskal- und Geldpolitik siehe Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main 1972, bes. S. 373 ff. und Paul Mattick, *Marx & Keynes. The Limits of The Mixed Economy*, Boston 1969, bes. die Kapitel 7, 14 und 15.

23 Ende Dezember 1973 beliefen sich die Sichteinlagen von Nichtbanken (Privatpersonen, Unternehmen und öffentlichen Stellen) auf 95 Mrd. DM, die Termingelder auf 205 Mrd. DM und die Spareinlagen auf 296 Mrd. DM. Vgl. *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank* (im folgenden zitiert als MB), März 1974, S. 14 und 15.

24 Nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank betrug die durchschnittliche Höhe aller Sparkonten (einschließlich öffentlicher Stellen und Unternehmen) im Jahre 1966 nur 1800 DM, d. h. der durchschnittliche Stand der Spareinlagen von Arbeitern und Angestellten war noch geringer. Er dürfte auch heute noch nicht viel größer sein, weil diese Gruppe einen Teil der Ersparnisse immer wieder zum Kauf langlebiger Konsumgüter verwenden muß. Vgl. »Die Ersparnisbildung in Haushalten von Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnern«, in: MB Juli 1968, S. 3-8, bes. S. 4.

25 Vgl. »Die Geschäftsentwicklung der Bankengruppen 1960-1970«, in: MB April 1971, S. 30 ff.

26 Diese der Zinsstatistik der Bundesbank entnommenen Daten geben die Streubreite an, in die 90% der gemeldeten Zinsen fallen, wenn jeweils 5% der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. (MB März 1974, S. 48).

27 MB März 1974, S. 48. Unter *Kontokorrentkredit* versteht man jenen Kredit, den die Banken auf das laufende Konto einräumen (»Überziehungskredite«); *Wechseldiskontkredite* kommen dadurch zustande, daß Handelswechsel (kommerzieller Kredit, den sich Unternehmen gegenseitig einräumen) den Banken verkauft werden. Der Verkäufer des Wechsels gelangt dadurch in Besitz von Bargeld, der Käufer – die Bank – wird zum Gläubiger.

28 Zu den besonderen Formen siehe Erich Achterberg / Karl Lanz, *Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen*, 2 Bde., 3. Aufl., Frankfurt/M. 1967.

29 Noch um 1900 hielten sich Wechsel- und Kontokorrentkredite die Waage: 31 zu 38 Mrd. Mark; bereits 1913 hatten sich die Kontokorrentkredite verdreifacht und waren mehr als doppelt so hoch wie die Wechselkredite. (Vgl. Ekkehard Eistert und Johannes Ringel, »Die Finanzierung des wirtschaftlichen Wachstums durch die Banken«, in: WAlther G. Hoffmann (Hg.), *Untersuchungen zum Wachstum der deutschen Wirtschaft*, Tübingen 1971, S. 93-165, bes. S. 137 und 143.) Im Jahre 1973 hatten die Wechselkredite an den gesamten kurzfristigen Krediten der Banken nur noch einen Anteil von 20%. Vgl. MB März 1974, S. 26 und 27.

30 Siehe dazu »Die privaten Kreditnehmer der Banken« in: MB Oktober 1970, S. 30 ff., bes. S. 33.

31 Ebd., S. 34.

32 Ebd., S. 35.

33 Das westdeutsche Bankensystem ist nicht homogen, es lassen sich drei verschiedene Gruppen – Geschäftsbanken (Universalbanken), Sparkassen und Genossenschaftskassen sowie Realkreditinstitute – identifizieren. Die traditionelle Arbeitsteilung beginnt sich in den letzten Jahren zu verwischen, vor allem zwischen den Geschäftsbanken und den Landesbanken (Girozentralen), die sich immer mehr an der Industriefinanzierung beteiligen und ins internationale Emissionsgeschäft vorstoßen.

34 Siehe dazu ausführlich: Siegfried Sichtermann, *Das Bankgeheimnis in Deutschland*, Frankfurt/Main 1965.

35 MB März 1974, S. 104.

36 Aus einer Steigerung der Kredite kann, wie bereits erwähnt, nur beschränkt auf die jeweiligen Verwertungsverhältnisse geschlossen werden, weil sie einerseits bei guten Verwertungsbedingungen vermehrt zur Erweiterung von Produktionsanlagen nachgefragt werden, andererseits aber auch bei beginnenden Stockungen in ihrer Funktion als Zahlungsmittel. Diese doppelte Funktion wird in der bürgerlichen Ökonomie oft übersehen.

37 Aus Platzgründen wurde hier auf eine Darstellung des Verhältnisses von Staat und Banken im Rahmen monetärer Konjunktursteuerung durch die Bundesbank verzichtet. Die meisten Untersuchungen zu diesem Thema leiden daran, daß sie vorschnell einen Handlungsspielraum der Bundesbank gegenüber den Banken postulieren, oder, wo die Ohnmacht der Bundesbank direkt offensichtlich wurde, wie in den Jahren nach 1968, glauben, allein gesetzliche Regelungen und die Erweiterung des geldpolitischen Instrumentariums genüge, um den »verlorengegangenen« Aktionsspielraum der Bundesbank wieder herzustellen. Weder wird die Bundesbank in ihrem Doppelcharakter als Teil des Staatsapparates und als Teil des privaten Bankensystems begriffen, noch der prinzipiell derivierte Charakter ihrer Maßnahmen vom Kapitalverwertungsprozeß. Kritisch gegenüber monetären Steuerungsversuchen vgl. Gudrun Lindner, »Die Krise als Steuerungsmittel«, in: *Leviathan* 3/1973, S. 342-382.

38 Siehe dazu die Untersuchung der Deutschen Bundesbank »Neuere Tendenzen der öffentlichen Verschuldung«, in: MB August 1970, S. 13 ff., bes. S. 20.

39 A.a.O., S. 14.

40 Vgl. Werner Reiter, *Das Bundesanleihekonsortium in Zusammenhang mit Gesamtwirtschaft, Staat, Banken und Kapitalmarkt*, Wiesbaden 1967, S. 442.

41 Siehe dazu weiter unten, S. 139.

42 Reiter, a.a.O., S. 145.

43 Reiter, a.a.O., S. 140 ff. und Manfred Hein / Hartmut Flöter, *Materialien zum Machtpotential der Banken*, Berlin 1973, S. 26 (Teil D).

44 Reiter, a.a.O., S. 232 f.

45 »Abs für konsequenten Emissionsstop«, in: *Vereinigte Wirtschaftsdienste, Wirtschaftsspiegel*, Frankfurt/Main Nr. 9 vom 14. Dezember 1966.

46 »400 Millionen DM Lieferantenkredite für die Post«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. 8. 1966. Bei Reiter findet sich der Hinweis über die Kreditkonditionen. Reiter, a.a.O., S. 186.

47 Andrew Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, Köln/Berlin 1968, S. 311.

48 Vgl. Hilferding, a.a.O. (Anmerkung 19).

49 Hilferding, a.a.O., S. 61.

50 Hilferding, a.a.O., S. 307.

51 Finanzkapital, so die Hilferdingsche Definition, ist »Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.« (a.a.O., S. 306).

52 W. I. Lenin, »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (1916), in: *Ausgewählte Werke*, Band 1, S. 767 ff., S. 802 f. An anderen Stellen formuliert Lenin allerdings massiv die Bankdominanzthese: Über die Banken, so Lenin, vermag »eine Handvoll Monopolisten« »sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten *genau zu informieren*, dann sie zu *kontrollieren*, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal *restlos zu bestimmen* . . .«, a.a.O., S. 792.

53 Vgl. auch die Kritik Paul M. Sweezys an der Verwendung des Finanzkapitalbegriffs durch Lenin, da er notwendig die Nebenbedeutung der Bankiersherrschaft besitze. Sweezy schlägt vor, den Begriff – um den »unbedachten Leser« nicht irrezuführen – zugunsten des »Monopolkapital«-Begriffs fallen zu lassen. In: *Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie*, Köln 1959, S. 212.

54 Siehe *Wirtschaft und Statistik*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, ftl., sowie: Walther G. Hoffmann (unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse), *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin, Heidelberg, New York 1965, S. 767 ff., bes. 782-787.

55 Jakob Riesser, *Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen*, Jena 1905, S. 74 und 70.

56 Der Erstabsatz von Aktien (Nominalwerte) belief sich 1968 und 1969 auf 1,8 Mrd. DM, 1970 auf 2,4 Mrd. DM, 1971 auf 2,8 Mrd. DM und 1972 wieder auf 2,4 Mrd. DM; die Ausgabe von Industrieobligationen und Wandelschuldverschreibungen (Kurswerte) entwickelte sich wie folgt: 1968: 0,3 Mrd. DM, 1969: 0,4 Mrd. DM, 1970: 0,6 Mrd. DM, 1971: 1,9 Mrd. DM und 1972: 1,3 Mrd. DM. Die mittel- und langfristigen Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen – so die Kategorisierung der Bundesbank – stiegen im gleichen Zeitraum um fast 80 Mrd. DM (Hypothekarkredite sind hier nicht enthalten). Quelle: *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden (ftl.) und *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank* ftl.

57 Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1969, S. 67.

58 Vgl. Hilferding, a.a.O., S. 126 f.

59 Hilferding, a.a.O., S. 157.

60 Wie stark durch staatliche Maßnahmen, vor allem durch die Steuerpolitik, die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD der Nachkriegszeit angekurbelt wurde, schildern folgende Autoren: Karl W. Roskamp, *Capitalformation in West Germany*, Detroit 1965, Frederick G. Reuss, *Fiscal Policy for Growth without Inflation. The German Experiment*, Baltimore 1963, und Henry C. Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, Frankfurt/Main 1955.

61 Die Einführung der Bardepotpflicht hat daran grundsätzlich nichts geändert, da die Handelstransaktionen aus dem Restriktionskatalog ausgeklammert sind.

62 Diese Zahlen entstammen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, d. h. die kurzfristige Verschuldung muß in einzelnen Wirtschaftsbereichen noch höher gewesen sein, weil die Bundesbank hier den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wiedergibt (MB Mai 1972, S. 13).

63 MB Mai 1972, S. 13.

64 MB November 1971, S. 26 und 28.
65 MB November 1972, S. 26 ff.
66 MB November 1971, S. 36 und MB November 1972, S. 28 f.
67 Jörg Huffschmid, *Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Main 1969, S. 84.
68 Hein/Flöter, a.a.O. Anlage 2.
69 Huffschmid, a.a.O., S. 88 f.
70 Myles L. Mace, *Directors: Myth and Reality*, Boston 1971; Stanley C. Vance, *The Corporate Director*, Homewood, Ill. 1968; R. A. Gordon, *Business Leadership in the Large Corporation*, Berkeley 1966; Edward S. Herman, »Do Bankers Control Corporations?«, in: *Monthly Review* Vol 25, 2 (June 1973), S. 12-29. Zur Betonung des Bankeneinflusses s. Peter Fitch und Mary Oppenheimer, »Who Rules the Corporations?«, in: *Socialist Revolution*, July-August 1970, Part 1, und September-October 1970, Part II.
71 Kurt Pritzkoleit, *Auf einer Woge von Gold. Der Triumph der Wirtschaft*, München, Wien, Basel 1964, S. 98-211.
72 Vgl. Helmut Arndt, *Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft*, Pfullingen 1966, S. 48 f.
73 Karl J. Ehlen, *Die Filialgroßbanken. Entwicklung und Stellung im deutschen Kreditsystem*, Stuttgart 1960, S. 16 f. (Hervorh. von uns).
74 Shonfield, a.a.O., S. 302.
75 Das Verhältnis von individuellem und institutionellem Handlungsspielraum auf Basis der objektiv-strukturellen Gesetzmäßigkeiten wird immer mehr zum Problem marxistischer Diskussion (insbesondere bei der Staatsproblematik), vgl. Anm. 97 und 98; so richtig es ist, verschwörungstheoretische und personalisierende Darstellungen (Kapitalismus = Abs) zurückzuweisen, so wichtig ist es aber, die Beziehung Charaktermaske-Person theoretisch genau zu bestimmen.
76 Nach dem Kreditwesengesetz darf keine Bank einen höheren Kredit als ihr haftendes Eigenkapital geben. Die Bau-Kredit-Bank gab allein der Kun-GmbH bis zu 138 Mio. DM Kredit bei einem Eigenkapital von nur 20 Mio. DM; vgl. im einzelnen: Caspar Schirmeister, »Profitquellen von BRD-Monopolbanken«, in: *IPW-Berichte* 12'73, S. 46 ff., S. 49.
77 Vgl. Claus Offe, Volker Ronge, »Fiskalische Krise, Bauindustrie und die Grenzen staatlicher Ausgabenrationalisierung«, in: *Leviathan* 2/73, S. 189 ff.
78 Vgl. Alfred Marshall, *Industry and Trade*, London 1919.
79 Diese Stellung wurde durch staatliche Regelung verstärkt. So wurde der Handel mit Aktien und Obligationen durch Gesetz 1896 einer Sperrfrist von einem Jahr unterworfen, während derer die Gesellschaften auf die Vorfinanzierung der Banken angewiesen waren. Shonfield charakterisiert damit die Intention des preußisch-deutschen Staates, »... die Banken als Präfekten [einzusetzen], die während der Probezeit (ein Jahr) ein wachsames Auge auf eine neue Gesellschaft haben, die die Spekulationsexzesse undisziplinierter Kapitalanleger einschränken und die schließlich, weil sie stellvertretend das Stimmrecht der Aktionäre ausüben, die Macht haben, den Managern der deutschen Industrie den Marsch zu blasen« (Shonfield, a.a.O., S. 295).
80 Vgl. Eberhard Czichon, *Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik*, Köln 1970, S. 166 ff.
81 Vgl. Czichon, a.a.O., S. 171; Czichon beschreibt Abs' Rolle in der Nachkriegszeit unter der Kapitelüberschrift »Der Kanzler des Kapitals«; im Hinblick auf die Weltmarktstellung des nationalen Reproduktionssystems kann man allerdings auch

sagen, daß Abs in dem oben beschriebenen Fall die – langfristigen – Interessen der deutschen Banken vertritt.

82 Hilferding, a.a.O., S. 234.

83 Vgl. vor allem die Versuche von DDR-Historikern, einen analytischen Monopolgruppenbegriff auszuarbeiten; einführend die Beiträge in: Deutsche Historiker-Gesellschaft (Hg.), *Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945*, Berlin/DDR 1966; vgl. auch das von einer Studiengruppe der KPF herausgegebene Werk: *Der Staatsmonopolistische Kapitalismus*, Berlin/DDR 1972, S. 339 u. passim.

84 So ist die »Union Européenne industrielle et financière« eine Holding der industriellen Gruppe Schneider, die 1943 zu einer Geschäftsbank geworden ist. Für die Verbindung von Bank und Industrie ausgehend von der ersteren nennt Bouvier die »Banque de Paris et des Pays-Bas«, vgl. Jean Bouvier, »Die Anwendung des Begriffs ›Finanzkapital‹ auf eine konkrete Gesellschaftsformation: Frankreich im 20. Jahrhundert«, Vortragsmanuskript, FU Berlin 1974, S. 8.

85 Siehe ausführlich die verschiedenen Liquiditätsbeschaffungstransaktionen der westdeutschen Banken im Ausland während der Restriktionspolitik der Bundesbank in den Jahren 1970 und 1971 in: Gudrun Lindner, »Restriktive Bedingungen monetärer Steuerung, dargestellt am Beispiel der Deutschen Bundesbank in den Jahren 1969 bis 1971, Manuskript.

86 Parvus (A. I. Helphand), *Der Staat, die Industrie und der Sozialismus*, Berlin 1910, S. 103.

87 Vgl. John M. Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin, 3. Aufl. 1966, S. 185, 138.

88 W. I. Lenin, »Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?« (Okt. 1917) in: *Werke* Bd. 26, Berlin/DDR 1961, S. 89 f.; reichlich ernüchtert erklärte Lenin demgegenüber 1921: »Darüber, über die Staatsbank, wurde bei uns Ende 1917 ... ziemlich viel zusammengeschrieben, was sich dann in ziemlichem Ausmaß nur als vollgeschriebenes Papier herausstellte.« (W. I. Lenin auf der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz, 29.-31. Okt. 1921, in: *Werke* Bd. 33, Berlin/DDR 1962, S. 72; vgl. auch George Garvy, »The Origins of Lenin's Views on the Role of Banks in the Socialist Transformation of Society«, in: *History of Political Economy*, vol 4, 1972, S. 252 ff.

89 »Manifest der Kommunistischen Partei« in: MEW Bd. 4, S. 459 ff., S. 481.

90 Vgl. u. a. die Thesen »Zur Politischen Ökonomie und Strategie«, vom außerordentlichen Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover vom 11./12. 12. 1971, dem sog. Strategiekongreß der Jusos.

91 Vgl. Peter von Oertzen, »Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland«, Referat, gehalten auf dem Unterbezirksparteitag der SPD Frankfurt/Main am 16./17. 11. 1973, unveröff. Ms., 2. Fassung, S. 43 f.

92 Zur fortschreitenden Abschwächung und »Gradualisierung« der Verstaatlichungsforderungen in den revisionistischen Programmatiken – erste Andeutungen in dieser Richtung finden sich bereits im Görlitzer Programm der Mehrheits-SPD 1921 – vgl. demnächst die Untersuchung von Siegfried Heimann, Bodo Zeuner, in: *Probleme des Klassenkampfs*.

93 Der Versuch, den Produktionsprozeß von der Zirkulationssphäre her zu beherrschen und in der Zirkulationssphäre das Kreditwesen als Angelpunkt für diese Herrschaft zu nehmen, hat eine lange Tradition von den französischen utopischen Sozialisten in der Nachfolge von Saint-Simon (Perqueur, Considérant, Vidal) über die kreditgenossenschaftlichen Konzeptionen (Schulze-Delitzsch) bis zu den

kreditpolitischen Reformvorschlägen eines Silvio Gesell zu Anfang dieses Jahrhunderts. Vgl. hierzu: Kurt Moldenhauer, *Kreditpolitik und Gesellschaftsreform. Eine international-vergleichende Untersuchung zur Problemgeschichte des Sozialismus*, Jena 1932.

94 Vgl. Shonfields Beurteilung der Verstaatlichungsfolgen für Frankreich: »Übrigens hat die Verstaatlichung der größeren französischen Banken ... keinerlei Relevanz für die von der Regierung über das französische Kreditsystem verhängte straffe Kontrolle. Tatsächlich wurden die Banken nach der Verstaatlichung von demselben Manager-Typus und nach denselben kommerziellen Grundsätzen geleitet wie vorher. Die Behörden schienen sich die erdenklichste Mühe zu geben, zu demonstrieren, daß sich nichts geändert habe« (S. 200 f.).

95 Vgl. hierzu die gegenwärtige Verstaatlichungsdiskussion in Norwegen aufgrund der Pläne der neuen sozialdemokratischen Regierung, die Banken zu »vergesellschaften«. Vgl. »Norwegen will Banken stärker kontrollieren«, in: *Handelsblatt*, Jg. 29, Nr. 34 vom 18. 2. 74, S. 15.

96 Vgl. Günter Hummel, »Internationale Expansion der BRD-Monopolbanken«, in: *DWI-Berichte* 2-72, S. 10 ff.

97 Zur Unterscheidung von »Systemgrenze« und »Tätigkeitsgrenze« in bezug auf staatliche Interventionen vgl. Bernhard Blanke / Ulrich Jürgens / Hans Kastendiek, »Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates«, Referat auf dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Hamburg 1.-4. Okt. 1973 (erscheint demnächst in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 6).

98 Vgl. zur Kritik des instrumentellen Staatsbegriffs und zur Auseinandersetzung mit der neueren marxistischen Diskussion über die Rolle des Staates: Blanke/Jürgens/Kastendiek, a.a.O.; aus dieser Diskussion insbesondere: Christel Neusüß / Wolfgang Müller, »Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital«, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Sonderheft 1 (1970), S. 7 ff.;
Zur Kritik des instrumentellen Staatsbegriffs in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus vgl. Margaret Wirth, *Kapitalismustheorie in der DDR. Entstehung und Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1972, (zur Rolle des Kreditüberbaus für die staatsmonopolistische Regulierung insbes. S. 111 ff.).

Lutz Holzinger

Gesellschaftliche Arbeit und private Hauswirtschaft

Theorie und Kritik des Reproduktionsbereichs

128 S. DM 9,80

Es ist erstaunlich und erregend, was da an Material zur politischen Diskussion ausgebreitet wird ... Es ist wichtig und nützlich, Zitate und Belege wieder zur Hand zu haben ... Das Buch müßte in die Hände vieler Menschen gelangen, die

als Staatsbürger mitdenken und miturteilen sollen ... Wer das Buch lie liest wird jede Mühe belohnt finden ·Sänger im Vorwärts·

240 S. DM 14,80

all Raith

Raith Verlag 813 Starnberg

Neue

Diogenes Taschenbücher*

William Faulkner

Absalom, Absalom! Roman. Aus dem Amerikanischen von Hermann Stresau. detebe 30/X, 9.80

Go down, Moses. Geschichtenzyklus. Deutsch von Hermann Stresau und Elisabeth Schnack. detebe 30/XI, 9.80

Der große Wald. Vier Jagdgeschichten. Deutsch von Elisabeth Schnack. detebe 30/XII, 6.80

Griff in den Staub. Roman. Deutsch von Harry Kahn. detebe 30/XIII, 6.80

Der Springer greift an. Kriminalgeschichten. Deutsch von Elisabeth Schnack. detebe 30/XIV, 6.80

Ring Lardner

Ausgewählte Erzählungen. Herausgegeben von Fritz Güttinger. detebe 78, 7.80

Carson McCullers

Erzählungen I. detebe 20/I, 6.80

Erzählungen II. Deutsch von Elisabeth Schnack. detebe 20/II, 5.80

Das Herz ist ein einsamer Jäger. Roman. Deutsch von Susanna Rademacher. detebe 20/IV, 7.80

Spiegelbild im goldnen Auge. Roman. Deutsch von Richard Moering. detebe 20/V, 4.80

Frankie. Roman. Deutsch von Richard Moering. detebe 20/VI, 5.80

Uhr ohne Zeiger. Roman. Deutsch von Elisabeth Schnack. detebe 20/VII, 6.80

Über Carson McCullers. Essays und Aufsätze von und über McCullers. Chronik und Bibliographie. detebe 20/VIII, ca. 9.80

Chaval

Zum Lachen. detebe 80/I, 6.80

Zum Heulen. Gesammelte Cartoons. detebe 80/II, 6.80

Hochbegabter Mann. detebe 80/III, 4.80

***detebe**

Die Linke und das Geld. Ein Mosaik

Kapitalisierung

Die durch den Öko-Schock initiierten Bestrebungen, das Sozialprodukt anders, sinnvoller zu errechnen, im Hinblick mehr auf »Lebensqualität« als auf bloßen Output, sollten endlich auch die gesellschaftliche Produktion von Protest und Widerstand berücksichtigen – wenn nicht als Gewinn, dann eben als Verlust, nur ignoriert werden dürfen sie nicht länger. Den ersten Hinweis auf eine Berechnungsmöglichkeit verdanken wir Brecht:

»Eine halbwegs komplette Kenntnis des Marxismus kostet heut, wie mir ein Kollege versichert hat, zwanzigtausend bis fünfundzwanzigtausend Goldmark und das ist dann ohne die Schikanen. Drunter kriegen Sie nichts Richtiges, höchstens so einen minderwertigen Marxismus ohne Hegel oder einen, wo der Ricardo fehlt usw. Mein Kollege rechnet übrigens nur die Kosten für die Bücher, die Hochschulgebühren und die Arbeitsstunden und nicht was Ihnen entgeht durch Schwierigkeiten in Ihrer Karriere oder gelegentliche Inhaftierung, und er läßt weg, daß die Leistungen in bürgerlichen Berufen bedenklich sinken nach einer gründlichen Marxlektüre . . .« (*Flüchtlingsgespräche* VIII)

Heute, 33 Jahre später, kann man eine komplette Marxismus-Schulung getrost mit 100 000 Mark veranschlagen. Ein großer Teil dieser Investition besteht allerdings aus nichtbezahlter Arbeitszeit; einen anderen, nicht unbeträchtlichen Teil leistet der Staat. Nehmen wir nun an, daß in Westdeutschland und Westberlin in den letzten zehn Jahren 1000 Vollmarxisten produziert worden sind: das wäre eine Investition von 100 Millionen Mark. Dazu kommen aber mindestens 20 000 Halbmarxisten à 50 000 Mark. Das ergäbe, nach Abzug der Gebrauchskosten, eine runde Milliarde. Volkswirtschaftlich gesehen ist das nur ein Klacks (vergleichsweise gesagt: drei Steglitzer Kreisel). Offen ist auch, inwieweit es sich hier wirklich um ein gesellschaftliches Potential handelt und nicht etwa um Kapitalvernichtung (wie beim Steglitzer Kreisel). Doch die Frage heißt nicht, was wen die linke Bewegung kostet, vielmehr: Was fängt die Bewegung mit ihrem *Kapital*-Kapital an?

Vorgriff. Der Studentenführer der ersten Stunde hatte verheißen: In der befreiten Gesellschaft wird jeder einen Sportwagen haben. Worauf einige, sich ein »befreites Gebiet« kreierend, gleich nach dem Ferrari griffen, während andere sich sagten: was noch nicht jeder hat, will ich auch nicht, und entschlossen im Mangel lebten. Die Revolution im Kopf, verzichteten sie auf alles Angenehme und oft auch auf das Unangenehme, z. B. die Arbeit. Was braucht ein Berufsrevolutionär mehr als eine Matratze? Auf der lag er dann, bis zur Kneipenzeit, abends um elf.

In der Kneipe. Einem Gast rutscht unbemerkt ein Geldschein aus der Tasche und fällt zu Boden. Ein Genosse sieht es, hebt den Schein auf und gibt ihn dem Besitzer zurück. Als er wieder zur Theke kommt, zischt ein anderer Genosse verächtlich: »Du Idiot!« Der erste wird rot und kratzt sich: hat er ein kleinbürgerliches, gar ein zwanghaftes Verhältnis zum Geld?

Am Stammtisch. Vier Genossen verhandeln: »Ich hab von dir noch sieben zu kriegen, Wolfgang.« – »Ja, aber davon gehen vier ab, die ich am Samstag dem Peter gezahlt hab, und dem bist du auch noch eins schuldig.« – »Gut, dann soll mir eben der Peter jetzt eins spendieren, weil der doch gestern vom Daniel drei gekriegt hat, dem ich vier schulde. Und nachher schmeißt der Wolfgang für uns vier eine Runde, dann sind wir quitt.« Die Rechnung geht auf, die Rechenkünste sind atemberaubend – unter der Voraussetzung einer vertrauten Recheneinheit und eines vertrauten Milieus. »Wildes Denken«, an dem Lévi-Strauss seine Freude hätte. Die Bier-Währung und die DM-Währung sind übrigens frei konvertierbar, die Umrechnung erfolgt fast automatisch, und zwar von Mark in Bier. »Was soll dein Info kosten, Genosse? Das sind ja zweieinhalb Bier!«

Vor dem Kaufhaus. Zwei linke Zeitungsverkäufer aus verschiedenen Gruppen treffen aufeinander. »Gibst du mir deine?« – »Schön, tauschen wir.« – »Halt, ich krieg ne Mark!« – »Dann krieg ich aber auch eine.« – »Okay.« Zuerst werden zwei Zeitungen gegeneinander ausgetauscht, dann zwei Markstücke: eine saubere Sache. Das Geld ist keineswegs abgeschafft. Es erhält vielmehr eine neue, schwer zu definierende Qualität. Es ist eine Art Fremdwährung, aber auch begehrtes magisches Metall: Eine Handvoll Hartgeld erscheint irgendwie wertvoller, jedenfalls verläßlicher als derselbe Betrag in Banknoten. Und sosehr auch das bargeldlose Tauschen, das Teilen, Verleihen und Schnorren (selbst von Geld) zum linken Alltag, zum linken Überleben gehört – Geld bleibt Geld. Man

rückt es nicht gerne raus, wenn mans hat, oder verdächtigt andere, es zu haben, wenn mans nicht hat. Der »Wohnungskampf« wird nicht zuletzt um die gemeinsame Kasse, die gerechte Verteilung der monetären Lasten in Wohngemeinschaften geführt. Pendant dieser »analen« Einstellung zum (kleinen) Geld ist die faszinierte Verachtung des großen.

Linke Firma. Ein Genossengericht hat einen gewitzten Raubdrucker als Genossenausbeuter entlarvt und dazu verdonnert, einige hundert Bände unberechnet einer linken Buchhandlung zu überlassen, die einen Teil des Erlöses einer linken Gruppe überschrieb, die diesen Betrag als Darlehen einem linken Verlag zur Verfügung stellte, der damit eine Tochterfirma finanzierte, die sich in undurchsichtigen Geschäften erging, bei denen das Geld, das keiner je gesehen hatte, versickerte. Vielleicht war alles auch ganz anders. Schriftliche Unterlagen für diese Transaktion gibt es nicht, aber viele, zu viele Zeugen. Seitdem geht die omninöse Summe – sagen wir 10 000 Mark, solche linken Summen sind immer rund und pausbäckig und nehmen weder ab noch zu – seitdem geht dieses Geldgerücht um wie ein Gespenst, ein Schemen des Großen Geldes, der überall auftaucht, wo ein Gruppenstreit ausbricht. Eine wachsende Zahl von Gruppen und Kollektiven samt ihren Nachfolgern und Abspaltungen erheben Anspruch auf das liebe Geld und unterstellen anderen, es verflüssigt zu haben. Bis ein bürgerliches Gericht, bei dem – die Zeiten ändern sich – der von den Genossen enteignete Raubdrucker sein Recht gefunden hat, die Zahlung der Summe an diesen verfügt. Als gäbe es sie. Als hätte es sie je gegeben. Geld, sofern man es nicht in der Tasche hat, ist reine Fiktion. Eine Erfindung des bösen Kapitalismus. Aber der nimmt es von den Massen, selbst von den Genossen. Holt ihnen den letzten Groschen aus der Tasche . . . Die Frage ist nur: wie kommt das Geld erst mal in die Tasche?

Vogliamo tutto. Sieben Genossen fassen den Plan einer Kollektiv-Publikation. Wer soll die drucken? Das Manuskript ist umfangreich, eine Selbstverlagsbroschüre würde zu dick und zu teuer. Außerdem will man – aus Gründen der politischen Effizienz – endlich mal aus dem Bücherstand-Ghetto hinaus ins feindliche Leben, lies: die bürgerliche Öffentlichkeit. Bürgerlichen Verlagen ist das Projekt aber politisch zu brisant.
Bleibt ein kleiner linker Verlag, der die Herstellung finanziert, den Vertrieb organisiert, außerdem noch Honorare zahlt. Nach Meinung der sieben Genossen ist ihr Projekt jedoch *so* politisch, daß die gezahlten Honorare als Tribut an ihre politische Arbeit nicht ausreichen: der Verlag soll den *gesamten Erlös* aus der Publikation der Bewegung (ihrer Bewegung?) zugute kommen lassen. »Wir wollen alles.« Aber wer sind »wir«? Leben »wir« in einer Gesellschaft, wo Satz, Druck, Bindung und Papier umsonst

sind? Wo die Lohnarbeit abgeschafft ist, Vertrieb, Werbung, Lagerhaltung, Miete, Telefon, Portogebühren, Steuern nicht mehr existieren?
Solchen miesen ökonomistischen Skrupeln erteilen die Sieben eine eindeutige militante Abfuhr: »Wenn Ihr auch nur einen Pfennig aus dem Erlös unseres Buches nicht für unsere politische Arbeit, sondern für Euren Verlag verwendet, ist das eine Schweinerei!«

Zahltag. Die meisten Genossen finden es überaus verdächtig oder – wenn die Verdachtsmomente ausgeräumt sind – außergewöhnlich, daß es Leute gibt, die ihnen eigentlich verblüffend ähnlich sind (in der Politik), und die doch jeden Tag mit geradezu penetranter Regelmäßigkeit *arbeiten.* Manche, die sich um uns sorgen, fragen: »Wie und wann verdient Ihr denn eigentlich Eure Mäuse?« – »Wir zahlen uns Gehälter.« – Das leuchtet nach längerem Nachdenken ein. Genosse X: »Wieviel?« – »1300 bis 1500 Mark.« – Das findet Genosse X unheimlich viel. Zu viel. Er selbst bekommt nur ein Assistentengehalt von 1020 Mark. Wir fragen: »Brutto oder netto?« Die Antwort: »Wie meint Ihr das?«
Der Unterschied zwischen ihm und uns besteht nicht nur darin, daß wir brutto meinten und er netto.

Der Hut-Trick. Die Gruppe diskutiert über ein geplantes Flugblatt. »Und woher nehmen wir das Geld?« insistiert ein Pragmatiker. »So'n Scheiß«, poltert ein Prinzipieller, »wir wollen hier politisch diskutieren und der redet immer vom Geld!« Erleichterung rundum, man hält es mit Hegel: »Das technische Mittel stellt sich ein, wo ein Bedürfnis vorhanden ist.« Um dem Wunder etwas auf die Beine zu helfen, wird dann schließlich doch ein Hut herumgereicht. Wer die betreffenden Vermeidungsstrategien nicht beherrscht, wirft mürrisch oder demütig seinen Obulus hinein. Das ergäbe vielleicht magere 25 Mark, wenn nicht zwei oder drei dabei wären, die »was haben«, nämlich ein bißchen Bargeld und entsprechend viel schlechtes Gewissen: sie legen – meist verstohlen, am liebsten erst ganz am Schluß – größere Scheine in den Hut, so daß die Auszählung dann ein Mehrfaches der eigentlich zu erwartenden Summe ergibt. Die Runde nimmt es ohne Erstaunen zur Kenntnis: na also! Geld kommt immer irgendwoher. Auch wenn man keins rausrückt: es ist schließlich doch welches da – »für die politische Arbeit«. Manchmal aber sind nur Schulden da. »Jetzt sind es schon 5000 Mark«, klagen ratlos die Zeitungsmacher und fügen stolz hinzu: »Aber wir haben den Umfang erweitert und den Preis gehalten!« Wie beides zusammenhängt, steht das vielleicht im *Kapital?* Na klar, Genosse, aber das gilt nur für die profitorientierte bürgerliche Ökonomie!

Herzensbrecher. Seit den Anfängen der Bewegung sind durch die Hände der Linken beträchtliche Beträge geflossen, nicht immer auf kontrollierbaren Wegen. Durch »Eigenfinanzierung« wurde nur ein Bruchteil davon aufgebracht. (Der bei Finanzierungsproblemen fast regelmäßig auftauchende Vorschlag, jeder solle täglich auf ein Bier verzichten, scheitert schon an der Frage »Auf welches?«) Aber im Auftreiben von »Fremdkapital« waren manche Genossen sehr erfinderisch und fündig. Hauptquelle war in den heroischen Jahren der Bewegung das Gewissen (lies: das Ruhebedürfnis) von Liberalen und Intellektuellen, von solchen, die in ihren Positionen nicht glaubten tun zu können, was sie wollten, und dankbar waren, wenn andere es taten (solange sie ihnen nichts taten). So lebte die schöne bürgerliche Einrichtung des Almosens wieder auf in der Spende für eine linke Organisation oder Aktivität. Doch nur für kurze Zeit. Dann ging der linke Bittsteller leer aus: »Johann, wirf den Kerl hinaus, er bricht mir das Herz!« An die Stelle des spendenwilligen Liberalen ist eine noch kleine, vermutlich aber wachsende Zahl von mittlerweile beruflich etablierten Alt-Linken getreten, die ihr Unbehagen über ihren individuellen Verrat an einstigen Prinzipien der Protestbewegung (die doch längst schon lieber gegen Berufsverbote als gegen Professionalisierung kämpft) zu mildern suchen durch Daueraufträge oder Spontanspenden (z. B. bei Gehaltserhöhungen). Gesinnungssteuer. Mancher entrichtet sie anonym, das zeugt von Bescheidenheit und Vorsicht.

Linker Millionär. Niemand spricht mit Begeisterung von ihm, wenige gedenken seiner auch nur mit Nachsicht. So groß die Zahl und die Beharrlichkeit seiner Besucher, so gering ist seine Beliebtheit. Gebissen wird die Hand, die füttert, ebenso wie die Hand, die das Futter verweigert; fragt sich nur, welche Bisse gefährlicher sind. Der linke Millionär ist eine unerforschte Spezies. In Deutschland kommt er nur vereinzelt vor, wenigstens vorläufig. In andern Ländern, beispielsweise in Italien, tritt diese Art in Rudeln auf; man könnte dort eine Partei proletarischer Millionäre gründen. Die PPM/ML. Nur daß die Millionäre, die schließlich nicht unter sich bleiben wollen, ihr nie und nimmer beitreten würden.
Ist es schade, daß wir sowenig linke Millionäre haben? Die Linke könnte ihr Geld brauchen. Könnte sie es brauchen? Nicht dies ist die wichtigste Frage, die ihre Existenz aufwirft. Vielmehr ist das Interesse an linken Millionären das Interesse an der linken Bourgeoisie, auf die Spitze getrieben. Das macht sie zu einem vielversprechenden Studien- und Versuchsobjekt. In lehrreicher Vergrößerung, im Maßstab 1:100 oder 1:1000, zeigen sie eine sonderbare Erscheinung an: den Versuch einer bestimmten Fraktion des Bürgertums, sich den Marxismus als Legitimationsideologie anzueignen.

Deutschlands Bourgeoisie schleppt in dieser Hinsicht immer nur ihre traditionellen Vorurteile mit sich. Sie ist rückständig, wenigstens im Kopf. Sie zeigt einen gewissen Mangel an Weitblick und an Masochismus. Ihre Ängstlichkeit hindert sie daran, neue Laster zu erfinden. Kommunist sein, das ist (für einen Millionär) vor allem ein neues, ein raffiniertes Laster, das besonders in der Abgeschiedenheit gedeiht, eine Art Schachspiel, das man gegen sich selber spielt, und bei dem man infolgedessen, je nach der Perspektive, die man wählt, entweder nur verlieren oder nur gewinnen kann.

Was geht uns das an? Ungeduldiger Zwischenrufer, sieh dich in deiner eignen Gruppe um, und du wirst entdecken, daß der linke Millionär kein Phantom ist. Der Genosse K. zum Beispiel lebt zwar von der Hand in den Mund, aber siehe, sein Schwiegervater hat eine Werkzeugmaschinenfabrik. Und die Genossin Z.? Zeichnen sich nicht, in ihrem Hintergrund, gewisse Erbschaften ab, ein paar Eigentumswohnungen hie und ein Textilgroßhandel da? Natürlich, mit diesem Hintergrund ist die Genossin Z. ja gerade zerstritten. Aber siehe BGB Fünftes Buch, siehe die Grundbucheintragungen – die werden nicht abgeschafft dadurch, daß einer zu Weihnachten nicht nach Hause fährt. Oder?

Also betrachten wir ihn ruhig, im Lichte der fröhlichen Wissenschaft des Materialismus, den linken Millionär. Soweit, wie es scheint, ist er gar nicht entfernt. Und gerade das, was ihm angekreidet wird, macht ihn erheblich: seine Zweideutigkeit. An ihr ist einiges zu lernen, auch für den, der nur eine kleine Planstelle sein eigen nennt – vorläufig.

Und wir unterscheiden vorerst: erstens, den masochistischen Millionär, der, moralisch gesprochen, in Sack und Asche einhergeht. Zweitens den Millionär mit der gesunden Risikostreuung, der begreift, daß die Rückversicherung ein lohnendes Prinzip ist, und der deswegen nicht eine Partei, sondern alle finanziert. Drittens ist der fortschrittliche Millionär zu nennen, ein aufgeklärtes Opfer seiner eigenen Vernunft. Viertens wäre zu nennen der Millionär, der aus alter Erfahrung weiß, daß nichts so heiß gegessen wird, und der somit ganz gut fertig wird mit seinen Befürchtungen; oft steht er der KP nahe, ein sehr geschätzter Genosse. Schließlich stellen wir die bekannte Figur des armen Reichen vor, der sich einfach langweilt (hier darf man freilich kein lumpiger Vermögens-, hier muß man schon Einkommensmillionär sein, um mithalten zu können): er braucht seinen Kick, um nahezu jeden Preis, und welcher Sport wäre riskanter als der Klassenverrat? Wir geben nicht zuviel auf diese Typologie; meistens ist der linke Millionär ohnehin ein Mischmasch, also macht es nichts aus, wenn er vorsichtig, begeistert, müde, abenteuerlich und skeptisch ist, alles auf einmal.

Zwei Seelen in seiner Brust sind das Mindeste. Er lebt gefährlich, weil er

begreift, daß das Geld keinen absoluten Schutz mehr bietet, es ist nur noch eine Art Stoßdämpfer, besser als nichts. Es ist nicht damit getan, daß man sich über ihn lustig macht. Er weiß ganz genau, daß er ein Ausbeuter ist. Nur zaghaft deutet er an, daß auch er sich ausgebeutet fühlt. Sogar daran ist etwas Wahres, wenn auch wirklich sehr wenig; er kann aber sehr intelligent darüber sprechen. Er kennt seinen Marcuse und weiß, daß Marcuse passé ist. Er hat einigen Durchblick. Er geht so und so weit, er hat seine Wut- und Angstanfälle wie andere auch. Nur empfindlicher. Er ist ein politisches Barometer, er reagiert auf jede Stimmungsschwankung, jede Mode, jede Verschiebung der Konstellation. Er kann gar nicht anders. Das hat er an der Börse gelernt. Er macht sich nichts vor. Er weiß ja, warum die Genossen zu ihm kommen. Er versteht, aber er wird nicht verstanden. Auch damit hat er sich abgefunden.

Über die politische Ökonomie, wie sie im Seminar betrieben wird, kann er nur lachen. Davon versteht er nun wirklich mehr. Er ist nur zu taktvoll, um es den Genossen ins Gesicht zu sagen. Was die Teilung des Mantels und die Abfütterung von Witwen & Waisen betrifft, so ist damit die Welt bekanntlich nicht zu ändern, das sind christliche Milchmädchenrechnungen; er ist schließlich ein *linker* Millionär. Individuelle Caritas ist so falsch wie individueller Terror. Schon Lenin hat gesagt . . . Wenn unser Millionär also auf den Flug zu den Seychellen verzichtet, so nicht, um den Betrag der Roten Hilfe zu spenden, sondern weil er keine Lust hat, die Seychellen zu besuchen; sie finden ohnehin im Fernsehen statt.

Der linke Millionär weiß meistens nicht genau, welche Partei und welche Gruppe, aber wer weiß das schon. Er ist ja ziemlich isoliert, trotz allem. Zwar kriegt er alle Drucksachen (viele davon hat er selber finanziert). Doch die befreien ihn nicht von seinen Obsessionen. Einmal haben sie ihm die halbe Wohnung ausgeräumt. Die Polizei hat er natürlich nicht gerufen. Doch das ist schon ein paar Jahre her. Seitdem sind die Genossen etwas vernünftiger geworden. Sie wissen letzten Endes doch, was sie an ihm haben. Er gehört eben dazu. Er drückt mehr aus, als wir alle glauben.

Sterntaler. Das Reich der Freiheit ist noch fern, man muß überleben. Gerade die Linken müssen überleben. Wie machen sie das? Genosse X hat Autoschlosser gelernt. Autoreparaturen führt er besser und viel billiger aus als jede Werkstatt. Er könnte gut davon leben. Sein Problem ist nur: Von Nicht-Genossen würde er schon Geld nehmen, aber er mag ihnen nicht die Autos flicken; den Genossen dagegen flickt er gern die Autos, aber er mag von ihnen kein Geld nehmen. Folglich hat er keins zum Leben. Doch Genosse X ist nicht typisch. (Es gibt freilich manchen Linken, ob Arzt oder Anwalt oder sonstwas, der für einen Genossen alles tut, was er kann, nur eines bringt er nicht fertig: ihm eine Rechnung zu schreiben.)

Genosse Y hat nichts gelernt. Aber er hat mal eine Wohnung angeboten bekommen, die er nicht brauchte und deshalb gegen eine geringe Vermittlungsgebühr an einen anderen Genossen abtrat, der glücklich darüber war. Da sagte sich Genosse Y: Mach weiter so, mach die Genossen glücklich, die Gebühr kannst du ja ein bißchen erhöhen und die Beglückten verpflichten, bei ihrem Auszug die Wohnung wieder dir zu überlassen zur weiteren Vermittlung und Aufstockung deines Kontos. Die Sache lief, wie sie laufen muß, wenn man das System begriffen hat. Doch Genosse Y ist nicht typisch. (Es gibt freilich manchen Linken, ob Anwalt oder Dealer oder sonstwas, der . . .)

In der Regel aber reproduzieren sich die Linken nicht durch Arbeit, jedenfalls nicht durch kontinuierliche Arbeit. Für die meisten – die Studenten – ist Geld etwas, das monatlich eintrifft: der Scheck der Eltern, die BAFÖG-Zahlung, das Tutorengehalt . . . Mit irgendeiner geleisteten und kontrollierbaren Arbeit hat das wenig zu tun. Es kommt eben. Aber es reicht auch meistens nicht zum Leben. Man muß nebenher jobben, »seine Arbeitskraft gegen Kapital tauschen«, wie der neue Linkskalauer heißt, der kaum noch begrinst wird. Der dabei kassierte Stundenlohn ist – zumindest in den großen Städten – wesentlich höher als die Entlohnung, die man als Arbeiter oder Angestellter für eine vergleichbare Arbeitsleistung bekäme. Drum haben viele schon früh aufgehört, z. B. für ein mageres Lehrergehalt *in spe* zu büffeln. Jobben bringt mehr und ist bequemer. Vor allem bringt es Geld, das *non olet*. Wogegen man sich als Gehaltsempfänger »verkauft«, dem Staat oder der Firma. Beim Arbeiter ist das anders, der verkauft nur seine Arbeitskraft, ist produktiv und wird ausgebeutet. Deshalb (?) galt Fabrikarbeit eine Zeitlang als schick bei der Linken, doch das hat sich gelegt. Gehen wir lieber jobben, z. B. bei einem Marktforschungsinstitut. Vielleicht zwei Monate, man kann auch mal wegbleiben. Nur nicht hängenbleiben! Einem fest angestellten Linken – es gibt immer mehr davon, arme Bewegung! – kann man nicht trauen; er traut sich oft selbst nicht über den linken Weg (bin ich schon korrumpiert?) und unterliegt deshalb einem ständigen Rechtfertigungszwang, sich selbst und den Genossen gegenüber. Andere treiben den Teufel der Anpassung mit dem Beelzebub der Überidentifizierung aus: bei 2000 Mark im Monat, da schwankt man noch, aber bestimmt nicht mehr bei 4000; oder: als Assistent kann ich ja nicht, wie ich will, aber als Professor! da werd ichs denen zeigen, wie politisch ich bin (nämlich den Kollegen und mehr noch den nachwachsenden Linken, diesem sich unangenehm vermehrenden *alter ego* im Anorak).

So sind fast alle irgendwie versorgt. Und die es nicht sind, als Folge ihres politischen Engagements, übertragen gern ihre Versorgungserwartung vom Elternhaus oder Staat auf die Bewegung: die Genossen schulden mir

. . ., die Genossen lassen mich hängen . . ., die Genossen sind Revisionisten! (gerade wenn sie kräftig spenden).

Die Linke vom Sperrmüll

Phantastisch! Wenn wir nun den Genossen W. fragen, so fällt ihm im Hinblick auf sein Verhältnis zum Geld partout nichts ein. Er erklärt, hier lasse ihn seine Phantasie im Stich. Und wir fragen uns: was hat das zu bedeuten?
Die grenzenlose Phantasie ist eine alte bürgerliche Marotte, eine Art Vertröstung auf ein Eckchen Freiheit, das jeder haben soll. Wenn schon überall gegängelt, bevormundet, herumgeschubst, dann wenigstens die Freiheit haben, Phantasie zu machen. Die Freiheit, zu spinnen und wenigstens in Gedanken vor sich selber wegzulaufen. Alles ganz falsch!
Unsere Wünsche gehen zwar über unsere Möglichkeiten hinaus, aber die wirklichen Möglichkeiten, die jeder von uns hat, bestimmen den Spielraum unserer Phantasie. Kurz: unsere Phantasie geht an einer Leine, gewickelt um einen Pflock aus Klassenlage und Persönlichkeit. Diese Leine ist lang, aber Leine bleibt Leine. Unsere Phantasie muß also so etwas ähnliches wie ein Zerrspiegel von Erfahrungen, Empfindungen etc. sein, deren Herkunft das Phantasiebild ausgelöscht hat. Nicht irgendein Zerrspiegel, sondern ein blankgeputzter Zerrspiegel, einer, in dem alle Wellen, Krümmungen und Risse glattgebügelt sind. Ein Spiegel, mit dem wir uns belügen, in dem aber doch eine Portion Wahrheit steckt: die Wahrheit über jeden einzelnen von uns und seine tatsächlichen Möglichkeiten, sich zu entkommen. Undsoweiter.

Zweierlei Erzählkunst. Jemand, der viel Geld besitzt, wird auch viel darüber erzählen können. Er wird lange Geschichten darüber aus dem Ärmel schütteln, welche kleinen und großen Schweinereien er so angestellt hat, um an das viele Geld heranzukommen, und er wird jeden Morgen aufs Neue mit Geld in seinem Schädel wach: was tun, um am nächsten Tag noch mehr davon zu haben? Noch mehr andere für sich arbeiten lassen! Aus Geld Kapital machen! Daß es zu noch mehr Geld da lang geht, weiß dieses Schwein seit langem. Aber wie im einzelnen? Undsoweiter Undsoweiter. Viel, sehr viel wird der Geldsack zu erzählen wissen.
Jemand, der kein Geld besitzt, kennt auch Geschichten. Während die paar wenigen Schweine die Sorge plagt, wie aus viel noch viel mehr zu machen ist, sorgen die vielen, vielen anderen sich darum, wie sie es am besten anstellen, daß das wenige Geld nicht noch weniger wird und zum Leben reicht: wie die Miete zahlen, wie mal Urlaub machen, wie mal wieder

Fleisch auf'm Tisch, wie den Kindern mal ne kleine Freude bereiten. Undsoweiter Undsoweiter.
Auf diesen Punkt gebracht und mit Zynismus betrachtet, verbindet den Bourgeois und den Proleten das eine: die Sorge um das Geld. Und die Sorge setzt die Gedanken frei. Übers Geld werden beide nicht ins Stottern kommen. Ihre Geldgeschichten werden abendfüllend sein.

Differentialdiagnose. Was aber, fragt W. sich nun, was ist mit mir und dir, die wir diese Sorgen nicht haben: die einen nicht und die anderen nicht. Was ist mit uns, die gleichzeitig nie und doch immer Geld haben bzw. sich diese komische Gleichzeitigkeit einbilden bzw. sogar in dieser Gleichzeitigkeit leben. Was ist mit uns, die wir *eigentlich* ständig mit leerem Portemonnaie dastehen aber trotzdem *irgendwie* ebenso ständig nicht nur durchkommen, sondern gleich noch ein Eckchen besser leben als die, denen das Durchkommen das tägliche Problem ist.
Zu guter Letzt: was ist mit uns, die wir – ohne der eine oder der andere wirklich zu *sein* – uns aufführen, unbekümmert wie ein Bourgeois, materiell aber dastehn eher wie ein Prolet? Wer sind wir eigentlich, die wir so untypisch und bettelarm, aber ohne Ärger darüber sind und aus jedem Tag, den Gott läßt werden, was Lebenswertes machen? So ganz ohne Geld, aber immer satt und noch ein bißchen mehr als satt. *Die* Intellektuellen sind wir auch nicht. Denn die Diplomchemiker bei Bayer sind auch Intellektuelle, aber keinesfalls gönnerisch und bewußtlos arm. Doch gerade die gönnerische und bewußtlose »Armut« kennzeichnet unsere Beziehung zum Geld. Also linke Intellektuelle? Da kommen wir uns schon näher. ›Links‹ muß festgehalten werden. ›Intellektuelle‹ allein indes ist noch eine Nummer zu groß für uns, denn der marxistische Universitätsprofessor ist auch intellektuell und links dazu, aber *wir* würden die Maulsperre kriegen, wenn wir in dessen Wohnung guckten und zum Vergleich dann zurück zu uns nach Hause kämen. Teakholz und Palisander nämlich kosten Geld – unser Sperrmüll dagegen ist lediglich bequem.

Luxus zu reduzierten Preisen. Die sind wir also: die Sperrmüllinken, abgeschabte Intellektuelle mit BAT in der Tasche und subkulturelle Studiker. Ganz unnostalgisch (denn Nostalgie muß teuer sein) haben wir uns mit dem wenigen Alten und Kaputten, was wir haben, behaglich eingerichtet, sind wir selbst ein linkes Möbelstück geworden. Wir haben aus der schäbigen Not eine sehenswerte Tugend gemacht.
Nach innen gekehrt, fällt diese Tugend als Tugend schon gar nicht mehr auf. Man lebt eben so bei uns. Nach außen gekehrt aber richtet dieselbe Tugend Achselzucken und Verblüffung an. Das soll heißen: ein Arbeiter, dessen Lohn für ihn und seine Familie so gerade hinreicht, vorausgesetzt,

er dreht jeden Pfennig zweimal um, bevor er ihn ausgibt, dem muß der Atem gefrieren, wenn er hört, was wir aus 400 Mark monatlich alles machen: eigene Bude oder Wohnung, Freundin oder Freund, Bücher, Auto. »Alles« da. Und gut gegessen wird auch. Und für dreimal siebzig Pfennig Bier dazu. Was stimmt da nicht? Nichts stimmt da nicht.

Was dem durchschnittlichen Arbeiter wie dem Kleinbürger so unheimlich vorkommen muß, dieses Auseinanderklaffen von materieller Ausstattung und tatsächlichen Lebensgewohnheiten, wie es uns Sperrmüllinke charakterisiert, dieses Mißverhältnis baut auf einer »kleinen Bedürfnisrevolution« auf. Diese »Bedürfnisrevolution« hat für eine Reduzierung der teuren und eine gleichzeitige Belebung von billigen Wünschen gesorgt. Motor für diese Verlagerung war kein großes »politisches« Programm, wie es z. B. noch zum klassischen Antiautoritarismus gehörte, dessen Philosophie es war, seinen Jüngern die Zigarette zu vergraulen, um der Tabakindustrie zu schaden. Im Unterschied dazu hat sich die »kleine Bedürfnisrevolution« programmlos, stillschweigend und ohne Fahnen vollzogen. Ihr Motor war das wenige Geld *und* ein Selbstverständnis, welches »Schöner Wohnen« muffig, den Kratzer am Auto belanglos und abgetretene Mokassins was »Feines« findet.

So zu leben ist nichts direkt Antikapitalistisches und läuft der kapitalistischen Verwertung und ihrer Ideologie dennoch zuwider. Erstaunlich schnell und massenhaft überfüllten darum auch bald verwaschene Jeans die Boutiquen. Sie kosten heute schon mehr als Hosen ohne Fransen, Stäubchen und mit Bügelfalte. Die Sperrmüllinke hat auch das überstanden. Sie lebt weiter. Mit wenig Geld im Beutel, aber nach wie vor nicht schlecht. Und wenn andere von ihr sagen, ihr ginge es zu gut, dann trügt der Schein, den die sperrmüllinke Subkultur selber produziert hat: zwar fahren wir Autos, aber ihre Jahrgänge gehören oft der technischen Eiszeit an, zwar laufen wir nicht nackt herum, aber wir tragen unsere Klamotten so lange, bis sie uns förmlich vom Hintern fallen, zwar sind unsere Wohnungen manchmal gemütlich vollgestopft, aber der »mondäne« Ohrensessel stand ein paar Straßen weiter schon mal neben dem Abfalleimer.

Das alles vergessen die Leute, denen unser Luxus die Ohren schlackern läßt. Wofür *ihr* Summen Geld bezahlt und was *ihr* wegschmeißt, wenn es nach den Summen nicht mehr duftet, das wird bei uns mit billigem Stoff überzogen und als linker Luxus in eine helle Ecke gestellt. Und wenn wir unsere billigen Fêten feiern, dann tanzen wir auf eurem alten Teppich, und wenn wir über Geld uns unterhalten, dann sitzen wir auf euren noch sehr gut erhaltenen Stühlen. So scheints, daß wir von der Luft auf großem Fuße leben.

Wir, das sind arme, privilegierte, schmarotzende Teufel. Ändern wollen wir beides: die Armut und die Privilegien.

Nun, sagt sich der Genosse W., weiß ich besser Bescheid. Ich kann mir den zu den durchschnittlichen gesellschaftlichen Erfahrungen quer stehenden Luxus leisten, *keine* Beziehung zum Geld zu haben. Dieser Luxus hat Gefahren in sich. So sah ich in einer Wohnkommune jemanden sich langweilen: »Pfennigwirtschaft sei pedantisch« und hörte in einer linken Buchhandlung jemanden tönen: »Bilanzen und Buchhaltung seien faschistisch.« Wer so redet und denkt, diskriminiert nicht nur all diejenigen, denen die Pfennigwirtschaft das tägliche Gebet ersetzt, der möbelt seinen zufälligen Luxus zu etwas Allgemeinem auf und abstrahiert ganz »frei« und idealistisch von dem Faktum, daß es ja gerade das Geld ist, welches alle gesellschaftlichen Beziehungen diktiert.
Wenn der eine oder andere von uns keine Beziehung zum Geld hat, dann hat er nicht Erfolg beim Zertrümmern des Geldfetischs gehabt, sondern dann holt er allenfalls mal vorübergehend Luft von ihm und erlebt im übrigen nur die zufällige und vergängliche Kehrseite des allgemeinen Gelddiktats.

Nicht auf den Pianisten schießen! Die Unsicherheit, die Verwirrung, die latente Angst: das alles reproduziert sich auch auf der Ebene der Theorie. Auf hundert Einladungen, Aufforderungen, Zumutungen, über *Geld* zu schreiben, kommen fünfzig glatte Absagen. Der stärksten Verdrängung unterliegt die subjektive Seite der Sache, diejenige, in der nolens volens der Schreiber selber vorkommt. So glauben auch die Kinder, unsichtbar zu werden, indem sie sich die Hände vors Gesicht halten, und rufen Kuckuck. Eine Sozialpsychologie des Geldes in marxistischer Absicht scheitert an solchen nicht eingestandenen Hindernissen. Aber auch die Zusagen sind voller Mucken. Selbst als objektiviertes Problem entschlüpft das Geld dem theoretischen Zugriff. Die Vermeidungsstrategien sind vielfältig. Die beliebteste ließe sich als Rückzug auf die Exegese beschreiben: ein Band von achthundert Seiten ließe sich ohne Mühe füllen mit Abhandlungen *Über den Geldbegriff bei Marx*. Die Begriffskriege, die da angeboten werden, vermeiden von vornherein das Territorium der Politik; es wird mit Zitaten gekämpft, ein Realitätsbezug ist oft nicht erkennbar. Auch zeigt sich die Tendenz, der Gegenwart auszuweichen. Wozu vom heutigen Weltmarkt reden, wo doch die Handelskrisen im viktorianischen England ein viel sichereres, um nicht zu sagen gemütlicheres Pflaster für die Spekulation abgeben? Auch die Inflation hat den Nachteil, daß sie bei Marx so gut wie gar nicht vorkommt. Also ergeht die Auskunft: Wir können das nicht ableiten. Oder: So weit sind wir noch lange nicht, vielleicht in zehn Jahren. Was bis dahin geschieht, die innenpolitischen Auseinandersetzungen über Preise und Löhne, die Mystifizierung des Klassenkampfes durch die Inflation, die gesellschaftliche Existenzangst, die durch Währungs- und

Mangelkrisen geschürt wird, das alles hat offensichtlich ohne Theorie auszukommen. Auch die Angst vor der Falsifizierbarkeit spielt hier eine Rolle. Thesen über den realen ökonomischen Prozeß enthalten immer ein prognostisches Moment; also ein Risiko für den, der sie aufstellt. Schließlich trifft man auf eine Prinzipienreitkunst, die jede Empirie als Faktenhuberei verdächtigt. Sie paart sich gern mit einer Ignoranz, die bereits vor dem Wirtschaftsteil der *FAZ* kapituliert; eine Verbindung, aus der dann im schlimmsten Falle eine politische Ökonomie hervorgehen könnte, welche zum einen von Ökonomie nichts versteht und zum andern unpolitisch ist.

Not als Tugend. Kurz, das Verhältnis der Linken zum Geld ist gebrochen, voller Irrationalismus und Berührungsangst. Das ist das Erbe der Studentenbewegung, die die Große Weigerung, die Absage an bürgerliche Karrierevorstellungen und Statusansprüche, an entfremdende Konsumlüste und -zwänge propagiert hatte – was nicht schon dadurch zu erklären ist, daß vielen Studenten ein Konsumverzicht aufgenötigt war, weil sie tatsächlich wenig Geld hatten (jedenfalls weniger als gleichaltrige Arbeiter oder Angestellte, und zwar in einer Gesellschaft, die auf sofortige Befriedigung der durch sie provozierten Bedürfnisse drängt), sonst hätten sie nicht mit dem Gratifikationsaufschub zugleich die Gratifikationsgarantie abgelehnt, die sie in der Tasche hatten im Gegensatz zu anderen, weit stärker unterprivilegierten Gruppen, etwa den Rentnern, die rational genug waren, ihre Not nicht zur Tugend zu erheben, wie die Studenten es taten, wo sie – bewußt, berauscht, verbissen – aus dem Geldsystem, an dem sie nur bescheidenen Anteil hatten, mit einem Bein ausgestiegen sind und damit auch das Gemeinwesen, das dieses Geldsystem laut Marx *ist*, schon hinter sich zu lassen meinten.

Zur Erinnerung

»Es [das Geld] selbst ist das *Gemeinwesen* und kann kein andres über ihm stehendes dulden. Das unterstellt aber die völlige Entwicklung der Tauschwerte, also einer ihr entsprechenden Organistion der Gesellschaft. (. . .) Es liegt in der einfachen Bestimmung des Geldes selbst, daß es als entwickeltes Moment der Produktion nur da existieren kann, wo die *Lohnarbeit* existiert; daß es also da auch so, weit entfernt die Gesellschaftsform aufzulösen, vielmehr eine Bedingung ihrer Entwicklung und ein Triebrad zur Entwicklung aller Produktivkräfte, materieller und geistiger, ist. Ein einzelnes Individuum kann heute noch zufällig zu Geld kommen, und sein Besitz kann daher ebenso auflösend auf es wirken,

als es auf die Gemeinwesen der Alten wirkte. Aber die Auflösung dieses Individuums in der modernen Gesellschaft ist selbst nur die Bereicherung des produktiven Teils derselben. Der Geldbesitzer im antiken Sinn wird aufgelöst von dem industriellen Prozeß, dem er wider Wissen und Wollen dient. Die Auflösung betrifft nur seine Person. Als *materieller Repräsentant des allgemeinen Reichtums*, als der *individualisierte Tauschwert*, muß das Geld *unmittelbar* Gegenstand, Zweck und Produkt der allgemeinen Arbeit, der Arbeit aller Einzelnen sein. Die Arbeit muß unmittelbar den Tauschwert, d. h. Geld produzieren. Sie muß daher *Lohnarbeit* sein. Die Bereicherungssucht, so als den Trieb aller, indem jeder Geld produzieren will, schafft nur der allgemeine Reichtum. Die allgemeine Bereicherungssucht kann nur so die Quelle des allgemeinen, sich stets von neuem erzeugenden Reichtums werden. Indem die Arbeit Lohnarbeit, ihr Zweck unmittelbar Geld ist, ist der allgemeine Reichtum *gesetzt* als ihr Zweck und Gegenstand. (. . .) Das Geld als Zweck wird hier Mittel der allgemeinen Arbeitsamkeit. Der allgemeine Reichtum wird produziert, um sich seines Repräsentanten zu bemächtigen. So werden die wirklichen Quellen des Reichtums eröffnet. Indem der Zweck der Arbeit nicht ein besondres Produkt ist, das in einem besondren Verhältnisse zu den besondren Bedürfnissen des Individuums steht, sondern Geld, der Reichtum in seiner allgemeinen Form, hat erstens die Arbeitsamkeit des Individuums keine Grenze; sie ist gleichgültig gegen ihre Besonderheit, und nimmt jede Form an, die zum Zweck dient; sie ist erfinderisch im Schaffen neuer Gegenstände für das gesellschaftliche Bedürfnis etc. Es ist also klar, daß mit der Lohnarbeit als Grundlage das Geld nicht auflösend, sondern produzierend wirkt. (. . .)

Die elementare Voraussetzung der bürgerlichen Gesellschaft ist, daß die Arbeit unmittelbar den Tauschwert produziert, also Geld, und daß dann ebenso Geld unmittelbar die Arbeit kauft, den Arbeiter daher nur, sofern er selbst seine Tätigkeit im Austausch veräußert. *Lohnarbeit* nach der ersten Seite, *Kapital* nach der zweiten sind also nur andre Formen des entwickelten Tauschwerts und des Geldes als seiner Inkarnation. Das Geld ist damit unmittelbar zugleich das *reale Gemeinwesen*, insofern es die allgemeine Substanz des Bestehns für alle ist, und zugleich das gemeinschaftliche Produkt aller. Im Geld ist aber, wie wir gesehn haben, das Gemeinwesen zugleich bloße Abstraktion, bloße äußerliche, zufällige Sache für den Einzelnen, und zugleich boß Mittel seiner Befriedigung als eines isolierten Einzelnen. (. . .) Jede Produktion ist eine Vergegenständlichung des Individuums. Aber im Geld (Tauschwert) ist die Vergegenständlichung des Individuums nicht die seiner in seiner Natürlichen Bestimmtheit, sondern seiner als in einer gesellschaftlichen Bestimmung (Verhältnis) gesetzt, die ihm zugleich äußerlich ist.« (Marx, *Grundrisse*, Berlin 1956, S. 134 ff.)

Zwischen Geldkomplex und Fersengeld

Wie weit sind die Linken aus dem Geldsystem, dem kapitalistischen Gemeinwesen ausgestiegen? In der bürgerlichen Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gab es Gruppen, die nur partiell oder indirekt in dieses Gemeinwesen integriert waren, folglich in Subkulturen oder Reservaten lebten (vor allem die Kleinbauern und die Kinder), und solche, die sich mehr oder weniger freiwillig von ihm absonderten (Landstreicher, Fahrende, Invaliden, Arbeitslose u. a., aus der bürgerlichen Perspektive »Gelichter«). Familienbande, Almosenwesen, Schnorrerei, Mundraub etc. ermöglichten ihnen das Überleben. Eine besondere Subkultur von Ausgeflippten – Projektmachern, Berufsverschwörer, Dirnen, Künstlern, Studenten – entstand seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im Schoß der großen Städte: die Bohème. Den Sozialcharakter dieser »ganz unbestimmten, aufgelösten, hin und her geworfenen Masse«, die in Paris so entgegengesetzte Typen wie Baudelaire und Blanqui vereinigte, hat Marx am Beispiel des *conspirateur de profession* beschrieben: »Die Lebensstellung dieser Klasse bedingt von vornherein ihren ganzen Charakter ... Ihre schwankende, im einzelnen mehr vom Zufall als von ihrer Tätigkeit abhängige Existenz, ihr regelloses Leben, dessen einzig fixe Stationen die Kneipen der Weinhändler sind – die Rendezvoushäuser der Verschworenen –, ihre unvermeidlichen Bekanntschaften mit allerlei zweideutigen Leuten rangieren sie in jenen Lebenskreis, den man in Paris la bohème nennt« (MEW 7, S. 272 f.). Es mag verwundern, daß Marx diese Gruppe, in der auch Napoleon III seinen Aufstieg nahm, als »Klasse« bezeichnet. Tatsächlich aber gab es in diesem Gemisch aus bürgerlichen, proletarisierten und (lumpen-)proletarischen Elementen mehr »Klassenbewußtsein« als in der es umgebenden großen Masse: ein Klassenbewußtsein freilich, das seinerseits ein trübes Gemisch aus progressiven und regressiven Versatzstücken war, die ihren gemeinsamen Nenner hauptsächlich in der Ablehnung sowohl bürgerlicher Solidität wie proletarischer Solidarität und in der Feindschaft gegen die bestehenden Ordnungsmächte, die Polizei und ihre allgegenwärtigen Spitzel hatten. Selbst die politischen Verschwörer waren im Grunde apolitisch: »Sie werfen sich auf Erfindungen, die revolutionäre Wunder verrichten sollen; Brandbomben, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung, Emeuten, die um so wundertätiger und überraschender wirken sollen, je weniger sie einen rationellen Grund haben. Mit solcher Projektemacherei beschäftigt, haben sie keinen andern Zweck als den nächsten des Umsturzes der bestehenden Regierung und verachten aufs tiefste die mehr theoretische Aufklärung der Arbeiter über ihre Klasseninteressen ...« (Marx, a.a.O.)

Die Verwandtschaft dieses Milieus mit der heutigen Links- und Under-

groundscene ist frappierend und wohl nur durch eine Ähnlichkeit der Lebensbedingungen, nicht aber des politischen Bewußtseins zu erklären: eine Existenz am Rande des Geldsystems, wo das Von-der-Hand-in-den-Mund-leben, die Abneigung gegen geregelte Verhältnisse, entfremdende Arbeit und die Rituale der Wohlanständigkeit, dazu die unvermeidlich folgende prinzipielle Verdächtigung durch die braven Bürger und ihre Polizei eine Neigung zu voluntaristischen Aktionen und versponnenen Projekten erzeugen, die allen rationellen Tauschwertbeziehungen spotten und den Traum vom großen (nicht immer revolutionären) Coup nähren: natürlich möchte man Erfolg haben, Ruhm und Macht gewinnen, nur nicht nach den Gesetzen des kapitalistischen Marktes. Heute freilich, in einer total vom Tauschwert erfaßten Gesellschaft ohne vorkapitalistische Nischen (es seien denn Landkommunen), hat sich Entscheidendes verändert. Wenn die einstige Bohème ihren Mitgliedern zumindest die Illusion der Freiheit, der Emanzipation von bürgerlichen Zwängen gab, so unterliegt der heutige Politbohemien, der Linke aus der *scene*, nicht nur weiter diesen Zwängen (er *braucht* monatlich einen bestimmten Betrag, und er erhält ihn meist durch die ihm so verhaßten Institutionen wie Familie oder Staat oder Stiftung, bleibt also quasi als Frührentner eingebunden ins Gemeinwesen), sondern entwickelt gerade deshalb neue Zwangsrituale des Sich-Abhebens, des Nicht-Mitmachens, des *anderen Lebens*, dessen Möglichkeit in der Studentenbewegung verlockend aufgeschienen war, aber die kapitalistische Wirklichkeit nicht zu überrennen vermochte, wie es zunächst schien, sondern ihr abgetrotzt werden muß, wie man heute weiß. Schon daß die Ablehnung bestimmter Formen des Konsums, die unlängst noch lustbetont war, mehr und mehr asketische Züge annimmt, daß aus einem Signal des Protests eine Uniform des Motzens wurde (Parka als Gesinnungs-Schibboleth), hat etwas von zwanghafter Buße für sündhafte Wünsche an sich. Die Einstellung zu den eigenen Bedürfnissen ist, anders als in der alten Bohème, ambivalent; vielleicht deshalb, weil die Neue Linke in einer nicht vom Mangel, sondern vom Überfluß an Waren geprägten Gesellschaft entstand. Das »bessere Leben«, das sie probt und propagiert, soll *wirkliche* Bedürfnisse befriedigen (im Sinne des Gebrauchswerts), aber diese Bedürfnisse und Befriedigungen sind, weil aus dem konventionellen Kontext gelöst, oft zufällig, privat, widersprüchlich. Die einen essen gern gut, sie kochen stundenlang mit Phantasie – die anderen finden das »unpolitisch« und schaufeln tagein tagaus zufrieden ihre Spaghettis in sich hinein. Oder man besetzt ein Haus – mit Vorliebe eine prunkvolle Bürgervilla – und läßt es verkommen; man richtet sich dort ein wie in einem Lager: Matratzen auf dem Parkett, Plakate an den Stuckwänden, leere Bierflaschen rundum. Andererseits: seit das »Wohnen« nicht mehr eine Frage der Einrichtung und Aus-

stattung ist, wird es zu einer Frage der Beziehungen. »Wohnung«, das meint im Links-Deutsch heute ein paar Menschen, die gemeinsam zu leben versuchen . . .

Die Frage, inwieweit ein Vorgriff auf neue Beziehungen, die nicht die des kapitalistischen Gemeinwesens wären, im Rahmen dieses Systems überhaupt möglich ist, hat die Bewegung seit ihren Anfängen beschäftigt. Ihre verschiedenen Phasen und Gruppierungen stehen jeweils für verschiedene, oft unvereinbare Antworten darauf (vgl. *Kursbuch 35*). Gemeinsam ist diesen Antworten eine Neigung der Linken, zwischen sich und jenem Gemeinwesen einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, als gehörten sie nicht dazu. Doch selbst wenn der Linke (bestenfalls) mit einem Bein draußensteht: dort ist kein fester Grund. Er *muß* geradezu schwanken – oder er schwindelt. Denn er verliert, wenn er vorgeprägte Identifikationsmodelle, Karrieren, Milieus verschmäht, auch die Verhaltenssicherheit, die die entsprechenden gesellschaftlichen Verkehrsregeln bieten. Es sind die Regeln der Tauschwertbeziehungen, wie Marx gezeigt hat. Die Grundeinheit dieser bürgerlichen Geld=Sozial-Beziehungen ist das abstrakte isolierte Individuum, das gegenüber allen anderen Individuen gleich-gültig ist und nur über den Markt mit ihnen vermittelt. Der aber läßt nichts aus. Deshalb erfüllte sich das größte Versprechen der bürgerlichen Aufklärung: die Autonomie und Mündigkeit des Ich, im allgemeinen Besitz- und Konkurrenz-Individualismus – *ihn* meint die von den bürgerlichen Verfassungen garantierte »freie Entfaltung der Persönlichkeit«. Die Linke hingegen möchte – unter Berufung auf Bedürfnis, Spontaneität, Solidarität etc. – einen von Besitz- und Konkurrenzbedingungen befreiten Individualismus haben. Doch wovon sie sich abkehrt, sind oft nur äußere Formen von Besitz und Konkurrenz, die gesellschaftlich vorgegebenen Kanäle zur Befriedigung von Geiz und Ehrgeiz, zur Abfuhr von Aggressionen. Genosse X lehnt es ab, Prüfungen zu absolvieren, eine berufliche Karriere zu machen – er macht seine Karriere lieber in der Bewegung. Da aber andere von ähnlichem Ehrgeiz gepackt sind (wie sollten sie auch nicht?), entsteht ein ständiger Wettstreit um die Palme der Eloquenz oder der Zitatbeherrschung, des Organisationstalents oder des Mannesmuts (vor Bullen); und wer abgeschlagen ist, kann immer noch in Sachen Kaputtheit oder Bierkonsum mit andern konkurrieren. Vor allem aber herrscht der leidige und meist völlig inhaltlose Wettlauf zwischen Einzelnen oder Gruppen um »Radikalität«. Doch »meßbar« ist das alles nicht mehr, es gibt keine allgemeinen Maßstäbe, keine gesellschaftliche Instanz, nur den unmittelbaren Schlagabtausch, genannt politische Diskussion. Die den Außenstehenden oft abstoßende verbale Aggressivität der Linken im Umgang nicht nur mit dem »Klassenfeind«, sondern mehr noch untereinander mag so oder so motiviert sein: daß sie zum Ausdruck kommen kann, liegt sicher daran,

daß die konventionellen, sozial geduldeten oder belohnten Formen der Aggressionsabfuhr verschmäht werden. Man ist grob zueinander, wie man auch zärtlich zueinander ist: beides kostet nichts. Auch die bekannte »Maßlosigkeit« der linken Forderungen bezeugt nur, daß nicht mehr in Kostenrelationen gedacht wird.

Das kapitalistische Gemeinwesen funktioniert gerade deshalb, weil es auf einem allgemeinen Äquivalent beruht, das alles regelt und bindet; sekundäre Maßstäbe wie Status, Macht, Ruhm, die ihm angegliedert sind, spielen keine selbständige Rolle. Wer nicht zahlen kann, muß abtreten. Anders auf der linken *scene*. Hier, am Rande des Geldsystems, wo seine Organisations- und Sanktionskraft, nicht jedoch seine Motivationskraft partiell aufgehoben ist, kann eigentlich nur Chaos entstehen, das vielleicht die Voraussetzung, aber nicht schon die Garantie neuer Organisationsformen ist. Gerade die Organisationsdebatten und -versuche der Linken spiegeln diese Problematik wider. Die rigide Kaderpartei, die als progressive Alternative zum Sponti-Chaos angepriesen wird, praktiziert nur *als* Gruppe (und gegenüber anderen, ebenso abstrakten Gruppen) den alten Besitz- und Konkurrenz-Individualismus, während die Beschwörungen von Solidarität und Disziplin in den sog. Sponti-Gruppen oder in den Wohngemeinschaften rein verbal bleiben müssen, solange es keine Verstärkung durch Gratifikationen und Sanktionen gibt, auf die die Einzelnen von Kindheit an konditioniert sind. Das bürgerliche Gemeinwesen wirkt fort, in der psychischen Motivation, auch wo seine alltägliche Performanz, seine reale Vollstreckung abgelehnt wird. Diese Vollstreckung bedeutet Zwang, aber auch Genugtuung, wie es im Begriff der Alltäglichkeit gesetzt ist. Es gibt auch einen »linken Alltag«, der Züge von Zwang wie Genugtuung enthält, aber er wäre, im Unterschied zum eigentlichen Alltag, sicher nicht lebensfähig ohne das Außergewöhnliche, das für die Linke konstitutiv ist: die *gegen* jenen Alltag gerichteten Manifestationen. Dazu gehören nicht nur spektakuläre Ereignisse wie aktive Streiks, Straßenschlachten, Hausbesetzungen, sondern gerade auch die kleinen persönlichen Dramen: ein Genosse flippt aus – das könnte er sich als Arbeiter oder Angestellter nicht leisten, ohne den Verlust seines Arbeitsplatzes oder die Einweisung in eine Klinik zu riskieren. Unter Genossen liegt die Toleranzschwelle höher: jeder darf mal »wegtreten« oder »durchdrehen«, ohne dafür zahlen zu müssen in bürgerlicher Währung. Toleriert werden auch die fast schon »alltäglichen« Diskrepanzen zwischen dem, was einer rational begriffen hat und verbal vertritt, und dem, was er dann praktisch tut – z. B. Eifersuchtsdramen unter Genossen, die sich zu freien Beziehungen entschlossen haben. Das erscheint als beschämender Rückfall in kleinbürgerliche Verhaltensmuster – zu Unrecht. Kaum ein Kleinbürger würde sich trauen, ein solches Maß an emotionalisierten Besitzansprüchen

zur Schau zu stellen: er kennt die Kosten, er hat die Gesetze des Marktes interiorisiert, auf die der Linke glaubt pfeifen zu können.
Die Gesetze des Marktes sind die Gesetze der bürgerlichen Psychologie. Das wurde im frühen Bürgertum noch offen ausgesprochen, besonders deutlich in der Sprache der Liebe. Wo lange Zeit die Metaphorik des Zweikampfs geherrscht hatte, dann die der Feldschlacht und der Belagerung (eine Frau wurde gleich einer Festung belagert, bestürmt, erobert), breitete sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Metaphorik des Marktes aus. Ausdrücke wie »la gage d'amour« kamen auf; man begann zu handeln und zu rechnen: ich liebe dich soviel, du mich nur soviel, also schuldest du mir etwas; ich habe mit dir gerechnet, du hast mich betrogen, ich werde dirs heimzahlen . . . Es geht in der Liebe jetzt zu wie im Geschäft, mit Treu und Glauben, Soll und Haben, Schuld und Kredit. Bis hin zu Kants nüchterner Definition der Ehe als des Vertrags zum wechselseitigen Gebrauch der Vermögen und der Geschlechtsorgane, die Brecht ausgemalt hat (». . . Ich höre, einige Partner sind das säumig. / Sie haben – und ich halt's nicht für gelogen – / Geschlechtsorgane kürzlich hinterzogen . . .«). Ohne solche Versachlichung der Seelen, die ihr Pendant in der Beseelung der Sachen hat, im Waren- und Geldfetischismus, wäre der komplizierte psychische Haushalt des Bürgers, wären seine ritualisierten Verkehrsformen im privaten und öffentlichen Austausch gar nicht denkbar. Liberale Mystifikationen und spätbürgerlicher Irrationalismus haben natürlich dafür gesorgt, daß diese Tauschwertbasis der bürgerlichen Beziehungen verschleiert wurde. Aber die Basis ist geblieben, ja sie hat sich imperialistisch entfaltet und die Reste vorbürgerlicher Verkehrsformen, die aus den Institutionen der Großfamilie, der gegenseitigen Hilfe etc. stammen und nicht nur auf dem Lande, sondern z. T. auch im Proletariat lange überlebten, mehr und mehr verdrängt.
Die linke Liebe, die linke Eifersucht, die linken Beziehungen insgesamt sind oft Manifestationen eines basalen Besitz- und Konkurrenzstrebens ohne die dafür ausgebildeten Regeln und Konventionen, ohne die durch das Geld als das reale Gemeinwesen gewährleistete Vergegenständlichung des Individuums in seiner gesellschaftlichen (nicht aber in seiner natürlichen) Bestimmung, wie Marx sagt. Durch die – bisher freilich mehr proklamierte als praktizierte – Abkehr vom Tauschwertsystem verliert demnach das Individuum seine gesellschaftliche Bestimmung; quasi Natur geworden, ohne mehr eine natürliche Umwelt zu haben, braucht es einen neuen Rahmen für seine Befriedigungen und seinen Austausch, eine neue Basis für seine Vergegenständlichung, und solange diese Basis nicht gegeben ist, treten die immer noch notwendigen und wirksamen Geldbeziehungen in ihrer ganzen Irrationalität zutage, ebenso die von ihnen geprägten psychischen Strukturen. Der isolierte Einzelne, nicht mehr blind eingebun-

den in das seine Bedürfnisse bestimmende und befriedigende Geldsystem, erfährt mit dem (gesellschaftlich ungedeckten) Vorgriff auf andere, solidarische Beziehungen, die noch keine bindende Kraft haben, zugleich seine praktische Isolation doppelt stark, und die Beziehungen zwischen solchen ihrer Isolation bewußt gewordenen Individuen erweisen sich oft als komplizierter, brüchiger, »kränker« denn die der anderen, in das Gemeinwesen fest eingebundenen Individuen. Genau hier liegt die gefährliche Chance der Linken, der Angelpunkt zwischen der Möglichkeit, »aus der Krankheit eine Waffe zu machen«, und ihrer tristen Umkehrung. Entscheidend ist dabei vermutlich nicht, daß man aus dem Geldsystem aussteigt und es von außen bekämpft (womit eigentlich?), sondern daß man sich als Teil dieses Gemeinwesens begreift.

Aufgeschrieben von Matthis Dienstag, Giorgio Pellizzi, Anna Carecz und Ralf Merath

Exkurse

Man trägt wieder alte Hüte

»Man trägt wieder konservativ« – das ist der Slogan der Saison. In den Büros jener Agenturen, die davon leben, daß sie die jeweils Neueste Stimmung im Westen auswerfen – von der Demoskopie bis zum Fernsehmagazin, von der Parteizentrale bis zur *Spiegel*-Redaktion, vom Design Center bis zur Werbefirma –, überall scheint man sich darauf geeinigt zu haben, daß der älteste Hut als letzter Schrei zu gelten hat, der Ladenhüter als Top-Entwurf, der Oldtimer als Zukunftsmodell. Die Formulierung allein zeigt bereits, daß wir es mit einer Art ideologischer Selbstverbrennung zu tun haben. Schon am Tag seiner Kreation wird das Neueste Gedankengut klar und deutlich als Wegwerf-Ideologie vorgestellt. Man »trägt« sie, so wie der Ansager in der Tagesschau sein geflammtes oder punktiertes Hemd, und ebenso rasch wird man sie wieder ablegen. Die geplante Obsoleszenz (aber von wem geplant? Wer treibt hier, wer wird getrieben?) beherrscht das öffentliche Bewußtsein. Jede Woche eine neue Titelgeschichte, welche die vorangegangene liquidiert: der Überbau ist zum Flußdiagramm geworden. Gäbe es noch einen Konservatismus, so wäre er gegen diese kulturelle Einweg-Technologie zu verteidigen. Aber dazu ist es zu spät. Das konservative Projekt, in Deutschland ohnehin schwach entwickelt und durch den Zangengriff des Faschismus heillos diskreditiert, ist auf eine Art und Weise zugrundegegangen, die seine Verfechter sich niemals hätten träumen lassen. Was davon, nach dem Hinschied seiner materiellen Grundlagen in der Gesellschaft, als Spurenelement noch vorhanden war, wird von der Bewußtseinsindustrie buchstäblich verzehrt, als Nummer eins der intellektuellen Hit-Parade, und seine letzten Nachzügler beteiligen sich, ahnungslos begeistert, an diesem Kahlfraß.

Daß eine solche Kampagne »ankommen« kann, hat allerdings handfeste Gründe. Die ganze Operation basiert auf tiefsitzenden sozialen Ängsten, auf Ängsten, die ihrerseits keine Hirngespinste, nicht bloß kollektiv-neurotischen Ursprungs, sondern durchaus realitätsbezogen sind. Deshalb ist ihnen auch nicht beizukommen mit Linientreue und Beschwichtigung, mit Selbsttäuschung und Verdrängung. Im Gegenteil: je mehr die Linke solchen Ängsten ihr Daseinsrecht bestreitet, je heftiger sie sie – auch bei sich selbst – verleugnet, desto sicherer führen sie zur Regression. Die Klagen über den flotten Geschäftsgang der ideologischen Boutiquen, die überall konservatives Mobiliar als Faksimile anbieten, diese Klagen bleiben hilflos, solang man sich nicht erklärt, worauf ihr Erfolg beruht.

Der rationale Kern der Angst ist die Befürchtung, daß die Bedingungen für das Überleben des Einzelnen und des Ganzen akut gefährdet sind. Das beginnt beim Reallohn, der in der Stagflation zu schmelzen droht; das setzt sich fort in den Versorgungskrisen, die zunehmend auf den Alltag durchschlagen; und das endet in der Perspektive einer ökologischen Katastrophe, die inzwischen kaum noch ernsthaft in Zweifel gezogen wird. Dementsprechend breiten sich in der offiziellen Politik immer mehr *defensive* Argumentationen und Forderungen aus: Sie verheißt die *Erhaltung* der Arbeitsplätze, die *Wahrung* (oder Wiedergewinnung) der Geldwert-*Stabilität*, die *Sicherung* der Lebensqualität, der Sozialleistungen, den *Schutz* der Umwelt usw. usw. Diese »Politik«, in der sämtliche Parteien sich einig sind, tritt also als eine *konservierende* auf, oft genug wider besseres Wissen. Denn in Wirklichkeit ist in den Parlamenten wenigstens keine Partei vertreten, die es auf Erhaltung abgesehen hätte: alle Fraktionen verstehen sich vielmehr als Teilhaber dessen, was früher status quo hieß, und was man heute nur noch als fluxus quo bezeichnen kann; schließlich macht es wenig Sinn, die Raserei als eine Form des Stillstands zu interpretieren. Die Verwechslung von »Konservatismus« und

Erhaltung der Überlebenschancen beschränkt sich natürlich nicht auf die Propaganda der Parteien. Umgekehrt fällt es der Linken nicht leicht, sich mit der Defensive als einer fortschrittlichen Position abzufinden. Was verteidigt werden soll, ist schwer auf einen Nenner zu bringen, und über die Prioritäten herrscht keine volle Klarheit. Die Verteidigung demokratischer Rechte ist eine Sache; aber wenn die Spekulation einen Park bedroht, dann geht es um Bäume. Alte Stadtteile sollen vor der »Sanierung«, Flüsse vor Raffinerien, Raffineriearbeiter vor der Entlassung, Straßenbahnbenutzer vor Preiserhöhungen geschützt werden. Ist das bereits konservativer Reformismus? Seltsame populistische Allianzen kündigen sich an. Und die Berufung auf die Reinheit der Lehre nützt wenig, denn sie ist selber zweideutig, eben weil sie es auf die *Erhaltung* abgesehen hat, auf die *Sicherung* des klassischen Erbes und der guten, der linken Tradition.

Wenn sich aber schon im Kleinen, ganz im Vordergrund des Bildes, soviel Unsicherheit abzeichnet, wie sieht es da erst im Ganzen und Großen aus? Wir wissen es nicht, und weil wir es nicht wissen, wird die Angst vor der Katastrophe zur Angst vor dem Fortschritt, zur Angst vor der Zukunft überhaupt. Eines allerdings wird sich sagen lassen: Die Erhaltung der Möglichkeit menschlichen Lebens ist als konservatives Projekt nicht denkbar. Sie erfordert im Gegenteil die radikalsten Veränderungen. Am allerwenigsten haben zu dieser Aufgabe jene Neo-Konservativen beizutragen, die sich heute am Ausverkauf einer Ideologie beteiligen, deren Endverbraucher sie sind. *Giorgio Pellizzi*

Neue amerikanische Mystik: Eine Massenflucht aus der Politik?

Das Feld der amerikanischen Polit-Szene ist übersät mit den Skeletten aufgegebener Kampagnen, mit fallengelassenen Zielvorstellungen und abgestorbenen Träumen. Eine seltsame und bedrückende Stille breitet sich aus. Der Kreuzzug gegen die Armut, der Klassenkampf, der Krieg der armen gegen die reiche Welt scheinen stillgelegt, aber nicht Frieden herrscht, sondern ein heimlicher Waffenstillstand. Wenigstens was die Weißen und die Angehörigen der middle class betrifft, fehlt es überall an politischer Energie und Vorstellungsvermögen. Die ideologischen Erklärungen, die auf sozio-ökonomischer Analyse beruhen, sind nicht widerlegt worden, aber viele, die sie einst zum Handeln bewegt haben, erkennen sich und ihre Bedürfnisse nicht mehr darin wieder. Dagegen fallen jedem Betrachter dieser Szene die neuen spiritualistischen, religiösen und existentiellen Kulte auf, die an die Stelle der politischen Organisationen getreten sind. Gurus, Swamis, Roshis, Derwische, Götter und Therapeuten haben in kürzester Zeit Bewegungen von beachtlichem Umfang aufgebaut und institutionalisiert, während die herkömmlichen Sekten der Linken an Zahl und Einfluß geschrumpft sind. In den Buchläden und in den Spalten der Underground-Presse ist die linke Mode vorbei, an ihre Stelle ist der Chic des Mystischen getreten.

Es ist kein Kunststück, diesen Neuen Mystizismus zu entlarven: als bürgerlichen Eskapismus, als massenpsychologisch bedingte »Abweichung« als unvermeidliche (und unwesentliche) historische Regression, die der nächsten revolutionären Offensive vorangeht. Das mag alles völlig zutreffend sein, nur erschöpft es nicht das Problem. Denn zwischen der politischen Bewegung der sechziger Jahre und der neuen Welle des Spiritualismus gibt es einen Zusammenhang, im Innern wie im Äußerlichen. Die linken Kollektive von seinerzeit und die Yogi-Gemeinden von heute interpretieren ihr Leben und ihr Handeln nach Inhalt und Absicht ganz und gar verschieden, doch gleichen sie sich verblüffend, wenn man ihre verborgenen Motivationen, ihre Ängste und ihre Ratlosigkeiten betrachtet. Klassen-, Rassen- und Geschlechterkämpfe, die Widersprüche zwischen Liebesbedürfnis und Isolation, Vernunft und Spontaneität, dem Bedürfnis nach Be-

freiung und dem nach Integration – dieselben Kräfte, die in den politischen Gruppen am Werk waren und sind, schlagen auch in den »kosmischen« Bruderschaften durch. Kein Zufall, daß die exotischen Gurus nach Amerika strömen. Die Fäulnis, die das amerikanische Imperium im Stadium seines inneren Zerfalls freisetzt, gibt einen ebenso fetten wie trüben Nährboden ab, aus dem gleichermaßen revolutionäre wie mystische Blüten und Scheinblüten hervortreiben.

Ich möchte die Bedeutung der Transformation politischer in pseudoreligiöse Energien nicht übertreiben. Es wäre sinnlos, auch die Mystifikation noch zu mystifizieren. Im Übrigen haben viele, die sich zur »Bewegung« zählten, sich auch schon früher mit dieser oder jener »östlichen Philosophie« herumgeschlagen (zum Beispiel mit dem Zen-Buddhismus), mit Drogen experimentiert oder irgendwelche Psychotherapien, oft nahe an der Grenze des Irrationalismus, ausprobiert. Solche privaten »head trips« schienen damals eher Ergänzung und Ausgleich als Ersatz oder Alternative zu sein, und sie wurden von Seiten der linken Genossen auch halbwegs toleriert. Heute jedoch handelt es sich nicht mehr um vereinzelte Erscheinungen, sondern um eine Massenbewegung mit einer starken Basis und mit erheblichen materiellen Mitteln, die auf weite Strecken hin das politische Bewußtsein der sechziger Jahre zu verdrängen droht.

Die amerikanische Studentenbewegung bot, frontal betrachtet, ein Bild harter politischer Konfrontation. Aber die Kehrseite dieses Aktivismus, von den Zeiten des SNCC bis zu den Weathermen, war ihre heimliche Neigung zu existentiellen oder »spirituellen« Exerzitien. So hat sich z. B. Bob Moses vom SNCC losgesagt mit der Begründung, die Gruppe und ihre Linie hätte sich seines »Ego bemächtigt«; der SDS geriet im Sergeant-Pepper-Sommer von 1967 in eine Phase des »turning on« mit Hilfe von Rockmusik und Drogen; die linke Nachrichtenagentur Liberation News Service entließ aus ihrer marxistischen Zentrale in Manhattan einen mysteriösen Wechselbalg, die »magische Kommune«, die sich in den Wäldern von Massachusetts niederließ; viele Frauen und Homosexuelle trennten sich von der antiimperialistischen Bewegung, um *ihre* Befreiungspolitik zu machen. Jede politische Äußerung brachte ihren unpolitischen oder antipolitischen Gegensatz aus sich selbst hervor, jede rationale Plattform hatte ihren irrationalen Widerpart, oft in ein und derselben Person.

Die beiden Perspektiven – auf der einen Seite »Bewußtseinserweiterung«, LSD, Yoga, Rückkehr zur guten Erde, auf der andern Marx, Mao und Marcuse – koexistierten miteinander in ein und derselben gesellschaftlichen Sphäre. Die jungen Weißen in den USA konnten weder von der einen noch von der andern lassen, ja sie konnten sie oft kaum voneinander unterscheiden. Die »acid freaks« aus dem East Village und die Weather-People von Chicago nahmen Positionen ein, die miteinander unvereinbar waren, und doch gehörten sie kulturell zu ein und derselben Spezies. Ein prekäres Gleichgewicht zwischen privatem und politischem, innerem und äußerem, organisiertem und existentiellem Dasein war die Folge, das so instabil war, daß es die historischen Kräfte der Konterrevolution fast über Nacht aus den Angeln heben konnte. Das Ergebnis sehen wir vor uns, es läßt sich etwa folgendermaßen beschreiben:

Organisatorisch haben die wenigen überlebenden Gruppierungen sich isoliert, indem sie eine immer »härtere« Linie einschlugen und immer größere Ansprüche an ihre Mitglieder stellten. Die KP, die trotzkistischen Gruppen, die Revolutionary Union, die Labor Committees und Progressive Labor haben die studentische Jugend, die Mittelschichten überhaupt, längst aufgegeben. Die Anti-Kriegs-Koalition ist zerbrochen. Immer weniger Menschen finden so zu einer politischen Organisation, die ihre Überzeugungen auszudrücken und sie als Mitglieder ernstzunehmen in der Lage wäre.

Psychologisch breitet sich ein Gefühl der Ohnmacht angesichts einer Realität aus, die immer hoffnungsloser erscheint. Der

Schwund der Linken entfaltet eine Dynamik der Entmutigung. Vielen Leuten, die jahrelang dabei waren, erscheinen die politischen Aktionen leer, die ideologischen Auseinandersetzungen öde. Dazu kommt noch das Schuldgefühl, das die Alleingelassenen über ihren Rückzug empfinden.

Existentiell, und damit meine ich, unter dem Gesichtspunkt der alltäglichen Lebenswirklichkeit, scheint es immer schwieriger zu werden, das politische Projekt und die sozialen Wertvorstellungen, die es enthält, in die eigene Lebenswirklichkeit einzubringen. Die Hauptquartiere der Bewegung, die Kommunen und Kollektive, Projektgruppen und Redaktionen, sind entweder eingegangen oder nicht mehr wiederzuerkennen. Dagegen fanden die jungen Leute, die sich in den sechziger Jahren politisierten, in ganz Amerika Häuser, Aufgaben, Kampagnen vor, in denen sie wenigstens einen Teil dessen, was sie in Bewegung gebracht hatte, verwirklichen konnten. Jetzt sind es die mystischen Sekten, die Gurus, die Therapeuten, die Quacksalber, die den Vereinzelten, den Verirrten, den politisch Heimatlosen überall in den Vereinigten Staaten ein Asyl, eine Zuflucht bieten. Der ideologische Angriff auf diese Händler mit der Angst und der Ratlosigkeit ist leicht zu führen; doch könnte er auf eine politische Bewegung zurückfallen, die es unterläßt, sich selbstkritisch zu fragen, warum so viele derer, die sie trugen, die Flucht vor ihr ergriffen haben. *Andrew Kopkind*

Ein Traum von Mozambique

Weit hinter der Front
hatten wir ein Magazin zu verwalten,
Uniformen, Zelte, Eßgeschirr usw., und hörten
dauernd unsern Sender. Als der Reporter
das Ende der letzten Portugiesen beschrieb,
reihenweise stürzten sie mit ihren MGs vom Staudamm,
fiel mir der Song vom fool on the hill ein.
Und dann ein fröhlicher Trubel in der Steppe,
hunderte der verschiedensten Leute rannten
hin und her, Autozusammenstöße wie auf dem Rummel,
aber ich konnte einfach nicht begreifen, was
Sieg heißt, lief wie ein Kindskopf
durchs Land und wollte mir erklären lassen,
was Sieg heißt. Aus den Wracks von
NATO-Hubschraubern baute Bob Dylan irgendwelche
Geräte aus, sagte: Mensch, freu dich doch!
Ein Algerier, unter einem Affenbrotbaum,
wiederholte immer wieder
diesen Satz durchs Megaphon:
Die letzten Tage des Kampfes waren schrecklich wie
die ersten Tage des Kampfes schrecklich waren.
Viele Afrikaner dachten plötzlich
ans Heiraten, meine Freundin aus Frankreich,
die in der Lebensmittelversorgung arbeitete,
bekam mehrere Anträge. Ihr Nein
wurde von einigen unsrer besten Soldaten
als Rassismus ausgelegt. Das war uns
ein bißchen unangenehm. Es war überhaupt
ein ziemliches Durcheinander.
Es fehlten immer noch Ärzte. Ein Freund,
der nie Blut sehen konnte, war plötzlich Arzt.
Später war ich an den Verhören
deutscher Ingenieure beteiligt, einer
sah aus wie der Entwicklungshilfeminister,
einen kannte ich aus der Mensa der TU Berlin,
einer sagte immer: ich bin doch von Siemens.
Urteil für alle: Zwangsarbeit. Es war noch
so viel zu tun. Zwischendurch spielten wir
auf den ehemaligen Golfplätzen Fußball,
Internationale gegen Frelimo, ich,
wie immer Verteidiger, schoß sogar ein Tor
nach einem Eckball meines Genossen Andreas Fimmel.
Plötzlich kam die Freundin angerannt, zeigte
zum Himmel: die Bomber sind wieder da, die Schweine!
Wir rannten in Deckung, statt Bomben flogen
aus den Flugzeugen viele kleine
Bombenflugzeuge, schossen auf uns zu,
die widerlichsten Stechfliegen, und kurz eh
ich aufwachte, dachte ich, jetzt geht alles
wieder von vorne los. *F. C. Delius*

Anmerkungen der Redaktion

Drei Ansichten über das Geld. Die Zitate von Moses Heß stammen aus dem Band *Philosophische und sozialistische Schriften 1837-1850*, hrsg. von Auguste Coru und Wolfgang Müller, Akademie Verlag Berlin 1961. Die Texte von Tuiavii wurden dem Band *Die Reden des Südseehäuptlings Tuiavii aus Tiavea*, übersetzt und hrsg. von Erich Scheurmann o. O. o. J. entnommen. André Amars Text ist ein Ausschnitt aus seinem Aufsatz »Essai psychanalytique sur l'argent« in: E. Bornemann (Hrsg.) *Psychoanalyse des Geldes*, © Suhrkamp Verlag Frankfurt 1973. Wir danken dem SV für die Abdruckgenehmigung.

Klaus Busch und Frank Seelow sind Assistenten am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind die Probleme der Ökonomie des kapitalistischen Weltmarkts. Zusammen mit Wolfgang Schöller haben sie 1971 das Buch *Weltmarkt und Weltwährungskrise* publiziert. Frank Seelow arbeitet zur Zeit an seiner Dissertation »Die Stellung der unterentwickelten Länder im Weltwährungssystem«. Klaus Busch ist außerdem Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Probleme des Klassenkampfs*. Im Herbst 74 erscheint sein Band *Multinationale Konzerne – Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals* in der edition suhrkamp.

Paul Matticks Aufsatz erscheint im Herbst in dem Band *Kritik des Geldes* (Arbeitstitel) in der edition suhrkamp.

Jochen Reiche, geb. 1940, studierte – nach einer Ausbildung zum Notar – Volkswirtschaft an der Freien Universität Berlin. Zur Zeit arbeitet er über Fragen der Inflation und des Weltwährungssystems und plant eine populärwissenschaftliche Studie der Energiekrise.

Der Artikel von *Aike Blechschmidt, Gerhard Hoffmann und Reinhard von der Marwitz* ist ein Auszug aus der Broschüre der drei Autoren *Die inflationäre Struktur des heutigen Kapitalismus am Beispiel der BRD*, die im Sommer 74 im Kübler Verlag Mannheim erscheinen wird. A. Blechschmidt, Diplom-Volkswirt, arbeitet an einer Dissertation über die Profitentwicklung in der BRD. G. Hoffmann war Versicherungsangestellter, er studiert jetzt Politische Wissenschaften und Psychologie. R. v. d. Marwitz arbeitet an einer Dissertation über die Rätebewegung in Turin. Die beiden letzteren sind Mitglieder der Homosexuellen Aktion Westberlin.

Ulrich Jürgens ist wiss. Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin. Er hat sich bisher unter anderem mit Branchen- und Konzernanalysen sowie mit den Problemen einer materialistischen Staatstheorie beschäftigt. – *Gudrun Lindner* ist Mitarbeiterin an einem Forschungsprojekt über »Systemanalyse der BRD – Zur Struktur innerer Gewalt«. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist neben den Planungs- und Steuerungsproblemen staatlicher Instanzen vor allem das Gebiet der Geldpolitik.

Kursbuch 37 Verkehrsformen II Erscheint September 1974

Das zweite Verkehrsformen-Heft behandelt die Schwierigkeiten von, in und mit Gruppen, die Dialektik von Emanzipation und Solidarität.

Kursbuch 38 Provinz Erscheint Dezember 1974

Wer lebt in der Provinz, wie lebt man in der Provinz, gibt es überhaupt noch »die Provinz«? Dieses Heft wird sich mit den *Ungleichzeitigkeiten* in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft (und auch in der linken Bewegung) befassen.

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

erscheint wöchentlich abonnement 5.-dm/monat

der INFORMATIONS-DIENST versteht sich als der erste baustein für eine sozialistische presseagentur, wo die korrespondenten die aktivisten und betroffenen selbst sein sollten.

in der letzten zeit haben sich bei streiks und in stadtkämpfen neue widerstandsformen gegen die diktatur des eigentums entwickelt:diese ereignisse und die erfahrungen daraus müssen verbreitet werden, um politische arbeit realitätsbezogener organisieren zu können.der ID sucht und bringt die informationen der basis;aus betrieben, von bürgerinitiativen, jugendzentren, von linken gruppen und von der straße.

6 frankfurt 1
hamburger str.36
tel:0611/774696

Ein Handbuch demokratischer Praxis für jeden der hier und jetzt Verhältnisse verändern will:

Fritz Vilmar
Strategien der Demokratisierung

Sammlung Luchterhand Bd. 53 und 115

Band I:
Theorie der Praxis
DM 12,80

Band II:
Modelle und Kämpfe der Praxis DM 12,80

Mit diesem seit langem erwarteten Werk liegt die erste umfassende Praxis-Theorie der Demokratisierung vor – als Strategie der Transformation der Gesellschaft in eine menschenwürdige.

FRAUENOFFENSIVE

Frauen aus verschiedenen Frauengruppen geben eine eigene Reihe von Broschüren („Journal") und Büchern heraus: FRAUENOFFENSIVE. Erfahrungen von Frauenbewegungen von hier und aus anderen Ländern sollen die praktischen Bewegungen unterstützen.

JOURNAL No 1

Texte aus der amerikanischen Frauenbewegung

ca. 100 S.
ca. 4.00 DM

Frauen in der Offensive

Buchreihe 1. Titel:

Lohn für die Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht nicht frei

Texte: Power of Woman collectiv, London
Lotta Femminista, Italien
Brigitte Galtier, Paris

DM 7.80

Trikont
8 München 80
Josephsburgstr. 16

Neuerscheinungen Frühjahr 1974

Karin Kramer Verlag – 1 Berlin 44, Postfach 108, Tel.: 684 26 28

A. und D. Prudhommeaux
Bewaffnung des Volkes
Aufbau, Organisierung und Kämpfe der Volksmiliz im spanischen Bürgerkrieg
Einleitung Carl Einstein
80 Seiten 5,– DM

Ulrich Linse
Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/1919
200 Seiten 8,– DM

P. Arschinoff
Geschichte der Machno-Bewegung 1918-1921
Berichte und Dokumente der revolutionären Bauernbewegung in der Ukraine
260 Seiten 10,– DM

J. Agnoli, C. Brendel, I. Mett
Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern – Die Kommune von Kronstadt
150 Seiten 6,– DM

Cajo Brendel
Autonome Klassenkämpfe in England 1945-1972
120 Seiten 5,50 DM

Kollektivierung der Industrie und Landwirtschaft
Die Soziale Revolution in Spanien 1936-1939
Dokumente, Berichte und Selbstdarstellungen der spanischen Arbeiter und Bauern
Einleitung Erich Gerlach
230 Seiten 10,– DM

Anton Pannekoek
Neubestimmung des Marxismus – Bd. 1
Diskussion über Arbeiterräte, Marxismus und Staat
130 Seiten 6,– DM

Anarchismus und Marxismus Bd. 2
F. Amilie
Anarchismus heute – Theorie und Praxis des Reproduktionsbereichs
Y. Bourdet
Marxismus und Anarchismus
R. de Jong
Stirbt Marx als Anarchist ?
u.a.
140 Seiten 6,– DM

Peter Heintz
Anarchismus und Gegenwart
Positiver und negativer Anarchismus
144 Seiten 6,– DM

Unter dem Pflaster liegt der Strand – Anarchismus heute
N. Chomsky
Anmerkungen zum Anarchismus – Radikaler Marxismus und konsequenter Anarchismus
Ch. Dericum
Absage an die Gewalt
M. Bookchin
Hör zu, Marxist!
H.P. Duerr
Unter dem Pflaster liegt der Strand
P. Feyerabend
Thesen zum Anarchismus 1973
160 Seiten 8,– DM

Ernest Mandel
DER STURZ DES DOLLARS
ep 5, 160 Seiten, DM 9.-
Probleme der Währungskrisen und der Inflation waren oft Sachen für Spezialisten. Dieses Buch schafft Abhilfe und macht ein zentrales Thema kapitalistischer Wirklichkeit leicht verständlich.

Ligue Communiste
DER SOZIALISMUS DEN WIR WOLLEN ep 6,224 Seiten,DM 7,80
Die LC,französische Sektion der IV.Internationale,befaßt sich in ihrem Aktionsprogramm mit den Fragen,die der Mai 68 erneut aufgeworfen hat:Wie organisieren sich die Arbeiter gegen Kapital und Staat,wie ergreifen sie die Macht, wodurch ersetzen sie das alte System.

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Nr.1 Übergangsgesellschaften
Schwerpunkt ist die Diskussion der Aussagen Bettelheims. Beiträge von: Mandel, Nair,Dallemagne,Jobic und Kovar

Nr.2 Imperialismus
Im Mittelpunkt steht die Diskussion der Theorien des ungleichen Austauschs. Beiträge von Mandel,Emmanuel,Mires u.a.
Einzelheft DM 5.-, Abo DM 18,50 (4 Nr.)

olle und wolter

Einzelbestellungen an den Verlag werden erst nach Eingang des entsprechenden Betrages (plus DM 1.- Porto) auf unser Postscheckkonto *BlnW 47006-104* erledigt. Über die anderen Titel des Verlages informiert unser Prospekt,der angefordert werden kann (40 Pfg. Briefmarke beilegen)
Olle & Wolter,1 Bln 30, Postfach 4310

---

reihe wissenschaftliche texte

roland götz
preis u. optimale planung
ein beitrag zur diskussion in der udssr

theorie und praxis der optimalplanung in der udssr – auseinandersetzung mit dem wertbegriff bei marx – preisbildung der naturgüter – wohlfahrtsaspekte der preisbildung – orientierung an den grenz- oder durchschnittskosten – diskussion der umstrittenen punkte.
kart. 308 seiten dm 15,–

gerd maas
inflation und industriepreis

über den zusammenhang der allgemeinen preisniveauentwicklung mit der preispolitik von großunternehmen: in weiterentwicklung des ansatzes von w. hofmann zeigt maas, daß die oligopole die treibende kraft im gegenwärtigen preissteigerungsprozeß darstellen.
kart. 290 seiten dm 15,–

in allen linken buchhandlungen oder beim
MARO VERLAG
8906 GERSTHOFEN, Postfach 1222

Aus unserem Verlagsprogramm

Antoine Barnave: Theorie der Französischen Revolution
Mit einer Einleitung hrsg. von Eberhard Schmitt. *Studientexte,* Bd.5. 97 S. kart. DM 8,80

Ossip K. Flechtheim/Ernesto Grassi, Hrsg.: Marxistische Praxis
Selbstverwirklichung und Selbstorganisation des Menschen in der Gesellschaft. *Kritische Information,* Bd. 2. 221 S. kart. DM 16,80

Vladimir Karbusicky: Widerspiegelungstheorie und Strukturalismus
Zur Entstehungsgeschichte und Kritik der marxistisch-leninistischen Ästhetik. *Kritische Information,* Bd. 3. 130 S. mit 8 Abb. kart. DM 12,80

Karl Marx: Manifest der Kommunistischen Partei
Text nach dem Erstdruck vom Februar 1848 mit textkritischen Anmerkungen, den Erläuterungen Friedrich Engels', mit sämtlichen Vorreden von Marx und Engels, Marx' »Entwurf eines kommunistischen Glaubensbekenntnisses«, seinem Programmartikel der »Kommunistischen Zeitschrift« sowie Engels' »Grundzügen des Kommunismus«. Hrsg., eingeleitet und kommentiert von Theo Stammen. *Studientexte,* Bd. 4. 164 S. kart. DM 6,80

Lorenz Stein: Proletariat und Gesellschaft
Hrsg. und eingeleitet von Manfred Hahn. *Studientexte,* Bd. 7. 224 S. kart. DM 16,80

UTB Uni Taschenbücher
(Einige unserer Bände in diesem Gemeinschaftsunternehmen von 15 Verlagen)

127. Manfred Brauneck, Hrsg.: Die rote Fahne
Kritik, Theorie, Feuilleton 1918–1933 mit einer kommentierenden Einleitung. 513 S. und 16 Kunstdrucktafeln, DM 19,80

136. Leo D. Trotzki: Literaturtheorie und Literaturkritik
Ausgewählte Aufsätze zur Literatur. 188 S. DM 15,80

164. Hans-Joachim Knebel: Metatheoretische Einführung in die Soziologie
283 S. DM 16,80

165. Kurt Lenk: Theorien der Revolution
209 S. DM 9,80

168. Hans Werbik: Theorie der Gewalt
Eine neue Grundlage für die Aggressionsforschung. 206 S. mit zahlreichen Tabellen im Text, DM 16,80

204. Johann Josef Hagen: Soziologie und Jurisprudenz
Zur Dialektik von Gesellschaft und Recht. 248 S. DM 16,80

Interessenten bitten wir, unsere ausführlichen Prospekte anzufordern.

WILHELM FINK VERLAG MÜNCHEN

Politik

SPD und Staat

Geschichte, Reformideologie, Friedenspolitik
Hrsg.: 'darmstädter studentenzeitung'
Politik 51. 192 Seiten. DM 7.50 (6.50)

Die Autoren versuchen, die Geschichte der SPD und den gegenwärtigen SPD-Staat zu analysieren und die wirtschaftlichen und politischen Krisen dieser Partei begreiflich zu machen.

Rudi DUTSCHKE
Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen

Über den Unterschied zwischen dem asiatischen und westeuropäischen Weg zum Sozialismus.
Politik 53. ca.280 S. DM 9.50 (8.50)

Theoretisch argumentiert Lenin auf westeuropäischer Ebene und geht vom westeuropäischen Kapitalismus aus; auf der praktischen Ebene hingegen, im Kampf gegen den Zarismus, findet er eine andere Wirklichkeit vor, die „halbasiatische". So nahm Lenins Demokratie-, Kultur- und Zivilisationsbegriff nicht die bäuerlich-demokratischen Traditionen auf, sondern entwickelte den „demokratischen Zentralismus" in Partei und Staat. (Juli 74)

Claudie Broyelle
Die Hälfte des Himmels

Frauenemanzipation und Kindererziehung in China. Mit einem Vorwort von Han Suyin
Politik 49. 176 Seiten. DM 7.50 (6.50)

Geld

Horst Kurnitzky
Triebstruktur des Geldes

Zur Theorie der Weiblichkeit
Politik 52. 192 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Wer von Geld spricht, denkt (ob „rechts" oder „links") an Ökonomie. Was hinter dieser Ökonomie steht, versucht Kurnitzky aufzudecken: Geld bedeutet ursprünglich nichts anderes als Opfer. Der Zusammenhang dieses Opfers mit der Gesellschaft besteht in einem Triebverzicht, auf dem die Produktivität aufbaut. Dieser Triebverzicht findet im Inzestverbot seine Grundlage, in der Verdrängung der weiblichen Sexualität seinen konkreten Ausdruck.
Was bisher Kritik der politischen Ökonomie hieß, fragte zuwenig nach den Grundlagen dieser Ökonomie. Kurnitzkys Arbeit versucht, diese Kritik der Kritik zu leisten.

Jedes Buch ist im Abonnement 1 Mark billiger.
Wenden Sie sich bitte an Ihren Buchhändler oder an den Verlag: **1 Berlin 31, Jenaer Str.6**

WAGENBACH

REIHE

Produktion & Qualifikation

Neuerscheinung

Dieter Otten: *Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung*

Zum logischen und historischen Verhältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens

Die vorliegende Untersuchung behandelt die Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Erziehungsprozesse im Verhältnis von ökonomischer Entwicklung des Kapitals im allgemeinen, dinglicher Struktur des Kapitals und daraus entspringender Qualifikationsstruktur.

Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das historische Qualifikationsproblem zunächst logisch, also im Sinne des Wesensgesetzes zu behandeln; dem dienen die analytischen Kapitel über die Rolle der Qualifikation im Reproduktionsprozeß des Kapitals.

Diese Analyse zielt jedoch auf die Beantwortung der Frage, welche Rolle die Entwicklung der Qualifikationen des Arbeitsvermögens im Fortgang der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte einnimmt und welche Rückschlüsse von daher für die schulische Qualifikation des Arbeitsvermögens zulässig sind. Dahinter steht die allgemeinere Frage nach der Rolle der wirtschaftlich-technischen Entwicklung des Kapitalismus und deren Rückwirkung auf die Entfaltung der menschlichen Gattungskräfte und danach, ob es so etwas wie eine eigene progressive Dynamik der Produktivkraftentwicklung im Sinne einer wissenschaftlich-technischen Revolution gibt oder ob dieser technische Fortschritt auch in seiner materiellen Struktur noch formbestimmt ist vom Gesetz der Kapitalverwertung, und letztlich die Frage, ob eine allgemeine Entfaltung der Produktivkräfte des Kapitals zur Anhebung der gesellschaftlichen und individuellen Qualifikationen des Arbeitsvermögens führt.

Die Antwort auf diese Fragen soll die Analyse der historischen Entwicklung des Qualifikationsproblems, abgebildet auf die Entwicklung der schulischen Qualifikation des Arbeitsvermögens, geben.

160 Seiten. 8,— DM

ROSSA

VSA

Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung GmbH
1 Berlin 36, Erkelenzdamm 7, Postfach 307, Telefon 030/614 60 10

Geschichten vom Doppelcharakter
Comics zum „Kapital", gezeichnet von Kurt Plöckinger und Gerhard Wolfram
ca. 80 Seiten DIN A 4; ca. DM 6,—
Der erste Band des „Kapital" — gemeinverständliche Darstellung der Verwicklungen des Doppelcharakters der Arbeit in Wort und Bild.

Dieter Hassenpflug
Umweltzerstörung und Sozialkosten
Die Umwelt-Krise des Kapitalismus
160 Seiten; DM 8,80

Horst Arenz/Joachim Bischoff/Urs Jaeggi (Hrsg.)
Was ist revolutionärer Marxismus?
Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis
64/117 Seiten; DM 12,80

Ludwig Fischer
Die Produktion von Kopfarbeitern
Spätkapitalistische Bildungspolitik am Beispiel des schwedischen Hochschulwesens
ca. 500 Seiten; DM 19,80

Projektgruppe Eisenheim
Rettet Eisenheim
Gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebiets
180 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen); DM 10,—

Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems
Das Kapitel vom Geld
Interpretation der verschiedenen Entwürfe
Interpretationen zum „Kapital" 2
250 Seiten; DM 12,80

am

TRIKONT

Verlag
8 München 80
Josephsburgstr. 16

'74

Bücher
Schallplatten
Chinavertrieb
Prospekte anfordern

NEU

Schallplatten

★ K. H. Roth

Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart

Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation und Quellenmaterial zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz usw.
400 S. DM 19.80

★ J. C. Pollack

Gibt es ein Leben vor dem Tod?

Die Medizin des Kapitals-Ökonomie des Todes/Grundsatzanalyse des kapitalistischen Gesundheitswesens 208 S. DM 16.80

★ **Fiat: Arbeiter produzieren die Krise/Gegenmacht als Kampfform**

u. a. Dokumentation der Kampfinhalte und –formen/Rote Brigaden: Gegen den Fiat-Faschismus, die Entführung des Personalchefs/ Diskussionspapier: Offensives Vorgehen und proletarische Organisation. 144 S. DM 7.80

★ Charles Bettelheim

Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus 333 S. DM 24.80

★ Charles Bettelheim

China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz.
ca. 120 S. ca. DM 7.80

Lieder zum Häuserkampf ★
von Jugendgruppen aus Dortmund

kleine LP 33/17 5,–

Wir wollen Alles
Politrock
panther-Music
★ ★ ★ ★

LP 33/30 15,–

Arbeit macht frei ★

Klaus der Fiedler

LP 33/30 20.-

Wir sind von Kopf bis Fuß auf Kämpfen eingestellt ★
Frauenlieder aus Darmstadt, Frankfurt, München

LP 33/30 15,–

Rotbücher: Literatur und Politik

Rotbuch 109: Hoffmanns Comic Teater Will dein Chef von dir mal Feuer

Rollenspiele und was man damit machen kann

Das Hoffmanns Comic Teater hat über sechs Jahre Erfahrung mit Rollenspiel bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Es liefert das erste, noch dazu überschaubare und lustige Handbuch des Rollenspiels mit einer Einführung in die Spielpraxis und zahlreichen Szenenbeispielen. Nachzuspielen von Lehrlingen, Sozialarbeitern, Mietern, Studenten – allen, denen es darum geht, den Spaß, den Spielen bringt, nützlich zu machen. Und: das politisch Nützliche auch etwas lustvoller.

96 Seiten mit Abbildungen. DM 6,– (Abo: 5,–)

Rotbuch 111: Arno Münster Der Kampf bei LIP

Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich

Arno Münster stützt [illegible] auf Gespräche mit den betr[illegible], den an ihrem Kampf beteiligten [illegible] und auf eigene Erle[illegible] informieren über: d[illegible] men der Produktion [illegible] schen Hierarchie a[illegible] die [illegible] sche Entlohnung, den [illegible] Regie produzierten Uhren [illegible] tion der Arbeiterfra[illegible] Politik der Unterne[illegible]

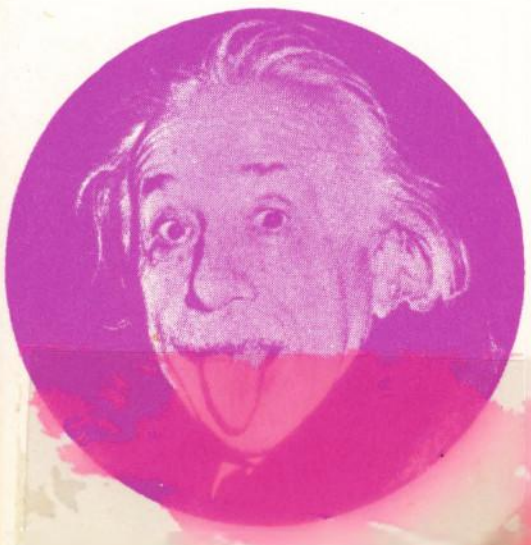
192 Seiten mit Abb. [illegible]

Rotbuch 113: Amilcar Cabral Die Revolution der Verdammten

Der Befreiungskampf in Guinea-Bissao

Herausgegeben von Hans U. Stauffer. Amilcar Cabral, »der Mann, der in Schwarzafrika wohl am ehesten Guevara entspricht«, wurde 1973 von portugiesischen Agenten ermordet. Seine in diesem Band gesammelten Reden, Aufsätze und Interviews behandeln die spezifischen Bedingungen und Erfahrungen des Kampfes in Guinea-Bissao. Sie beschreiben die Entwicklung der befreiten Gebiete und wie sich in ihnen das neue politische, ökonomische, soziale und kulturelle Leben herausbildet.

144 Seiten. DM 6,– (Abo: 5,–)



Rotbuch 116: Karl Mickel Einstein/Nausikaa

Die Schrecken des Humanismus in zwei Stücken.

»Einstein« setzt da an, wo Brechts »Galilei« aufhört. Mickels Fragen richten sich nicht nur an Physiker, die als Humanisten Atombomben bauen: Halten Sie für möglich, daß Sie Ansichten, welche Sie nicht teilen, so oft äußern, bis Sie selbst sie teilen? Wenn Sie jemanden verraten: Mit wem haben Sie mehr Mitleid, mit sich oder mit ihm? Wissen Sie, daß Sie, wenn Sie ein Auto kaufen, den Autounfall bezahlen?

»Nausikaa« [illegible] für Leute, die sich große Geschichten erzählen lassen. Geschichten mit Fragen. Sie können ihren Chef, [illegible] Ihr Chef Sie? Was tun Sie, wenn Sie bedroht werden? Geben Sie sofort oder allmählich oder im letzten Augenblick nach? 96 Seiten. DM 7,–

Rotbuch Verlag
Berlin 31
Jenaer Str. 9